image
not
available

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Beiträge

zur

neuesten Handelspolitik

Deutschlands.

Herausgegeben vom Verein für Socialpolitik.

Zweiter Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1901.

Digitized by Google

Digitized by Google

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
224438
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS.
R 1901 L.

Digitized by Google

INDEXED

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

LXXXXI.

Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands.

Zweiter Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1901.

Digitized by Google

Beiträge

zur

neuesten Handelspolitik

Deutschlands.

Herausgegeben vom Verein für Socialpolitik.

Zweiter Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1901.

Digitized by Google

THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY
224438
ASTOR, LENOX AND TILDEN FOUNDATIONS.
R 1901 L.

Alle Rechte vorbehalten.

THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Digitized by Google

Vorrede.

Der erste Band unserer Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands konnte Anfang Dezember 1900 ausgegeben werden. Dieser zweite folgt im Februar 1901. Er enthält das Korreferat zu Dr. Conrads Untersuchungen über die landwirtschaftlichen Zölle: die von Dr. Dade über die Agrarzölle. Die Arbeit war für den ersten Band bestimmt, wurde aber für ihn nicht rechtzeitig fertig.

Dann folgen die beiden Aufsätze von Prof. Hewins-London über den englischen Imperialismus und von Dr. Rathgen über die englische Handelspolitik am Ende des 19. Jahrhunderts. Endlich die Abhandlung von Dr. Ballod über die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen, als Korreferat zu der von Mr. Fisk im ersten Bande. Wir müssen Dr. Ballod um so dankbarer sein, da er in letzter Stunde (Anfang Oktober) für die zwei vor ihm gewonnenen, versagenden Referenten eintrat.

Ich hoffte noch die Abhandlung von Dr. Wuttke über die deutsch-österreichischen Handelsbeziehungen in diesen Band bringen zu können. Da sie aber noch nicht ganz fertig ist, wollte ich die Ausgabe des Bandes nicht deshalb verzögern. Sie wird im nächsten Bande erscheinen.

Das, was ich in der Vorrede zum ersten Bande über die Ziele, den Umfang und die ganze Art dieser Publikation des Vereins für Socialpolitik sagte, brauche ich hier nicht zu wiederholen. Ebensowenig habe ich Ursache auf die Angriffe einzugehen, die unser erster Band teilweise erfahren hat. Sie erfolgten wesentlich nur von einem einseitig parteipolitischen und Interessenten-Standpunkt aus, häufig von solchen Journalisten, welche nur eine Abhandlung gelesen, nicht einmal gemerkt hatten, daß in anderen auch abweichende, mit dem ihrigen übereinstimmende Standpunkte zu Worte kommen.

Nur gegen den Tadel, daß wir die Arbeit von Mr. Fisk über die Handelspolitik der Vereinigten Staaten von 1890—1900 aufnahmen,

Digitized by Google

möchte ich ein Wort sagen, um so mehr, als eine solche Mißbilligung auch die Abhandlung von Mr. Hewins im zweiten Bande, und gewissermaßen den ganzen besonderen Band treffen würde, welchen der Verein über die österreichische Handelspolitik aus der Feder von österreichischen Gelehrten und Praktikern veröffentlichen wird. Die „Kreuzzeitung" (vom 18. Januar 1901) tadelt an Fisk unter anderem, daß er „amerikanische gegen deutsche Interessen vertrete". Der Vorwurf wäre berechtigt, wenn der Verein wie die „Kreuzzeitung" auf dem Standpunkt stünde, für eine gewisse agrarisch-schutzzöllnerische, ja zollkriegerische Handelspolitik parteipolitische Stimmung und praktische Propaganda zu machen. Solche Ziele darf und muß unter Umständen gewiß eine Parteizeitung verfolgen. Der Ausschuß des Vereins für Socialpolitik hat sich aber ein anderes Ziel gesetzt: er will nur wissenschaftlich aufklären. Und dazu trägt nichts mehr bei, als wenn man ruhige Stimmen aus den entgegengesetzten Lagern und aus fremden Staaten hört. Was die Zeitungen der fremden Staaten bringen, ist meist auch von Parteitendenz diktiert, geht oft nicht von wirklicher Sachkunde aus, ist überwiegend zum Zweck der Stimmungsmachung für bestimmte Ziele geschrieben. Es wird bei uns überdies so wenig gelesen, wie was dort in wissenschaftlichen Zeitschriften erscheint. Deshalb erschien es dem Ausschuß des Vereins wertvoll, dem Deutschen, soweit er für unbefangene Berichterstattung noch zugänglich ist, so ruhige, sachliche und relativ objektive Auseinandersetzungen über die handelspolitischen Interessen der Vereinigten Staaten, Englands und Oesterreichs zu bringen, wie wir sie publizieren. Wer Charakter und wissenschaftliches Ansehen der betreffenden Männer kennt, denen wir für ihre Beiträge verpflichtet sind, weiß, welchen hohen sachlichen Wert ihre Ausführungen haben. Daß sie als Amerikaner, Engländer, Österreicher vom Standpunkte ihres Staates aus schreiben, das ist ihr Recht und ihre Pflicht. Kein Vernünftiger kann das anders erwarten. Für was der Verein für Socialpolitik die Garantie übernimmt, ist nur, daß sie keine Deutschenhasser, keine einseitigen und kurzsichtigen Parteileute und Interessenten sind, daß sie mit wissenschaftlichem Geiste und objektiver Sachkenntnis den Standpunkt ihrer Nation ruhig auseinandersetzen. Der Ausschuß hat sehr bedauert, daß er nicht mehr derartige außerdeutsche Mitarbeiter nach seinem ganzen Plane und infolge der in der Sache liegenden Schwierigkeiten gewinnen konnte. Er würde sehr gerne auch einen Holländer, einen Belgier, einen Franzosen, einen Russen, einen Italiener und Schweizer so über die Handelsinteressen ihrer Nationen haben reden lassen, wie er es in seinen Bänden 49 ff. 1892—94, ohne von irgend einer Seite Widerspruch zu finden, gethan hat.

Digitized by Google

Die internationale Ordnung der Handelspolitik ist aus zwei Gründen so schwierig, einmal weil wirkliche große nationale Interessengegensätze vorhanden sind, über welche nur durch Kompromisse oder durch Kräftemessung in Zollkriegen hinwegzukommen ist; dann aber auch, und oft ist das noch wichtiger, weil die Interessengegensätze durch ein Heer von Mißverständnissen, Stimmungen, gegenseitigen falschen Beschuldigungen gesteigert werden. Diese zu beseitigen, einzuschränken, aufzuklären gilt es; das können am besten ruhige Stimmen des Auslandes, die ihre berechtigten nationalen Interessen offen darlegen, aber von allen Tages- und einseitigen Stimmungen frei, auch dem Standpunkt der anderen Nation Verständnis entgegenbringen.

Berlin, 10. Februar 1901.

Gustav Schmoller.

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis.

(Ausführliche Inhaltsangaben zu den in dem Bande enthaltenen Artikeln finden sich auf den Seiten 2, 104, 121, 174.)

		Seite
I.	Die Agrarzölle. Von Heinrich Dade (Eingeliefert am 10. November 1900.)	1—102
II.	Der Imperialismus und seine voraussichtliche Wirkung auf die Handelspolitik des Vereinigten Königreichs. Von W. A. S. Hewins M.A., Professor der Nationalökonomie und Statistik im King's College, Direktor der London School of Economics in der University of London. Übersetzt von Dr. Louis Katzenstein, Charlottenburg (Eingeliefert am 25. Oktober 1900.)	103—119
III.	Die englische Handelspolitik am Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Von Karl Rathgen (Eingeliefert am 1. Dezember 1900.)	121—171
IV.	Die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen. Von Karl Ballod (Eingeliefert am 25. Januar 1901.)	173—222

Digitized by Google

I.

Die Agrarzölle.

Von

Dr. Heinrich Pade.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

I. Die Zölle und Preise im allgemeinen . . . . . 5—18

Herabsetzung der Agrarzölle in den letzten Handelsverträgen S. 5. — Getreidepreise seit 1868 S. 7. — Bewegung der Preise für Kartoffeln, Stroh, Heu, Spiritus, Zucker, Hopfen, Tabak, Schlachtvieh, Butter, Eier und Wolle S. 6. — Verbreitung der Maul- und Klauenseuche von 1886—99 S. 13. — Dürre des Jahres 1893 S. 13. — Mindereinnahme der deutschen Landwirtschaft infolge der Herabsetzung der Getreidezölle S. 14. — Roggen- und Weizenernte und Mehreinfuhr von Roggen und Weizen vor und nach dem Abschluß der letzten Handelsverträge S. 16. — Schwerster Vorwurf der Landwirtschaft gegen die deutsche Handelspolitik S. 18.

II. Die Weizen-, Spelz- und Roggenpreise im speciellen . . . . . 18—32

Weizen- und Roggenpreise und Differenz zwischen den gleichzeitigen Weizen- und Roggenpreisen in Preußen und Bayern von 1850—99 S. 19. — Weizen- und Roggenpreise in Preußen, Bayern, Württemberg und Baden von 1865—99 S. 20. — Spelzpreise in Württemberg von 1872—99 S. 21. — Perioden- und Gruppenpreise für Weizen und Roggen in Preußen und Bayern von 1850—99 S. 22. — Tiefe und Dauer der Preissenkungen für Weizen und Roggen in Preußen und Bayern seit 1850 S. 25. — Über die Benutzung der Durchschnittspreise nach Kalender- und Erntejahren S. 26. — Wann verkauft der Landwirt am vorteilhaftesten sein Getreide? S. 29. — Tiefe und Dauer der Preissenkungen für Weizen und Roggen in Preußen in den Erntejahren 1867—98 S. 32.

III. Untersuchungen über die erforderliche Höhe des Weizen- und Roggenzolles 33—43

Schwierigkeit der Bemessung der Getreidezölle infolge Unkenntnis der Produktionskosten S. 33. — Die wahrscheinlichen Produktionskosten von Weizen und Roggen S. 34. — Tiefster Preisstand des unverzollten Weizens und Roggens S. 34. — Zugrundelegung des 40jährigen Durchschnittspreises von 1860—99 S. 35. — Erforderliche Steigerung der Ernteerträge für den Ausgleich der Preisdifferenz S. 37. — Weitere Schwierigkeit der Bemessung bei Annahme eines festen Zollsatzes S. 39. — Mittlere Zollhöhe für Weizen und Roggen in den vier Zollperioden seit 1879 S. 41. — Die Preisdifferenz zwischen in- und ausländischem Getreide S. 42.

IV. Die Differenzierung des Weizen- und Roggenzolles . . . . . 43—49

Anbauflächen der vier Hauptgetreidearten S. 44. — Bedeutung des Roggens und Weizens für die Brotnahrung S. 46. — Preise der Brotfrüchte in Frankreich, Preußen und England S. 46. — Verdrängung des Roggenbrotes durch das Weizenbrot S. 47. — Roggen- und Haferpreise S. 47. — Bedeutung Deutschlands für die russische Roggenausfuhr S. 48. — Zolltechnische Unterscheidung zwischen Roggen- und Weizenmehl S. 49. — Erforderliche Zolldifferenz zwischen Weizen und Roggen S. 49.

V. Kann Deutschland sein Brotkorn selbst erzeugen? . . . . . 49—63

Beantwortung der Frage auf Grund der Ernte- und Handelsstatistik S. 50 — Schätzung des Verbrauchs an Brotgetreide für

Digitized by Google

Seite

technische Zwecke, für die Brotnahrung und als Futtermittel S. 51. — Erzeugung von Brotgetreide in Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Verhältnis zur Bevölkerung S. 59. — Erforderliche Steigerung der Ernteerträge zur Deckung des Bedarfs S. 61. — Nährwert von Weizen und Roggen S. 62.

VI. Deutschlands Ein- und Ausfuhr an Weizen und Roggen. Die Konkurrenz der Ausfuhrstaaten . . . . . 63—85

Gesamtausfuhr S. 63. — Gesamteinfuhr S. 64. — Einfuhr in den einzelnen Monaten S. 65. — Einfuhr nach Herkunftsländern S. 66.

a) Die russische Konkurrenz: Gesamtausfuhr von Weizen und Roggen von 1860—99 S. 71. — Ausfuhr von Weizen und Roggen nach Deutschland von 1880—99 S. 71. — Ausfuhr von Weizen- und Roggenmehl von 1885—98 S. 72.

b) Die Konkurrenz der Vereinigten Staaten: Gesamtausfuhr von Weizen, Weizenmehl und Roggen von 1860—99 S. 73. — Ausfuhr von Weizen und Roggen nach Deutschland von 1880—99 S. 73. — Bewegung der Weizenanbaufläche und der Weizenpreise seit 1875 S. 75. — Wahrscheinliche Dauer der Konkurrenz S. 76.

c) Die Konkurrenz Rumäniens: Gesamtausfuhr von Weizen und Roggen aus Rumänien und Ausfuhr nach Deutschland S. 77.

d) Die Konkurrenz Argentiniens: Gesamtausfuhr von Weizen und Weizenmehl aus Argentinien von 1878—99 S. 78. — Ausfuhr von Weizen aus Argentinien nach Deutschland S. 78. — Ausdehnungsmöglichkeit der Weizenfläche in Argentinien S. 79. — Wirkung der Goldkursschwankungen auf den Weizenexport S. 80. — Produktionskosten von Weizen bei verschiedenen Goldkursen S. 81. — Die Goldkursschwankungen von 1889—98 S. 82.

e) Die Konkurrenz Bulgariens, Ungarns, Kanadas, Australiens, Ostindiens ꝛc.: Ausfuhr von Roggen aus Bulgarien und Kanada S. 83. — Ausfuhr von Weizen aus Österreich-Ungarn, Bulgarien, Kanada, Uruguay, Chile, Ägypten, Australien und Ostindien S. 84.

VII. Die Getreidekonjunktur des Weltmarktes von 1887 bis zur Gegenwart 86—91

Gesamtausfuhr von Weizen und Roggen der Exportländer vor und nach dem Abschluß der letzten Handelsverträge S. 86. — Die Weizenernte der Export- und Importländer vor und nach dem Abschluß der letzten Handelsverträge S. 88. — Die Depression des Weltmarktes in den 90er Jahren und ihre Ursachen S. 90.

VIII. Der Zoll für Gerste, Hafer und Mais . . . . . 91—95

Verwendung von Gerste und Hafer S. 91. — Entwicklung der Viehzucht S. 93. — Einfuhr von Futtermitteln von 1889—99 S. 95.

IX. Schlußergebnis. — Die allgemeine Lage der deutschen Landwirtschaft 96—102

Erforderliche Höhe der Agrarzölle S. 96. — Berechtigung der Agrarzölle S. 96. — Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes in Deutschland S. 97. — Mangel an Arbeitskräften und Steigen der Arbeitslöhne S. 98. — Technische Entwicklung S. 98. — Rentabilität S. 101.

Digitized by Google

„Nur das ist wahrer Reichtum,
was die Erde hervorbringt."
Friedrich der Große.

I. Die Zölle und Preise im allgemeinen.

Wohl in der gesamten Landwirtschaft des Deutschen Reiches herrscht die Anschauung, daß bei dem Abschluß der Handelsverträge zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, Italien, Belgien und der Schweiz im Jahre 1891, mit Rumänien im Jahre 1893 und mit Rußland im Jahre 1894 die Interessen der einheimischen Landwirtschaft nicht in genügender Weise gewahrt worden sind. Begründet wird diese Anschauung mit dem Preisfall wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse seit dem Bestehen obiger Handelsverträge. Diese Verträge sind nach Ansicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung wesentlich oder nur durch die Herabsetzung der wichtigsten vor den Handelsverträgen gültigen Agrarzölle zustande gekommen.

In den genannten Handelsverträgen ist der Weizen- und Roggenzoll von 50 auf 35 Mk. für die Tonne, der Haferzoll von 40 auf 28 Mk. und der Zoll auf Gerste von 22,50 auf 20 Mk. erniedrigt worden[1]. Malz wurde von 40 auf 36 Mk., die Hülsenfrüchte von 20 auf 15 Mk. und der Mais von 20 auf 16 Mk. für die Tonne herabgesetzt. Der Zoll auf Mehl mußte von 10,50 Mk. für 100 kg auf 7,50 Mk. weichen, und der Hopfenzoll sank von 20 auf 14 Mk. für 100 kg.

Auch die Zölle auf lebendes Vieh und Fleisch haben bei den letzten Handelsverträgen Einbuße erlitten. Der Zoll auf Pferde unter 2 Jahren wurde von 20 auf 10 Mk. für das Stück, für Ochsen von 30 auf 22,50 Mk. und für Jungvieh und Schweine von 6 auf 5 Mk. erniedrigt.

Frisches Schweinefleisch trägt seit den Handelsverträgen einen Zoll von 17 Mk. für 100 kg, anderes frisches Fleisch 15 Mk., während dieses Fleisch vor den Verträgen mit 20 Mk. Zoll belegt war. Butter hatte vor den Handelsverträgen einen Zoll von 20 Mk. für 100 kg, nach den-

[1] Vergl. über die vertragsmäßigen Zölle: Amtliches Warenverzeichnis zum Zolltarife. Für die Zeit vom 1. Januar 1896 ab. Berlin 1895. R. v. Deckers Verlag.

Digitized by Google

selben muß sie sich mit 16 Mk. begnügen. Der Zoll auf Hartkäse wurde von 20 auf 15 Mk. für 100 kg ermäßigt.

Der Zoll auf totes Geflügel fiel von 30 Mk. für 100 kg auf 12 Mk. und für totes Wild von 30 Mk. für 100 kg auf 20 Mk. Eier von Geflügel erlitten eine Zollermäßigung von 3 Mk. für 100 kg auf 2 Mk., und gereinigte Bettfedern wurden seit 1892 frei hereingelassen, während sie vorher 6 Mk. für 100 kg entrichten mußten.

Auch der deutsche Weinbau mußte beim Abschluß der Handelsverträge ein Opfer bringen. Wein und Most in Fässern gehen seitdem zu 20 Mk. für 100 kg ein, und roter Wein und Most zu rotem Wein zum Verschneiden, sowie Wein zur Cognacbereitung dürfen die deutsche Grenze sogar für 10 Mk. Zoll passieren, während vor den Verträgen diese Weine mit einem Zoll von 24 Mk. geschützt waren. Frische Weinbeeren zum Tafelgenuß sowie eingestampfte Weintrauben genießen nur noch einen Schutzzoll von 4 Mk. für 100 kg, mit der Post eingehende Tafeltrauben von 5 kg Bruttogewicht sind sogar zollfrei, andere frische Weinbeeren tragen 10 Mk. Zoll, während vor 1892 frische Weinbeeren des Auslandes bei ihrem Wettbewerb auf dem deutschen Obstmarkt einen Zoll von 15 Mk. für 100 kg entrichten mußten.

Endlich ist auch der deutsche Wald, die Forstwirtschaft nicht verschont geblieben. Holzborke und Gerberlohe, einschließlich des Quebrachoholzes, gehen jetzt frei ein, vor 1892 hatten sie einen Zoll von 0,50 Mk. für 100 kg. In der Richtung der Längsachse beschlagenes Bau- und Nutzholz, nichteichene Faßdauben, ungeschälte Korbweiden und Reisenstäbe trugen vor den Verträgen einen Zoll von 2,40 Mk. für 1 Festmeter, nach denselben 1,80 Mk. Für in der Richtung der Längsachse gesägtes Bau- und Nutzholz ist der Zoll von 6 auf 4,80 Mk. für 1 Festmeter herabgesetzt worden.

Nach wie vor den Handelsverträgen blieben frei sämtliche gärtnerische Erzeugnisse, wie frisches Gemüse, lebende Gewächse, Blumen und Sämereien, darunter auch Leinsaat, Hanfsaat, Grassaat, Kleesaat und Rübensamen, ferner Flachs, Hanf, frisches Obst, Kartoffeln, frische Milch, rohe Schafwolle, Häute und Felle und rohe Bettfedern.

Von 75 land- und forstwirtschaftlichen, sowie gärtnerischen Erzeugnissen, die nach der Handelsstatistik bei der Einfuhr in Betracht kommen, haben 26 oder fast 35 Prozent beim Abschluß der letzten Handelsverträge eine Herabsetzung ihrer früheren Zollsätze erlitten. 31 Erzeugnisse der obigen Art oder 41 Prozent genießen schon aus der Zeit vor den Handelsverträgen keinen Zollschutz, so daß nur 19 Erzeugnisse oder 25 Prozent

Digitized by Google

beim Abschluß der letzten Handelsverträge unverändert geblieben sind, darunter Spiritus mit 125—180 Mk. Zoll für 100 kg, Zucker mit 40 Mk., Tabak mit 85 Mk., Kartoffelstärke mit 12,50 Mk., Raps mit 2 Mk., Buchweizen mit 2 Mk., getrocknetes Obst mit 4 Mk., gekämmte Wolle mit 2 Mk., Schmalz und Oleomargarin mit 10 Mk., Talg mit 2 Mk., Fleischextrakt mit 20 Mk., kondensierte Milch mit 16 Mk., Kühe und Stiere mit 9 Mk. für das Stück, Kälber mit 3 Mk. und Schafe mit 1 Mk. für das Stück.

Angesichts dieser Vorgänge wird nicht geleugnet werden können, daß die letzten Handelsverträge in unglücklicher Verbindung mit Meistbegünstigungsverträgen von dem im Laufe der achtziger Jahre errichteten Bollwerk gegen die herandrängende Flut der landwirtschaftlichen Konkurrenz der überseeischen Exportländer manch' kräftigen Stein und festen Halt mit fortgerissen haben. Wenn man weiter in Erwägnng zieht, daß das Schutzzollsystem der deutschen Industrie, besonders der Eisen- und Textilindustrie, in den Handelsverträgen nur eine im Verhältnis zu der Reduktion der Agrarzölle geringe Abbröckelung erfahren hat, so wird man die tiefgehende Mißstimmung der landwirtschaftlichen Bevölkerung über den Gang der deutschen Handelspolitik verständlich finden und ihre Behauptung, daß die letzten Handelsverträge in der Hauptsache auf Kosten des landwirtschaftlichen Zollschutzes abgeschlossen sind, für zutreffend halten.

Eine andere Frage ist es, ob die schon erwähnte Preissenkung für eine Reihe landwirtschaftlicher Erzeugnisse seit 1892 allein durch die Handelsverträge verschuldet ist, ob nicht vielmehr das Zusammentreffen dieser Depression mit dem Abschluß der Handelsverträge ein zufälliges und die erstere durch die Verträge nur verstärkt, nicht aber verursacht ist.

Betrachten wir zu diesem Zweck die Preisbewegung der wichtigsten Erzeugnisse der Landwirtschaft[1].

Die Getreidepreise betrugen im preußischen Staate nach den Durchschnittspreisen der bedeutendsten Marktorte in achtjährigen Perioden für die Tonne zu 1000 kg:

Erntejahre	Weizen Mk.	Roggen Mk.	Gerste Mk.	Hafer Mk.
1868/69—1875/76	223	173	165	160
1876/77—1883/84	207	166	158	148
1884/85—1891/92	181	156	148	142
1892/93—1899/1900	155	131	138	138

[1] Die Preise sind entnommen oder berechnet der Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Bureaus, herausg. von dessen Direktor E. Blenck. Berlin. Die Preise

Digitized by Google

In den bis jetzt abgelaufenen 8 Erntejahren seit dem Bestehen der Handelsverträge ist hiernach gegenüber den 8 Erntejahren vor den Verträgen der Weizenpreis um 26 Mk., der Roggenpreis um 25 Mk., der Preis für Gerste um 10 Mk. und der für Hafer um 4 Mk. gefallen. Es ist demnach bei allen vier Hauptgetreidearten eine weitere Preissenkung eingetreten, am stärksten beim Brotgetreide, am schwächsten beim Futtergetreide.

Die Preisbewegung für Braugerste möge noch durch folgende Übersicht veranschaulicht werden.

Braugerste.

Periode	Danzig inländ. Braug. Mk.	Leipzig deutsche gute G. Mk.	Frankfurt a./M. Braug. Mk.	München bayer. gut mittel G. Mk.
1883—87	126,7	148,6	173,9	165,6
1888—92	141,1	173,9	177,0	175,3
1893—97	123,5	156,5	162,4	167,7
1898	144,2	172,0	183,6	192,4
1899	131,9	163,6	169,4	180,8

Für Braugerste ist hiernach Mitte der neunziger Jahre eine erhebliche Preissenkung zu verzeichnen.

Die Preise für andere Erzeugnisse der Landwirtschaft haben im Königreich Preußen in denselben achtjährigen Perioden wie oben folgende Entwickelung genommen:

Erntejahre	Eßkartoffeln	Richtstroh für 1000 kg in Mark	Heu
1868/69—1875/76	56	46	72
1876/77—1883/84	59	50	65
1884/85—1891/92	53	48	60
1892/93—1899/1900	49	43	59

Nach dieser Zusammenstellung über die Preisbewegung der letzten 32 Jahre ist für Kartoffeln, Richtstroh und Heu ein andauerndes, wenn auch langsames Sinken der Preise zu konstatieren.

Die Lage der Spiritusindustrie möge durch folgende Preisbewegung gekennzeichnet werden:

---

für das Erntejahr 1899/1900 sind nach den Durchschnittspreisen der wichtigsten Lebensmittel in der Statist. Korrespondenz, Jahrg. XXV u. XXVI, herausg. v. E. Blenck, berechnet. Als weitere Quelle ist zu nennen: Vierteljahrshefte der Statistik des Deutschen Reichs, herausg. vom Kaiserl. Statist. Amt. 9. Jahrg. 1900. Berlin 1900. S. I. 13.

Digitized by Google

Hamburg.

Periode	Kartoffelspiritus roher 100 l rein Alkohol Mk.
1884—91	28,3
1892—99	22,1

Erst seit 1898 trat im Spiritusgewerbe eine Besserung hervor, der Preis stieg auf 27 Mk. und betrug 1899 immerhin noch 24,1 Mk.

Die Bewegung der Zuckerpreise läßt sich wohl am besten an den englischen Preisen für Rübenzucker ermessen, da die Vergleichbarkeit der Notierungen an deutschen Plätzen durch die Veränderung der Gesetzgebung über die Zuckersteuer 1889, 93 und 96 unterbrochen wird. Der Zuckerpreis betrug nach den deklarierten Werten in der englischen Handelsstatistik für 100 kg[1]:

Einfuhr in Großbritannien und Irland.

Periode	Rübenzucker Mk. für 100 kg
1884—88	26
1889—93	27
1894—98	20

Nach der deutschen Preisstatistik bewegte sich der Zuckerpreis wie folgt:

Magdeburg.

Jahr	Rohzucker I. Produkt 100 kg in Mk.
1889	41,4
1890	31,9
1891	34,2
1892	32,5
1893	29,5
1894	22,3
1895	19,9
1896	22,1
1897	19,4
1898	20,8
1899	21,8

Auch in der Zuckerindustrie ist demnach eine Preissenkung für die neunziger Jahre festzustellen.

[1] Statistical abstract for the United Kingdom in each of the last fifteen years from 1884—98. London 1899. p. 156.

Digitized by Google

Für Hopfen ergiebt die Notierung in Nürnberg folgende Preisentwicklung:

Nürnberg.

Periode	Hopfen, Marktware für 100 kg in Mk.
1884—91	147
1892—99	195

Hiernach ist also eine bemerkenswerte Preissteigerung für Hopfen zu verzeichnen. Doch ist bei den Hopfenpreisen zu beachten, daß sie enormen Schwankungen unterliegen; in der achtjährigen Periode von 1884—91 differierte der Preis von 77 Mk. im Jahre 1886 zu 293 Mk. im Jahre 1884, und in der achtjährigen Periode von 1892—99 von 88 Mk. im Jahre 1896 zu 296 Mk. im Jahre 1893. In neuerer Zeit soll es gelungen sein, durch bessere Konservierungsmethoden die Preisschwankungen einzuschränken.

Auch die Tabakpreise zeigen eine günstige Entwickelung.

Mannheim.

Periode	Pfälz. Umblatt für 100 kg in Mk.
1884—91	91
1892—99	99

Nach der Reichsstatistik über die Besteuerung des Tabaks betrug der Bruttogeldertrag eines Hektars der mit Tabak bebauten Fläche nach Abzug der Steuern[1]:

Periode	Tabakertrag pro ha in Mk.
1889—93	902
1894—98	906

Sieht man von Hopfen und Tabak ab, so ist nach der angeführten Statistik für die wichtigsten Erzeugnisse des deutschen Ackerbaues: Getreide, Eßkartoffeln, Zucker und Spiritus, nach 1892 ein weiteres Sinken der Preise gegenüber den Jahren vor 1892 zu verzeichnen, am stärksten für Brotgetreide, dann folgen Zucker und Spiritus und am schwächsten für Eßkartoffeln und Futtergetreide.

Wie ist es nun dem anderen wichtigsten Zweige der Landwirtschaft, der Viehzucht, in der Preisbewegung ihrer Erzeugnisse unter der Ära der neuen Handelsverträge ergangen?

---

[1] Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 9. Jahrg. 1900. Berlin 1900. S. I. 91.

Digitized by Google

Für Schlachtvieh ist folgende Preisentwicklung zu beobachten:

Berlin.

Periode	Rinder Schlachtgew. Mittelpr. für II.	Kälber Schlachtgew. Höchstpr. für II.	Schweine Lebendgew. Höchstpr. II.	Hammel Schlachtgew. Mittelpr. für II.
	für 100 kg in Mk.			
1884—91	104	100	98	101
1892—99	115	113	101	103

München.

Periode	Rinder Lebendgew. Mittelpr. I	Kälber Lebendgew. Durchschnittspr.	Schweine Lebendgew. Durchschnittspr.
	für 100 kg in Mk.		
1888—91	75	81	83
1892—95	73	80	80
1896—99	72	81	80

Hiernach scheint die Annahme berechtigt, daß in Norddeutschland eine Preissteigerung für die Schlachtprodukte der Rindviehzucht stattgefunden hat, dagegen in Bayern eine preishaltende Tendenz für dieselben beobachtet werden kann. Die Preise für Schlachttiere scheinen im Norden etwas gestiegen, im Süden etwas gefallen zu sein. Auch das Schlachtvieh der Schafzucht ist im Preise etwas gestiegen. Doch ist es schwer, bei dem Mangel an vergleichbaren Preisnotierungen für Schlachtvieh, allgemein gültige Schlußfolgerungen aus den obigen Preisen für große Gebiete zu ziehen. Immerhin darf wohl angenommen werden, daß die Preise für Schlachtvieh im allgemeinen auf derselben Höhe wie früher geblieben, jedenfalls nicht gesunken sind. Bei Schweinen sind die starken Preisschwankungen noch bemerkenswert. Die Preise für Schweine schwankten in Berlin seit 1892 von 86 Mk. im Jahre 1896 bis zu 111 Mk. im Jahre 1898, dagegen von 1884—91 von 86 Mk. im Jahre 1888 bis zu 116 Mk. im Jahre 1890.

Über die Preise für andere Erzeugnisse der Vieh- und Geflügelzucht, welche die Landwirtschaft ohne Verarbeitung durch ein Zwischengewerbe direkt für den Konsum liefert, möge folgende Übersicht Aufklärung geben:

Königreich Preußen.

Erntejahre	Eßbutter für 100 kg in Mk.	Eier für 1 Schock in Pfennigen
1868/69—1875/76	220	·
1876/77—1883/84	225	326
1884/85—1891/92	215	336
1892/93—1899/1900	217	356

Digitized by Google

München.

Periode	Feinste Schweizerbutter	Gebirgsbutter
	für 100 kg in Mk.	
1886—91	197	174
1892—97	197	176

Also auch bei diesen Erzeugnissen der Vieh- und Geflügelzucht, bei Butter und Eiern, ist eine preishaltende und sogar preissteigernde Tendenz zu beobachten.

Indes giebt es auch einen Zweig der deutschen Viehzucht, der seit 1892 einen weiteren Preissturz erlebt hat, das ist die Wollschafzucht.

Die Entwicklung der Wollpreise war folgende:

Periode	Berlin. Norddeutsche Schäfer.: mittel	Bremen Gewasch. Buenos-Ayres I
	für 100 kg in Mk.	
1879—84	333	432
1885—91	274	368
1892—98	230	300
1899	303	423

Dieser Preissturz für Wolle fällt gleichfalls für die Beurteilung der landwirtschaftlichen Depression seit 1892, besonders für viele Bezirke des Nordens und Ostens, schwer ins Gewicht.

Erst in später Stunde, vielleicht zu spät, trat eine Umkehr in dem Preisfall der Wolle ein, nachdem wohl die Mehrzahl der Besitzer ihren Schafstand infolge der unrentablen Wollpreise decimiert hatte. Der deutsche Schafbestand sank von 19 189 715 Stück im Jahr 1882 auf 13 589 612 Stück im Jahr 1893 und bis zum Jahr 1897 auf 10 866 772 Stück[1].

Fassen wir das Gesamtergebnis der obigen Revue über die Preisbewegung der wichtigsten Erzeugnisse der einheimischen Landwirtschaft zusammen, so ist, abgesehen von Hopfen und Tabak, nur für die Rindvieh- und Schweinezucht und für die Eierproduktion eine preishaltende oder steigende Konjunktur zu verzeichnen. Alle anderen Zweige, vor allem Getreide, Zucker, Branntwein, die Wollschafzucht und, nach den Jahresberichten der Landwirtschaftskammern zu urteilen, auch die Erzeugnisse der Gärtnerei und des Weinbaues haben um die Mitte der neunziger Jahre eine starke Preisreduktion über sich ergehen lassen müssen und befinden sich zum Teil noch in derselben.

[1] Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 7. Jahrg. 1898. Berlin 1898. S. II. 147.

Digitized by Google

Zu diesem Niedergang der Preise trat noch im Jahre 1892 eine Verseuchung des Viehstandes, besonders im Norden, wie sie die Landwirtschaft seit vielen Jahren nicht erlebt hatte, und welche die Lage der Viehzucht, wenigstens für das obige Jahr, in einem anderen Lichte erscheinen läßt, als nach der obigen Preisbewegung angenommen werden könnte. Die nachstehende Übersicht möge dies noch näher darstellen[1].

Verbreitung der Maul- und Klauenseuche von 1886—1899.

Jahr	Zahl der von der Seuche neu betroffenen Gehöfte	Stückzahl des gesamten Viehbestandes in den neu betroffenen Gehöften			
		Rinder	Schweine	Schafe	Ziegen
1886	375	5 366	1 839	6 388	10
1887	1 242	12 723	4 745	13 521	879
1888	3 185	37 164	25 884	19 477	309
1889	23 219	262 375	54 404	235 572	2 827
1890	39 693	432 235	153 808	225 948	4 920
1891	44 519	394 640	182 208	240 904	3 378
1892	105 929	1 504 299	438 252	2 193 187	17 782
1893	15 410	204 837	75 109	218 494	1 908
1894	9 050	93 920	32 405	65 236	1 051
1895	16 975	195 120	58 566	207 105	3 855
1896	68 874	710 481	252 068	572 248	11 640
1897	40 501	537 969	176 227	441 547	8 127
1898	41 571	462 078	121 107	263 885	5 908
1899	162 474	1 882 130	812 842	1 501 473	59 372

Von je 1000 Rindern im Deutschen Reich befanden sich 1892 in neuverseuchten Gehöften 95 Stück, d. h. fast jedes zehnte Rind gehörte in diesem Jahr einem verseuchten Gehöft an. Da 1889 bei Beginn der Unterhandlungen über den Abschluß der Handelsverträge eine Lockerung der Grenzsperre eintrat, lag es für die Landwirtschaft nahe, die Ausbreitung der Viehseuchen hierauf zurückzuführen. Auch nach den Jahresberichten des kaiserlichen Gesundheitsamts erscheint diese Annahme nicht ungerechtfertigt.

Kaum war die Seuche erloschen, so brach infolge der ungewöhnlichen Dürre des Jahres 1893 ein neues Unglück über die deutsche Viehzucht, besonders im Süden, herein. Durch die außerordentliche Viehzählung vom

[1] Jahresbericht über die Verbreitung von Tierseuchen im Deutschen Reiche, bearb. im Kaiserl. Gesundheitsamte zu Berlin. 1. bis 13. Jahrg. 1886—98. Berlin, Julius Springer. Die Zahlen für 1899 sind der Viehseuchenstatistik für das 1., 2., 3. und 4. Vierteljahr 1899, zusammengestellt im Kaiserl. Gesundheitsamt (nicht im Buchhandel), entnommen.

Digitized by Google

1. Dezember 1893 ist festgestellt[1], daß der deutsche Rindviehstand infolge der Futternot im Laufe eines Jahres 1 183 103 Stück Rindvieh oder 6,7 % des gesamten Rindviehstandes verlor, davon entfielen 1 031 435 Stück auf Rinder unter 2 Jahren. Rheinland büßte 100 243 Stück oder 9,5 % ein, Bayern 348 025 Stück oder 10,4 %, Württemberg 195 371 Stück oder 13,5 %, Baden 77 990 Stück oder 12,3 % und Elsaß-Lothringen sogar 82 428 Stück oder 16,9 % des Bestandes.

Es ist also nicht zu leugnen, daß nach dem Abschluß der Handelsverträge die deutsche Landwirtschaft sich in einer sehr drückenden Lage befand und eine Entwertung für viele ihrer wichtigsten Erzeugnisse erlebt hat, wie sie vor den Handelsverträgen, zurück bis zum Jahre 1850, nicht eingetreten ist, und wie sie ähnlich, wenigstens für Getreide, nur in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, etwa von 1820—1840, festgestellt werden kann.

Wenn der Preisfall allein durch die Handelsverträge verursacht sein sollte, müßte nachgewiesen werden, daß der Betrag, um den die Agrarzölle herabgesetzt sind, die Differenz zwischen den Preisen nach und vor 1892 bildet.

Von den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, bei denen seit 1892 ein Preisrückgang auf Grund von zuverlässigen Notierungen ermittelt werden konnte, hat nur das Getreide in den Handelsverträgen eine Ermäßigung erfahren, die übrigen, wie Branntwein, Zucker, Kartoffeln und Wolle, haben ihren früheren Zollsatz oder ihre frühere Zollfreiheit behalten.

Wie oben ausgeführt ist, hat der Weizenpreis in den letzten 8 Jahren, gegenüber den 8 Jahren vor 1892, 26 Mk. für die Tonne verloren, die Herabsetzung des Weizenzolles betrug 15 Mk. für die Tonne, so daß noch ein Preisfall von 11 Mk. übrig bleibt, der nicht ohne weiteres auf Rechnung der Handelsverträge gesetzt werden darf.

Auch ist die Belastung der Handelsverträge mit 15 Mk. für Weizen nur unter der Voraussetzung zulässig, daß der Zoll in seinem vollen Betrage zur Wirkung gekommen wäre. Nimmt man dies als zutreffend an, so würde der Weizenpreis ohne die Verminderung des Zolles seit 1892 statt 155 Mk. 170 Mark im Durchschnitt betragen haben, ein Preis, der zwar noch nicht als rentabel gilt, aber doch einen bedeutend geringeren Verlust für die Landwirtschaft zur Folge gehabt hätte. Für 2½ Millionen Tonnen Weizen hätte die deutsche Landwirtschaft ohne die Herabsetzung jährlich eine Mehreinahme von 37½ Millionen Mk. erzielt.

[1] Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 3. Jahrg. 1894. Berlin 1894. S. I. 130.

Digitized by Google

Ebenso liegen die Verhältnisse bei Roggen. Der Roggenpreis hat seit 1892 gegenüber den 8 Jahren vor 1892 den Betrag von 25 Mk. für die Tonne eingebüßt, die Zollreduktion betrug 15 Mk., so daß 10 Mk. wohl kaum den Handelsverträgen zur Last gelegt werden können. Ohne die Herabsetzung würde der Roggenpreis durchschnittlich statt auf 131 Mk. nur auf 146 Mk. gesunken sein, das ist ein Preis, der gleichfalls die Landwirtschaft nicht in so hohem Grade gefährdet hätte, wie der wirkliche Preis. Für 5 Millionen Tonnen Roggen hätte die deutsche Landwirtschaft ohne die Zollermäßigung 75 Millionen Mk. mehr eingenommen.

Bei dem Verkauf von Weizen und Roggen würde also die Landwirtschaft ohne die Herabsetzung der Zölle jährlich etwa $112^1/_2$ Mill. Mk. und in den verflossenen 8 Erntejahren zusammen etwa 900 Mill. Mk. mehr erzielt haben.

Um die gesamte Preisdifferenz der 8 Jahre vor und nach den Handelsverträgen im preußischen Staate auszugleichen, hätte der Weizen- und Roggenzoll seit den Handelsverträgen statt 35 Mk. 61 Mk. für Weizen und 60 Mk. für Roggen betragen müssen.

Wir kommen zum Futtergetreide. Der Preis für Gerste hat 10 Mk. für die Tonne im Durchschnitt gegenüber den Preisen vor 1892 verloren, während die Zollreduktion nur 2,50 Mk. für die Tonne ausmacht. Der Haferpreis mußte durchschnittlich um 4 Mk. weichen, während der Haferzoll um 12 Mk. für die Tonne erniedrigt ist, so daß ohne die Zollherabsetzung der Durchschnittspreis für Hafer sogar noch gestiegen wäre.

Nun kann man sagen, daß die Handelsverträge, wenn sie auch den Preisfall des Getreides nicht ganz verschuldet, doch indirekt infolge der durch sie erleichterten Verkehrs- und Handelsverbindungen die Überschwemmung des deutschen Marktes mit Getreide befördert haben. Dazu kommt die Thatsache, daß kurz vor oder bald nach der Herabsetzung der deutschen Getreidezölle andere wichtige Importländer ihre Weizenzölle weit über den ermäßigten deutschen Zollsatz erhöht haben, Frankreich auf 56,70 Mk. für die Tonne, Italien auf 60,75 Mk. und Spanien auf 64,80 Mk.

Es wird indes sehr schwierig oder gar unmöglich sein, exakt festzustellen, wie die Getreide-Einfuhrverhältnisse in Deutschland ohne die Reduktion der Getreidezölle sich gestaltet haben würden. Bei dem engen Zusammenhange des deutschen Getreidemarktes mit dem Weltmarkte wird man indes annehmen dürfen, daß die Preise für Weizen und Roggen auch ohne die Herabsetzung der Zölle in demselben Grade gesunken sein würden, wie in Wirklichkeit, nur mit dem Unterschiede, daß der Preis entsprechend dem unveränderten Zollsatze von 50 Mk. um 10 bis 15 Mk. für die Tonne höher gewesen wäre.

Digitized by Google

Andererseits wird aber noch die Frage zu beantworten sein, ob der Preissturz des Getreides seit 1892 überhaupt auf eine übermäßige und deshalb preisdrückende Einfuhrmenge oder auf den Ausfall der inländischen Ernte selbst oder auf beides zugleich zurückzuführen ist.

Zur Prüfung dieses Punktes diene folgende Übersicht[1] über die Erntemengen, Mehreinfuhr und Gesamtverbrauch von Roggen und Weizen in den fünf Erntejahren vor und nach dem Abschluß der ersten Handelsverträge im Jahre 1891, deren Zollermäßigungen schon damals den überseeischen Exportländern, insbesondere den Vereinigten Staaten und Argentinien, dank der Meistbegünstigungsverträge, eingeräumt worden sind.

Deutsches Reich.

Erntejahre	Erntemenge Tonnen	Mehreinfuhr Tonnen	Gesamtmenge für den Konsum (u. Abz. d. Aussaat) Tonnen	Preis Preußen für die Tonne in Mk.
		Roggen.		
1887/88—1891/92	5 582 556	702 898	5 307 061	168
1892/93—1896/97	7 038 239	511 129	6 542 305	125
		Weizen.		
1887/88—1891/92	2 579 747	589 369	2 843 179	192
1892/93—1896/97	2 997 184	1 124 836	3 784 232	147

Nach dieser Übersicht sind im Durchschnitt der fünf Erntejahre nach dem Abschluß der Handelsverträge fast $1^1/_2$ Millionen Tonnen Roggen mehr geerntet worden als im Durchschnitt der fünf vorangehenden Erntejahre, während gleichzeitig die Mehreinfuhr um fast 200 000 Tonnen durchschnittlich gesunken ist. Die Einfuhr traf bereits einen von der inländischen Ernte übersättigten Markt, so daß der Roggenpreis im preußischen Staate von 168 Mk. für die Tonne im Durchschnitt der fünf Erntejahre 1887—91 auf 125 Mk. oder um 43 Mk. für die Tonne in den folgenden fünf Erntejahren fiel. 1891/92 kostete die Tonne Roggen in Preußen 217 Mk., drei Jahre später nur 118 Mk. oder fast 100 Mk. weniger.

Entgegengesetzt wie beim Roggen war die Mehreinfuhr von Weizen in den fünf Jahren nach dem Abschluß der Handelsverträge durchschnittlich doppelt so hoch wie in den fünf Jahren vorher, auch die mittlere Weizenernte in den fünf Erntejahren nach dem Abschluß der Handelsverträge über-

[1] Berechnet nach: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 8. Jahrg. 1899. Berlin 1899. S. III. 72; 6. Jahrg. 1897. Berlin 1897. S. III. 101.

Digitized by Google

stieg diejenige in dem entsprechenden Zeitraum vor denselben noch um 400 000 Tonnen, so daß die Gesamtmenge an Weizen von 1892—97 fast um eine Million Tonnen oder um 35 % höher war als 1887/91. Der Weizenpreis sank rapide von Jahr zu Jahr, 1891/92 stand er in Preußen auf 220 Mk., drei Jahre später auf 135 Mk. oder 85 Mk. weniger, während der mittlere Preis der fünf Jahre vor und nach 1892 von 192 Mk. auf 147 Mk. oder um 45 Mk. für die Tonne sank.

Da die Preise für Roggen und Weizen in Deutschland wegen der Bedeutung beider Früchte für den Brotkonsum in gewisser Abhängigkeit voneinander stehen, wird der tiefe Fall des Roggenpreises zweifellos neben der reichen inländischen Ernte und der Einfuhr von Roggen, auch durch die im Verhältnis zu früher enorme Einfuhr von Weizen mit verursacht worden sein. Dies tritt besonders klar hervor, wenn man, wie nachstehend, Roggen und Weizen zusammenfaßt:

Roggen und Weizen.

Erntejahre	Erntemenge Tonnen	Mehreinfuhr Tonnen	Gesamtmenge für den Konsum (nach Abzug der Aussaat) Tonnen
1887/88—1891/92	8 162 303	1 292 267	8 150 240
1892/93—1896/97	10 035 423	1 635 965	10 326 537
Zunahme	1 873 120	343 698	2 176 297

Danach betrug die Gesamtmenge an Brotgetreide, abgesehen vom Spelz, in den fünf Jahren nach 1892 fast 2 200 000 Tonnen mehr als in den fünf Jahren vor 1892.

Der Preisfall, den eine so plötzliche Überflutung des inländischen Getreidemarktes ausüben muß, wird am besten ermessen werden können, wenn man die Gesamtmenge an Brotgetreide mit der Bevölkerung vergleicht, wie dies nachstehend geschehen ist:

Erntejahre	Mittlere Bevölkerung Tausend	Gesamtmenge von Roggen u. Weizen Tonnen	auf den Kopf der Bevölkerung kg
1887/88—1891/92	48 967	8 150 240	166
1892/93—1896/97	51 744	10 326 537	200
Zunahme	6 %	27 %	20 %

Die für den inländischen Konsum zur Verfügung stehende Menge Brotgetreide stieg danach um 27 %, die Bevölkerung dagegen nur um 6 % und dementsprechend die für den Kopf der Bevölkerung berechnete Menge

Digitized by Google

um 20 %, wobei zu beachten ist, daß die obige zur Verfügung stehende Gesamtmenge an Brotgetreide auch das verfütterte Brotgetreide, sowie die Verwendung für gewerbliche Zwecke enthält.

Man darf hiernach wohl ohne Übertreibung sagen, daß in den 5 Jahren nach 1892 der Ernteertrag im Deutschen Reich so ergiebig war, daß er für die Ernährung der Bevölkerung bei nur geringer Einfuhr ausgereicht hätte, und daß etwa 1 Million Tonnen der Einfuhr für die Ernährung nicht durchaus erforderlich waren, sondern nur dazu beigetragen haben, den Preis des Brotgetreides fast auf das Niveau eines Schleuderpreises herabzudrücken.

Nach allem diesem bleibt als schwerster Vorwurf der deutschen Landwirtschaft gegen die Handelspolitik des Reiches die Herabsetzung der Zölle auf Weizen und Roggen und in geringerem Grade auf Gerste und Hafer in den letzten Handelsverträgen übrig. Ob beim Abschluß der ersten Verträge im Jahre 1891 unter dem Eindruck schlechter Ernten und hoher Preise die im Jahre 1892 einsetzende Depression des Getreidemarktes hätte vorausgesehen werden können und deshalb bei Bemessung des Vertragszolles hätte berücksichtigt werden müssen, ist eine Frage, die nicht ohne weiteres mit ja zu beantworten ist. Es wäre für die deutsche Landwirtschaft vielleicht günstiger gewesen, wenn der Abschluß der ersten Handelsverträge bei niedrigen Getreidepreisen etwa im Jahre 1892 oder 1893 zustande gekommen wäre.

II. Die Weizen-, Spelz- und Roggenpreise im speciellen.

Da nach dem Vorangehenden der Schwerpunkt für die Erörterung der Agrarzölle in der Bemessung der Getreidezölle liegt, entsteht bei der in Vorbereitung befindlichen Revision der deutschen Handelspolitik die schwierige und fundamentale Frage: Wie hoch sind künftig im allgemein volkswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Interesse die Getreidezölle, speciell die Zölle auf Roggen und Weizen zu bemessen?

Für die Beantwortung dieser Frage wird es erforderlich sein, die Preisbewegung und den Preisfall für Roggen und Weizen noch etwas genauer zu betrachten, wie es oben für die allgemeine Übersicht geschehen ist.

Nach der üblichen Darstellungsweise der Preisbewegung auf Grund zehnjähriger Durchschnittspreise, die nach Kalenderjahren berechnet sind, hat

Digitized by Google

in den Königreichen Preußen und Bayern für Roggen und Weizen folgende Preisentwickelung für die Tonne in Mark stattgefunden[1].

Perioden der Kalenderjahre	Preußen			Bayern			In Bayern stand der Weizenpreis höher + niedriger — als in Preußen	In Bayern stand der Roggenpreis höher + niedriger — als in Preußen
	Weizen Mk.	Roggen Mk.	Unterschied Mk.	Weizen Mk.	Roggen Mk.	Unterschied Mk.		
1850—59	204	159	45	211	165	46	+ 7	+ 6
1860—69	205	155	50	199	145	54	— 6	— 10
1870—79	222	169	53	244	179	65	+ 22	+ 10
1880—89	185	154	31	210	166	44	+ 25	+ 12
1890—99	169	147	22	184	156	28	+ 15	+ 9
1850—79	210	161	49	218	163	55	+ 8	+ 2
1850—99	197	157	40	210	162	48	+ 13	+ 5
1860—99	195	156	39	209	162	47	+ 14	+ 6
1860—79	214	162	52	222	162	60	+ 8	+ 0
1880—99	177	151	26	197	161	36	+ 20	+ 10

Wenn für die Beurteilung der Preisbewegung der fünfzigjährige Durchschnittspreis von 1850—99 zu Grunde gelegt wird, so betrug derselbe für Weizen in Preußen 197 Mk., in Bayern 210 Mk. für die Tonne, für Roggen in Preußen 157 Mk., in Bayern 162 Mk. Von diesen Durchschnittspreisen wich der mittlere Weizenpreis in den neunziger Jahren in Preußen um 28 Mk. ab, in Bayern um 26 Mk., dagegen der mittlere Roggenpreis der neunziger Jahre in Preußen nur um 10 Mk. und in Bayern nur um 6 Mk.

Der mittlere Preisunterschied zwischen Weizen und Roggen ist in Preußen von 53 Mk. in den siebziger Jahren auf 22 Mk. in den neunziger Jahren gesunken und in Bayern von 65 Mk. auf 28 Mk.

Auch der Unterschied zwischen den preußischen und bayerischen Getreidepreisen zeigt eine Tendenz zur Nivellierung, deutlicher bei Weizen als bei Roggen, doch ist die Differenz bei Roggen überhaupt nicht beträchtlich. Im Durchschnitt der achtziger und neunziger Jahre stand der

[1] Anlagen zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Abänderung des Zolltarifs. Drucksachen des Reichstags Nr. 22, 7. L.-P., II. S. 1887/88. S. 54. Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Bureaus. Statist. Korrespondenz, Jahrg. XXV. Statist. Jahrbuch für das Königreich Bayern. 5. Jahrg. 1899. München 1899. S. 64. Zeitschrift des Kgl. Bayer. Statist. Bureaus. Jahrg. 1900. München 1900.

Digitized by Google

Weizenpreis in Bayern 20 Mk. höher als in Preußen und der Roggenpreis 10 Mk. höher.

Die obigen Durchschnittspreise sind schematisch nach 10 Jahren berechnet, sie können deshalb auf die vorliegende Frage nach der Depression der Getreidepreise seit dem Abschluß der Handelsverträge keine Antwort geben. Hierzu eignet sich schon besser folgende Übersicht über die Bewegung der Weizenpreise in Preußen, Bayern, Württemberg und Baden in den fünf siebenjährigen Perioden von 1865—99[1],

Jahr	Weizen			
	Preußen Mk.	Bayern Mk.	Württemberg Mk.	Baden Mk.
1865—71	214	204	214	241*)
1872—78	226	252	239	249
1879—85	195	221	204	218
1886—92	183	205	200	202
1893—99	155	169	169	174
1865—92	205	221	214	228*)
Differenz:	50	52	45	54
1865—92	100	100	100	100
1893—99	76	76	79	76

*) Fehlt 1865.

Danach betrug der mittlere Weizenpreis in der siebenjährigen Periode von 1893—99 in Preußen 50 Mk., in Bayern 52 Mk., in Württemberg 45 Mk. und in Baden 54 Mk. weniger als in der vorangehenden 28jährigen Periode von 1865—92. Für Baden ist der Preis etwas zu groß berechnet, da der niedrige Preis für 1865 nicht erhältlich war.

Setzt man den mittleren Preis der 28jährigen Periode gleich 100, so ist in den genannten Ländern der Weizenpreis in den letzten 7 Jahren um 21—24 % gefallen.

---

[1] Drucksachen des Reichstags Nr. 22, 7. L.-P., II. S. 1887/88. S. 56. 57. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 3. Jahrg. 1894. Berlin 1894. S. III. 36. Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde. 1899. Stuttgart 1900. S. III. 172. Statist. Jahrbuch für das Großherzogtum Baden. XXX. 1899. Karlsruhe 1899. S. 296. Statist. Mitteilungen in dem Großherzogtum Baden. 1899. Die badischen Getreidepreise für 1899 sind einer gefl. Mitteilung des Großh. Bad. Statist. Landesamtes zu verdanken.

Digitized by Google

Für Roggen ergiebt die Preisstatistik folgende Bewegung:

Jahr	Roggen			
	Preußen Mk.	Bayern Mk.	Württemberg Mk.	Baden Mk.
1865—71	165	151	167	173 *)
1872—78	174	188	200	181
1879—85	162	174	182	173
1886—92	158	164	169	161
1893—99	130	144	150	142
1865—92	165	169	180	172 *)
Differenz:	35	25	30	30
1865—92	100	100	100	100
1893—99	79	85	83	82

*) Fehlt 1865.

Nach dieser Übersicht ist der Roggenpreis der letzten 7 Jahre gegenüber der 28jährigen Periode von 1865—92 um 25—35 Mk. gesunken, wobei wieder für Baden das Fehlen des Preises für 1865 zu beachten ist. Der Preisfall für Roggen betrug 15—21 % vom 28jährigen Durchschnitt.

Da für große Bezirke Süddeutschlands, vor allem in Württemberg, der Dinkel oder Spelz die wichtigste Brotfrucht bildet, sei auch dessen Preisbewegung in gespelztem und enthülstem Zustande mitgeteilt.

Württemberg.
Landesdurchschnitt.

	Dinkel für die Tonne Mk.	Kernen Mk.
1872—78	178	251
1879—85	149	211
1886—92	146	201
1893—99	130	174
1872—99	151	209
Differenz	21	35

1894 sank der Dinkelpreis sogar auf nur 112 Mk. und 1895 auf 117 Mk. für die Tonne.

Die bisherige Darstellungsweise läßt indes den eigentlichen Preisfall in seinem privatwirtschaftlichen Nachtheile für den landwirtschaftlichen Betrieb noch nicht scharf genug hervortreten. Die wirtschaftliche Wirkung eines

Digitized by Google

Preisniederganges auf die Produzenten wird von der Tiefe, Dauer und Wiederholung der Depression abhängen. Nimmt man an, daß im Königreich Preußen ein Weizenpreis von über 200 Mk. ein hoher, von 180—200 ein mittlerer und von unter 180 ein niedriger ist, und daß ein Roggenpreis von über 160 Mk. als ein hoher, ein solcher zwischen 140—160 als ein mittlerer und ein solcher unter 140 Mk. als ein niedriger bezeichnet werden darf, und untersucht man, wie viele Jahre in gewissen Zeitabschnitten derartige Preise gehabt haben, so ergiebt sich folgende Übersicht:

Preußen.

	Weizen	Roggen
	a) Zahl der Jahre mit einem Preise von über 200 Mk.	a) Zahl der Jahre mit einem Preise von über 160 Mk.
1850—59	5	4
1860—69	5	3
1870—79	8	7
1880—89	3	3
1890—99	1	3
1860—79	**13**	**10**
1880—99	**4**	**6**
	b) Zahl der Jahre mit einem Preise von 180—200 Mk.	b) Zahl der Jahre mit einem Preise von 140—160 Mk.
1850—59	1	1
1860—69	3	4
1870—79	2	3
1880—89	2	4
1890—99	3	2
1860—79	**5**	**7**
1880—99	**5**	**6**
	c) Zahl der Jahre mit einem Preise von unter 180 Mk.	c) Zahl der Jahre mit einem Preise von unter 140 Mk.
1850—59	4	5
1860—69	2	3
1870—79	0	0
1880—89	5	3
1890—99	6	5
1860—79	**2**	**3**
1880—99	**11**	**8**

Digitized by Google

Nach dieser Übersicht hatten in den 20 Jahren von 1860—79 13 Jahre einen Weizenpreis von über 200 Mk., dagegen wurden in den letzten 20 Jahren nur 4 solche Jahre, in den letzten 10 Jahren sogar nur ein solches Jahr gezählt. Noch schwerer fallen indes die Jahre mit einem Weizenpreise von unter 180 Mk. für die Tonne ins Gewicht. In den 20 Jahren von 1860—79 wurden nur 2 solche ermittelt, dagegen in den letzten 20 Jahren 11, in den letzten 10 Jahren allein 6.

Ähnlich, wenn auch nicht ganz so ungünstig, hat sich die Preisentwicklung für Roggen gestaltet.

Für Bayern ergiebt sich nach derselben Darstellungsweise folgendes Bild, wobei die Gruppenpreise für Weizen und Roggen um 10 Mk. höher angenommen sind als in Preußen.

Bayern.

	Weizen	Roggen
	a) Zahl der Jahre mit einem Preise von über 210 Mk.	a) Zahl der Jahre mit einem Preise von über 170 Mk.
1850—59	5	5
1860—69	4	2
1870—79	9	5
1880—89	4	3
1890—99	1	3
1860—79	**13**	**7**
1880—99	**5**	**6**
	b) Zahl der Jahre mit einem Preise von 190—210 Mk.	b) Zahl der Jahre mit einem Preise von 150—170 Mk.
1850—59	1	1
1860—69	4	1
1870—79	1	2
1880—89	4	5
1890—99	2	3
1860—79	**5**	**3**
1890—99	**6**	**8**
	c) Zahl der Jahre mit einem Preise von unter 190 Mk.	c) Zahl der Jahre mit einem Preise von unter 150 Mk.
1850—59	4	4
1860—69	2	7
1870—79	0	2

Digitized by Google

Bayern.

	Weizen c) Zahl der Jahre mit einem Preise von unter 190 Mk.	Roggen c) Zahl der Jahre mit einem Preise von unter 150 Mk.
1880—89	3	7
1890—99	6	7
1860—79	**2**	**9**
1880—99	**9**	**14**

Während unter den 20 Jahren von 1860—79 sich 13 Jahre mit einem Preise von über 210 Mk. für die Tonne Weizen befanden, gab es in den letzten 20 Jahren nur 5 solche und in den letzten 10 Jahren nur ein solches, und während von 1860—79 nur 2 Jahre mit einem Preise von unter 190 Mk. ermittelt sind, hatten von 1880—99 9 Jahre einen Weizenpreis von unter 190 Mk., in den letzten 10 Jahren sogar 6 Jahre. Etwas weniger ungünstig stellt sich auch hier die Preisbewegung für Roggen.

Vielleicht noch schärfer tritt der Druck der ausländischen Konkurrenz auf die Getreidepreise hervor, wenn man die Zahl der aufeinanderfolgenden Jahre mit einem Weizenpreise von unter 180 Mk. in Preußen und unter 190 Mk. in Bayern und mit einem Roggenpreise von unter 140 Mk. in Preußen und unter 150 Mk. in Bayern zusammenstellt. Für den einzelnen Landwirt, der Getreide verkauft, ist ein niedriger Preis, abgesehen von dem Ausfall der Ernte, um so empfindlicher, je länger er anhält, und je weniger er mit Jahren, die hohe Preise haben, abwechselt.

Für Preußen ergiebt sich danach folgende Übersicht.

Preußen.

	Weizen Höchstzahl der aufeinanderfolgenden Jahre mit einem Preise von unter 180 Mk.	Roggen Höchstzahl der aufeinanderfolgenden Jahre mit einem Preise von unter 140 Mk.
1850—59	3	3
1860—69	2	3
1870—79	0	0
1880—89	5	3
1890—99	5	5
1860—79	**2**	**3**
1880—99	**5**	**5**

Die 20 Jahre von 1860—79 enthielten demnach nur je 2 aufeinanderfolgende Jahre, in denen der mittlere Weizenpreis im preußischen Staate unter 180 Mark sank, dagegen von 1880—99 je 5 solche Jahre.

Digitized by Google

Aufeinanderfolgende Jahre mit einem Roggenpreise unter 140 Mk. sind 1860—79 nur je 3 gezählt, dagegen 1880—99 je 5.

Bayern zeigt folgende Preisbewegung.

Bayern.

	Weizen Höchstzahl der aufeinanderfolgenden Jahre mit einem Weizenpreise von unter 190 Mk.	Roggen Höchstzahl der aufeinanderfolgenden Jahre mit einem Roggenpreise von unter 150 Mk.
1850—59	2	2
1860—69	2	4
1870—79	0	1
1880—89	1	2
1890—99	4	4
1860—79	**2**	**4**
1880—99	**4**	**4**

Auch für Bayern tritt aus diesen Zahlen die Ungunst der 80er und 90er Jahre klar hervor, und bei Weizen besonders die der 90er Jahre.

Allerdings geht aus diesen Übersichten auch hervor, daß im Laufe der 50 Jahre von 1850—99 schon wiederholt ein niedriger Preisstand für Brotgetreide eingetreten ist. Der Unterschied zwischen früher und jetzt besteht darin, daß die Depression der 90er Jahre trotz des Zolles länger dauerte und zum Teil noch tiefer war, als in den früheren Zeiten, in denen kein nennenswerter Schutzzoll bestand. Die Tiefe der Depressionen wird man am besten aus den Durchschnittspreisen der aufeinanderfolgenden Jahre mit einem Weizenpreise von unter 180 Mk. und einem Roggenpreise von unter 140 Mk. ermessen können. Nimmt man im allgemeinen an, daß eine gefährliche Depression erst dann zu verzeichnen ist, wenn mindestens 3 aufeinanderfolgende Jahre einen Durchschnittspreis von unter dem bezeichneten Niveau haben, so ergiebt sich für Preußen die folgende Übersicht.

Preußen.

Weizen Periode der Depression	Mk.	Roggen Periode der Depression	Mk.
I. 1848—52:	152 (ohne Zoll)	I. 1848—51:	98 (ohne Zoll)
II. 1884—88:	165 (einschl. 30—50 Mk. Zoll)	II. 1857—59:	134 (ohne Zoll)
III. 1893—97:	149 (einschl. 35 Mk. Zoll)	III. 1863—65:	125 (ohne Zoll)
		IV. 1886—88:	131 (einschl. 30—50 Mk. Zoll)
		V. 1893—97:	124 (einschl. 35 Mk. Zoll)

Digitized by Google

Würde man von den Depressionspreisen der 90er Jahre den Zoll von 35 Mk. abziehen, so würde man für Weizen nur 114 Mk. und für Roggen nur 89 Mk. erhalten, mithin bezeichnet die Depression der 90er Jahre die tiefste Preissenkung, die der preußische Staat seit 1848 erlebt hat.

Für Bayern sind nach entsprechender Berechnung folgende Depressionen festzustellen.

Bayern.

Weizen		Roggen	
Periode der Depression	Mk.	Periode der Depression	Mk.
I. 1848—51:	150 (ohne Zoll)	I. 1848—51:	102 (ohne Zoll)
II. 1893—97:	163 (einschl. 35 Mk. Zoll)	II. 1858—61:	129 (ohne Zoll)
		III. 1863—66:	125 (ohne Zoll)
		IV. 1893—96:	132 (einschl. 35 Mk. Zoll)

Überraschend ist hierbei, daß in Bayern eine tiefe Depression der Weizenpreise im Laufe der letzten 52 Jahre, abgesehen von der Depression um 1850, erst in den 90er Jahren eingetreten ist. Auch für Roggen ist seit den 60er Jahren erst wieder in den 90er Jahren eine starke Preissenkung zu verzeichnen. Zieht man auch hier von dem Depressionspreise der 90er Jahre den Zoll von 35 Mk. ab, so erreicht derselbe eine Tiefe von 128 Mk. für Weizen und 97 Mk. für Roggen. Danach hat auch in Bayern die tiefste Preissenkung der letzten 52 Jahre um die Mitte der 90er Jahre stattgefunden.

Die obigen Nachweise über die Bewegung der Weizen- und Roggenpreise haben indes einen empfindlichen Mangel, der meistens auch den üblichen Darstellungsweisen über die Preisbewegung für landwirtschaftliche Erzeugnisse in der Litteratur eigentümlich ist. Die bisher benutzten Preise bilden Durchschnittspreise der Kalenderjahre und dürfen deshalb nur für eine Zeitdauer von mindestens 10 Jahren zur Beurteilung einer Depression mit Rücksicht auf ihre landwirtschaftliche Wirkung benutzt werden. Bei Durchschnittspreisen, die weniger als 10 Jahre umfassen, können die Durchschnittspreise der Kalenderjahre und die der Erntejahre schon mehr oder weniger von einander abweichen. Bei den mittleren Preisen der einzelnen Jahre kann sogar eine sehr starke Abweichung stattfinden, die dann zu einer irrtümlichen Beurteilung des Getreidepreises für die Produzenten führt und schon wiederholt geführt

Digitized by Google

hat. Zur Erkennung dieser Abweichung diene die folgende Übersicht über die Bewegung der Weizen- und Roggenpreise an der Berliner Produktenbörse in den letzten 20 Jahren nach Kalender- und Erntejahren und nach Durchschnittspreisen für die vier Quartale der Erntejahre; die letztere Berechnung soll dazu dienen, die Bewegung der Preise im Laufe des Erntejahres verfolgen zu können, wie dies von J. Conrad kürzlich für die einzelnen Monate des Erntejahres geschehen ist[1].

Großhandelspreise für Weizen an der Berliner Börse 1880—1899[2].

Kalender- resp. Erntejahr	Preis des Kalenderjahres Mk.	Preis des Erntejahres[3] Mk.	I. Quartal August bis Oktober Mk.	II. Quartal November bis Januar Mk.	III. Quartal Februar bis April Mk.	IV. Quartal Mai bis Juli Mk.
1880	218	211	207	206	211	217
1881	219	224	230	225	223	217
1882	204	185	186	176	186	193
1883	186	176	187	177	170	169
1884	162	160	150	155	166	169
1885	161	151	155	149	152	148
1886	151	164	153	157	164	183
1887	164	161	150	161	164	169
1888	172	185	181	185	188	185
1889	188	194	187	192	165	201
1890	195	208	193	190	211	237
1891	224	209	232	225	196	182
1892	176	154	155	151	152	159
1893	152	143	149	143	141	137
1894	136	139	131	133	139	151
1895	142	148	138	146	157	148
1896	156	158	153	170	155	154
1897	161	191	165	180	202	218
1898	194	167	177	170	160	160
1899	157	152	154	148	149	155
1880—99	176	174	172	172	173	179
1880—89	183	181	179	178	179	185
1890—99	169	167	165	166	166	170
1892—99	159	156	153	155	157	161

[1] Vgl. Artikel: Getreidepreise im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 2. Aufl. Jena 1900. IV. Bd. S. 325.

[2] Berechnet nach den Großhandelspreisen wichtiger Waren an deutschen Plätzen, in den Monatsheften zur Statistik des Deutschen Reichs. Jahrg. 1880—91 und in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs. 1. bis 9. Jahrg. 1892 bis 1900. Die Preise für 1897—99 sind keine Börsenpreise.

[3] Das Erntejahr rechnet vom 1. August des nebenstehenden Jahres bis zum 31. Juli des folgenden Jahres.

Digitized by Google

Großhandelspreise für Roggen an der Berliner Börse 1880—1899.

Kalender- resp. Erntejahr	Preis des Kalender- jahres Mk.	Preis des Ernte- jahres Mk.	I. Quartal August bis Oktober Mk.	II. Quartal November bis Januar Mk.	III. Quartal Februar bis April Mk.	IV. Quartal Mai bis Juli Mk.
1880	188	203	196	211	205	198
1881	195	170	186	182	164	150
1882	152	142	144	138	137	148
1883	145	147	150	148	144	147
1884	143	143	140	140	146	145
1885	141	133	146	130	144	131
1886	131	127	128	130	125	123
1887	121	119	111	119	117	127
1888	134	150	152	153	149	147
1889	156	166	160	174	171	161
1890	170	185	169	179	181	210
1891	211	217	236	234	205	193
1892	176	138	144	133	131	145
1893	134	122	131	125	121	118
1894	118	119	114	114	119	129
1895	120	116	115	119	120	112
1896	119	119	118	127	116	115
1897	122	143	128	138	151	154
1898	149	147	142	151	144	150
1899	147	145	149	144	141	148
1880—99	149	148	148	149	147	148
1880—89	151	150	151	152	150	148
1890—99	147	145	145	146	143	147
1892—99	133	131	130	131	130	134

Nach diesen Tabellen berechnen sich für die Weizen- und Roggenpreise des Kalender- und Erntejahres folgende Unterschiede von 10 Mk. und mehr für die Tonne.

Ernte- und Kalenderjahr	Der Weizenpreis des Erntejahres war niedriger — höher + als der des Kalenderjahres Mk.	Der Roggenpreis des Erntejahres war niedriger — höher + als der des Kalenderjahres Mk.
1882	— 19	1881 — 25
1890	— 13	1882 — 10
1891	— 15	1892 — 38
1892	— 22	1893 — 12
1898	— 27	1880 + 15
1888	+ 13	1888 + 16
1890	+ 13	1889 + 10
1897	+ 30	1890 + 15
		1897 + 21

Digitized by Google

Daß derartige Abweichungen für die Beurteilung der Preislage, mit Rücksicht auf die Lage der Landwirtschaft, von großem Einfluß sind, ist zweifellos. Besonders scharf tritt dies für die 90er Jahre hervor, die hier im Vordergrunde des Interesses stehen. Nach den Preisen des Kalenderjahres von 1892 zu urteilen, konnte die Landwirtschaft in diesem Jahre mit dem Weizenpreis von 176 Mk. noch zufrieden sein, da neben ihm anscheinend ein hoher Roggenpreis von 176 Mk. bestand; nach dem Preise des Erntejahres von 1892/93 dagegen befand sich die deutsche Landwirtschaft bei einem Weizenpreise von 154 Mk. und bei einem Roggenpreis von nur 138 Mk. bereits unter dem eisernen Drucke einer siegreichen Getreide-Baisse des Weltmarktes.

Umgekehrt genoß die Landwirtschaft nach den Preisen des Erntejahres bereits 1897 auskömmliche Weizen- und Roggenpreise, während sie dieselben nach den Preisen des Kalenderjahres erst 1898 bekommen hat.

Eine genauere Einsicht in diese Preisverhältnisse gewähren noch die Durchschnittspreise für die einzelnen Quartale des Erntejahres.

Für den kapital- oder kreditkräftigen Landwirt ist es eine wichtige Frage, zu welcher Zeit er sein Getreide im Laufe des Erntejahres am vorteilhaftesten verkaufen kann.

Mit Rücksicht auf den Zinsverlust beim Lagern des Getreides und mit Rücksicht auf das Risiko einer Verschlechterung der Qualität, wird ein Abwarten des höheren Preises sich nur dann lohnen, wenn der spätere Preis mindestens um 10 Mk. für die Tonne höher stehen wird, als zu Beginn des Erntejahres. Nach dieser Erwägung führt die obige Übersicht zu folgendem Ergebnis.

Der Weizen wäre in den 20 Erntejahren von 1880—99 am vorteilhaftesten verkauft worden zehnmal im I. Quartal, einmal im II. Quartal, einmal im III. Quartal und achtmal im IV. Quartal.

Der Roggen hätte in den 20 Erntejahren von 1880—99 den höchsten Preis erzielt dreizehnmal im I. Quartal, dreimal im II. Quartal und nur viermal im IV. Quartal, während ein Verkauf im III. Quartal in keinem Erntejahre zu empfehlen gewesen wäre.

Eine allgemeine Regel läßt sich indes aus diesem Resultat nicht herleiten, schon deshalb nicht, weil die nach den obigen Ausführungen besten Verkaufstermine wohl nicht mehr die günstigsten geblieben sein würden, wenn alle Landwirte mit dem Verkauf ihres Getreides bis zu diesem Termin gewartet hätten.

Die größten Abweichungen zwischen den Preisen des I. und IV. Quartals der Erntejahre von 1880—99, von 10 Mk. und mehr für die Tonne, sind folgende:

Digitized by Google

Der Weizenpreis des I. Quartals war höher + niedriger — als der des IV. Quartals	Mk.
1881/82	+ 13
1883/84	+ 18
1891/92	+ 50
1898/99	+ 17
Durchschnitt	+ 25
Dagegen	
1880/81	— 10
1884/85	— 19
1886/87	— 30
1887/88	— 19
1889/90	— 14
1890/91	— 44
1895/96	— 10
1897/98	— 53
Durchschnitt	— 25

Der Roggenpreis des I. Quartals war höher + niedriger — als der des IV. Quartals	Mk.
1881/82	+ 36
1885/86	+ 15
1891/92	+ 43
1893/94	+ 13
Durchschnitt	+ 27
Dagegen	
1890/91	— 31
1894/95	— 15
1897/98	— 26
Durchschnitt	— 24

Um die Wirkung dieser verschiedenen Bewertung des Getreides im Laufe des Erntejahres auf die Lage der Landwirtschaft prüfen zu können, wäre vorerst die Kenntnis von den Getreidemengen erforderlich, die in den einzelnen Quartalen von den Landwirten auf den Markt gebracht worden sind. Hierüber fehlt jede exakte Angabe. Wenn man annehmen darf, daß im letzten Quartal des Erntejahres nur noch ein geringer Teil des Getreides sich in den Händen der Landwirte befindet, so würde die Landwirtschaft für den Weizen vielfach den Preis nicht erhalten haben, den sie nach der Konjunktur hätte erzielen können. Im zwanzigjährigen Durchschnitt freilich verschwinden die obigen Abweichungen der Quartalspreise fast ganz.

Immerhin dürfte aus den obigen Ausführungen hervorgehen, daß für die Bemessung der Getreidezölle nur die Durchschnittspreise der Erntejahre benutzt werden dürfen. Die endgültige Grundlage hierfür möge folgende Übersicht über die Bewegung der Weizen- und Roggenpreise im preußischen Staate während der 32 Erntejahre von 1868/69—1899/1900 bilden[1].

[1] Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Bureaus und Statist. Korrespondenz.

Digitized by Google

Königreich Preußen.

Erntejahr 1. August bis 31. Juli	Weizen Mk.	Roggen Mk.	Weizen Mk.	Roggen Mk.	Weizen relativ	Roggen relativ
1867/68	278	214	—	—	—	—
1868/69	202	168				
1869/70	190	152				
1870/71	228	168				
1871/72	242	168	223	173	100	100
1872/73	254	176				
1873/74	266	212				
1874/75	198	170				
1875/76	205	169				
1876/77	226	185				
1877/78	218	154				
1878/79	185	134				
1879/80	217	174	207	166	94	96
1880/81	215	208				
1881/82	224	181				
1882/83	185	143				
1883/84	184	152				
1884/85	164	144				
1885/86	157	137				
1886/87	164	131				
1887/88	164	121	181	156	81	90
1888/89	182	152				
1889/90	189	168				
1890/91	205	181				
1891/92	220	217				
1892/93	157	139				
1893/94	142	125				
1894/95	135	118				
1895/96	147	121	155	131	70	76
1896/97	156	121				
1897/98	191	143				
1898/99	162	141				
1899/1900	149	143				
32jähriger Durchschnitt 1868/69 bis 1899/1900	192	157	—	—	—	—
Maximum:	266	217	—	—	—	—
Minimum:	135	118	—	—	—	—
Differenz:	131	99	—	—	—	—

Digitized by Google

Die Durchschnittspreise der 32 Erntejahre betrugen im preußischen Staate hiernach 192 Mk. für die Tonne Weizen und 157 Mk. für die Tonne Roggen, wobei zu beachten ist, daß in diesen Durchschnittspreisen auch die Preise von fast 20 Erntejahren einbegriffen sind, die bereits unter dem Drucke einer Depression standen.

Von diesem 32jährigen Durchschnittspreis ist in den acht Erntejahren seit dem Abschluß der Handelsverträge der Weizenpreis um 37 Mk. für die Tonne herabgestürzt und der Roggenpreis um 26 Mk. für die Tonne. Legt man den Durchschnittspreis der 40 Kalenderjahre von 1860—99 mit 195 Mk. für Weizen und 156 Mk. für Roggen zu Grunde, so betrug der Preissturz bei Weizen 40 Mk. für die Tonne und bei Roggen 25 Mk. für die Tonne.

Die Tiefe der beiden Depressionen in den achtziger und neunziger Jahren wird durch die nachstehende Berechnung veranschaulicht, in welcher die aufeinanderfolgenden Jahre der achtziger und neunziger Jahre mit einem Weizenpreise von unter 180 Mk. und einem Roggenpreise von unter 140 Mk. zu einer Depression zusammengefaßt sind.

Preußen.

Weizen.		Roggen.	
Periode der Depression	Mk.	Periode der Depression	Mk.
I. 1884/85—1887/88	162	I. 1885/86—1887/88	130
II. 1892/93—1896/97	147	II. 1892/93—1896/97	125

Die Depression der Weizenpreise in den achtziger Jahren, die vier aufeinanderfolgende Jahre dauerte, stand im Durchschnitt auf 162 Mk. für die Tonne, diejenige der neunziger Jahre, die mit eiserner Faust fünf aufeinanderfolgende Jahre auf der Landwirtschaft ruhte, sank sogar durchschnittlich auf 147 Mk. für die Tonne oder 45 Mk. unter den 32jährigen und 48 Mk. unter den 40jährigen Durchschnittspreis.

Die beiden Depressionen des Roggenpreises unterscheiden sich weniger durch ihre Tiefe, als durch ihre Dauer. Die Depression der 80er Jahre dauerte nur drei aufeinanderfolgende Jahre und stand durchschnittlich auf 130 Mk., dagegen währte die Depression der 90er Jahre fünf aufeinanderfolgende Jahre und stand im Durchschnitt auf 125 Mk. für die Tonne oder 32 Mk. unter dem 32jährigen Durchschnitt.

Digitized by Google

III. Untersuchungen über die erforderliche Höhe des Weizen- und Roggenzolles.

Angesichts dieser thatsächlichen Vorgänge auf dem Gebiete des deutschen Getreidehandels entsteht die Frage, wie ist künftig nach dem Ablauf der bestehenden Handelsverträge vom 1. Januar 1904 an der Zoll auf Weizen und Roggen mit Rücksicht auf die Rentabilität des einheimischen Getreidebaues zu bemessen, und welche Höhe kann vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gerechtfertigt erscheinen.

Den sichersten und gerechtesten Maßstab für die Bemessung der Getreidezölle würde der Unterschied zwischen den höchsten inländischen Produktionskosten, soweit zu denselben noch große Mengen Getreide produziert werden, und dem Preise bilden, zu welchem das am billigsten produzierende Konkurrenzland das Getreide an die deutsche Zollgrenze bisher geliefert hat oder voraussichtlich wird liefern können. Die Berechnung der Produktionskosten für Getreide ist indes äußerst schwierig und einwandsfrei nicht durchführbar. Der landwirtschaftliche Betrieb bildet in Deutschland einen vielseitigen Organismus, dessen einzelne Glieder gemeinsam und in gegenseitiger Unterstützung die Gesamtleistung des Betriebes hervorbringen und dessen Rentabilität im ganzen bedingen. Wenn der deutsche Landwirt, wie ein großer Teil der amerikanischen Farmer, nur Weizen bauen würde, so wäre es verhältnismäßig einfach, die Produktionskosten für die Tonne Weizen zu berechnen. In der Mehrzahl der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe besteht dagegen Fruchtfolge, so daß für den Betrieb in jedem Jahre mehrere Früchte angebaut und geerntet werden, die von Jahr zu Jahr nur ihren Standort wechseln. Diese Fruchtfolge ist so bemessen, daß die erste Frucht stets die folgende in ihrem Ertrage fördert, wobei also sämtliche Aufwendungen für die erste Frucht, wie Bearbeitung des Bodens, Düngung, auch der zweiten Frucht zu gute kommen. Es wird deshalb schwer sein, aus dieser Fruchtfolge eine Frucht herausnehmen und deren Rentabilität für sich berechnen zu wollen Der Landwirt wird in dem einen Jahr die eine Frucht, in dem nächsten die andere oder dritte Frucht billiger oder teurer produzieren können, je nachdem sich die Preise der zum Verkaufe kommenden Früchte und die Ernteerträge von Jahr zu Jahr ändern. Auch die Rentabilität und die Entwicklung der verschiedenen Zweige der Viehzucht, wie der Aufzucht der Pferde und Rinder, der Mastwirtschaft, Milchwirtschaft, der Schweinezucht und der Fleischschaf- und Wollschafzucht, wird auf die Getreideproduktion einwirken, einmal durch Steigerung der

Digitized by Google

Erträge infolge besserer Düngung, dann aber auch in der Weise, daß der Landwirt bei niedrigem Preisstande des Getreides und lohnender Verwertung desselben in der Viehzucht sich zur Verfütterung statt zum Verkauf des Getreides entschließen wird. Aber selbst wenn man für die Beurteilung der Produktionskosten die vorliegenden Berechnungen benutzen wollte, so würde das Bedenken bestehen bleiben, daß diese Berechnungen auf verschiedenen Grundlagen vorgenommen und in so geringer Zahl vorhanden sind, daß allgemeine Schlußfolgerungen aus ihnen nicht gezogen werden dürfen.

Wenn somit eine exakte Beantwortung auf die Frage nach den Produktionskosten des Getreides unmöglich erscheint, so darf doch auf Grund langjähriger Erfahrungen und Beobachtungen aus der landwirtschaftlichen Praxis angenommen werden, daß die Produktionskosten für die Tonne Weizen im Deutschen Reich bei Zugrundelegung mehrerer Erntejahre zwischen 170—200 Mk. und für die Tonne Roggen zwischen 140—170 Mk., je nach Boden, Klima, Betriebsweise und Absatzverhältnissen, schwanken. Danach würden die durchschnittlichen Produktionskosten für die Tonne Weizen 185 Mk. und für Roggen 155 Mk. betragen. Der Landwirtschaftsminister von Lucius schätzte in der Reichstagssitzung am 2. Dezember 1887 die Produktionskosten für Weizen und Roggen auf 190 Mk. Nun bildet die unterste Preisgrenze, zu welcher innerhalb der letzten 50 Jahre ausländisches Getreide nach Deutschland gebracht ist, im Jahresdurchschnitt für Weizen etwa 100 Mk. und für Roggen 80 Mk. Diese unterste Preisgrenze trat für das Jahr 1894 ein, in welchem der Preis für unverzollten Weizen an der deutschen Zollgrenze zeitweise sogar bis auf 90 Mk. und für unverzollten Roggen bis auf 70 Mk. herabsank. So notierten im Jahre 1894 an der Königsberger und Danziger Börse unverzollter Weizen und Roggen und in Bremen unverzollter Roggen[1]:

(S. Tabelle folgende Seite.)

Bei diesem ungünstigsten Preisstande hätte also der Weizenzoll 185 weniger 90 = 95 Mk. und der Roggenzoll 155 weniger 70 = 85 Mk. für die Tonne betragen müssen, wenn man der Landwirtschaft auch in diesem Jahre den durchschnittlichen Rentabilitätspreis hätte geben wollen.

---

[1] Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 4. Jahrg. 1895. Berlin 1895. S. I. 40. Jahresbericht des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft zu Danzig. 1894. Die Preise für Königsberg beruhen auf Mitteilung des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft zu Königsberg i. Pr.; vgl. Nachrichten vom Deutschen Landwirtschaftsrat. 1. Jahrg. 1896. S. 71.

Digitized by Google

1894	Königsberger Börse		Danziger Börse		Bremen
	russischer Weizen	russischer Roggen	Transit-Weizen 745 gr bunter	Transit-Roggen	südrussischer Roggen guter, gesunder, unverzollt
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Januar	126,00	81,00	121,15	87,35	—
Februar	—	80,70	115,92	87,58	—
März	—	79,50	112,17	85,38	—
April	90,00	75,90	105,32	82,04	—
Mai	73,00	69,30	98,28	75,32	84,00
Juni	74,55	71,30	98,54	77,69	88,75
Juli	90,00	72,00	98,42	75,50	85,50
August	93,95	68,70	98,81	70,89	82,75
September . . .	91,20	68,65	94,88	71,36	81,00
Oktober	—	—	90,30	72,63	77,25
November . . .	92,00	72,50	97,60	77,24	82,00
Dezember . . .	87,00	71,50	100,33	78,13	83,25
Jahr	90,86	73,73	102,64	78,43	83,06

In dieser Berechnung beruhen aber die durchschnittlichen Produktionskosten auf bloßen Schätzungen, die vielleicht anfechtbar sind, während der andere Faktor aus den wirklichen Preisen an den genannten Börsen hergeleitet ist. Um auch für die Produktionskosten einen mehr einwandfreien Maßstab zu gewinnen, wird es sich empfehlen, der Feststellung des erforderlichen Rentabilitätspreises einen vieljährigen Durchschnittspreis aus den wirklichen Preisen für Getreide zu Grunde zu legen.

Wollte man hierfür den Durchschnittspreis der 60er und 70er Jahre wählen, so würde der Vorwurf berechtigt sein, daß dieser Preis zu der günstigsten Periode der Getreidekonjunktur im 19. Jahrhundert gehört. Auch für den 30jährigen Durchschnitt von 1850—79 würde dieser Einwand noch zutreffend sein. Allerdings ist es wohl Thatsache, daß der Grund und Boden im Deutschen Reich zum größten Theil auch jetzt noch aus der hohen Getreidekonjunktur der obigen 30 Jahre bewertet ist, und daß für die Rentabilität der Landwirthschaft ohne den technischen Fortschritt der 80er und 90er Jahre und ohne die Entwicklung der Nebengewerbe und der Viehzucht auch heute der Durchschnittspreis von 1850—79 für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Rente erforderlich sein würde.

Den gerechtesten Maßstab für die Bemessung der Getreidezölle wird hiernach der 40jährige Durchschnittspreis von 1860—99 bilden, in welchem die hohen Konjunkturen der 60er und 70er Jahre und der Niedergang der Preise in den 80er und 90er Jahren gleichmäßig enthalten sind. Hierbei

Digitized by Google

wird angenommen, daß die Landwirtschaft im Laufe der 80er und 90er Jahre ihre Roherträge so gesteigert hat, daß sie bei einem mittleren Weizenpreis von unter 200 Mk. und bei einem Roggenpreis von unter 160 Mk. bestehen kann. Ob dem deutschen Getreidebau dies in seiner Gesamtheit gelungen ist, hängt von der Beurteilung des Gewinnes aus dem technischen Fortschritt und des Verlustes aus dem Steigen der Produktionskosten, insbesondere der Arbeitslöhne, in den 80er und vor allem in den 90er Jahren ab. Eine genaue Antwort auf diese Frage wird für die Gesamtheit der deutschen Landwirtschaft, soweit ihre Rentabilität auf dem Getreidebau beruht, aus Mangel an zuverlässigen Angaben überhaupt nicht möglich sein.

Der 40jährige Durchschnittspreis von 1860—99 betrug im preußischen Staate für Weizen 195 Mk. und für Roggen 156 Mk. für die Tonne, oder 27 Mk. für die Tonne Weizen weniger als im Durchschnitt der 70er Jahre; die Differenz für Roggen ist 13 Mk.

In der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Abänderung des Zolltarifs vom 25. November 1887 (Drucksachen des Reichstages 7. L.-P. II. S. 1887/88 Nr. 22), wurde für die Bemessung des Zolles noch der 12jährige Durchschnittspreis im preußischen Staate von 1867—78 mit 227 Mk. für Weizen und 175 Mk. für Roggen zu Grunde gelegt und ein Zoll von 60 Mk. für Weizen und Roggen vorgeschlagen. Schon damals wurde auf die gestiegenen Produktionskosten hingewiesen, indem es wörtlich in den Motiven (a. a. O. S. 5) heißt: „Dagegen haben die Produktionskosten eine dem Sinken der landwirtschaftlichen Produkte entsprechende Reduktion nicht erfahren. Löhne, Abgaben, Steuern sind im ganzen nicht geringer geworden, zum Teil sogar gestiegen".

Da der 40jährige Durchschnittspreis für Weizen von 195 Mk. für die Tonne ca. 20 Mk. weniger als im Durchschnitt der 20 Jahre von 1860—79 beträgt, müßte man annehmen, daß die Landwirtschaft die Tonne Weizen jetzt um 20 Mk. billiger produziren kann als früher; bei einer Annahme von 185 Mk. als niedrigste Grenze der Rentabilität, müßte sie die Tonne Weizen sogar um 30 Mk. billiger liefern können. Wollte man die Möglichkeit dieser wohlfeileren Getreideproduktion allein auf die Steigerung der Erträge zurückführen, so müßte die Weizenproduktion des preußischen Staates etwa in folgender Weise gestiegen sein.

(S. Tabelle folgende Seite.)

In dieser Berechnung ist der Weizenertrag vom Hektar im preußischen Staate für die 20 Jahre von 1860—79 im Durchschnitt auf 13 dz geschätzt; es würde das bei einer Aussaat von durchschnittlich 170 kg etwa

Digitized by Google

Königreich Preußen.

Bei einem Weizenpreise für den dz Mk.	Bei einer Bruttoeinnahme vom ha in Mk.	Erforderlicher Ertrag pro ha dz	Gesamtproduktion von 1 000 000 ha Tonnen
21,40 (Durchschnitt: 1860—79)	278	13,—	1 300 000
19,50 (Durchschnitt: 1860—99)	278	14,26	1 426 000
18,50 (Produktionskosten)	278	15,03	1 503 000
14,70 (Durchschnitt: 1892—96)	278	18,91	1 891 000

das $7^1/_2$fache der Aussaat sein. Bei dem berechneten Durchschnittspreis der 20 Jahre 1860—79 mit 21,40 Mk. für den Doppelcentner würde der Landwirt in dieser Periode eine Bruttoeinnahme von 278 Mk. pro Hektar erzielt haben. Es ist nun in der obigen Übersicht ausgerechnet, um wie viel der Ertrag pro Hektar steigen müßte, um bei dem 40jährigen Durchschnittspreis von 1860—99 mit 19,50 Mk., bei dem angenommenen Produktionspreis von 18,50 Mk. und bei dem Depressionspreise der 5 Erntejahre 1892—96 mit 14,70 Mk., dieselbe Bruttoeinnahme pro Hektar wie in der Periode 1860—79 zu erzielen.

Danach müßte bei einem Durchschnittspreise von 195 Mk. der Ertrag pro Hektar um 9,7 %, bei einem Durchschnittspreise von 185 Mk. um 15,6 %, bei einem Durchschnittspreise von 147 Mk. aber um 45,5 % gestiegen sein. Nun betrug der durchschnittliche Weizenertrag in Preußen für die Ernte 1892—96 15,2 dz, so daß der Weizenpreis nur bis auf 183 Mk. hätte sinken dürfen, um im Durchschnitt der 5 Jahre dieselbe Bruttoeinnahme wie in der Periode 1860—79 zu erzielen. Nach der Ernteſtatiſtik war der Weizenertrag in Preußen 1878—87 durchschnittlich 12,90 dz, dagegen 1888—97 14,30 dz, was nur eine Steigerung um 11 % innerhalb 10 Jahren bedeuten würde. Wenn indes der Preisfall des Weizens allein durch die Ertragssteigerung ausgeglichen werden soll, so hätte der Ertrag noch höher sein müssen, als oben berechnet ist, da nicht nur die Aufwendungen für 19 dz Weizen pro ha mehr betragen als für 13 dz, sondern auch die Unkosten des landwirtschaftlichen Betriebes überhaupt in letzter Zeit ganz enorm gestiegen sind. Es wird indes unmöglich sein, hierüber etwas Genaues für die gesamte Weizenproduktion festzustellen.

Digitized by Google

Doch scheint so viel aus der obigen Berechnung hervorzugehen, daß ein Ausgleich der gesunkenen Weizenpreise durch Erhöhung der Erträge pro Hektar bis jetzt nur bis zu einem gewissen Grade möglich gewesen ist, oder man müßte, wollte man diese Ansicht nicht teilen und die Zahlen der alten und selbst die der neuen Ernteststatistik für zu niedrig halten, auch vor der weiteren Konsequenz nicht zurückschrecken, daß der preußische Weizenboden in den 90er Jahren mindestens 600 000 Tonnen und der gesamte deutsche Weizen- und Spelzboden mindestens 1 200 000 Tonnen mehr produzirt hat als in der Periode 1860—79, und daß entsprechend die Roggenproduktion des Deutschen Reiches um mindestens 2 Millionen Tonnen gestiegen ist. Will man dies zugeben, so ist die weitere Folgerung nicht abzuweisen, daß die Einfuhr von Weizen und Roggen zum großen Teile, wenn nicht ganz, entbehrt werden könnte. Aber auch bei solcher Steigerung der Roherträge würde die Rentabilität selbst noch fraglich bleiben. So weit also die Mindereinnahme aus dem Getreidebau nicht durch andere Zweige der Wirtschaft, wie durch Zuckerrübenbau, Branntweinbrennerei oder Viehzucht gegen früher ausgeglichen ist, wird man mit den Durchschnittspreisen für die Rentabilität der Weizen- und Roggenproduktion kaum unter den 40jährigen Durchschnitt herabgehen dürfen, während man im anderen Falle die Mindestgrenze für Weizen zu 180 Mk. und stellenweise bei sehr günstigen Verhältnissen zu 170 Mk. annehmen kann. Ob man auch die Produktionskosten für Roggen schon in der gegenwärtigen Verbreitung der landwirtschaftlichen Technik unter 150 Mk. für die Tonne wird annehmen dürfen, kann zweifelhaft sein, da bei einem Durchschnittspreise des Staates von 150 Mk. der Marktpreis im Osten der Monarchie auf 140 Mk. und der Preis loko Hof daselbst auf 130 bis 135 Mk. sinken würde, und da außerdem die Ertragsfähigkeit des Roggens bis jetzt nicht in dem Maße wie die des Weizens hat gesteigert werden können, und auch dem Roggenboden die Fortschritte der landwirtschaftlichen Technik bisher nicht in dem Umfange zu Gute gekommen sind, wie dem mit größerem Betriebskapital ausgestatteten Weizenboden. Nach diesen Ausführungen wird es nicht unbillig erscheinen, der Bemessung der Zölle den Durchschnittspreis der 40 Jahre von 1860—99 mit 195 Mk. für Weizen und 156 Mk. für Roggen zu Grunde zu legen. Hätte man der Landwirtschaft diese Durchschnittspreise auch in dem ungünstigsten Jahr 1894 verschaffen wollen, so wäre für dieses Jahr ein Zoll von 195 — 90 = 105 Mk. für Weizen und von 156 — 70 = 86 Mk. für Roggen erforderlich gewesen.

Die Schwierigkeit für die Bemessung der Getreidezölle liegt bei weiterer Erwägung darin, daß ein fester Getreidezoll, der nach dem tiefsten Preis-

Digitized by Google

stande des Weltmarktes berechnet ist, nicht mehr begründet werden kann, sobald die Getreidepreise auf dem Weltmarkte hoch stehen. Will man von der Einführung eines beweglichen Zolles mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Bemessung und wegen der Befürchtung, daß durch den beweglichen Zoll ein neuer Spekulationsfaktor geschaffen wird, absehen und sich nicht dabei beruhigen, daß es die Gesetzgebung in der Hand hat, bei hohen Getreidepreisen den Zoll für gewisse Dauer herabzusetzen oder ihn ganz aufzuheben, so muß der feste Zollsatz eine mittlere Höhe haben, die auch bei höheren Weltmarktpreisen noch gerechtfertigt erscheint.

Wenn man annehmen dürfte, daß innerhalb eines größeren Zeitraumes, etwa innerhalb 10 Jahren, die Getreidepreise eben so oft über als unter dem Produktionspreise oder dem 40jährigen Durchschnittspreise stehen und in demselben Verhältnis von ihnen nach oben und unten abweichen würden, so würde die gesuchte mittlere Zollhöhe die Hälfte des nach dem tiefsten Preisstande berechneten Zollsatzes bilden, also für Weizen ca. 50 Mk. und für Roggen ca. 40 Mk. Diese Voraussetzung ist aber für die letzten 20 Jahre keineswegs zutreffend. In Wirklichkeit überwiegen die Jahre mit Preisen unter dem Durchschnittspreise die Jahre mit Preisen über demselben, so daß hiernach die gesuchte mittlere Zollhöhe mehr als die Hälfte des nach dem tiefsten Preisstande berechneten Zollsatzes betragen müßte.

Unter den Jahrespreisen der 20 Erntejahre von 1880—99 im preußischen Staate befanden sich für Weizen nur vier Jahrespreise über dem 40jährigen Durchschnittspreise, also über 195 Mk., dagegen 16 unter 195 Mk. für die Tonne, für Roggen standen in demselben Zeitraum fünf Jahrespreise über dem 40jährigen Durchschnittspreise, also über 156 Mk., dagegen 15 unter 156 Mk. für die Tonne. Selbst wenn man als Mindestpreis 185 Mk. für Weizen und 150 Mk. für Roggen annehmen wollte, so waren in den letzten 20 Jahren für Weizen und Roggen sieben Jahrespreise auf oder über diesem Preise, dagegen 13 unter demselben.

Die mittlere Zollhöhe wird deshalb nur aus dem Verhältnis des mehrjährigen Durchschnittspreises für Getreide im Inland zum mehrjährigen Durchschnittspreise des unverzollten Getreides bemessen werden dürfen.

Da bisher 21 Erntejahre einen Getreidezoll genossen haben, so wird es von Interesse sein, für die einzelnen Zollperioden mit verschiedenen Getreidezöllen zu berechnen, wie hoch der Zoll hätte sein müssen, wenn man durch denselben dem deutschen Getreidebau die 40jährigen Durchschnittspreise für Weizen und Roggen in den einzelnen Zollperioden hätte gewährleisten wollen.

Die Ära der deutschen Getreidezölle seit 1879 zerfällt in folgende vier Zollperioden:

Digitized by Google

Periode	Zoll für die Tonne = 1000 kg Weizen Mk.	Roggen Mk.	Gerste Mk.	Hafer Mk.
I. Vom 1. Oktober 1879 bis 30. Juni 1885	10	10	5	10
II. Vom 1. Juli 1885 bis 25. November 1887	30	30	15	15
III. Vom 26. November 1887 bis 31. Januar 1892	50	50	22,50	40
IV. Vom 1. Februar 1892 bis 31. Dezember 1903	35	35	20	28

In dieser Übersicht ist die abweichende Verzollung für die Einfuhr aus Rumänien vom 1. Februar 1892 bis 31. Dezember 1893 und aus Rußland vom 1. Februar 1892 bis zum 19. März 1894 außer Betracht gelassen. Gegen diese Länder galt noch der frühere Zollsatz, der gegen Rußland am 29. Juli 1893 um 50 % bis zum Abschluß des Vertrages erhöht wurde.

In den obigen vier Zollperioden, bei der letzten Periode bis zum 31. Juli 1900, hätte der Weizen- und Roggenzoll unter Zugrundelegung der Preise für die 21 Erntejahre im preußischen Staate und unter Zugrundelegung der 40jährigen Durchschnittspreise folgende Höhe haben müssen.

(S. Tabelle S. 41.)

Die abweichende Verzollung gegen Rumänien und Rußland in den Jahren 1892—94 konnte in der obigen Berechnung nicht mit berücksichtigt werden. Einen weiteren Mangel der Tabelle bildet die für die Berechnung notwendige Annahme, daß der Zoll in seiner vollen Höhe zur Geltung kommt, was indes in Wirklichkeit nicht immer der Fall gewesen ist, wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht. (S. Tabelle S. 42.)

Die Differenzschwankungen zwischen dem Preise für das im Inlande erzeugte Getreide und für unverzolltes ausländisches Getreide beruhen hauptsächlich auf dem Unterschied in der Qualität desselben nach Volumengewicht, Reinheit, Trockenheitsgrad, Feinschaligkeit und nach Klebergehalt und damit zusammenhängend nach der Mahl- und Backfähigkeit. Die Abweichungen in diesen Eigenschaften sind zum Teil in dem Anbau verschiedener Getreidesorten, die die obigen Eigenschaften in höherem oder geringerem Grade besitzen, zum Teil im Boden, Klima und in der Witterung während der Vegetationsperiode und der Ernte begründet. Die Frage, wer den Zoll trägt, oder welchen Druck der Zoll auf die Getreidepreise der Exportländer, auf den Handelsgewinn und die Transportkosten ausübt, wird durch die obigen Differenzschwankungen nicht ganz beantwortet. Dieser Druck wird von der Höhe des Zolles sowie von dem jeweiligen Export- und Importbedürfnis abhängen.

Digitized by Google

Königreich Preußen.

40jähriger Durchschnitt der Marktpreise von 1860—99 für Weizen = 195 Mk. und für Roggen = 156 Mk. für die Tonne à 1000 kg.

Erntejahr	Weizen			Roggen		
	verzollt Mk.	unverzollt Mk.	erforderlicher Zoll Mk.	verzollt Mk.	unverzollt Mk.	erforderlicher Zoll Mk.
1879/80	217	207	—12	174	164	— 8
1880/81	215	205	—10	208	198	—42
1881/82	224	214	—19	181	171	—15
1882/83	185	175	20	143	133	23
1883/84	184	174	21	152	142	14
1884/85	164	153 [1]	42	144	133 [1]	23
1885/86	157	127	68	137	107	49
1886/87	164	134	61	131	101	55
1887/88	164	121 [2]	74	121	78 [2]	78
1888/89	182	132	63	152	102	54
1889/90	189	139	54	168	118	38
1890/91	205	155	40	181	131	25
1891/92	220	177 [3]	18	217	174 [3]	—18
1892/93	157	122	73	139	104	52
1893/94	142	107	88	125	90	66
1894/95	135	100	95	118	83	73
1895/96	147	112	83	121	86	70
1896/97	156	121	74	121	86	70
1897/98	191	156	39	143	108	48
1898/99	162	127	68	141	106	50
1899/1900	149	114	81	143	108	48
Zollperiode: 1879/80 bis 1884/85	198	188	7	167	156	0
1885/86 bis 1886/87	161	131	64	134	104	52
1887/88 bis 1891/92	192	145	50	168	121	35
1892/93 bis 1899/1900	155	120	75	131	96	60

[1] Am 1. Juli 1885 trat der Zoll von 30 Mk. für die Tonne in Kraft, bei Berechnung des obigen Jahrespreises sind deshalb von dem Preis für Juli 1885 30 Mk. abgezogen, während in den elf übrigen Monaten des Erntejahres 10 Mk. in Abzug kamen.

[2] Am 26. November 1887 trat der Zoll von 50 Mk. für die Tonne in Kraft, bei Berechnung des obigen Jahrespreises sind deshalb von den Preisen für die Monate Dezember 1887 bis einschl. Juli 1888 50 Mk. abgezogen, für die Monate August bis einschl. November 1887 der Zoll von 30 Mk.

[3] Am 1. Februar 1892 traten die Vertragszölle von 35 Mk. für die Tonne in Kraft, dementsprechend sind von den Preisen für August 1891 bis einschl. Januar 1892 50 Mk. abgezogen, von den Preisen für Februar bis einschl. Juli 1892 dagegen 35 Mk.

Digitized by Google

Großhandelspreise für verzollten und unverzollten Weizen und Roggen an der Danziger Börse 1885—1899[1].

Jahr	Weizen			Roggen			Zollsatz
	verzollt Mk.	unverzollt Mk.	Differenz Mk.	verzollt Mk.	unverzollt Mk.	Differenz Mk.	Mk.
1885	—	—	—	131,3	108,8	22,5	10—30
1886	—	—	—	120,2	96,6	23,6	30
1887	—	—	—	108,0	87,0	21,0	30—50
1888	168,5	135,2	33,3	121,9	82,8	39,1	50
1889	180,8	137,5	43,3	149,6	99,5	50,1	50
1890	189,3	145,1	44,2	159,4	112,8	46,6	50
1891	223,1	178,1	45,0	208,1	160,5	47,6	50
1892	192,0	158,1	33,9	174,2	148,7	25,5	50—35
1893	146,2	125,8	20,4	123,4	99,6	23,8	35
1894	132,0	102,6	29,4	110,4	79,2	31,2	35
1895	142,1	107,9	34,2	116,2	81,7	34,5	35
1896	152,8	117,9	34,9	111,8	77,7	34,1	35
1897	165,1	131,5	33,6	119,3	—	—	35
1898	178,7	148,7	30,0	142,3	111,0	31,3	35
1899	151,1	117,2	33,9	139,5	107,3	32,2	35

An der Königsberger Börse notierten im Mai 1894 der inländische Weizen 126 Mk., der russische unverzollte dagegen nur 73, also 53 Mk. weniger, trotzdem der Zoll nur 35 Mk. betrug. Es war dies darin begründet, daß der russische Weizen von sehr schlechter und der inländische dagegen von guter Qualität war. Umgekehrt notierte an der Danziger Börse im Durchschnitt des Jahres 1888 inländischer Weizen 169 Mk, russischer unverzollter 135 Mk., also nur 34 Mk. weniger, trotzdem der Zoll 50 Mk. betrug.

Für die letzten sechs Jahre ist der Zoll, wohl mit infolge der Aufhebung des Indentitätsnachweises seit 1894, fast ganz zur Geltung gekommen, so daß die obige Berechnung der Zollsätze für die letzte Zollperiode annähernd zutreffend sein wird. Zur Beurteilung der berechneten Zollsätze selbst ist zu beachten, daß mit Rücksicht auf die Zollwirkung die Zölle, welche der Landwirtschaft den 40jährigen Durchschnittspreis verschafft hätten, in Wirklichkeit noch etwas höher hätten sein müssen, als die berechneten.

Aus der Tabelle auf S. 41 geht hervor, daß in der ersten Zollperiode der Zoll für Weizen 7 Mk. statt 10 Mk. hätte betragen können und daß ein Roggenzoll nicht erforderlich gewesen wäre. In der zweiten Zollperiode

[1] Jahresberichte des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft zu Danzig 1885—99.

Digitized by Google

hätte der Weizenzoll auf 64 Mk. statt 30 und der Roggenzoll auf 52 Mk. statt 30 erhöht werden müssen. Für die dritte Zollperiode war der Weizenzoll von 50 Mk. ausreichend, während für den Roggenzoll nur 35 Mk. erforderlich waren. Dagegen hätte der Zoll für die vierte Zollperiode, soweit die verflossenen acht Erntejahre nach dem Abschluß der Handelsverträge in Betracht kommen, auf mindestens 75 Mk. für Weizen und auf mindestens 60 Mk. für Roggen normiert werden müssen, wenn man der Landwirtschaft den 40jährigen Durchschnittspreis hätte geben wollen.

Würde man für Weizen auf 185 Mk. für die Tonne und für Roggen auf 150 Mk. herabgehen, so hätte der Weizenzoll in den letzten acht Erntejahren 65 Mk. für die Tonne und der Roggenzoll 54 Mk. für die Tonne betragen müssen.

Das bisherige Resultat der Untersuchung ist also eine Differenzierung des Weizen- und Roggenzolles. Die Gleichstellung der beiden Zölle läßt sich aus der thatsächlichen Preisbewegung für beide Früchte in keiner Weise begründen.

IV. Die Differenzierung des Weizen- und Roggenzolles.

Um für diese wichtige Frage eine Unterlage zu gewinnen, sei in der folgenden Übersicht die relative Bedeutung der einzelnen Getreidefrüchte für die Gesamtheit des Reichs, wie für die einzelnen Teile desselben nach der Anbaufläche von 1899 dargestellt[1].

(S. Tabelle S. 44.)

Die Anbaufläche des Roggens beträgt danach 42 % der gesamten Getreidefläche im Deutschen Reich, dann folgt Hafer mit 29 %, darauf Weizen und Spelz mit 17 % und Gerste mit 12 %, der Roggen nimmt also über zweimal soviel Kulturboden in Anspruch als der Weizen. Roggen, Weizen und Spelz nehmen zusammen 59 % der Getreidefläche ein, das Sommergetreide Gerste und Hafer 41 % derselben.

Über 50 % der Getreidefläche wird dem Roggen in den Provinzen Westpreußen, Posen, Pommern, Brandenburg und Hannover eingeräumt. Diese fünf Provinzen haben allein 2 400 000 ha mit Roggen bebaut, d. h. 40 % der gesamten Roggenfläche im Deutschen Reich.

[1] Berechnet nach der Ernteststatistik für das Jahr 1899. Ergänzungsheft zu den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs 1899, IV, Berlin 1899, oder Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1900. Berlin 1900. S. 20.

Digitized by Google

Verhältnis der Anbauflächen der Getreidearten.

Staaten und Landesteile	Anbaufläche im Jahre 1899 von Roggen, Weizen, Spelz, Gerste und Hafer ha	Von der Gesamt-Anbaufläche der Hauptgetreidearten in den einzelnen Landesteilen entfallen % auf			
		Roggen %	Weizen u. Spelz %	Gerste %	Hafer %
Ostpreußen	920 613	44,93	10,81	10,45	33,81
Westpreußen	660 027	55,46	11,78	10,27	22,49
Brandenburg	957 524	63,33	6,30	7,51	22,86
Pommern	786 395	52,31	8,32	7,28	32,09
Posen	900 991	64,40	9,72	10,94	14,94
Schlesien	1 296 262	44,16	16,24	12,36	27,24
Sachsen	872 274	37,36	20,25	17,69	24,70
Schleswig-Holstein	434 085	32,99	11,13	12,08	43,80
Hannover	764 362	55,08	12,55	2,91	29,46
Westfalen	490 645	47,91	15,68	3,57	32,84
Hessen-Nassau	380 698	37,14	17,63	7,56	37,67
Rheinland	633 002	39,11	17,07	5,19	38,63
Hohenzollern	29 925 [1]	3,31	46,22	19,52	30,95
Preußen	9 126 803	48,92	13,03	9,49	28,56
Bayern	1 769 685 [2]	31,20	22,21	20,00	26,59
Sachsen	487 263	42,70	12,50	6,70	38,10
Württemberg	486 975 [3]	8,05	41,76	20,38	29,81
Baden	270 180 [4]	17,23	35,91	21,63	25,23
Hessen	211 286 [5]	31,94	16,72	27,91	23,43
Mecklenburg-Schwerin	343 303	45,67	14,78	5,83	33,72
Sachsen-Weimar	112 621	26,60	20,86	22,74	29,80
Mecklenburg-Strelitz	62 426	40,31	20,21	6,95	32,53
Oldenburg	111 230	59,97	5,47	5,03	29,53
Braunschweig	104 358	29,63	33,24	6,14	30,99
Anhalt	74 797	38,19	17,52	23,27	21,02
Elsaß-Lothringen	369 477	12,58	43,62	14,21	29,59
Deutsches Reich	13 852 286 [6]	42,38	16,90	11,84	28,88

[1] Davon 1 521 ha Weizen und 12 310 ha Winterspelz (und -Emer).
[2] „ 317 124 ha „ „ 75 996 ha „ „ „
[3] „ 32 228 ha „ „ 171 140 ha „ „ „
[4] „ 39 680 ha „ „ 57 340 ha „ „ „
[5] „ 31 452 ha „ „ 3 882 ha „ „ „
[6] „ 2 016 490 ha „ „ 324 116 ha „ „ „

Digitized by Google

Fast in allen Landesteilen des Deutschen Reiches ist Roggen nach dem Verhältnis der Anbaufläche die erste Frucht von allen fünf Getreidearten. Nur in Hessen-Nassau und Rheinland steht er mit Hafer in einer Linie. In Schleswig-Holstein überwiegt die Anbaufläche von Hafer mit 44 % der Getreidefläche alle anderen Früchte und auch den Roggen, der dort nur 33 % einnimmt. In Württemberg dominiert der Spelz, in Baden stehen Spelz und Hafer auf gleicher Anbaustufe, während in Elsaß-Lothringen der Weizen die vorherrschende Frucht ist, indem er 44 % der Getreidefläche besitzt.

Süddeutschland, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen, haben zusammen 600 000 ha Weizen und 324 000 ha Spelz oder allein 30 % der gesamten Weizenfläche im Deutschen Reich und 750 000 ha Roggen oder nur 13 % der gesamten Roggenfläche im Reich.

Die geringste Bedeutung hat der Roggen in Württemberg mit nur 8 % der Getreidefläche, wo an seine Stelle der Spelz tritt, ferner in Baden mit 17 % und Elsaß-Lothringen mit 13 %.

Immerhin wird es richtig sein, daß der Roggen für den deutschen Ackerbau in seiner Gesamtheit, insbesondere für das norddeutsche Flachland, die erste Frucht ist und es nach der Beschaffenheit des deutschen Kulturbodens auch bleiben wird.

In Preußen nimmt der Sandboden 30,8 % der Gesamtfläche ein, der aus Sand und Lehm gemischte Boden 32,2 %, der Lehm- und Thonboden 28,6 % und der Moorboden 6,3 %, demnach der Sandboden, der gemischte Boden und Moorboden zusammen fast 70 %[1].

Man wird es hiernach begreiflich finden, daß weite Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Differenzierung des Zolles auf Weizen und Roggen für ungerecht halten, und einen ebenso hohen Zoll für Roggen wie Weizen verlangen, besonders auch mit Rücksicht darauf, daß Roggen meistens die Frucht des ärmeren Bodens ist. Roggen ist aber auch zum größten Teil die Frucht des minderwertigen Bodens.

Fast mit demselben Rechte könnte aber auch die zweitwichtigste Getreidefrucht, der Hafer, einen ebenso hohen Zoll wie Roggen verlangen, und doch ist er ihm mit Rücksicht auf seine Preisentwicklung bisher nicht gegeben worden. Der Hafer nimmt 29 % der Getreidefläche des Reichs ein, der Weizen nur 17 %. Dazu kommt, daß der Hafer vielfach die wichtigste Frucht des Kleinbesitzes ist, für den der lohnende Verkauf des

[1] August Meitzen, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates. V. Band. Berlin 1894. S. (307).

Digitized by Google

Hafers eine Lebensfrage bildet, wie in vielen Gegenden Süddeutschlands, auch in Rheinland, Hessen-Nassau und in verschiedenen Bezirken Norddeutschlands.

Schließlich könnte aber auch die Gerste, deren Anbaufläche sich mit der Weizenfläche messen kann, den Weizenzoll verlangen, der ihr aber gleichfalls infolge ihrer Preisentwicklung und mit Rücksicht auf das Interesse der Brauindustrie bisher nicht gewährt worden ist. Vom rein landwirtschaftlichen Standpunkt könnte überhaupt ein gleicher Zoll für alle Getreidefrüchte in Erwägung gezogen werden, da es privatwirtschaftlich gleich sein kann, welches Getreide in der Fruchtfolge, oder ob alle Früchte in gleichem Grade den Ausschlag für die Rentabilität des Ackerbaues geben.

Gegen die gleich hohe Verzollung des Weizens und Roggens und gegen die gleiche Verzollung aller Getreidefrüchte können aber vom volkswirtschaftlichen Standpunkt schwerwiegende Bedenken geltend gemacht werden.

Der Roggen ist bisher die wichtigste Frucht für die Brotnahrung des deutschen Volkes, vor allem auch des deutschen Heeres, gewesen. Nur durch den Roggenbau ist es der deutschen Landwirtschaft trotz des Zolles möglich, der Bevölkerung ein billiges Brotkorn zu liefern, das ebenso wohlfeil und noch wohlfeiler ist, als das Brotkorn in Frankreich und selbst in dem über jeden Brotgetreidezoll erhabenen England, in welchen Ländern Weizen die wichtigste Frucht für die Brotnahrung bildet. Hierbei ist die Höhe des Brotpreises selbst außer Betracht gelassen, die noch von anderen Faktoren, wie von der technischen Entwicklung der Müllerei und Bäckerei, abhängig ist.

Der Preis für die Brotfrucht hat sich nun in den drei Ländern während der 80er und 90er Jahre wie folgt bewegt[1].

Periode	Frankreich Weizen	Preußen		England und Wales
		Weizen	Roggen	Weizen
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1875—80	229[2]	209	166	221
1881—86	201	184	156	181
1887—92	200	187	162	151
1893—98	175	155	128	127

Danach hält Preußen die Mitte zwischen Frankreich und England.

Der Weizenpreis hat sich in neuerer Zeit immer mehr dem Roggenpreis genähert, und der Unterschied zwischen beiden hat in dem letzten Erntejahre 1899/1900 in Preußen nur 6 Mk. für die Tonne betragen. In Leipzig hatten 1899 Weizen und Roggen denselben Jahrespreis,

[1] S. Anm. 1 auf S. 47.

[2] 1876—80.

Digitized by Google

155 Mk. für die Tonne, und in einzelnen Monaten des Jahres 1899 wurde der Roggen sogar bis zu 8 Mk. für die Tonne teurer bezahlt als der Weizen. Im Juli und August 1900 notierte Roggen in Leipzig 157 Mk., der Weizen dagegen nur 147 M., also 10 Mk. weniger, im September 1900 stand in Leipzig der Roggenpreis auf 158,58 Mk., der Weizen dagegen auf 147,17 Mk., mithin über 11 Mk. weniger[2]. Bei der überwiegenden und weiter steigenden Konkurrenz des Weizens würde eine gleiche Verzollung des Weizens und Roggens die Wirkung haben, daß beide Früchte annähernd denselben Preis genießen würden. Dies würde wieder zur Folge haben, daß durch die überwiegende Einfuhr von Weizen der Roggen noch mehr wie bisher als Rohstoff für die Brotnahrung verdrängt und in weiter steigendem Grade als Futtermittel verwendet werden würde. Bisher leistete die Abneigung der Bevölkerung gegen das reine Weizenbrot dieser Entwicklung noch Widerstand, wie die Preisnotierung in Leipzig zeigt; ob dies aber so bleiben wird, wenn der Roggen Jahr für Jahr auf demselben Preisniveau wie für Weizen steht, kann zweifelhaft sein.

Noch schwerwiegender erscheint das volkswirtschaftliche Bedenken gegen den gleichen Zollsatz für alle Getreidefrüchte. Ein wichtiger Punkt für die Begründung höherer Getreidezölle war bisher die Thatsache, daß die deutsche Landwirtschaft noch imstande ist, den größten Teil des inländischen Bedarfs an Brotgetreide zu decken. Eine auffallende Erscheinung ist nun, daß in den letzten 8 Jahren der Haferpreis mehr über als unter dem Roggenpreis gestanden hat, wie folgende Übersicht zeigt.

Königreich Preußen.

	Preis für die Tonne in Mark.	
Erntejahr	Roggen	Hafer
1892/93	139	149
1893/94	125	157
1894/95	118	122
1895/96	121	122
1896/97	121	130
1897/98	143	148
1898/99	141	139
1899/1900	143	135

[1] Statistique agricole annuelle. 1898. Paris 1899. p. 102. J. Conrad, Artikel: Getreidepreise im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 2. Aufl. Jena 1900. IV. Bd. S. 324. Agricultural returns of Great Britain. London 1898, p. 123.

[2] Großhandelspreise wichtiger Waren, in den Monatlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets. Berlin 1900. Juli, August, September.

Digitized by Google

Erst in den letzten beiden Erntejahren ist der Haferpreis wieder unter den Durchschnittspreis des Roggens gesunken. Durch einen gleichen Zollsatz für Roggen und Hafer würde der Haferpreis wahrscheinlich dauernd über den Roggenpreis steigen und damit für die Landwirtschaft, ganz abgesehen von den höheren Hafererträgen, der Anreiz gegeben sein, die Haferfläche auf Kosten der Roggenfläche zu vermehren. Dies würde aber nicht im volkswirtschaftlichen Interesse liegen, das vielmehr eine Vermehrung der Roggenfläche erheischt.

Endlich wird für die Differenzierung des Weizen- und Roggenzolles noch ein politischer Grund ins Feld geführt werden können. Wie noch näher ausgeführt werden wird, ist das Deutsche Reich für Rußland der Hauptabnehmer seines Roggens, so daß Rußland ein großes Interesse daran haben wird, seine Roggenausfuhr nach Deutschland bei gleicher Zollbemessung nicht durch den Weizen der überseeischen Exportländer allmählich erschwert zu sehen. Für das Deutsche Reich wird es aber besser sein, das Brotgetreide, dessen es neben der inländischen Produktion noch zur Ernährung der Bevölkerung bedarf, von Rußland als von den transozeanischen Konkurrenzländern zu beziehen, erstens weil Rußland als Nachbarland der natürliche Lieferant für Deutschland ist, und zweitens weil es im Interesse der deutschen Landwirtschaft liegt, daß die Menge Brotgetreide, die der inländische Bedarf aus dem Auslande erfordert, mehr aus Roggen als aus Weizen besteht. Der ausländische Weizen wird in Zukunft bei gleicher Verzollung von Weizen und Roggen, wenn die Bevölkerung des norddeutschen Flachlandes sich mehr und mehr an Weizenbrot gewöhnt hat, ein gefährlicherer Feind des inländischen Roggens sein, als der ausländische Roggen. Übrigens wird ein höherer Weizenzoll indirekt auch dem Roggen zu gute kommen, es soll nur verhindert werden, daß beide Früchte denselben Preis haben.

Gegen die gleiche Verzollung von Weizen und Roggen wird die schwierige Unterscheidung zwischen Weizen- und Roggenmehl angeführt. Abgesehen davon, daß schon jetzt in der Einfuhrstatistik die Einfuhr von Weizen- und Roggenmehl getrennt nachgewiesen wird, würde auch nichts im Wege stehen, das Roggenmehl mit einem ebenso hohen Zoll zu belegen, wie das Weizenmehl. Die Ein- und Ausfuhr von Weizen- und Roggenmehl, die seit 1897 in der deutschen Handelsstatistik getrennt nachgewiesen wird, war in den drei Jahren 1897, 1898 und 1899 folgende[1]:

[1] Auswärtiger Handel des deutschen Zollgebiets im Jahre 1898. I. Teil, Statistik des Deutschen Reichs. N. F. Bd. 122. S. 16. Monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets. Dezember 1899. S. 139 und 140.

Digitized by Google

	Weizenmehl		Roggenmehl	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
	t	t	t	t
1897	36402	44917	1485	113616
1898	28242	38444	1538	95348
1899	42032	33150	1227	124550

Die Einfuhr von Roggenmehl kommt also kaum in Betracht, auch wird es im Interesse der deutschen Mühlenindustrie liegen, das Rohprodukt zu beziehen, um es für den inländischen Konsum zu verarbeiten.

Nach allem diesen scheint eine Differenzirung des Weizen- und Roggenzolles geboten zu sein, dieselbe wäre wohl schon beim Abschluß der letzten Handelsverträge empfehlenswert gewesen.

Es entsteht die Frage, wie hoch ist der Unterschied zwischen dem Weizen- und Roggenzoll zu bemessen. Nach der Berechnung in der Tabelle auf S. 41 wäre auf Grund der Preisbewegung beider Früchte in den acht Erntejahren seit dem Abschluß der Handelsverträge ein Weizenzoll von mindestens 75 Mk. und ein Roggenzoll von mindestens 60 Mk. für die Tonne erforderlich gewesen, um den Durchschnittspreis dieser Jahre auf 195 Mk. für Weizen und 156 Mk. für Roggen zu bringen. Geht man mit dem Rentabilitätspreis für Weizen auf 185 Mk. herunter und für Roggen auf 150 Mk., so hätte der Zoll 65 Mk. für Weizen und 54 Mk. für Roggen betragen müssen. Hiernach scheint eine Differenzierung von mindestens 10 Mk. gerechtfertigt zu sein.

V. Kann Deutschland sein Brotkorn selbst erzeugen?

Die schwierigste Frage der Untersuchung bleibt aber, wie hoch ist für die Zukunft der Zoll zu bemessen, welche Höhe kann für den festen Zollsatz mit Rücksicht auf die inländische Getreideproduktion und auf die Lebenshaltung der Bevölkerung gerechtfertigt erscheinen.

Dies führt uns in erster Linie auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zur Deckung des inländischen Bedarfes an Brotgetreide.

Zunächst sei nach der Reichsstatistik der Verbrauch von in- und ausländischem Brotgetreide im Deutschen Reich auf Grund der neuen Erntestatistik dargestellt [1].

[1] Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 9. Jahrg. 1900. Berlin 1900. S. II. 180.

Digitized by Google

Erntejahr	Roggen			
	Ernte-menge Tonnen	Mehr-einfuhr Tonnen	Gesamtmenge nach Abzug der Aussaat Tonnen	Die Mehr-einfuhr beträgt Prozent des Verbrauchs
1893/94	8 941 914	141 709	8 060 744	1,76
1894/95	8 343 033	589 887	7 905 343	7,46
1895/96	7 724 902	827 078	7 550 069	11,00
1896/97	8 534 037	759 379	8 276 444	9,17
1897/98	8 170 511	590 307	7 746 466	7,62
1898/99	9 032 175	432 584	8 454 077	5,12
1894/95—1898/99. .	8 360 932	639 847	7 786 480	8,09

Nach dieser Übersicht sind im Durchschnitt nur 8 % des inländischen Verbrauchs von Roggen für menschliche und tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke aus dem Auslande bezogen worden. Aus der obigen Tabelle tritt zugleich klar hervor, daß der deutsche Kulturboden überwiegend ein Roggenboden par excellence ist, der, wie wir noch sehen werden, sogar imstande wäre, mit dem Weizen die starke Bevölkerung des Deutschen Reiches allein zu ernähren, wenn der verfütterte Roggen durch Gerste, Mais und andere Futtermittel ersetzt würde.

Weniger günstig für die Landwirtschaft haben sich im Laufe der letzten Jahre die Einfuhrverhältnisse für Weizen gestaltet, wie die folgende Übersicht ergiebt.

Erntejahr	Weizen und Spelz			
	Ernte-menge Tonnen	Mehr-einfuhr Tonnen	Gesamtmenge nach Abzug der Aussaat Tonnen	Die Mehr-einfuhr beträgt Prozent des Verbrauchs
1893/94	3 934 480	728 058	3 782 762	19,25
1894/95	3 878 473	1 171 343	4 168 861	28,10
1895/96	3 643 851	1 465 149	4 306 278	24,02
1896/97	3 846 103	1 345 270	4 435 465	30,33
1897/98	3 727 004	1 019 740	3 954 580	25,80
1898/99	4 122 481	1 423 215	4 694 269	30,32
1894/95—1898/99. .	3 843 582	1 284 943	4 311 891	29,79

Während die Mehreinfuhr von Roggen durchschnittlich fast auf derselben Höhe wie früher verharrt, ist die Mehreinfuhr von Weizen im Laufe der 90er Jahre enorm gestiegen. Etwa 30 % des gesamten inländischen

Digitized by Google

Verbrauchs an Weizen sind in den fünf Erntejahren 1894—98 aus dem Auslande bezogen.

Faßt man Roggen, Weizen und Spelz zusammen, so ergiebt sich für die Erntejahre 1893—98 folgende Verbrauchsberechnung:

Erntejahr	Roggen, Weizen, Spelz			
	Ernte-menge Tonnen	Mehr-einfuhr Tonnen	Gesamtmenge nach Abzug der Aussaat Tonnen	Die Mehr-einfuhr beträgt Prozent des Verbrauchs
1893/94	12 876 394	869 767	12 315 572	7,06
1894/95	12 221 506	1 761 230	12 549 357	14,03
1895/96	11 368 753	2 292 227	12 262 689	18,70
1896/97	12 380 140	2 104 649	13 075 692	16,10
1897/98	11 897 515	1 610 047	12 101 459	13,30
1898/99	13 154 656	1 855 799	13 599 658	13,65
1894/95—1898/99. .	12 204 514	1 924 790	12 717 771	15,13

Danach sind im Durchschnitt der fünf Erntejahre 1894/95—1898/99 rund 1 900 000 Tonnen Brotgetreide mehr ein- als ausgeführt, die Mehreinfuhr betrug in diesen fünf Jahren 15 % des inländischen Verbrauchs, oder die inländische Produktion allein deckte 85 % des Verbrauchs.

Der inländische Bedarf an Brotgetreide ist ein vielseitiger. Das Brotgetreide dient nicht nur zur menschlichen Nahrung, sondern auch als Viehfutter. Außerdem werden erhebliche Mengen zu gewerblichen Zwecken, zur Bier-, Branntwein- und Stärkebereitung verwendet. Um die Frage beantworten zu können, wie viel Getreide die deutsche Landwirtschaft der Bevölkerung für ihre Brotnahrung zur Verfügung stellt, ist es notwendig zu wissen, wie viel von der Gesamtmenge an Brotgetreide für die einzelnen Verbrauchszwecke verwendet wird. Leider kann dies für die wichtigsten Verwendungszwecke nur durch Schätzungen festgestellt werden. Doch liegen für den gewerblichen Gebrauch von Brotgetreide zum Teil genaue Ermittelungen vor.

Der Roggen wird in größerem Umfange, je nach dem Preisstande, zur Branntweinbereitung benutzt, der Weizen in geringerer Menge zur Erzeugung verschiedener obergäriger Biere, wie z. B. des bekannten Grätzer Biers aus der Provinz Posen. Die Reichsstatistik giebt über den Umfang dieser Verwendung folgende Auskunft[1].

[1] Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 9. Jahrg. 1900. S. II. 156; 8. Jahrg. 1899. S. IV. 156; 7. Jahrg. 1898. S. II. 81; 6. Jahrg. 1897. S. II. 142 und S. IV. 140; 4. Jahrg. 1895. S. IV. 114.

Digitized by Google

Rechnungsjahr	Branntweinsteuergebiet Zur Branntweinbereitung Getreide (außer Mais) dz	Norddeutsches Brausteuergebiet Zur Biererzeugung Geschrotenes Weizenmalz dz
1894/95	3 215 799	186 680
1895/96	2 930 736	202 642
1896/97	2 652 760	200 869
1897/98	2 700 748	207 571
1898/99	2 824 930	194 719
Durchschnitt	2 864 995	198 496

Das oben nachgewiesene Getreide zur Branntweinbereitung besteht aus Roggen und Gerste. Die Statistik weist die Verwendung beider Früchte nicht getrennt nach, doch darf man wohl annehmen, daß von der obigen Menge $^2/_3$ aus Roggen und $^1/_3$ aus Gerste besteht. Danach würden durchschnittlich 191 000 Tonnen Roggen zur Branntweinbereitung verbraucht sein.

Rechnet man auf 80 kg Weizenmalz 100 kg Weizen, so waren zur Biererzeugung 24 812 Tonnen Weizen erforderlich.

Über den Verbrauch des Brotgetreides, insbesondere des Weizens, zur Gewinnung von Stärke liegen statistische Nachweise nicht vor.

Die wichtigste Verwendung von Roggen, Weizen und Spelz ist die zu menschlicher Nahrung in Form von Brot und Mehlspeisen.

Es ist schwierig, den wirklichen Verbrauch an Roggen, Weizen und Spelz als menschliches Nahrungsmittel im Deutschen Reich einwandsfrei zu schätzen. Ein absolut sicheres Resultat würde nur durch Ermittelung des jährlichen Brotkonsums jedes einzelnen Einwohners im Deutschen Reich erreicht werden können, doch wird dies wohl noch auf lange Zeit ein unerreichbares statistisches Ideal bleiben. Das einzige zu diesem Zweck verwendbare Material bilden die seit dem Anfang der 70er Jahre ermittelten Haushaltungsbudgets der verschiedensten Berufe, vor allem der handarbeitenden Bevölkerung, welche in erster Linie dazu dienen sollen, die Höhe der Einnahmen und Ausgaben der Familien und Einzelpersonen, sowie vor allem den Anteil der verschiedenen Arten von Ausgaben, wie Nahrung, Wohnung, Kleidung ꝛc. an der Gesamtausgabe zu ermitteln. Da für diesen Zweck nicht die Menge sondern der Wert der Nahrungsmittel maßgebend ist, so sind vielfach die Nahrungsmengen nicht ermittelt, auch fehlt oft eine Specialisirung der Nahrungsausgaben für Brot, Fleisch ꝛc. Zur Ermittelung oder Schätzung des Brotkonsums der Bevölkerung können deshalb von den zahlreichen Erhebungen verhältnismäßig wenige benutzt werden.

Digitized by Google

Der Verfasser hat in einer früheren Arbeit[1] auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung von Lebensalter, Beruf und Geschlecht den Brotkonsum des deutschen Volkes in folgender Weise geschätzt.

(Siehe Tabelle S. 54.)

Hiernach wäre, hoch gerechnet, auf den Kopf der Bevölkerung ein Brotkonsum von 516 g täglich oder 188 kg jährlich zu rechnen. Bei einem Umwandlungsverhältnis von 110 : 100 würden 171 kg Getreide pro Kopf der Bevölkerung jährlich erforderlich sein. Wenn man berücksichtigt, daß der Fleisch- und Fettkonsum in hohem Grade zugenommen hat, und daß der Verbrauch an Reis von 1,55 kg pro Kopf in der Periode 1871—75 auf 2,49 kg in der Periode 1891—95 angewachsen ist, so darf die obige Schätzung als eine hohe angesehen werden und der wirkliche Verbrauch von Brotgetreide zu Nahrungszwecken bei mittleren Getreidepreisen auf etwa 160—165 kg pro Kopf angenommen werden. Für die annähernde Richtigkeit der obigen Schätzung könnte noch angeführt werden, daß in Großbritannien und Irland, trotzdem der Kartoffelkonsum dort fast ganz zurücktritt, der Gesamtverbrauch an Brotgetreide, Weizen und Roggen, zur menschlichen und tierischen Ernährung, und zu gewerblichen Zwecken auf Grund der Ernte-, der Ein- und Ausfuhrzahlen nach Abzug der Aussaat in der Periode 1894—98 durchschnittlich jährlich nur 165 kg pro Kopf der Bevölkerung betrug. Der wirkliche Verbrauch an Brotgetreide zu menschlicher Nahrung wird in England wahrscheinlich noch unter 140 kg pro Kopf sinken, da der Fleischkonsum daselbst ein sehr hoher ist.

Die zweitwichtigste Verwendung des Brotgetreides, vor allem des Roggens, besteht in der Verfütterung an das Vieh. Um auch für die Schätzung des Umfanges dieses Verwendungszweckes eine Unterlage zu gegewinnen, hat der Deutsche Landwirtschaftsrat auf Anregung des Verfassers eine Erhebung veranstaltet, an der sich fast alle landwirtschaftlichen Centralstellen der einzelnen Bezirke im Deutschen Reich beteiligt haben. Die Erhebung hat eine überraschend starke Verfütterung des Brotgetreides in vielen Landesteilen, namentlich dort, wo die Viehzucht vorherrscht, ergeben. Es wird nicht nur das nichtmarktfähige Getreide, das sogenannte Hinterkorn, verfüttert, sondern auch solches, das sich zum Verkauf eignen würde. Nach den vorliegenden Ergebnissen der Erhebung[2] darf als Mindestschätzung an-

[1] Brotkonsum und Getreideernte im Deutschen Reich. Nachrichten vom Deutschen Landwirtschaftsrat. 3. Jahrg. 1898. Berlin. Paul Parey. Nr. 9. S. 263.

[2] Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats. 24. Jahrg. Berlin 1900. S. 513 ff.

Digitized by Google

Der Brotkonsum im Deutschen Reich (Schätzung).

Bevölkerungsgruppen und Berufsabteilungen	Bevölkerung nach der Berufszählung von 1895	Roggen-, Weizen- und Spelzbrot (einschl. Mehl zu Speisen) auf den Kopf täglich g	auf den Kopf jährlich kg	insgesamt jährlich Tonnen à 1000 kg
1. Erwerbsthätige Personen in der Landwirtschaft, Industrie und im Handel:				
Selbständige in der Landwirtschaft:				
männliche	2 221 826	750	273,75	608 224,867
weibliche	346 899	500	182,50	63 309,067
Selbständige in Industrie u. Handel:				
männliche	2 183 213	500	182,50	398 436,372
weibliche	722 108	375	136,88	98 842,143
Angestellte in der Landwirtschaft:				
männliche	78 066	750	273,75	21 370,567
weibliche	18 107	500	182,50	3 304,527
Angestellte in Industrie u. Handel:				
männliche	504 341	500	182,50	92 042,232
weibliche	21 311	375	136,88	2 917,050
Arbeiter in der Landwirtschaft:				
männliche	3 239 646	1000	365,00	1 182 470,790
weibliche	2 388 148	750	273,75	653 755,515
Arbeiter in Industrie u. Handel:				
männliche	5 831 451	750	273,75	1 596 359,711
weibliche	1 357 307	500	182,50	247 708,527
2. Lohnarbeit wechselnder Art:				
männliche	198 626	750	273,75	54 373,867
weibliche	233 865	500	182,50	42 680,362
3. Armee und Marine	630 978	750	273,75	172 730,328
4. Sonstiger öffentl. Dienst, freie Berufe:				
männliche	618 335	500	182,50	112 846,137
weibliche	176 648	375	136,88	24 179,578
5. Ohne Beruf u. ohne Berufsangabe:				
männliche	1 027 259	500	182,50	187 474,767
weibliche	1 115 549	375	136,88	152 696,347
6. Häusliche Dienstboten:				
männliche	25 359	750	273,75	6 942,026
weibliche	1 313 957	500	182,50	239 797,152
7. Angehörige ohne Hauptberuf:				
Angehörige unter 1 Jahr	1 496 161	—	—	—
Angehörige von 1 bis einschl. 6 Jahren	7 646 471	250	91,25	697 740,479
Angehörige in der Landwirtschaft über 6 Jahren:				
männliche	1 603 813	750	273,75	439 043,809
weibliche	4 920 794	500	182,50	898 044,905
Angehörige in Industrie u. Handel über 6 Jahren:				
männliche	2 674 932	500	182,50	488 175,090
weibliche	9 175 114	375	136,88	1 255 889,604
Gesamtbevölkerung:	51 770 284	516	188,16	9 741 355,719

Digitized by Google

genommen werden, daß der Großbesitz im Deutschen Reiche über 100 ha durchschnittlich etwa 10 % der Roggenernte verfüttert, der großbäuerliche Besitz von 50—100 ha etwa 15 %, der mittelbäuerliche Besitz von 10—50 ha etwa 25 % oder 1/4 und der kleinbäuerliche Besitz unter 10 ha etwa 50 % oder 1/2 der Ernte. Es ist natürlich, daß der Prozentsatz der Verfütterung in den einzelnen Betrieben und Bezirken sehr stark von den obigen Durchschnittssätzen, je nach Größe, Absatzmöglichkeit, Preisstand, Entwicklung der Viehzucht ꝛc. abweichen kann. Es giebt Großbetriebe, die bis 1/3 ihrer Roggenernte verfüttern und es giebt viele Mittel- und Kleinbetriebe, die keinen Roggen verkaufen, sondern die ganze Roggenernte, nach Abzug der Saat und des eigenen Hausverbrauchs an das Vieh verfüttern.

Da die Statistik die Anbaufläche und die Erntemenge nicht nach Größenklassen ermittelt hat, wird man, um überhaupt die verfütterten Roggenmengen berechnen zu können, annehmen müssen, daß Anbaufläche und Erntemenge von Roggen in den einzelnen Größenklassen in demselben Verhältnis stehen, wie die gesamte landwirtschaftlich benutzte Fläche, welche in der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik für die einzelnen Größenklassen ermittelt ist.

Nach dieser Annahme kann man folgende Berechnung für den Umfang der Verfütterung von Roggen aufstellen.

Größenklasse	Landwirtschaftlich benutzte Fläche [1]		Erntemenge 1894/95—1898/99	Verfütterte Menge
	ha	%	Tonnen	Tonnen
unter 10 ha	9 035 750	28	2 341 061	1 170 531
10—50 ha	12 502 800	39	3 260 763	815 191
50—100 ha	2 738 067	9	752 484	112 872
100 ha und mehr . . .	7 785 874	24	2 006 624	200 662
Zusammen:	32 062 491	100	8 360 932	2 299 256

Nach der obigen Schätzung würden mindestens etwa 2 299 256 Tonnen Roggen oder 27 1/2 % der Ernte im Deutschen Reich verfüttert werden.

Die verfütterte Weizen- und Spelzmenge darf nach der Erhebung auf etwa 5 % der Ernte oder auf 192 179 Tonnen im Durchschnitt geschätzt werden. Hiernach würden also in den obigen fünf Jahren durchschnittlich jährlich 2 491 435 Tonnen Brotgetreide verfüttert worden sein. Für ge-

[1] Die Landwirtschaft im Deutschen Reich. Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895. Statistik des Deutschen Reichs. N. F. Bd. 112. S. 3.

Digitized by Google

werbliche Zwecke werden, ohne die Verwendung zur Stärkefabrikation, 215 812 Tonnen Brotgetreide verwendet, sodaß von der Gesamtmenge des inländischen Verbrauchs 2 707 247 Tonnen abzuziehen sind, um die für die Ernährung der Bevölkerung übrig bleibende Menge Brotgetreide zu erhalten. Diese betrug dann 10 010 524 Tonnen oder bei einer mittleren Bevölkerung von 53 161 000 Personen pro Kopf 188 kg. Der geschätzte Verbrauch an Brotgetreide zu Nahrungszwecken betrug aber nur 171 kg oder gar nur 160 kg, sodaß über 1 Million Tonnen Brotgetreide teils für die Stärkefabrikation, teils noch als Kraftfuttermittel verwendet worden wären.

Nach der obigen Schätzung überstieg die verfütterte Roggenmenge die Mehreinfuhr an Roggen um 1 659 409 Tonnen, dagegen betrug die verfütterte Weizen- und Spelzmenge 1 092 764 Tonnen weniger als die Mehreinfuhr von Weizen.

Faßt man Roggen, Weizen und Spelz zusammen, so übertraf die verfütterte Menge die Mehreinfuhr an Brotgetreide um 566 645 Tonnen, d. h. es müßten von der verfütterten Menge Brotgetreide nur etwa 80 % für die menschliche Nahrung zur Verfügung gestellt werden, um den Bedarf an Brotkorn allein durch die inländische Produktion zu decken. Das Ergebnis der Erhebung ist also, daß wahrscheinlich bei einer mittleren Ernte kein Centner Brotkorn eingeführt zu werden brauchte, wenn das verfütterte Brotgetreide für die Ernährung der Bevölkerung freigemacht werden könnte.

Hiernach ist es naheliegend, daß die überwiegende Einfuhr von Weizen und die niedrigen Preise für die drei Brotfrüchte in den 90er Jahren in Verbindung mit der gewaltigen Vermehrung des Viehstandes Verschiebungen in dem Konsum an Brotgetreide, sowohl hinsichtlich der Verbrauchsweise als des Verbrauchsverhältnisses der beiden Brotgetreidearten zu einander, bewirkt haben. Es scheint Thatsache zu sein, daß der Landwirt in Norddeutschland bei einem Roggenpreise von unter 130 Mk. für die Tonne den Roggen, bei einigermaßen günstigen Viehpreisen, vorteilhafter verfüttert oder zur Branntweinbereitung verwendet, als für den Brotkonsum verkauft und ebenso ist es eine Thatsache, daß der Konsum von Roggenbrot im Deutschen Reich mehr und mehr durch den Konsum von Weizenbrot verdrängt wird, was bei dem überwiegenden Roggenboden des Deutschen Reichs eine auch volkswirtschaftlich beachtenswerte Erscheinung sein dürfte. Der Kernpunkt der Frage ist also: Ist es notwendig und für unsere Viehzucht unentbehrlich, daß jährlich eine so große Menge Brotgetreide verfüttert wird; könnte unsere Viehzucht ohne diese Verfütterung des Brotgetreides nicht so hoch entwickelt sein, wie sie es zur Zeit ist; läßt sich der Futterbau

Digitized by Google

oder die Ernährung des Viehs, unbeschadet der Brotgetreideproduktion, nicht so einrichten, daß die Verwendung des Brotgetreides als Viehfutter entbehrlich ist?

Die Lösung des Problems, den Brotbedarf selbst zu decken, liegt einmal in der Möglichkeit, die Brotgetreideproduktion noch weiter zu erhöhen, und in der weiteren Möglichkeit, den Teil der inländischen Brotgetreideernte, der bisher verfüttert wird, für die Ernährung der Bevölkerung verfügbar zu machen. Je schneller der zweite Punkt des Problems verwirklicht wird, um so weniger braucht die Getreideproduktion erhöht zu werden und um so leichter kann die dann noch für die Volksernährung erforderliche Erhöhung erfolgen. Die landwirtschaftliche Wissenschaft steht auf dem Standpunkt, daß die Verfütterung des Brotgetreides ganz entbehrlich ist und daß andere Kraftfuttermittel, vor allem die aus dem jetzt verfütterten Brotgetreide bei der Verwendung zur menschlichen Nahrung gewonnene Kleie, ferner Ölkuchen, Mais, Gerste, Hafer ꝛc. einen mindestens gleichwertigen, vielfach sogar noch besseren Ersatz für das Brotgetreide bilden und daß außerdem, abgesehen von Grünfutter, Heu und Stroh, noch andere Futtermittel, wie Hülsenfrüchte, Hackfrüchte, Schnitzel, Schlempe, Malzkeime und Molkereiabfälle das Brotgetreide mehr oder weniger ersetzen können. Es handelt sich also darum, daß die landwirtschaftliche Praxis so bald wie möglich mit der Verfütterung des Brotgetreides aufhört. Dies kann, soweit die Verfütterung von dem Preisverhältnis zwischen Brotgetreide und Kraftfuttermitteln abhängt, entweder durch eine Erhöhung des Preises für Brotgetreide oder durch eine Ermäßigung der Futtermittelpreise oder durch beides zugleich bewirkt werden, jedenfalls ist erforderlich, daß der Preis für Brotgetreide loco Hof höher ist, als für die nach dem Nähr- und Ausnutzungswert gleiche Menge der übrigen Kraftfuttermittel, gleichfalls loco Hof gerechnet.

Der bekannte Nestor der landwirtschaftlichen Wissenschaft, Julius Kühn, schreibt: „Möge es dem Deutschen Landwirtschaftsrat gelingen, dahin zu wirken, daß im ganzen Deutschen Reiche auch nicht ein Centner von für den menschlichen Konsum geeignetem Brotgetreide verfüttert werde!"

Die Gründe für die Verfütterung des Brotgetreides sind verschiedene. Neben dem tiefen Preisstande des Getreides geschieht sie vor allem aus Furcht vor gefälschten Futtermitteln, welche besonders bei Kleinbetrieben zur Verfütterung des eigenen Getreides führt.

Aber noch andere Gesichtspunkte kommen bei dieser Frage in Betracht. So schreibt der landwirtschaftliche Kreisverein Straßburg im Elsaß[1]:

„Nach den angestellten Erhebungen wird von den 102 Gemeinden

[1] Vgl. Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats a. a. O. S. 590.

Digitized by Google

des Landkreises Straßburg in 31 Gemeinden Brotgetreide nicht verfüttert. Bemerkenswert erscheint, daß in der Gemeinde Vendenheim die Verfütterung von Brotgetreide aufgehört hat, seit eine Darlehnskasse dort gegründet ist. Deren Mitglieder, fast ausnahmslos Besitzer, beziehen ihren Bedarf an Futtermitteln aus dem Vereinslagerhaus."

Der hessische Landwirtschaftsrat[1] berichtet:

„Es hat sich allerdings, wie uns mitgeteilt wird, auch bereits gezeigt, daß in fortgeschrittenen Kleinbetrieben, welche von früheren Ackerbauschülern, die in diesen Fragen orientiert sind, bewirtschaftet werden, ein Verfüttern des Brotgetreides nicht mehr stattfindet, während andererseits mitgeteilt wird, daß die Hälfte der Gerste und sämtlicher Roggen, soweit er nicht zum Hausbedarf nötig ist, in solchen Betrieben verfüttert wird."

Der landwirtschaftliche Kreisverein zu Rothenburg in der Ober-Lausitz[2] äußert sich wie folgt:

„Die Verfütterung hat zugenommen, weil durch Rückgang des kleinen Müllergewerbes die Landwirte auf den Ankauf von Kleie aus großen Mühlen angewiesen sind, was von der Mehrzahl vermieden wird."

Der Segeberger landwirtschaftliche Kreisverein[3] teilte mit, daß das vollständige Fehlen der Nachfrage nach Brotgetreide immer mehr zur Verfütterung desselben zwinge. Während früher von seiten der Mühlenbesitzer häufig gefragt sei, ob Brotgetreide zum Verkauf vorhanden wäre, erfolgt jetzt keine Anfrage mehr, und auf das Angebot der Produzenten erhalten dieselben seit Jahren stets eine direkte Verneinung des Bedarfs, falls dieselben nicht geneigt sind, Futter- oder Düngemittel in Gegenrechnung zu nehmen, oder sich zu beträchtlichen Konzessionen in Bezug auf die Preisforderung, unter die niedrigsten Tagespreise, bereit erklären.

Professor Loges schreibt aus der Ober-Lausitz im Königreich Sachsen[4]: „Im hiesigen Bezirk hat die Verfütterung von Brotgetreide in den letzten Jahren glücklicherweise sehr abgenommen. Das hängt jedenfalls zum Teil zusammen mit der durch die ausgedehnte Futtermittelkontrolle des Landeskulturrats auch für den kleinsten Landwirt gebotenen Möglichkeit, sich reine und gehaltvolle Futtermittel bei nahe gelegenen Firmen zu kaufen, sich von der Güte derselben durch kostenfreie Nachuntersuchung überzeugen und eventuell die Ware zurückweisen zu können."

Um das verfütterte Brotgetreide für die menschliche Nahrung freizumachen, kommt danach neben dem Preisverhältnis zwischen dem Brot-

[1] Vgl. Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats a. a. O. S. 586.
[2] Archiv a. a. O. S. 619. [3] Archiv a. a. O. S. 621. [4] Archiv a. a. O. S. 531.

Digitized by Google

getreide und den Ersatzmitteln, wie Kleie, Ölkuchen, Mais, Gerste und Hafer, besonders auch eine strenge Kontrolle über die Reinheit der Futtermittel wie bei den Nahrungsmitteln, ferner der weitere Zusammenschluß des mittleren und kleineren Besitzes zu Absatz- und Bezugsgenossenschaften, sowie in vielen Landesteilen auch die weitere Verbreitung der Kenntnis über den Nährwert der einzelnen Futtermittel und ihre gegenseitige Ersetzbarkeit in Betracht.

Die auf rund 2 300 000 Tonnen geschätzte Menge des verfütterten Roggens würde bei Verarbeitung zu Mehl etwa 460 000 Tonnen Kleie liefern, so daß noch 1 840 000 Tonnen Futtermittel, falls die inländische Erzeugung von Hülsenfrüchten, Gerste, Hafer, nicht entsprechend gesteigert würde, aus dem Auslande in Form von Kleie, Ölkuchen, Mais und Futtergerste möglichst billig eingeführt werden müßten.

Durch Freimachung des verfütterten Brotgetreides würde der kleine Besitz ein noch größeres Interesse als bisher an dem Verkauf desselben gewinnen, der inländische Markt noch ausschlaggebender für die Preisbildung von Roggen werden, die preiserhöhende Wirkung des Zolles abgeschwächt werden und ein höherer Zoll noch mehr gerechtfertigt erscheinen.

Wenn das hier gezeichnete Ziel auch erst in einer Reihe von Jahren erreicht werden könnte, so dürfte die Ausführung doch zeigen, daß das Deutsche Reich hinsichtlich der Produktion von Brotgetreide noch verhältnismäßig günstig dasteht. Ein Vergleich mit Frankreich und England möge dies noch näher erläutern.

Die Anbaufläche von Weizen, Spelz und Roggen betrug im Mittel der fünf Jahre 1894—98[1] in

	Mittlere Bevölkerung		pro Kopf der Bevölkerung
	Millionen	ha	ar
Frankreich . . .	38½	8 358 417	22
Deutschland . . .	53	8 243 644	16
Großbrit. u. Irland	39	786 536[2]	2

Danach steht Deutschland fast ebenso günstig da, wie Frankreich, doch ist zu berücksichtigen, daß von der obigen Anbaufläche in Frankreich 6 882 191 ha auf Weizen und nur 1 503 226 ha auf Roggen entfallen,

[1] Statistique agricole annuelle. 1898. Paris 1899. p. 72. Agricultural returns for Great Britain. 1898. London 1899. p, 50. 86. Der mittlere Ertrag von Roggen ist zu 30 bushels per acre angenommen.

[2] Darunter 750 693 ha Weizen und 35 843 ha Roggen.

Digitized by Google

während in Deutschland nur 1945638 ha mit Weizen, 331544 ha mit Spelz, dagegen 5966462 ha mit Roggen bebaut werden.

Beide Länder übertreffen aber in hohem Grade England, sowohl nach der absoluten Fläche des Brotgetreides als nach der Fläche im Verhältnis zur Bevölkerung. Nur 2 ar pro Kopf widmet England der Produktion von Brotgetreide, Frankreich elfmal so viel, Deutschland achtmal so viel.

Auch wenn man statt der Anbaufläche die auf dieser gewonnene Erntemenge vergleicht, ergiebt sich für Deutschland dasselbe günstige Resultat.

Die mittlere Erntemenge von Weizen, Spelz und Roggen in den fünf Jahren 1894—98 betrug in

	Tonnen	pro Kopf kg
Frankreich	10561269	274
Deutschland	12204514	230
Großbritannien u. Irland	1636430[1]	41

Auch bei diesem Vergleich ist für Frankreich und Deutschland wieder zu beachten, daß unter der obigen Brotgetreidemenge sich in Frankreich 8878766 Tonnen Weizen, in Deutschland dagegen nur 3359797 Tonnen befinden. Beide zeichnen sich aber England gegenüber durch eine hohe Produktion pro Kopf der Bevölkerung aus; während Großbritannien und Irland nur 41 kg Brotgetreide pro Kopf der Bevölkerung erzeugen, steigt die Produktion in Deutschland auf 230 und in Frankreich auf 274 kg.

Aus diesen Zahlen geht wohl am deutlichsten die völlige Abhängigkeit des britischen Inselreiches von der Getreidezufuhr und die relativ geringe Abhängigkeit Deutschlands und Frankreichs vom Auslande in dem wichtigsten Volksnahrungsmittel hervor. Während die englische Landwirtschaft nur etwas über 20 % des Bedarfs an Brotgetreide erzeugt, liefert die deutsche 85 % und die französische sogar 90 % desselben. England hat in den fünf Jahren von 1894—98 im Durchschnitt jährlich 4944927 Tonnen Weizen und 50385 Tonnen Roggen eingeführt, wobei die Einfuhr von Weizenmehl in Weizenkörner umgerechnet ist. Die mittlere Einfuhr an Brotgetreide betrug also rund 5 Millionen Tonnen oder 127 kg auf den Kopf der Bevölkerung. Wenn das Deutsche Reich in der Versorgung mit Brotgetreide ebenso unabhängig vom Auslande wäre wie England, so müßte es entsprechend seiner größeren Bevölkerung schon jetzt jährlich 7 Millionen Tonnen Brotgetreide statt wie jetzt 2 Millionen Tonnen einführen.

Selbst wenn man den Zahlen der neuen Ernteſtatiſtik, die auf den Angaben der Saatenstands-Berichterstatter beruhen, nicht Glauben schenken

[1] Davon 1568991 t Weizen und 67439 t Roggen.

Digitized by Google

und der früheren Ernteſtatiſtik, die nach den Angaben der Gemeindebehörden aufgeſtellt wurde und erheblich niedrigere Beträge ergab, mehr vertrauen wollte, ſo würde die deutſche Landwirtſchaft immer noch 80 % des Bedarfs decken, ganz abgeſehen von der Möglichkeit, das verfütterte Brotgetreide allmählich ganz oder zum Teil für die menſchliche Nahrung freizumachen nnd die Fortſchritte der modernen landwirtſchaftlichen Kultur nach und nach dem geſamten Kulturboden zuzuführen und damit die Roherträge zu ſteigern. Für die Steigerung der Roherträge wird vor allem der leichtere und mittlere Boden in Betracht kommen, der erſt im Anfang ſeiner Kultur ſteht und dem wohl die Zukunft der landwirtſchaftlichen Entwicklung gehört.

Es dürfte nicht ohne Intereſſe ſein, feſtzuſtellen, um wieviel der durchſchnittliche Ertrag an Brotgetreide pro Hektar im Deutſchen Reich, ohne Rückſicht auf ein etwaiges Nachlaſſen der Verfütterung, ſteigen müßte, um die Mehreinfuhr von Getreide zu decken[1].

Nach der neuen Ernteſtatiſtik ſind im Deutſchen Reich in den fünf Jahren 1894—98 durchſchnittlich auf 8 243 644 ha 12 204 514 Tonnen Brotgetreide, Weizen, Roggen und Spelz, geerntet worden, oder auf 1 ha 14,80 dz, das iſt bei einer mittleren Ausſaat von 170 kg auf 1 ha das 8,7fache der Ausſaat. Um die 1 924 790 Tonnen Mehreinfuhr an Brotgetreide ſelbſt zu produzieren, müßte der Ertrag pro Hektar durchſchnittlich um 2,33 dz oder um 233 kg oder um 15,74 % ſteigen.

Bei dieſer Berechnung iſt angenommen, daß Roggen für die Brotnahrung nach Mahl- und Backfähigkeit und nach dem Nährwert gleichwertig mit dem Weizen iſt und daß die Mehreinfuhr von Weizen in der Hauptſache durch den Roggen erſetzt werden kann.

Nach König enthalten[2]:

	Roggenkörner %	Weizenkörner %
Stickſtoffſubſtanz (Eiweiß)	10,81	12,57
Stickſtoffreie Stoffe . .	70,21	68,01
Fett	1,77	1,70

[1] Vergl. Dr. H. Thiel: „Kann die deutſche Landwirtſchaft das deutſche Volk ernähren?“ in Mentzel und v. Lengerkes landw. Kalender. 1894. II. Teil. S. 51 ff.

[2] Getreide und Hülſenfrüchte als wichtige Nahrungs- und Futtermittel mit beſonderer Berückſichtigung ihrer Bedeutung für die Heeresverpflegung. Herausg. im Auftrage des Kgl. Preuß. Kriegsminiſteriums. 2., beſonderer Teil. Berlin 1895. S. 15 und 59.

Digitized by Google

Nach Wolff enthalten[1]:

	Roggenkörner %	Weizenkörner %
Eiweiß	9,9	11,7
Stickstofffreie Extraktstoffe	63,7	62,8
Fett	1,6	1,2

Nach König[1] sind enthalten in

	Roggenmehl		Weizenmehl	
	feines %	grobes %	feinstes %	gröberes %
Stickstoffsubstanz . . .	10,21	11,06	10,08	11,82
Stickstofffreie Extraktstoffe	73,54	67,78	Stärke: 69,44	66,28
Fett	1,64	2,09	0,94	1,36

Hiernach ist das Roggenbrot zweifellos ein ebenso gutes Nahrungsmittel wie das Weizenbrot, auch besitzt der Roggen eine ebenso große Mahl- und Backfähigkeit wie der Weizen, beide sind überhaupt die einzigen Getreidearten, aus denen ein tadelloses Brot hergestellt werden kann, während dies bei den anderen Getreidearten erst nach Mischung mit Weizen- oder Roggenmehl möglich ist. Der Geschmack des deutschen Volkes neigt überwiegend noch mehr zum Roggenbrot oder zu einem Brot aus Roggen- und Weizenmehl als zu reinem Weizenbrot. Die allgemeine Tendenz des Konsums zu feinem und leichtem d. h. zu einem weniger kräftigen oder weniger nahrhaften Brot ist nicht zu leugnen, wenn es auch noch fraglich ist, ob dieser Konsum durch die Bevölkerung selbst oder nicht vielmehr durch die wachsende Einfuhr von Weizen, durch die Entwicklung der Mühlenindustrie und der städtischen Bäckereien mit verursacht und gefördert wird. In den ländlichen Bezirken des Nordens wird das Roggenbrot noch zum großen Teil wie das „Kommißbrot" aus Mehl mit nur 15 % Kleieabzug hergestellt. In verschiedenen Bezirken der westlichen Provinzen, besonders in Westfalen und Holstein, wird das Schwarzbrot, wie der bekannte Pumpernickel, sogar aus Mehl ohne Kleieabzug bereitet. In den Großstädten ist dagegen das kräftige Landbrot vielfach schon eine „Delikatesse" geworden.

Wenn die Bevölkerung des Deutschen Reiches stationär wie in Frankreich bliebe, so würde es für die deutsche Landwirthschaft leicht sein, die Bevölkerung allein zu ernähren. Da die Bevölkerung aber in den letzten Jahren jährlich um ca. 800 000 Personen gestiegen ist, die jährlich mindestens

[1] Siehe Anm. 2 auf S. 61.

Digitized by Google

130 000 Tonnen Brotgetreide mehr verlangen, so wird die Landwirtschaft große Anstrengungen machen müssen, um sich den bisherigen Anteil an der Deckung des inländischen Bedarfes zu sichern und noch darüber hinaus die Einfuhr ganz oder zum Teil entbehrlich zu machen. Gelingt es aber, die Menge des verfütterten Brotgetreides für die menschliche Ernährung frei zu machen, so wird dieses Ziel bedeutend schneller erreicht werden können.

VI. Deutschlands Aus- und Einfuhr an Weizen und Roggen. Die Konkurrenz der Ausfuhrstaaten.

Neben der Leistungsfähigkeit der inländischen Getreideproduktion für den Bedarf an Brotkorn bildet die voraussichtliche Handelskonjunktur für Weizen und Roggen den wichtigsten Punkt für die Frage der Zollhöhe. Dies führt uns auf den Außenhandel Deutschlands mit Weizen und Roggen und auf die bisherige und voraussichtliche Entwicklung des Weltmarktes für diese beiden Früchte.

Für die Ausfuhr von Weizen und Roggen ist bemerkenswert, daß dieselbe, nachdem sie fast ganz aufgehört hatte, seit Aufhebung des Identitätsnachweises durch Gesetz vom 14. April 1894 (R.-G.-Bl. S. 335) in steigendem Maaße gewachsen ist.

Die Ausfuhr betrug:

	Weizen t	Roggen t
1890	206	119
1891	337	134
1892	244	891
1893	293	271
1894	79 191	49 712
1895	69 911	35 992
1896	75 214	38 322
1897	171 380	106 435
1898	134 820	129 706
1899	197 402	123 458
1900 (bis einschl. Novemb.)	265 934	66 690

Die Einfuhr von Roggen und Weizen in das deutsche Zollgebiet hat in den letzten 20 Jahren folgende Entwicklung gehabt, bei welcher der

Digitized by Google

Zusammenschluß von Bremen und Hamburg seit 1889 den Vergleich der Einfuhrverhältnisse vor und nach diesen Jahren erschwert[1].

Periode	Jährliche Einfuhr Roggen t	Weizen t	zusammen t
1880—84	732 381	534 633	1 267 014
1885—89	737 210	449 922	1 187 132
1890—94	629 809	946 284	1 576 093
1895—99	865 526	1403 342	2 268 868

Von der Gesamteinfuhr an Weizen und Roggen entfielen auf

Periode	Roggen %	Weizen %
1880—84	57,80	42,20
1885—89	62,10	37,90
1890—94	39,96	60,04
1895—99	38,14	61,86

Die Prozentzahlen zeigen deutlich die steigende Bedeutung der Weizeneinfuhr gegenüber der Roggeneinfuhr. Während in den 80er Jahren der Roggen das wichtigste Einfuhrgetreide bildet, tritt in den 90er Jahren der Weizen immer mehr in den Vordergrund.

Mit Rücksicht auf die inländische Produktion und den Konsum wird es von Interesse sein, neben den Jahresmengen der Einfuhr, auch die in den einzelnen Monaten des Jahres eingeführten Getreidemengen festzustellen. Dies ist für die Jahre 1892—99 in der folgenden Übersicht[2] geschehen.

(Siehe Tabelle S. 65.)

Diese Zahlen zeigen eine überraschende Erscheinung. Die höchste Einfuhr von Weizen findet durchschnittlich im Juli mit fast 15 % der Jahreseinfuhr statt. Die Einfuhrwelle tritt dann zurück, um im Oktober wieder anzuschwellen, darauf wieder ein Zurückweichen, bis die Einfuhr im Januar von neuem anschwillt. Im Februar ist sie am geringsten und steigt wieder im April. Die Monate mit der stärksten Einfuhr sind also bei Weizen Juli, August, Oktober, Januar und April, die niedrigste Einfuhr findet im Februar, März und September statt. Die Bewegung der Roggeneinfuhr gestaltet sich erheblich anders wie bei Weizen. Zwar ist auch hier für Juli die höchste Einfuhr mit fast 13 % der Jahreseinfuhr zu ver-

[1] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin.

[2] Monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel des deutschen Zollgebiets. 1892—1900. Berlin.

Digitized by Google

Monatliche Bewegung der Einfuhr von Weizen und Roggen.

Monat	Weizen 1892—99		Roggen 1892—99	
	durchschnittlich Tonnen	in Prozent der mittleren Jahreseinfuhr %	durchschnittlich Tonnen	in Prozent der mittleren Jahreseinfuhr %
Januar	117 267	9,22	41 121	5,71
Februar	64 895	5,10	33 871	4,70
März	72 630	5,71	43 775	6,08
April	115 419	9,07	55 321	7,69
Mai	95 836	7,54	65 988	9,17
Juni	107 062	8,42	82 335	11,44
Juli	188 027	14,78	92 957	12,91
August	116 124	9,13	67 125	9,32
September	82 089	6,46	56 690	7,87
Oktober	134 464	10,57	61 027	8,48
November	99 328	7,81	64 449	8,95
Dezember	78 734	6,19	55 260	7,68
Jahr	1 271 875	100,00	719 919	100,00

zeichnen, aber die Einfuhr verteilt sich in anderem Verhältnis wie bei Weizen auf die übrigen Monate. In den vier Monaten Mai bis August wurden allein fast 43 % der Jahresmenge eingeführt. Die geringste Roggeneinfuhr fiel auf die Monate Januar bis März.

Für diese auffälligen Bewegungen der monatlichen Einfuhr von Weizen und Roggen kommen verschiedene Ursachen in Betracht. Roggen wird hauptsächlich aus Rußland bezogen; seine Einfuhr ist deshalb mehr von der Jahreszeit abhängig. Weizen kommt aus Ländern mit verschiedenen Klimaten und Erntezeiten und wird zum größten Theil durch die Häfen der Nordsee eingeführt, deren Verkehr weniger durch die Winterkälte gehindert wird als die östlichen Häfen der Ostsee und die von Rußland nach Deutschland führenden Flußläufe.

Auch aus der monatlichen Übersicht ergiebt sich das Überwiegen der Weizeneinfuhr über die Roggeneinfuhr. Die Ursache dieser Entwicklung wird man am besten aus der Bewegung der Gesamteinfuhr von Weizen und Roggen nach den Herkunftsländern ersehen, die in den folgenden Übersichten dargestellt ist[1].

[1] Auswärtiger Handel des deutschen Zollgebiets nach Herkunfts- und Bestimmungsländern in den Jahren 1880—1896. Herausg. im Reichsamt des Innern. Berlin 1898. Auswärtiger Handel des deutschen Zollgebiets im Jahre 1899. Bearbeitet im Kaiserl. Statist. Amt. 1. Teil: Der Verkehr mit den einzelnen Ländern in den Jahren 1899, 98 und 97. Berlin 1900.

Digitized by Google

Einfuhr von Roggen.

Herkunftsländer	Durchschnitt 1880—84 dz	Durchschnitt 1885—89 dz	Durchschnitt 1890—94 dz	Durchschnitt 1895—99 dz
Rußland	4 096 210	5 116 576	4 244 377	6 624 698
Rumänien	12 363	105 384	430 085	698 314
Oesterreich-Ungarn	522 136	92 298	165 624	6 479
Bulgarien	4 951	35 463	132 406	96 075
Türkei	14 936	53 007	314 642	61 515
Serbien	152	6 572	34 711	4 846
Frankreich	664 699	131 427	153 566	25 444
Belgien	456 292	264 720	106 446	25 925
Niederlande	441 780	569 152	114 571	25 850
Vereinigte Staaten	100 194	50 942	491 293	1 060 444
Kanada	1 277	1 336	19 054	16 383
Argentinien	—	—	7 996	8 579
Hamburg	900 777	955 798	9	—
Gesamteinfuhr	7 323 806	7 372 104	6 298 086	8 655 255

Herkunftsländer	Von der Gesamteinfuhr entfielen auf die Länder			
	1880—84 %	1885—89 %	1890—94 %	1895—99 %
Rußland	55,93	69,52	67,39	76,53
Rumänien	0,16	1,42	6,82	8,06
Oesterreich-Ungarn	7,12	1,25	2,62	0,07
Bulgarien	0,06	0,48	2,10	1,11
Türkei	0,23	0,71	4,99	0,71
Serbien	0,20	0,08	0,55	0,05
Frankreich	9,07	1,78	2,43	0,29
Belgien	6,23	3,59	1,69	0,29
Niederlande	6,03	7,72	1,81	0,29
Vereinigte Staaten	1,36	0,69	7,80	12,25
Kanada	0,01	0,01	0,30	0,18
Argentinien	—	—	0,12	0,09
Hamburg	12,30	12,97	—	—
Gesamteinfuhr	100,00	100,00	100,00	100,00

Digitized by Google

Einfuhr von Weizen.

Herkunftsländer	Durchschnitt 1880—84 dz	Durchschnitt 1885—89 dz	Durchschnitt 1890—94 dz	Durchschnitt 1895—99 dz
Rußland	1 860 590	2 352 352	2 891 128	6 780 784
Rumänien	113 857	103 727	965 936	1 392 693
Oesterreich-Ungarn	1 440 226	900 240	549 519	143 212
Bulgarien	22 312	39 441	160 349	39 429
Türkei	35 237	16 240	53 218	31 698
Serbien	730	29 754	73 913	38 234
Vereinigte Staaten	471 433	208 216	2 928 332	3 812 135
Kanada	1 329	2 196	41 280	11 065
Argentinien	—	200	1 167 978	1 545 998
Chile	3 203	4 171	50 545	16 145
Uruguay	—	—	9 203	6 713
Australien	—	—	11 387	40 867
Ostindien	6 118	29 531	176 279	40 010
Belgien	497 882	233 958	202 726	64 775
Niederlande	295 828	367 972	134 704	49 550
Hamburg	326 185	148 096	12	—
Gesamteinfuhr	5 346 332	4 499 224	9 462 844	14 033 420

Herkunftsländer	Von der Gesamteinfuhr entfielen auf die Länder			
	1880—84 %	1885—89 %	1890—94 %	1895—99 %
Rußland	34,80	52,28	30,55	48,31
Rumänien	2,13	2,30	10,20	9,92
Oesterreich-Ungarn	26,93	20,00	5,80	1,02
Bulgarien	0,41	0,87	1,69	0,28
Türkei	0,65	0,36	0,56	0,22
Serbien	0,01	0,66	0,78	0,27
Vereinigte Staaten	8,81	4,65	30,94	27,16
Kanada	0,24	0,04	0,43	0,07
Argentinien	—	—	12,33	11,01
Chile	0,05	0,09	0,53	0,11
Uruguay	—	—	0,09	0,04
Australien	—	—	0,12	0,29
Ostindien	0,11	0,65	1,86	0,28
Belgien	9,31	5,19	2,14	0,46
Niederlande	5,53	8,17	1,42	0,35
Hamburg	6,10	3,29	—	—
Gesamteinfuhr	100,00	100,00	100,00	100,00

Digitized by Google

Für die Einfuhr von Roggen kommen Anfang der 80er Jahre neben Rußland noch Frankreich, Österreich-Ungarn, Belgien und die Niederlande in Betracht, in der ersten Hälfte der 80er Jahre geht die Einfuhr aus Frankreich, Österreich-Ungarn und Belgien zurück und Rumänien beginnt an die Stelle Österreich-Ungarns zu treten. Diese Verschiebung bewirkt, daß Rußland einen relativ größeren Anteil an der Gesamteinfuhr von Roggen erhält.

Für die erste Hälfte der 90er Jahre ist die steigende Einfuhr des rumänischen Roggens, die Roggeneinfuhr von Bulgarien und der Türkei und vor allem die relativ hohe Einfuhr von Roggen aus den Vereinigten Staaten bemerkenswert. Diese Veränderung des Bezugs hatte zur Folge, daß der Antheil des russischen Roggens an der Gesamteinfuhr nicht weiter stieg, sondern etwas zurückging.

Die letzten fünf Jahre zeigen die wachsende Konkurrenz Rumäniens und der Vereinigten Staaten, das völlige Zurücktreten Österreich-Ungarns, Frankreichs, Belgiens und der Niederlande. Die gleichzeitige Zunahme der russischen Einfuhr bewirkt, daß der russische Roggen über Dreiviertel der Gesamteinfuhr bildet.

Bei Belgien und den Niederlanden darf angenommen werden, daß ein großer Teil des aus diesen Ländern eingeführten Roggens russischer, rumänischer und bulgarischer Roggen ist, dasselbe gilt für die Einfuhr aus Hamburg.

Für Weizen liefern die Einfuhrzahlen ein weit beweglicheres Bild.

In der ersten Hälfte der 80er Jahre ist Österreich-Ungarn fast noch ein ebenso wichtiges Bezugsland wie Rußland, neben den beiden kommen die Vereinigten Staaten und Rumänien nur wenig in Betracht. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre tritt Rußland noch mehr hervor, Österreich-Ungarn mehr zurück. In den 90er Jahren kommt ein völliger Umschwung. Die Vereinigten Staaten konkurrieren in gleicher Stärke mit Rußland, Österreich-Ungarn verschwindet fast ganz vom deutschen Markt, Rumänien übernimmt seine Stelle und als neuer Rivale erscheint Argentinien auf dem Plan.

Schon diese Bewegung läßt erkennen, daß die Depression der Weizen- und Roggenpreise in den 90er Jahren durch die Wucht der nordamerikanischen und argentinischen Konkurrenz verursacht ist.

Faßt man Roggen und Weizen zusammen, um festzustellen, welche Länder für den deutschen Außenhandel mit Brotgetreide die wichtigsten sind, so ergiebt sich folgende Übersicht:

Digitized by Google

Einfuhr von Weizen und Roggen.

Herkunftsländer	Durchschnitt 1880—84 Tonnen	Durchschnitt 1885—89 Tonnen	Durchschnitt 1890—94 Tonnen	Durchschnitt 1895—99 Tonnen
Rußland	595 680	746 893	713 551	1 340 548
Rumänien	12 622	20 911	139 603	209 100
Oesterreich-Ungarn	196 237	99 254	71 514	14 969
Bulgarien	2 726	7 490	29 276	13 551
Türkei	5 018	6 925	36 786	9 322
Serbien	88	3 632	10 862	4 308
Frankreich	66 470	13 143	15 357	2 544
Belgien	95 417	49 868	30 918	9 071
Niederlande	73 761	93 712	24 927	7 540
Vereinigte Staaten	57 162	25 916	341 962	487 258
Kanada	261	354	6 033	2 745
Argentinien	—	20	117 598	155 458
Chile	320	417	5 055	1 615
Uruguay	—	—	920	671
Australien	—	—	1 139	4 087
Ostindien	612	2 953	17 628	4 001
Hamburg	122 697	110 390	1	—
Gesamteinfuhr	1 267 014	1 187 132	1 576 093	2 368 868

Herkunftsländer	Von der Gesamteinfuhr entfielen auf die Länder			
	1880—84 %	1885—89 %	1890—94 %	1895—99 %
Rußland	47,01	62,91	45,27	56,59
Rumänien	1,00	1,76	8,86	8,91
Oesterreich-Ungarn	15,49	8,36	4,54	0,63
Bulgarien	0,21	0,67	1,86	0,53
Türkei	0,44	0,58	2,33	0,39
Serbien	0,01	0,31	0,69	0,18
Frankreich	5,25	1,17	0,97	0,11
Belgien	7,53	4,21	1,96	0,38
Niederlande	5,43	7,89	1,59	0,32
Vereinigte Staaten	4,51	2,18	21,70	20,57
Kanada	0,02	0,03	0,38	0,12
Argentinien	—	—	7,46	6,56
Chile	0,03	0,04	0,32	0,07
Uruguay	—	—	0,06	0,03
Australien	—	—	0,07	0,17
Ostindien	0,05	0,25	1,12	0,17
Hamburg	9,69	9,30	—	—
Gesamteinfuhr	100,00	100,00	100,00	100,00

Digitized by Google

Danach ist Rußland das wichtigste Bezugsland für Brotgetreide geblieben, in den 80er Jahren nahm Ungarn die zweite Stelle ein, die es in den 90er Jahren an die Vereinigten Staaten abgeben mußte. Es ist indes wegen der ungenauen Nachweise der Herkunftsländer in der Handelsstatistik und infolge des Zollausschusses von Hamburg und Bremen bis 1889 schwer, die Reihenfolge der Länder in den 80er Jahren zu erkennen. Rumänien hatte in den 90er Jahren die dritte Stelle inne und Argentinien die vierte.

Es fragt sich nun, ob die Konkurrenz der obigen Einzelländer voraussichtlich in der bisherigen Stärke bleiben wird.

Für die Konkurrenz der Exportländer ist nicht allein ihr Wettbewerb auf dem deutschen Markte, sondern noch mehr die Stärke ihrer Konkurrenz auf dem Weltmarke für Getreide maßgebend. Die Stärke der Konkurrenz wird wohl am sichersten an der Entwicklung der Gesamtausfuhr von Roggen und Weizen in den einzelnen Ländern und an der Größe dieser Ausfuhr im Verhältnis zur Gesamtausfuhr aller Exportländer gemessen.

a) Die russische Konkurrenz[1].

Beginnen wir mit dem Nachbarland Rußland. Die Ausfuhr von Roggen und Weizen aus Rußland hat sich seit 1860 wie folgt bewegt[2].

(Siehe Tabelle S. 71.)

Die wichtigste von beiden Früchten für den russischen Export ist hiernach der Weizen, dessen Ausfuhr im letzten Jahrzehnt weit mehr als das Doppelte der Roggenausfuhr betragen hat. Die Weizenausfuhr stieg in den 70er Jahren fast auf die doppelte Höhe der mittleren Ausfuhr der 60er Jahre. In den 80er Jahren nahm sie dagegen nur um 400 000 Tonnen zu, während sie in den 90er Jahren um weitere 700 000 Tonnen erhöht wurde.

[1] Wilhelm Stieda, Russische Zollpolitik. Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Hrsg. von Gustav Schmoller. 7. Jahrg. Leipzig 1883. S. [909].

[2] Die Exportzahlen der nachfolgenden Länder sind entnommen und berechnet aus folgenden Quellen:

Statistical abstract for the principal and other foreign Countries. London.
Statistical abstract for the several colonial and other possessions of the United Kingdom. London.
Statistical abstract relating to British India. London.
The statistical year-book of Canada for 1898. Ottawa 1899.
Statistical abstract of the United States. 1898. Washington.
Übersichten der Weltwirtschaft. Jahrgänge vor 1885. Von Dr. F. X. von Neumann-Spallart. Jahrgang 1885—1889 von Dr. Franz von Juraschek. Berlin.

Digitized by Google

Ausfuhr von Weizen und Roggen aus Rußland.
(1 Tschetwert Weizen = 165 kg; 1 Tschetwert Roggen = 150 kg.)

Jahr	Ausfuhr von Weizen	Von der Weizenausfuhr gingen nach Deutschland	Ausfuhr von Roggen	Von der Roggenausfuhr gingen nach Deutschland
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
1860—69	964 741	—	212 588	—
1870—79	1 727 799	—	1 088 697	—
1880	1 021 894	55 606	895 117	421 238
1881	1 356 696	82 171	638 741	266 956
1882	2 115 788	217 614	847 458	348 187
1883	2 320 890	249 032	1 152 450	445 482
1884	1 876 215	325 872	1 149 300	566 242
1885	2 541 259	323 222	1 251 000	421 212
1886	1 499 048	141 819	1 083 750	329 425
1887	2 215 395	255 892	1 292 550	416 833
1888	3 517 261	153 996	1 757 083	470 430
1889	3 121 143	301 247	1 380 637	920 189
1880—89	2 158 559	210 647	1 144 809	460 619
1890	2 982 552	370 823	1 259 720	750 461
1891	2 888 924	515 212	1 113 938	618 985
1892	1 335 904	257 299	197 641	123 377
1893	2 559 047	21 636	527 174	95 920
1894	3 353 625	280 594	1 326 289	533 449
1895	3 884 697	678 203	1 495 379	841 974
1896	3 596 851	852 465	1 298 197	787 971
1897	3 493 969	751 907	1 203 717	610 741
1898	2 908 171	775 506	1 096 051	611 297
1899	1 545 869	332 311	829 666	460 367
1890—99	2 854 961	483 596	1 034 777	543 454
1900	?	233 601[1]	?	760 325[1]

Die Roggenausfuhr ist indes, nachdem sie in den 70er Jahren auf das fünffache der Ausfuhr der 60er Jahre gestiegen war, seit dieser Zeit auf derselben Höhe geblieben. Die russische Weizenausfuhr stieg im Jahre 1865 zum ersten Mal über 1 000 000 Tonnen, 1878 über 2 000 000 Tonnen und 1888 über 3 000 000 Tonnen. Die stärkste Ausfuhr fand im Jahre 1895 mit 3 884 697 Tonnen statt, die geringste 1860 mit 689 346 Tonnen. Die Ausfuhr von Roggen blieb in den 60er Jahren noch unter 500 000 Tonnen, 1871 überschritt sie diese Höhe und 1873 erreichte sie 1 000 000 Tonnen. Die höchste Ausfuhrziffer ist für das Jahr 1879 mit 1 803 143 Tonnen, die kleinste für 1865 mit 169 205 und für 1892 mit 197 641 Tonnen zu verzeichnen. Entsprechend dieser Entwicklung des russischen Exports

[1] Bis einschl. November.

Digitized by Google

hat die Einfuhr von russischem Weizen in Deutschland sich in den 90er Jahren gegenüber den 80er Jahren verdoppelt, während die Einfuhr von Roggen nur wenig gestiegen ist.

Die Übersicht ergiebt zugleich die Abhängigkeit der russischen Roggenausfuhr von der Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes, da die Hälfte der Roggenausfuhr auf den deutschen Konsum angewiesen ist. Aber auch hinsichtlich der Weizenausfuhr ist Deutschland für Rußland von steigender Bedeutung. Während in den 80er Jahren nur der zehnte Theil der Weizenausfuhr nach Deutschland ging, nahm sie in den 90er Jahren bereits den sechsten Teil der Gesamteinfuhr, 1896 sogar den vierten Teil derselben ein.

Die Anbaufläche von Weizen und Roggen im europäischen Rußland[1] betrug:

	Weizen	Roggen
1894	12 226 960 ha	25 596 950 ha
1895	12 841 790 „	25 339 890 „
1896	16 371 457 „	26 266 874 „
1897	16 770 810 „	25 582 384 „
1898	16 701 198 „	25 429 041 „

Die Ausfuhr von Roggen- und Weizenmehl aus Rußland ist gegen früher auf annähernd derselben Höhe geblieben, wie die nachstehende Übersicht ergiebt.

Rußland.

	Ausfuhr von Weizenmehl t	Ausfuhr von Roggenmehl t
1885	76 850	69 356
1886	60 418	62 353
1887	64 698	63 550
1888	68 322	76 027
1889	62 041	56 957
1890	60 975	42 902
1891	61 267	36 211
1892	42 296	66 863
1893	52 332	71 930
1894	61 779	69 389
1895	68 765	62 697
1896	62 058	65 862
1897	61 746	78 982
1898	74 046	66 486

[1] Statistique agricole annuelle. 1898. Paris 1899. p. 276.

Digitized by Google

Diese Ausfuhr kommt indes für den deutschen Markt nicht direkt in Betracht, da die Einfuhr von russischem Weizenmehl nach Deutschland in den Jahren 1897—99 noch nicht 3000 Tonnen und die von Roggenmehl noch nicht 1000 Tonnen erreichte.

b) Die Konkurrenz der Vereinigten Staaten.

Wenden wir uns zu dem zweiten wichtigsten Bezugsland für Brotgetreide, zu den Vereinigten Staaten von Amerika, so ergeben die Ausfuhrziffern das nachstehende Bild über die Exportfähigkeit dieses Landes.

Ausfuhr von Weizen, Weizenmehl und Roggen aus den Vereinigten Staaten.
(1 Bushel Weizen = 27,2 kg, 1 Bushel Roggen = 25,4 kg,
1 Barrel Mehl = 88,9 kg.)

Jahr bis 30. Juni	Ausfuhr von Weizen	Von der Weizenausfuhr gingen nach Deutschland	Ausfuhr von Weizenmehl	Ausfuhr von Roggen	Von der Roggenausfuhr gingen nach Deutschland
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
		Kalenderjahr			Kalenderjahr
1860—69 .	510 506	—	270 229	—	—
1870—79 .	1 498 070	—	329 775	38 444	—
1880 . . .	4 168 482	33 600	534 378	73 990	9 530
1881 . . .	1 375 368	112 820	706 399	48 971	7 915
1882 . . .	2 591 398	74 630	580 932	24 740	1 422
1883 . . .	2 893 699	42 435	818 413	55 118	17 225
1884 . . .	1 813 493	72 233	813 613	157 988	14 005
1885 . . .	2 302 589	28 768	946 607	74 955	9 161
1886 . . .	1 571 045	16 680	727 113	5 004	3 298
1887 . . .	2 773 638	54 068	1 023 950	9 068	7 647
1888 . . .	1 789 461	2 181	1 063 600	2 006	353
1889 . . .	1 263 203	2 411	833 438	7 296	5 012
1880—89 .	2 254 238	43 983	804 844	45 914	7 557
1890 . . .	1 479 354	51 988	1 087 425	57 337	20 924
1891 . . .	1 499 590	143 539	1 008 482	8 452	64 327
1892 . . .	4 278 016	630 213	1 351 013	305 849	136 129
1893 . . .	3 185 691	314 928	1 477 518	37 517	18 195
1894 . . .	2 404 888	323 498	1 498 854	3 863	5 571
1895 . . .	2 070 002	193 594	1 357 414	240	3 060
1896 . . .	1 649 680	266 875	1 299 807	25 107	64 759
1897 . . .	2 164 086	207 261	1 295 273	217 431	142 997
1898 . . .	4 031 883	528 021	1 364 615	394 756	248 912
1899 . . .	3 792 573	710 318	1 643 405	257 578	70 494
1890—99 .	2 655 576	337 024	1 338 381	130 813	77 537
1900 . . .	2 773 050	432 369 [1]	1 662 252	59 837	21 508 [1]

[1] Bis einschl. November.

Digitized by Google

Der Weizenexport der Vereinigten Staaten erreichte seinen ersten Höhepunkt 1880 mit 4168582 Tonnen, sank dann während der Krisis der 80er Jahre auf 1571045 Tonnen im Jahre 1886 herab und stieg 1892 wieder auf 4278016 Tonnen. Die Krisis der 90er Jahre ließ ihn wieder auf 1649680 Tonnen sinken und erst die besseren Handelskonjunkturen der Jahre 1897—98 brachten ihn wieder auf über 4 Millionen Tonnen. Von dieser Höhe ist der Export in dem letzten Jahre wieder auf 2773000 Tonnen gesunken.

Der zehnjährige Durchschnitt zeigt indes auch in den 90er Jahren ein weiteres Steigen des Exports gegenüber den 80er Jahren. Der Schwerpunkt der Entwicklung der Weizenkonkurrenz der Vereinigten Staaten liegt indes weniger in der Ausfuhr von Weizenkörnern als vielmehr in der Ausfuhr von Mehl. Der Export von Weizenmehl ist seit den 80er Jahren um fast das Doppelte gestiegen. Rechnet man 75 % Ausbeute bei der Mehlbereitung, so ergiebt sich für die Steigerung des Weizenexports folgende Entwicklung.

	Weizen t	Weizenmehl in Körnern t	Weizen und Mehl t
1880—89	2254238	1073125	3327363
1890—99	2655576	1784508	4440084
Zunahme	17,80 %	66,29 %	33,44 %

Nach Einschließung des Mehls ist also die relative Steigerung der Ausfuhr fast doppelt so hoch, wie ohne Berücksichtigung desselben. Für Weizenmehl haben die Vereinigten Staaten in neuerer Zeit China und Japan als neue Absatzgebiete gewonnen.

Bemerkenswert ist besonders für Deutschland noch die seit den 80er Jahren stattgefundene Steigerung der Roggenausfuhr.

Für die Beurteilung der landwirtschaftlichen Konkurrenz der Vereinigten Staaten ist neben der Bewegung des Exports vor allem die Bewegung der Kulturflächen maßgebend.

1850 waren im Besitze der Farmer 117 Mill. ha Land, 1880, also 30 Jahre später, 214 Mill. ha Land und 1890 249 Mill. ha, d. h. 132 Mill. ha mehr als 1850. Indes kommt es für die Beurteilung der Produktionsfähigkeit mehr darauf an, wie viel von diesem Farmland angebaut ist und wie sich die Anbaufläche vergrößert hat. 1850 betrug die Anbaufläche 45 Mill. ha, 1880 dagegen 114 Mill. ha und 1890 143 Mill. ha, das ist etwa $4^1/_2$mal soviel als die landwirtschaftlich benutzte Fläche im Deutschen Reiche.

Die Vermehrung der Anbaufläche fand hauptsächlich in den nördlichen

Digitized by Google

Mittelstaaten und im Westen statt und der größte Zuwachs fällt in die Zeit von 1870—80.

Die Anbaufläche von Weizen in den Vereinigten Staaten betrug 1875 9½ Mill ha, sie stieg bis 1884 auf 16 Mill. ha; der durchschnittliche Weizenpreis von 1875—84 betrug in New-York 182 Mk. für die Tonne. Da stürzte der Weizenpreis 1885 plötzlich herab auf 134 Mk. für die Tonne.

Die Anbaufläche fiel innerhalb eines Jahres von 16 Mill. ha im Jahre 1884 auf 13 680 000 ha im Jahre 1885, also um 2 320 000 ha. Damit war die Krisis auch über die amerikanischen Farmer zum ersten Mal hereingebrochen. Nur allmählich hob sich die Anbaufläche wieder, erreichte aber erst 1891, als der Weizenpreis in New-York auf 145 Mk. für die Tonne gestiegen war, die frühere Höhe von 1884. 1892 stieg der Preis auf 160 Mk. für die Tonne. Da trat 1893 der auch den deutschen Landwirten unvergeßliche Preissturz ein. Der Weizenpreis fiel in New-York von 160 Mk. im Jahre 1892 auf nur 90 Mk. für die Tonne oder 4,50 Mk. für den Centner im Jahre 1895. Die Anbaufläche von Weizen sank, wie in den 80er Jahren, von 16 Mill. ha im Jahre 1891 auf 13 600 000 ha im Jahre 1894, d. h. auf die kleinste Anbaufläche seit 1880. Erst 1897, als der Weizenpreis in New-York über 130 Mk. für die Tonne stieg, dehnten die amerikanischen Farmer die Anbaufläche wieder auf etwa 16 Mill. ha aus, 1898 bei einem Preise von über 150 Mk. für die Tonne sogar auf die vorher unerreichte Höhe von 17 800 000 ha.

Der Preis, welcher in den Vereinigten Staaten eine Vermehrung der Anbaufläche hervorruft, ist schon verhältnismäßig hoch. Jedenfalls liegt er höher als für Argentinien, welches die Vereinigten Staaten infolge seiner minderwertigen Papiergeldwirtschaft noch unterbieten kann. Es ist schon von Sering[1] festgestellt, daß die Anbaufläche von Weizen in den Vereinigten Staaten seit 1880, also seit nunmehr 20 Jahren in völliger Abhängigkeit von den Weizenpreisen um ein mittleres Niveau schwankt, das sich bisher nicht wesentlich erhöht hat.

Für die landwirtschaftliche Konkurrenz der Vereinigten Staaten ist ferner zu erwägen, daß die Produktionskosten für Getreide seit den 80er Jahren sich noch weiter verbilligt haben, nämlich durch die Einführung der selbstbindenden Mähmaschinen und durch eine weitere Verbilligung der Transportkosten auf den westlichen und nordwestlichen Eisenbahnen; es soll diese Verbilligung nach Sering (a. a. O.) etwa 10—15 Mk. für die

[1] Das Sinken der Getreidepreise und die Konkurrenz des Auslandes. Vier Vorlesungen von Prof. Dr. M. Sering. Als Manuskript gedruckt. Verlag von F. Telze. Berlin 1894.

Digitized by Google

Tonne oder 50—75 Pf. für den Centner betragen. Auch bildet die wachsende Ausfuhr von Weizenmehl aus den Vereinigten Staaten an Stelle des Rohproduktes ein bemerkenswertes Konkurrenzmittel. Es sind dies alles Maßnahmen, durch welche die Amerikaner versuchen, die schon erheblich gestiegenen Produktionskosten für Weizen wenigstens zum Teil auszugleichen.

Ein preisdrückendes Moment liegt auch in der Schnelligkeit, mit welcher der amerikanische Farmer die Anbaufläche schon von einem Jahr zum andern, je nach dem Preisstande, ausdehnen oder einschränken kann. Dies hat seinen Grund neben der großen Beweglichkeit des extensiven Betriebes vor allem in dem Umstande, daß fast die Hälfte der Weizenernte in den Vereinigten Staaten Sommerkorn ist; so waren von der Weizenernte 1898 44% Sommerkorn und 56% Winterkorn. Das Sommerkorn wird in den Nordstaaten mit strenger Winterkälte gebaut, vor allem in Minnesota, Nord- und Süd-Dakota, Nebraska, Jowa und Washington. In diesen zum Teil noch extensiven Getreidestaaten kann also der Farmer bis zum Frühjahr die Preisentwicklung abwarten. Dies ist in Deutschland, wo der Sommerweizen nur etwa 6% und der Sommerroggen sogar nur 2% der Ernte ausmacht, ganz unmöglich.

Es geht den amerikanischen Farmern auch nicht besser wie den deutschen Landwirten. Beide müssen auch bei nicht rentierenden Preisen Getreide bauen, da ein großer Teil von ihnen infolge von Boden und Klima nichts anderes bauen kann. Würden die Vereinigten Staaten bei den niedrigen Preisen, die auch für die dortigen Farmer nicht mehr rentabel sind, keinen oder nur wenig Weizen senden, oder würden sie bei höheren Preisen die Anbaufläche und damit die Produktion nicht vermehren, so würde das Preisniveau, abgesehen von dem russischen und argentinischen Preisdruck, nicht so tief herabgedrückt werden können. Da dies aber nicht der Fall sein wird, so wird auch der Druck der amerikanischen Weizenkonkurrenz, ganz abgesehen von Rußland, Argentinien und Kleinasien für die deutsche Landwirtschaft noch lange fühlbar bleiben.

Wir sehen also, daß die amerikanische Konkurrenz doch noch ernst zu nehmen ist. Erst wenn die Bevölkerung der Vereinigten Staaten so weit gewachsen ist, daß sie den größten Teil der Weizenproduktion für ihre Ernährung beansprucht, und wenn die landwirtschaftliche Kultur in Amerika allmählich durch Einführung der Fruchtfolge und Düngung intensiver, d. h. kostspieliger geworden ist, wird die Gefahr der amerikanischen Konkurrenz für den deutschen Getreidebau eine geringere werden, bis dahin werden aber wohl noch mindestens zwanzig Jahre vergehen. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten beträgt jetzt 75 Millionen Menschen, sie wächst jährlich durch Einwanderung und natürlichen Zuwachs um ca. $1^1/_2$

Digitized by Google

Millionen, so daß sie in 15 Jahren etwa 100 Millionen und in 30 Jahren vielleicht 130 Millionen betragen wird.

Zur intensiveren Kultur wird die Amerikaner neben den schlechten Weizenpreisen auch die allmähliche Erschöpfung des Bodens zwingen, die in den älteren Staaten schon fühlbar geworden ist. In den Vereinigten Staaten werden durchschnittlich auf 1 Hektar nur 880 Kilogramm Weizen geerntet, während bei uns im Deutschen Reich im Durchschnitt auf 1 Hektar 1700 Kilogramm Weizen geerntet werden; d. h. der deutsche Weizenboden liefert durch intensivere Kultur, Fruchtwechsel, natürliche und künstliche Düngung, Drainage ꝛc. auf derselben Fläche über doppelt soviel Weizen als der amerikanische Weizenboden, der weder Fruchtfolge noch Düngung kennt und Jahr für Jahr Weizen auf Weizen tragen muß.

c) Die Konkurrenz Rumäniens.

Wir wenden uns zu dem dritten Konkurrenzlande Rumänien.

Ausfuhr von Weizen und Roggen aus Rumänien.

Jahr	Ausfuhr von Weizen	Von der Weizenausfuhr gingen nach Deutschland	Ausfuhr von Roggen	Von der Roggenausfuhr gingen nach Deutschland
	Tonnen	Tonnen	Tonnen	Tonnen
1879	450 506	—	60 228	—
1880	399 698	2 958	63 706	938
1881	203 006	918	32 506	906
1882	400 035	4 924	78 112	601
1883	401 573	18 063	71 166	1 242
1884	265 908	30 070	79 738	2 496
1885	383 534	12 731	85 575	5 593
1886	305 076	1 306	104 115	1 847
1887	502 165	3 917	131 310	6 603
1888	830 563	8 431	233 653	6 667
1889	945 593	25 479	251 207	31 982
1880—89	463 715	10 880	113 109	5 888
1890	922 829	61 800	86 645	23 744
1891	661 375	42 853	72 929	23 300
1892	771 012	91 785	90 847	26 818
1893	702 951	143 578	131 211	52 740
1894	683 606	142 953	136 375	88 442
1895	971 239	127 154	194 854	93 843
1896	1 224 787	319 956	233 160	129 130
1897	433 936	152 100	142 683	73 814
1898	580 260	56 513	117 389	37 122
1890—98	772 444	126 521	134 011	60 995
1899	?	40 623	?	15 248
1900	?	36 620[1]	?	15 272[1]

[1] Bis einschl. November.

Digitized by Google

Rumänien ist hiernach ein beachtenswerter Konkurrent für die deutsche Landwirtschaft geworden. Der Weizenexport ist in den 90er Jahren um ca. 300 000 Tonnen und der Roggenexport um ca. 40 000 Tonnen gegenüber den 80er Jahren gestiegen. Von Weizen geht etwa der sechste Teil und von Roggen die Hälfte nach Deutschland.

d) Die Konkurrenz Argentiniens.

Als der gefährlichste Rivale wird aber Argentinien angesehen, das den deutschen Landwirten neben Kleinasien und Sibirien viele Sorgen macht.

Die Entwicklung des Weizenexports aus Argentinien zeigt nachstehende Übersicht.

Ausfuhr von Weizen und Weizenmehl aus Argentinien.

Jahr	Ausfuhr von Weizen Tonnen	Von der Weizenausfuhr gingen nach Deutschland Tonnen	Ausfuhr von Weizenmehl Tonnen
1878	2 547	—	2 982
1879	25 669	—	15 300
1880	1 166	—	1 423
1881	157	—	1 287
1882	1 705	—	549
1883	60 755	—	4 844
1884	108 499	—	3 734
1885	78 493	—	7 447
1886	37 864	—	5 262
1887	237 866	—	5 401
1888	178 929	—	6 392
1889	22 806	20	3 361
1890	327 894	7 782	12 018
1891	395 555	12 397	7 015
1892	470 110	66 170	18 849
1893	1 008 137	151 396	37 921
1894	1 608 249	346 245	40 758
1895	1 010 269	263 229	53 935
1896	523 001	141 603	51 732
1897	101 845	32 603	41 443
1898	645 161	83 361	31 933
1899	1 722 011 [1]	252 203	?
1900	2 015 249 [1]	473 112 [2]	?

[1] Nach J. E. Beerbohm's Evening Corn Trade List.
[2] Bis einschl. November.

Digitized by Google

Die zum Weizenbau brauchbare Fläche in Argentinien wird von dem landwirtschaftlichen Sachverständigen in Buenos Aires (Dr. Kaerger)[1] auf etwa 64 Mill. ha geschätzt. Von dieser Fläche sind nach Schätzung des Sachverständigen 25 % als Weide für die Zugtiere abzuziehen, so daß die weizenfähige Fläche auf 48 Mill. ha sinkt. Von dieser Fläche sind indes weitere 6 Mill. ha nicht in Rechnung zu stellen, deren Anbau sich nur bei hohen Weizenpreisen lohnen würde, so daß für die auch unter ungünstiger Konjunktur anbaufähige Weizenfläche noch 42 Mill. ha übrigbleiben würden. Der Weizenbau auf dieser Fläche hat aber zur Voraussetzung, daß die auf ihr betriebene Viehzucht aufhört oder in die nicht weizenfähigen Teile des Landes verlegt wird. Dies wird wohl, solange die Viehzucht rentabel bleibt, nur zum Teil und langsam geschehen. Hiernach muß die als Konkurrent für den europäischen Getreidebau zu fürchtende Weizenfläche in Argentinien vielleicht auf 25 Mill. ha reduziert werden. Diese Fläche wird aber immer noch bedeutend größer sein als die gegenwärtige Weizenfläche der Vereinigten Staaten mit ca. 17 Mill. ha. Auch ist zu beachten, daß die Exportquote der Ernte in Argentinien infolge der dünnen Bevölkerung eine weit höhere ist als in den Vereinigten Staaten.

1878 soll das Jahr gewesen sein, in dem Argentinien zum erstenmal einen Überschuß von Weizen über den eigenen Bedarf erzeugt hat. Die Ausfuhr wäre in den folgenden Jahren schon erheblich gestiegen, wenn nicht Mißernten eingetreten wären. Seit 1882 steigt die Produktion und Ausfuhr in raschem Tempo und seit Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre erscheint Argentinien in Weizen und Mais als beachtenswerter Konkurrent auf dem Weltmarkte.

Die Ausdehnung des Ackerbaues in Argentinien möge daraus ermessen werden, daß die gesamte Anbaufläche 1888 etwa 2½ Mill. ha betrug, dagegen 1895, also im Laufe von sieben Jahren, ca. 5 Mill. ha. Die Weizenfläche Argentiniens ist von 800 000 ha im Jahre 1887 auf 2 Mill. ha im Jahre 1895 gestiegen. Die Konkurrenz der argentinischen Weizenproduktion würde in den 90er Jahren noch fühlbarer gewesen sein, wenn nicht die Heuschreckenplage von 1895—98 die Weizengebiete heimgesucht und die Ernte zum großen Teil vernichtet hätte; es ist dies ein Faktor, der für die Beurteilung der argentinischen Getreideproduktion besonders in Betracht zu ziehen ist, und der auch wohl in Zukunft dazu beitragen wird, daß die argentinische Getreidekonkurrenz ebenso periodisch auf-

[1] Berichterstattung der land- und forstwirtschaftlichen Sachverständigen bei den kaiserl. Vertretungen im Ausland. Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Beilage zu Stück 14 v. 5. August 1897. S. 75.

Digitized by Google

treten wird wie bisher. Dies ist aus der bisherigen Einfuhr des argentinischen Weizens nach Deutschland ersichtlich.

Die Einfuhr argentinischen Weizens nach Deutschland betrug im Jahre 1889 ungefähr 8000 Tonnen, 1891 12 000 Tonnen, 1892 stieg sie auf 66 000 Tonnen, 1893 auf 151 000 Tonnen, und erreichte im Jahre 1894 ihren ersten Höhepunkt mit 346 000 Tonnen, das war fast 1/8 der Gesamteinfuhr von Weizen ins Deutsche Reich. 1895 sank die Einfuhr argentinischen Weizens auf 263 000 Tonnen, 1896 auf 142 000 Tonnen, und die Einfuhr erreichte ihren tiefsten Stand 1897 mit nur 23 600 Tonnen, 1898 betrug sie 85 000 Tonnen, 1899 stieg sie auf 252 000 Tonnen oder 1/4 der Gesamteinfuhr von Weizen ins deutsche Zollgebiet und in den ersten 11 Monaten des Jahres 1900 hat Argentinien den deutschen Markt sogar mit 473 000 Tonnen Weizen überflutet, das ist fast 40 % der Gesamteinfuhr.

Angesichts dieser thatsächlichen Vorgänge entsteht die Frage, wie wird die weitere Entwicklung der argentinischen Getreideproduktion sein, bedeutet sie für die deutsche Landwirtschaft eine wachsende Gefahr?

Wir haben bereits gesehen, daß für die weitere Ausdehnung der argentinischen Getreideproduktion noch große Flächen zur Verfügung stehen. Doch wird die Ausdehnung und die Konkurrenzfähigkeit hauptsächlich von zwei Faktoren abhängig sein, einmal von der Höhe des Weltmarktpreises und sodann von dem Weiterbestand der minderwertigen Papiergeldwirtschaft in Argentinien. Es ist eine eigene Erscheinung, daß Argentinien zu einer Zeit mit seiner Weizenproduktion begonnen hat, wo die Weizenpreise tief standen und wo man überall in der Welt den Weizenbau für wenig rentabel gehalten hat. Dies scheint für Argentinien nur mit Hilfe seiner denkbar schlechtesten Währungsverhältnisse möglich gewesen zu sein. Wir müssen also die Wirkung einer minderwertigen Papiergeldwirtschaft auf den Export und Import von Waren prüfen. Die argentinische Währung ist nominell, wie bei uns, eine Goldwährung, in Wirklichkeit aber fast eine reine Papierwährung, d. h. der argentinische Staat ist infolge einer ungeheuren Schuldenlast nicht mehr imstande, das in Umlauf gesetzte Papiergeld gegen baar einzulösen. Die Folge der Uneinlösbarkeit des Papiergeldes ist, daß dasselbe dem Auslande gegenüber, also auf dem Weltmarkte, nicht mehr den Goldwert besitzt, auf den es lautet und für den es die argentinische Republik ausgegeben hat. Das Verhältnis zwischen der Goldvaluta, dem Goldpeso, und dem Papierpeso schwankt nun auf dem Weltmarkt je nach der Finanzkraft des argentinischen Staates, also je nachdem die Finanzkraft Argentiniens den europäischen Gläubigern für die Zinsgarantie der Schuld mehr oder weniger günstig erscheint, wobei natürlich die Spe-

Digitized by Google

kulation den größten Spielraum hat. Dieses Wertverhältnis zwischen dem Goldpeso und dem Papierpeso wird durch die Anzahl Papierpesos ausgedrückt, welche jeweilig den Wert von 100 Goldpesos besitzen. Im Inlande wird fast alles in Papierpesos bezahlt und die inländischen Preise bleiben von den Schwankungen des Goldkurses auf dem Weltmarkte fast ganz unberührt, so daß z. B. der argentinische Landwirt die Löhne in Papierpesos bezahlt und er ein- und denselben Lohn giebt, ganz unabhängig davon, ob der Goldkurs steigt oder fällt. Im Inlande Argentiniens kümmern sich die meisten Menschen überhaupt nicht um den Goldkurs, für sie gilt nur der Papierpeso, der im Inlande dieselbe Kaufkraft behält. Dagegen schwankt der Goldkurs auf dem Weltmarkte von Woche zu Woche. Wie wirkt nun dieser Zustand auf den Getreideexport? Der Exporteur am La Plata erhält den Weizen, den er nach Europa sendet, in Goldwert, d. h. nach dem Goldkurse bezahlt. Der Exporteur wird also für den auf dem Weltmarkte erzielten Preis im Inlande umsomehr Papierpesos erhalten, je höher der Goldkurs steigt. Wenn also der Goldkurs von 300 auf 350 steigt, so gewinnt der Exporteur allein infolge dieser Steigerung 50 Papierpesos. Oder mit anderen Worten: Der Exporteur am La Plata habe von einem argentinischen Landwirt Weizen bezogen, der auf dem Weltmarkt 1000 Goldpesos wert ist, der Landwirt wird also von dem Exporteur bei einem Goldkurse von 300 3000 Papierpesos erhalten; steigt nun der Goldkurs auf 350, so würde der Landwirt oder der Exporteur statt 3000 Papierpesos 3500 bekommen, mithin 500 Papierpesos gewinnen, allein infolge des Goldkurses. Oder aber der Exporteur wäre imstande gewesen, den argentinischen Weizen dem europäischen Importeur entsprechend niedriger anzubieten.

Nun entsteht die Frage, bei welchem Goldkurs und bei welchem Weltmarktpreise kann der argentinische Landwirt noch Weizen bauen? Die Berechnungen des genannten landwirtschaftlichen Sachverständigen ergeben darüber folgendes. (A. a. O. Mitteilungen der D.-L.-G., Beilage zu Stück 18, 1896, S. 7.)

Wenn der unverzollte Weizen in Hamburg nur 100 Mk. für die Tonne kostet, so kann der argentinische Landwirt, selbst wenn er nicht mitarbeitet, also der größere Landwirt, bei einem Goldkurse von 300 noch so eben bestehen; er selbst würde also in diesem Falle, nach Abzug der Fracht von Argentinien nach Hamburg, nur etwa 70 Mk. für die Tonne bekommen. Steigt der Goldkurs auf 400 Mk., wie Mitte der 90er Jahre, und bleibt der Weltmarktpreis in Hamburg 100 Mk., so verzinst sich für den argentinischen Landwirt sein Kapital mit etwa 12 %. Sinkt dagegen der Goldkurs auf 200 Mk., so schließt der argentinische Landwirt bei dem

Digitized by Google

niedrigen Weltmarktpreise von 100 Mk. in Hamburg mit einem Deficit ab. Noch leistungsfähiger als der große, nicht mitarbeitende Landwirt ist der kleine, selbst mitarbeitende Kolonist. Dieser kann schon bestehen bei einem Weizenpreise von 85 Mk. für die Tonne in Hamburg, solange der Goldkurs auf 300 steht. Er selbst würde dann für seinen Weizen nur etwa **55 Mk.** für die Tonne erhalten. Wenn der Goldkurs auf 400 steigt, so könnte der Kolonist in Argentinien den Weizen sogar für 75,50 Mk. die Tonne nach Hamburg liefern; in diesem Falle würde der argentinische Landwirt nur etwa **45 Mk.** für die Tonne erhalten. Wenn der Goldkurs auf 200 sinkt, so würde der mitarbeitende Kolonist und Pächter in Argentinien den Weizen für 106,60 Mk. die Tonne nach Hamburg liefern können. Hieraus geht hervor, daß die Getreidekonkurrenz Argentiniens zum Teil vom Goldkurse abhängig ist. Aber selbst wenn es einmal gelingen sollte, den Goldkurs auf pari zu bringen, so würde Argentinien mindestens ebenso billig den Weizen liefern können, wie die Vereinigten Staaten, da ja in diesem Falle die Arbeitslöhne auch entsprechend, wenn auch nur allmählich, sinken würden.

Zur Beurteilung der Frage, in welchem Grade die Goldkursschwankungen des Pesos die Exportfähigkeit Argentiniens in Wirklichkeit begünstigt haben können, teilen wir nachstehend die mittleren, höchsten und niedrigsten Goldkurse seit 1889 mit[1].

Argentinien.

Goldkurs (100 Goldpesos = x Papierpesos)

	Durchschnitt	Niedrigster	Höchster
1889	191	148	238
1890	251	213	325
1891	387	326	466
1892	332	271	392
1893	324	291	362
1894	357	310	429
1895	344	314	379
1896	296	288	303
1897	291	274	315
1898	258	257	259

[1] Anuario de la direccion general de estadistica correspondiente al año 1898 Tomo I. Buenos Aires 1899. p. 353. 381.

Digitized by Google

Den niedrigsten Preisstand erreichte der Weizen in Buenos Aires im März 1895 mit 1,43 Goldpesos oder 5,79 Mk. für 100 kg.

e) Die Konkurrenz Bulgariens, Ungarns, Kanadas, Australiens, Ostindiens ꝛc.

Neben den bisher genannten vier Ländern, welche im deutschen Getreidehandel die wichtigste Rolle spielen, kommen für den Weltmarkt mit Getreide noch eine Reihe anderer Exportgebiete in Betracht[1].

Roggen wird nur noch von Bulgarien und Kanada in nennenswerten Mengen ausgeführt. Die Entwicklung der Ausfuhr giebt folgendes Bild.

Ausfuhr von Roggen.
(1 Bushel Roggen = 25,4 kg.)

Jahr	Bulgarien		Kanada	
	Ausfuhr Tonnen	Von der Ausfuhr gingen nach Deutschland Tonnen	Ausfuhr Tonnen	Von der Ausfuhr gingen nach Deutschland Tonnen
1880	—	274	24 329	279
1881	—	1 333	22 106	50
1882	21 973	—	32 555	—
1883	15 378	316	26 614	—
1884	20 765	57	22 173	55
1885	20 854	11 853	7 297	265
1886	18 547	224	4 333	—
1887	18 537	—	3 160	—
1888	37 411	80	1	—
1889	52 677	2 029	—	3
1890	27 889	5 472	11 092	677
1891	81 587	3 558	8 635	2 366
1892	54 447	27 428	5 620	2 047
1893	46 333	18 969	1 502	215
1894	29 411	10 777	1 599	223
1895	44 255	6 808	1 599	—
1896	46 862	21 511	1	425
1897	16 768	11 655	5 498	1 974
1898	23 822	6 912	28 944	2 516
1899	—	1 152	—	—

[1] Vergl. Dr. Rudolf Sonndorfer, Die Technik des Welthandels. Wien und Leipzig 1900. S. 281.

Digitized by Google

Die Roggenausfuhr dieser Länder ist hiernach eine sehr schwankende und für den Gesamthandel mit Roggen bis jetzt von geringer Bedeutung. Doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß in den nördlichen Bezirken Kanadas, im nördlichen Manitoba und in Saskatchewan, wo der Weizen eine weniger sichere Frucht ist, der Roggenbau in Zukunft noch mehr ausgedehnt wird.

Von weit größerer Bedeutung als für Roggen sind neben den vier Hauptländern noch eine Reihe anderer Gebiete für den Welthandel in Weizen. Es sind dies in Europa Bulgarien und Ungarn, in Amerika Kanada, Uruguay und Chile, in Afrika Ägypten, Algier, Tunis und Marocco, ferner Australien, Ostindien und die asiatische Türkei, Kleinasien.

Über die Entwicklung der Weizenausfuhr aus den wichtigsten dieser Länder giebt folgende Tabelle Auskunft:

Ausfuhr von Weizen.

(1 Bushel Weizen = 27,2 kg.)

Jahr	Österreich-Ungarn Tonnen	Bulgarien Tonnen	Kanada Tonnen	Uruguay Tonnen
1880	201 559	—	138 462	—
1881	208 038	—	61 300	—
1882	433 477	73 985	104 585	—
1883	280 828	111 178	159 595	75
1884	110 858	76 735	20 278	80
1885	157 526	135 724	63 674	2 010
1886	209 553	182 526	93 001	3 460
1887	233 503	123 505	153 183	2 849
1888	414 121	261 850	58 854	10 148
1889	255 932	375 188	13 353	1 932
1880—89	250 540	167 586	86 629	2 936
1890	236 890	303 043	11 486	18 253
1891	145 809	313 533	57 343	501
1892	75 057	345 830	237 025	1
1893	76 177	349 587	252 195	5 898
1894	64 624	281 417	252 204	110 753
1895	67 859	385 896	240 059	99 965
1896	56 190	604 703	269 812	6 391
1897	28 167	281 663	213 663	12 549
1898	2 900	186 454	515 797	77 231
1890—98	83 741	339 125	227 732	36 838

Digitized by Google

Ausfuhr von Weizen.

(1 Quarter Weizen = 217,7 kg, 1 Ardeb Weizen = 133,6 kg.)

Jahr	Australien [1] Tonnen	Ostindien [2] Tonnen	Ägypten Tonnen	Chile Tonnen
1880	348 583	111 837	126 515	—
1881	253 620	378 174	57 806	90 000
1882	219 783	1 010 971	9 481	129 057
1883	198 747	721 043	82 130	—
1884	491 364	1 066 872	82 601	—
1885	340 698	805 225	24 650	—
1886	67 004	1 070 301	10 663	122 100
1887	127 746	1 130 992	27 485	124 550
1888	397 877	687 739	55 324	92 885
1889	116 807	894 660	30 846	49 696
1880–89	256 224	787 781	50 750	101 048
1890	374 876	701 152	40 443	28 928
1891	357 837	727 481	90 542	178 048
1892	224 919	1 539 580	41 192	145 802
1893	338 122	760 651	15 535	185 963
1894	350 058	617 568	26 469	116 235
1895	202 067	350 019	22 312	78 581
1896	37 175	508 212	11 063	137 565
1897	27 394	97 060	5 695	72 394
1898	52 219	121 595	8 158	76 965
1899	—	991 806	—	—
Durchschnitt . . .	218 296	641 512	29 045	113 387

Am auffallendsten tritt aus dieser Übersicht das Aufhören der landwirtschaftlichen Konkurrenz Ungarns und Ägyptens und das Anschwellen des Weizenexports in Bulgarien, Kanada und Uruguay und die Unsicherheit der Weizenlieferanten Indien, Australien und Chile in die Erscheinung.

In Kanada betrug die Anbaufläche aller Früchte nach dem Census von 1881: 6044914 ha, von 1891: 7961930 ha. In Manitoba ist die Anbaufläche für Weizen 1883 zu 104336 ha ermittelt, 1890 zu 298423 ha und 1898 zu 595293 ha.

Auffallend ist die plötzliche Weizenausfuhr Indiens im Jahre 1891/92 mit 1539580 Tonnen, die größte Ausfuhr, die Indien bisher erreicht hat, welche wohl zum Teil mit dem Preisfall des Silbers, zum Teil mit den hohen Weizenpreisen in Europa und den Lagerbeständen aus früheren Ernten zusammenhängt.

---

[1] Ausfuhr aus Viktoria (zu Wasser und zu Lande), Süd-Australien und Neuseeland.
[2] Jahr schließt 31. März. Ausfuhr zur See.

Digitized by Google

VII. Die Getreidekonjunktur des Weltmarktes von 1887 bis zur Gegenwart.

Die obigen Übersichten über die Bewegung der Ausfuhr von Weizen und Roggen in den wichtigsten Exportländern vermögen nicht die Ursachen für die Entwicklung der Ausfuhr darzulegen, es würde hierzu noch eine nähere Erörterung der Produktionsbedingungen für Roggen und Weizen in den genannten Ländern erforderlich sein. Die Übersichten werden indes genügen, um im allgemeinen die Entwicklung der Exportfähigkeit der obigen Länder für Weizen und Roggen zu erkennen.

Schon ein flüchtiger Blick weist auf die steigende Weizenausfuhr in Rußland, Rumänien, Bulgarien, in den Vereinigten Staaten, in Kanada und Argentinien hin, von denen die beiden letzten Länder im Laufe der 90er Jahre als neue Konkurrenten auf dem Weltmarkte erschienen sind. Dazu kommt, daß die asiatische Türkei durch den Bau der anatolischen Eisenbahn voraussichtlich ein ebenso gefährlicher Konkurrent wie Argentinien werden wird.

Es wird von Interesse sein, mit Rücksicht auf die Preissenkung der 90er Jahre festzustellen, welche Ausfuhrmengen von Weizen und Roggen vor dieser Preissenkung und während derselben dem Weltmarkt zur Verfügung standen. Dies zeigt die nachstehende Übersicht.

Ausfuhr von Weizen.

Länder	1887—91 Tonnen	1892—96 Tonnen
Rußland	15 148 346 *)	15 013 124 *)
Rumänien	3 862 525	4 353 595
Bulgarien	1 377 119	1 967 433
Österreich-Ungarn	1 286 255	339 907
Vereinigte Staaten	15 494 446 *)	22 901 087 *)
Kanada	294 219	1 251 295
Argentinien	1 163 050	4 619 766
Uruguay	33 683	223 008
Chile	474 107	664 146
Indien	4 142 024	3 776 030
Australien	1 375 143	1 152 341
Zusammen	44 650 917	56 261 732
Jährlich	8 930 183	11 252 346

*) Einschl. Mehl.

Digitized by Google

Ausfuhr von Roggen.

Länder	1887—91 Tonnen	1892—96 Tonnen
Rußland	7 171 445 *)	5 293 680 *)
Rumänien	776 744	786 447
Bulgarien	218 101	221 308
Vereinigte Staaten	84 159	375 576
Kanada	22 888	10 321
Zusammen	8 273 337	6 687 332
Jährlich	1 654 667	1 337 466

*) Einschl. Mehl.

Danach ist in den fünf Jahren nach dem Abschluß der deutschen Handelsverträge, in der Zeit der größten Preissenkung, weniger Roggen auf dem Weltmarkt gehandelt worden, als in den fünf Jahren vor dem Abschluß der Handelsverträge; die Differenz beträgt rund $1\frac{1}{2}$ Million Tonnen oder jährlich 300 000 Tonnen. Dagegen sind in den fünf Jahren der Preissenkung fast 12 Millionen Tonnen Weizen oder jährlich über 2 Millionen mehr auf den Weltmarkt gebracht worden als in den fünf vorangehenden Jahren.

Für die Untersuchung, ob diese Überflutung der europäischen Märkte mit Weizen in den natürlichen Produktionsverhältnissen begründet war, möge die nachstehende Übersicht, in welcher die mittlere Weizenernte der obigen Exportländer in den beiden Perioden von 1887—91 und 1892—96 mitgeteilt ist, einen Anhalt geben [1].

(Siehe Tabelle S. 88.)

Nach der obigen Übersicht sind in den Exportländern für Weizen in den Jahren 1892—97 im Durchschnitt jährlich $7\frac{3}{4}$ Millionen Tonnen Weizen mehr geerntet als in den fünf Jahren vor dieser Periode. Für die Beurteilung dieser Zahlen ist indes, ganz abgesehen von der Glaubwürdigkeit der Erntezahlen, zu beachten, daß ein genauer Vergleich der obigen Ernteergebnisse mit den Ausfuhrzahlen nicht möglich ist, da die Exportziffern mit wenigen Ausnahmen nicht nach Erntejahren, sondern nach Kalenderjahren mitgeteilt sind. Nur für die Vereinigten Staaten und Kanada sind die Ausfuhrmengen nach Erntejahren, 1. Juli bis 30. Juni,

[1] Getreideernten in den hauptsächlichen Erzeugungsländern der Erde. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. 6. Jahrg. 1897. Berlin 1897. S. III. 103 und 104.

Digitized by Google

Die Weizenernte der Exportländer.

Länder	1887–91 im Durchschnitt jährlich Tonnen	1892–96 im Durchschnitt jährlich Tonnen
Rußland	8 197 460	10 775 360
Rumänien	1 443 680	1 601 400
Bulgarien	958 000	1 130 000
Österreich-Ungarn	4 821 040	5 172 800
Vereinigte Staaten[1] . . .	11 871 320	14 674 860
Kanada[2]	888 600	1 378 220
Argentinien	661 900	1 517 560
Uruguay	95 275	187 260
Chile	423 480	396 260
Indien[3]	6 457 750	6 823 560
Australien	1 146 725	1 077 750
Zusammen	36 965 230	44 735 030

mitgeteilt, für Indien vom 1. April bis 31. März. Außerdem kommen die verschiedenen Erntezeiten in Betracht. Argentinien, Uruguay, Chile, ferner Indien und Australien ernten im Januar, während die Erntezeit der übrigen Exportländer in die Zeit vom Juni bis August fällt.

Immerhin dürfte aus der obigen Übersicht die enorme Produktionssteigerung von Weizen in den Exportländern während der Depression der 90er Jahre deutlich hervorgehen.

Die Tiefe der Preissenkung, welche eine solche Flutwelle von Weizen in den Importländern verursachen mußte, hing zum großen Teil von der Aufnahmefähigkeit der europäischen Märkte ab. Dieselbe ist in der folgenden Übersicht dargestellt.

(Siehe Tabelle S. 89.)

Auch für den Vergleich dieser Produktionszahlen mit den Ausfuhrmengen der Exportländer ist die abweichende Darstellung nach Kalender- und Erntejahren störend. Nach der obigen Übersicht sind in den wichtigsten Importländern in den Jahren 1892—96 im Durchschnitt jährlich über 2½ Millionen Tonnen Weizen, für Deutschland einschließlich Roggen und Spelz, mehr geerntet worden, als in den fünf vorangehenden Jahren.

[1] Ernte 1886—90 und 1891—95.
[2] Ernte 1887—90 und 1891—95.
[3] Ernte 1887—90 und 1891—95.

Digitized by Google

Die Weizenernte der Importländer.

(Für das Deutsche Reich ist die Ernte von Roggen, Weizen und Spelz genommen.)

Länder	1887—91 im Durchschnitt jährlich Tonnen	1892—96 im Durchschnitt jährlich Tonnen
Deutsches Reich	8 554 116	10 444 423
Großbritannien und Irland	2 036 780	1 450 040
Frankreich	7 967 400	8 687 800
Italien	3 216 200	3 289 900
Spanien	1 945 200	2 395 020
Portugal	206 840	154 600
Schweiz	104 520	137 160
Holland	121 960	150 220
Belgien	457 240	516 020
Dänemark	122 140	118 020
Schweden und Norwegen .	106 920	100 180
Griechenland	255 840	191 600
Zusammen	25 095 156	27 634 983

Die Handelskonjunktur für Weizen und Roggen in den 90er Jahren ging aus von der Mißernte des Jahres 1891 in Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland und Rußland, welche für Europa einen Ernteausfall von mindestens 10 Millionen Tonnen Weizen und Roggen herbeiführte. Dieser Mißernte in Europa stand eine glanzende Ernte in den Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien und Indien gegenüber, die ein Plus von etwa 8 Millionen Tonnen Weizen erzielte. Würden die reichen Ernten dieser Länder ihren Überschuß bald nach der Ernte an Europa zum Ausgleich der dortigen Mißernte abgegeben haben, so würden die Preise für Weizen und Roggen wohl nicht die Höhe erreicht haben, auf der sie im Jahre 1891 standen. Aber sowohl der Handel als die Landwirte, wie der Farmerbund in den Vereinigten Staaten, hielten die Ware zurück, bis sich zu Beginn des Jahres 1892 herausstellte, daß die europäische Mißernte, abgesehen von Rußland, überschätzt und die reichen Ernten der obigen Exportländer noch unterschätzt waren. Der gewaltige Vorrat drängte zum Markt und Mitte 1892, kurz vor der neuen Ernte, durchbrach die heranbrängende Weizenflut endgültig den von der Spekulation bis dahin noch verteidigten Damm der Hausse. Im Juli 1892 wurden in das deutsche Zollgebiet 326 743 Tonnen Weizen eingeführt, das ist die höchste Monatseinfuhr, die jemals im deutschen Zollgebiet stattgefunden hat und die 25 %

Digitized by Google

oder ein Viertel der gesamten Jahreseinfuhr von Weizen betrug. Der Weizenpreis sank in Berlin von 190 Mk. im April 1892 auf 159 Mk. im August und der Roggenpreis von 199 Mk. auf 148 Mk. für die Tonne.

Die Depression währte nun $5^1/_2$ Jahre, von Mitte 1892 bis zum Anfang des Jahres 1898, und ist durch reiche Ernten sowohl in den alten Export- als Importländern und durch die neue Konkurrenz von Kanada und vor allem von Argentinien verursacht worden. Erst die Mißernte Frankreichs im Jahre 1897, welche einen Fehlbetrag von ca. $2^1/_2$ Millionen Tonnen Weizen und Roggen aufwies, ferner die ungünstigen Ernten in Bulgarien, Holland, Österreich-Ungarn und Italien in demselben Jahre bewirkten in Verbindung mit der auf diesen Produktionsverhältnissen aufgebauten Haussespekulation in Chikago und New-York eine aufwärtsgehende Bewegung der Preise, insbesondere für Weizen, weniger für Roggen. Dieser im landwirtschaftlichen Interesse günstige Preisstand dauerte indes kaum ein Jahr. Schon am Ende des Jahres 1898 ging der Weizenpreis herunter, um in eine neue andauernde Preissenkung einzutreten, in der sich die Handelskonjunktur für Weizen zur Zeit noch befindet. Diese Depression ist den reichen Weizenernten im Jahre 1898 in Rußland, den Vereinigten Staaten und Kanada und besonders dem nach einigen Jahren der Unterbrechung mit verstärkter Kraft wieder auf dem Weltmarkte erscheinenden Argentinien zuzuschreiben.

Es wird schwer sein, festzustellen, inwieweit der tiefe Preisstand Mitte der 80er und 90er Jahre und die gegenwärtige Preissenkung für Weizen eine Folge natürlicher Produktionsverhältnisse sind, und inwieweit der Niedergang der Preise noch durch andere Faktoren herbeigeführt oder begünstigt ist. Als solche Faktoren würden der Getreideterminhandel, die minderwertige Valuta in Rußland, Argentinien und Ostindien, verkrachte Eisenbahnunternehmungen in den Exportländern, die mit Hilfe europäischer Anleihen ins Leben gerufen wurden und mit enormen Kapitalverlusten für den europäischen Mittelstand endeten[1]; ferner die Herabsetzung der Eisenbahntarife für Getreide und die Einführung direkter, zum Teil von den europäischen Staaten subventionierter Dampferlinien und in Verbindung damit der weitere Rückgang der Seefrachten in Erwägung zu ziehen sein.

Eine auffallende Erscheinung verdient noch besonders hervorgehoben zu werden, das ist das Zusammentreffen der Preissenkung mit der stärksten Entwertung für Silber, wie die nachstehenden Zahlen ergeben[2].

---

[1] Vergl. Gustav Ruhland, Die internationale landwirtschaftliche Konkurrenz ein kapitalistisches Problem. Berlin 1901.

[2] Lexis, Artikel „Edelmetalle" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 2. Aufl. III. Bd. S. 265.

Digitized by Google

Periode	Wertverhältnis zwischen Gold und Silber
1868—73	15,65
1874—79	17,36
1880—85	18,50
1886—91	21,11
1892—97	29,72
1894	32,50
1895	31,60
1896	30,66
1897	34,28

Eine Analyse aller dieser Faktoren nach ihrer volkswirtschaftlich ungesunden Seite ist wohl eins der schwierigsten Probleme der Nationalökonomie. Als Thatsache darf aber angesehen werden, daß die landwirtschaftliche Konkurrenz des extensiv bewirtschafteten Bodens der Exportländer auf dem Gebiete der Weizenproduktion in ihrer vollen Stärke erst in den 90er Jahren begonnen hat und daß sie voraussichtlich noch auf mehrere Decennien in dieser Stärke anhalten wird.

Der Preisdruck in den einzelnen Jahren wird indes von dem Ernteausfall der Export- und Importländer abhängen, über den natürlich nichts vorausgesagt werden kann, und der deshalb den schwächsten Punkt bei der Bemessung eines festen Zollsatzes für mehrere Jahre bildet.

Während die Konkurrenz bisher fast nur auf das Brotgetreide, Weizen und Roggen, beschränkt war, erstreckt sie sich seit den 90er Jahren in steigendem Grade auch auf die beiden anderen Hauptfrüchte des west- und mitteleuropäischen Getreidebaues, auf die Gerste und den Hafer.

VIII. Der Zoll für Gerste, Hafer und Mais.

Für die Bemessung des Schutzzolles für diese Getreidearten kommen, abgesehen von der bisher relativ geringeren Preissenkung bei ihnen, andere Gesichtspunkte in Betracht wie beim Brotgetreide.

Die Gerste hat zwei gleich wichtige Verwendungszwecke, einmal als Braugerste und dann als Futtermittel, während der Hafer in erster Linie ein Futtermittel ist. Außerdem wird die Gerste zur Herstellung von Branntwein, Graupen, Grütze und Gries verwendet, der Hafer ebenfalls zur Gewinnung von Grütze. In geringen Mengen wird aus beiden Früchten auch Brot bereitet.

Futtergerste und Hafer sind also Rohprodukte für die Viehzucht, beide sind aber für viele landwirtschaftliche Betriebe eine Marktware, an deren Verkauf

Digitized by Google

und angemessener Bewertung dieselben interessiert sind. Besonders gilt dies für den Hafer, der für weite Bezirke in Mittel- und Süddeutschland aus klimatischen und agronomischen Gründen für die sicherste Frucht des Ackerbaues gehalten wird. Es fragt sich deshalb, welches Interesse ist größer, das der Viehzucht treibenden Betriebe, die Futtergerste und Hafer zukaufen müssen, oder das Interesse der Betriebe, welche diese Futtermittel verkaufen. Die Bemessung des Zolles auf Futtergerste und Hafer wird also hauptsächlich von der Entwicklung unserer Viehzucht abhängen. Wenn man voraussetzen dürfte, daß jeder landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland eine so große Fläche besitzt, daß er auch bei weiterer Vermehrung seines Viehstandes keine Futtermittel zuzukaufen brauchte, so würde im landwirtschaftlichen Interesse selbst gegen einen hohen Zoll auf beide Früchte nichts einzuwenden sein. Diese Voraussetzung trifft aber keineswegs zu. Die starke Ausdehnung der Viehzucht, vor allem der Rindvieh- und Schweinezucht, die bereits fast den gesamten inländischen Bedarf an Fleisch deckt, erfordert in vielen Betrieben, namentlich in den mittleren, den Zukauf von Futtermitteln, vor allem von Kleie, Ölkuchen, Futtergerste und Mais. In welchem Grade in der deutschen Landwirtschaft der Schwerpunkt der Viehzucht, abgesehen von den Schafen, in den Mittel- und Kleinbetrieben liegt, möge aus folgender Übersicht hervorgehen[1].

(Siehe Tabelle S. 93.)

Die landwirtschaftliche Betriebszählung gestattet keinen genauen Vergleich zwischen den einzelnen Größenklassen hinsichtlich der Viehzucht, da die landwirtschaftliche Fläche der für die einzelnen Viehgattungen in Betracht kommenden Betriebe nicht ausgeschieden ist. Aber selbst, wenn dies geschehen wäre, würde die Leistungsfähigkeit des Groß- und Kleinbesitzes in der Viehzucht noch nicht gemessen werden können, da ein Vergleich des Viehstandes der einzelnen Größenklassen im Verhältnis zur landwirtschaftlich benutzten Fläche die zur Ernährung des ermittelten Viehstandes zugekauften oder in Naturallöhnung erworbenen Futtermittel, die Qualität sowie die übrige Produktion der Betriebe unberücksichtigt lassen muß. Auch der Umstand, daß in der landwirtschaftlichen Betriebszählung der Viehstand der einzelnen Größenklassen nicht nach den einzelnen Viehkategorien, z. B. ob Jung- oder Großvieh, nachgewiesen ist, hindert daran, die zweifellos hervorragende Bedeutung des bäuerlichen Besitzes für die Aufzucht, also für die eigentliche Landestierzucht, ziffermäßig festzustellen.

Immerhin geht aus der obigen Übersicht hervor, daß die Mittel- und Kleinbetriebe im Verhältnis zur Fläche einen viel größeren Viehstand be-

[1] Die Landwirtschaft im Deutschen Reich. A. a. O. S. 2—5.

Digitized by Google

Der Viehstand der landwirtschaftlichen Betriebe nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 14. Juni 1895.

Größenklassen	Zahl der landwirtschaftl. Betriebe überhaupt	Zahl der landw. und Molkereibetriebe, welche für ihren Betrieb hielten		
		Pferde	Rindvieh	Schweine
Unter 2 ha	3 237 030	69 034	925 437	1 731 919
2 bis 5 ha	1 016 318	173 408	939 142	799 803
5 „ 20 ha	998 804	595 162	975 310	887 424
20 „ 50 ha	239 643	227 502	236 529	226 132
50 „ 100 ha	42 124	41 161	41 272	39 941
100 ha und darüber . .	25 061	24 506	24 489	22 222
Zusammen	5 558 980	1 130 773	3 142 179	3 707 441

Größenklassen	Landwirtschaftlich benutzte Fläche[1]	Stückzahl des Viehstandes				
		Pferde	Rindvieh		Schweine	
	ha		überhaupt	%	überhaupt	%
Unter 2 ha. . . .	1 673 139	88 884	1 415 239	8,3	3 465 989	25,6
2 bis 5 ha . . .	3 194 406	225 998	2 802 900	16,5	2 338 588	17,2
5 „ 20 ha . . .	9 605 072	1 147 454	6 227 233	36,5	4 210 934	31,0
20 „ 50 ha . . .	7 065 933	926 736	3 537 161	20,8	2 103 509	15,5
50 „ 100 ha . . .	2 738 067	327 487	1 113 832	6,5	555 051	4,1
100 ha und darüber	7 785 874	650 739	1 957 277	11,4	888 571	6,6
Zusammen	32 062 491	3 367 298	17 053 642	100,0	13 562 642	100,0

Größenklassen	Auf je 1 landw. Betrieb jeder Größenklasse, welcher die nachstehende Viehgattung hielt, entfielen durchschnittlich			Auf 100 ha der landwirtschaftl. benutzten Fläche jeder Größenklasse entfielen		
	Pferde Stück	Rindvieh Stück	Schweine Stück	Pferde Stück	Rindvieh Stück	Schweine Stück
Unter 2 ha	1,29	1,53	2,00	4,91	78,26	191,66
2 bis 5 ha . . .	1,30	2,98	2,92	6,88	85,30	71,17
5 „ 20 ha . . .	1,93	6,38	4,75	11,80	64,05	43,31
20 „ 50 ha . . .	4,07	14,53	9,47	13,03	49,73	29,57
50 „ 100 ha . . .	7,96	27,00	13,90	11,88	40,41	20,13
100 ha und darüber	26,55	80,74	40,00	8,31	24,99	11,35
Durchschnitt	2,98	5,42	3,66	10,36	52,44	41,71

[1] Einschl. der 869 736 Betriebe ohne Viehstand.

Digitized by Google

sitzen wie die Großbetriebe, der vielfach von der bewirtschafteten Fläche allein nicht wird erhalten und noch weniger wird vermehrt werden können.

Aber nicht nur im landwirtschaftlichen, sondern auch im volkswirtschaftlichen Interesse wird eine nur mäßige Verzollung der Futtermittel liegen, da das Bestreben sein muß, die für die Ernährung der wachsenden Bevölkerung und für den steigenden Fleischkonsum erforderliche Vermehrung des Viehstandes, soweit der inländische Futterbau nicht ausreicht, durch billige Einfuhr ausländischer Futtermittel zu erreichen und nicht etwa weitere Zunahme der Verfütterung des Brotgetreides.

Es fragt sich nun, für welche Futtermittel ist mit Rücksicht auf die Interessen der Landwirtschaft ein niedriger Zollsatz zu empfehlen.

Soweit die Gerste in Betracht kommt, würde ein niedriger Zoll auf Futtergerste und ein höherer Zoll auf Braugerste im landwirtschaftlichen Interesse liegen, letzterer besonders deshalb, weil die Kultur der Braugerste in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht hat.

Dagegen wird der Zoll für Hafer höher als für Futtergerste bemessen werden können, weil derselbe für denjenigen Viehstand, der für die Ernährung der Bevölkerung in Betracht kommt, keine so große Bedeutung hat.

Hiernach würden als ausländische Futtermittel für die Vermehrung unseres Rindvieh- und Schweinebestandes in erster Linie Kleie, Ölkuchen, Mais und Futtergerste und in zweiter Linie Hafer zu beziehen sein.

Der Mais wird als Rivale des Hafers angesehen, doch ist sein Einfluß auf die Haferpreise bis jetzt nicht nachzuweisen, was indes nicht ausschließt, daß er auf die Absatzverhältnisse für Hafer schon nachteilig eingewirkt hat. Auch fürchtet die Kartoffelbranntweinbrennerei die Konkurrenz des Maises. Ein weiteres Bedenken gegen die starke Einfuhr von Mais besteht in der Besorgnis, daß durch seine steigende Verwendung bei der Schweinemast die Qualität des Schweinefleisches leiden wird. Doch wird es für unsere Viehzucht und auch für die gesamte Volkswirtschaft immer noch vorteilhafter sein, Schweine mit ausländischem Mais im Inlande selbst zu mästen, als mit Mais gemästete Schweine oder deren Fleisch vom Auslande zu beziehen. Endlich glaubt man in landwirtschaftlichen Kreisen den Mais auch als Konkurrenten des Brotgetreides, Weizen und Roggen, ansehen zu müssen. Da indes der Mais für sich allein kein taugliches oder schmackhaftes Brot liefert, so wird nur die Mischung von Weizen- und Roggenmehl mit Maismehl in Betracht kommen, die in Süddeutschland schon vielfach üblich ist und die in dem Teuerungsjahre 1891 auch in Norddeutschland stattgefunden haben soll.

Welche Mengen der obigen Futtermittel bereits eingeführt werden, möge durch folgende Übersicht gezeigt werden.

Digitized by Google

	Kleie, Malzkleie, Reisabfälle	Ölkuchen	Mais	Gerste	Hafer
			Einfuhr in Tonnen		
1889	365 896	218 564	314 610	651 422	258 004
1890	318 595	219 031	561 933	735 292	187 717
1891	390 239	269 566	408 327	725 519	119 884
1892	338 950	320 873	717 310	583 297	87 837
1893	493 370	333 846	761 079	851 740	242 946
1894	460 687	336 570	583 177	1 097 497	402 550
1895	396 024	316 199	323 828	929 009	238 725
1896	602 159	310 886	821 351	1 028 135	495 054
1897	659 148	419 932	1 266 305	1 063 515	547 880
1898	564 110	479 508	1 580 586	1 153 067	456 201
1899	687 811	480 634	1 626 595	1 104 250	259 147

Von der Einfuhr der Gerste sind etwa 300 000 Tonnen als Braugerste abzuziehen, außerdem kommt ein großer Teil der Gerste für die Herstellung von Branntwein und Graupen zur Verwendung, von der Maiseinfuhr gehen ca. 60 000 Tonnen zur Branntweinbereitung und erhebliche Mengen für Stärkegewinnung ab, immerhin werden von der Einfuhr des Jahres 1899 etwa 3 Millionen Tonnen zu Fütterungszwecken verwendet worden sein.

IX. Schlußergebnis.
Die allgemeine Lage der deutschen Landwirtschaft.

In den bisherigen Ausführungen über die Agrarzölle ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß ein Schutzzoll für die vier Hauptgetreidearten des deutschen Ackerbaues nicht nur im landwirtschaftlichen, sondern auch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft notwendig ist. Es ist versucht worden, darzulegen, welche Höhe für die Getreidezölle auf Grund der Preisbewegung seit dem Abschluß der Handelsverträge und auf Grund der voraussichtlichen Handelskonjunktur für die Zukunft erforderlich erscheint. Als für den deutschen Ackerbau erforderlicher Zollschutz würden danach etwa folgende feste Zollsätze eines Minimal- oder Vertragstarifes zu befürworten sein: **6** Mk. für den Doppelcentner Weizen, **5** Mk. für Roggen, **3,50** Mk. für Hafer und Braugerste, ferner als reine Finanzzölle: **1** Mk. für Futtergerste, Mais, Kleie und Ölkuchen. Sollte eine zolltechnische Unterscheidung zwischen Brau- und Futtergerste nach der Beschaffenheit der Ware oder nach Herkunftsländern nicht durchführbar sein, so wird ein Gerstezoll von 3 Mk. noch gerechtfertigt erscheinen. Im Interesse der Viehzucht sind höhere Zölle auf lebendes Vieh und Fleisch erforderlich, besonders für

Digitized by Google

den Fall, daß die veterinärpolizeilichen Beschränkungen der Einfuhr ganz oder zum Teil aufgehoben werden.

Die principielle Berechtigung von Agrarzöllen gegenüber der gesamten Volkswirtschaft ist wie die der Industriezölle, abgesehen von ihrer Wichtigkeit für die Reichsfinanzen, aus der Bedeutung herzuleiten, welche beide großen Berufsgruppen für das Staatswesen besitzen. Da die Aufgabe des modernen Staates nicht nur in der polizeilichen Wohlfahrtspflege, sondern auch in der thatkräftigen Förderung aller seiner kulturellen Kräfte in materieller und geistiger Hinsicht besteht, so wird er sich der Verpflichtung nicht entziehen können, den Niedergang eines so großen Berufszweiges wie der Landwirtschaft nach Kräften aufzuhalten. Unter den hierfür in Frage kommenden Maßnahmen können die Zölle nur als zeitweiliges Hilfsmittel in Betracht kommen, da sie eine Belastung der Konsumenten im Interesse der landwirtschaftlichen Produzenten bilden können. Der Zweck der Agrarzölle ist, die landwirtschaftliche Rente nicht plötzlich, entsprechend der Handelskonjunktur des Weltmarktes, sinken zu lassen, damit die Landwirtschaft in der Lage ist, durch Steigerung der Roherträge, durch Betriebsänderungen und, wo es erforderlich und Erfolg versprechend ist, durch innere Kolonisation, die frühere Rente wieder zurückzugewinnen oder doch existenzfähig zu bleiben, so daß die tüchtigen Elemente, auch die des Großgrundbesitzes, dem Staate erhalten bleiben. Dieser Gesichtspunkt ist auch bei der obigen Bemessung der Agrarzölle zum Ausdruck gekommen. Ein Zoll von 50 Mk. für die Tonne Roggen und von 60 Mark für die Tonne Weizen geht schon von der Voraussetzung aus, daß die Landwirtschaft die Tonne Roggen um 20 Mk. und die Tonne Weizen sogar um 40 Mk. billiger produzieren kann als in den 70er Jahren. Der Zoll soll keine Erhöhung der Preise über den vieljährigen Durchschnitt, sondern nur ein langsameres Sinken der Preise als auf dem Weltmarkte bewirken. Hierdurch ist auch dem Getreidezoll der erzieherische und schützende Charakter gewahrt und eine spekulative Wirkung desselben vermieden.

Bei diesen Erwägungen ist die besondere Stellung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, ihre Bedeutung für eine gesunde sociale Schichtung, für die Regeneration des Volkes und für das physische und disciplinare Rückgrat des Heeres noch nicht einmal in Rechnung gezogen. Gerade die socialen Begleiterscheinungen unserer rapiden Industrieentwicklung, wie die Entvölkerung des platten Landes und die Übervölkerung der industriellen Bezirke bilden nach Adolf Wagner[1] den Schwerpunkt für die Beurteilung des agrarischen Schutzzolles.

[1] Zur Frage von Industriestaat und weltwirtschaftlicher Entwicklung. Der Lotse. Hamburg 1900. Heft 7 u. 8.

Digitized by Google

Im landwirtschaftlichen Interesse ist ein höherer Zollschutz für das Getreide notwendig, weil der Getreidebau für den größten Teil des deutschen Kulturlandes nach Bodenbeschaffenheit, Klima, Besitzverhältnissen und mit Rücksicht auf den Fruchtwechsel und die Arbeitsverteilung die Grundlage des landwirtschaftlichen Betriebes bildet, und der Verkauf des Getreides sowohl für größere als kleinere Wirtschaften eine wichtige Einnahmequelle darstellt. Unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz geht das Bestreben der deutschen Landwirtschaft dahin, durch Ausdehnung der Viehzucht, vor allem der Rindvieh-, Schweine- und Ziegenhaltung, sowie durch Anbau der Zuckerrüben und der Kartoffeln das Risiko des landwirtschaftlichen Betriebes mehr zu verteilen und die Unrentabilität des Getreidebaues wenigstens zum Teil auszugleichen. Diese Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen. Sie hat erst seit Mitte der 80er Jahre in stärkerem Grade begonnen und kann nach der Natur und Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes und der ländlichen Bevölkerung nur langsam weiterschreiten. Sie bedeutet zum Teil eine völlige Änderung des Betriebes, verursacht große Kosten und erfordert größeres Betriebskapital, was in Zeiten steigenden Zinsfußes schwer ins Gewicht fällt. Eine solche Entwicklung, besonders ein Übergang zur Viehzucht, kann auch nur in den Bezirken in Betracht kommen, die sich nach Boden, Klima, Besitz- und Absatzverhältnissen dazu eignen, also mehr in dem niederschlagsreichen, noch unter oceanischem Einfluß stehenden, eine längere Vegetationsperiode besitzenden und verkehrsreichen Westen, als in dem kontinentaler und abseits des Verkehrs gelegenen Osten und mehr an der Küste als im Innern.

Auch hat eine solche Entwicklung zur Voraussetzung, daß die neuen Zweige der Wirtschaft, Viehzucht, Zuckerrüben- und Kartoffelbau so rentabel sind und bleiben, daß sie die Mindereinnahme aus dem Getreidebau ausgleichen können. Es kann fraglich sein, ob dies überall noch in einem für die Nachahmung genügenden Grade zutreffend ist, und noch fraglicher, ob diese Voraussetzung für die Zukunft richtig bleiben wird. Wo die Viehhaltung nicht auf der Grundlage natürlicher und ertragsreicher Weiden und Wiesen, sondern auf dem Anbau von Futterpflanzen und auf dem Zukauf von Futtermitteln aufgebaut ist, wird sie vielfach nur ein neues Risiko für den Betrieb, besonders für größere Wirtschaften, in sich schließen. Auch die periodisch wiederkehrenden Viehseuchen, wie die Maul- und Klauenseuche bei Rindvieh, die Rotlaufseuche bei Schweinen, schrecken viele Landwirte von der weiteren Vermehrung ihres Viehstandes zurück.

Aus allen diesen Gründen wird die Rentabilität eines sehr großen Teiles des deutschen Kulturbodens von den Einnahmen aus dem Verkaufe

Digitized by Google

der Erzeugnisse des Ackerbaues abhängen. Es ist dies auch volkswirtschaftlich als ein Glück anzusehen, da hierdurch eine auf natürlicher Grundlage beruhende Arbeitsteilung in der landwirtschaftlichen Produktion stattfindet, die das Deutsche Reich vor der einseitigen Entwicklung schützt, welche die englische und dänische Landwirtschaft unter dem Drucke der ausländischen Konkurrenz, begünstigt durch ein feuchtes Klima, genommen haben. Die Erzeugung von Brotgetreide im eigenen Lande ist volkswirtschaftlich mindestens ebenso wichtig wie die Viehproduktion. Der Viehstand bildet ein aufgespeichertes Nationalvermögen, von dem jährlich nur eine Rente in Form von Schlachtvieh, Milch und Wolle genommen wird, das aber in Zeiten der Not, wie im Kriege, selbst in Angriff genommen werden kann. Das Brotgetreide wird dagegen jährlich neu erzeugt und verbraucht. Die Viehzucht entwickelt sich fast unabhängig von der Jahreszeit, das Brotgetreide reift nur im Sommer. Hieraus darf gefolgert werden, daß es für das Deutsche Reich vorteilhafter ist, vom Auslande in dem Bezug von Futtermitteln als von Brotgetreide abhängig zu sein. Brotkorn und Schlachtvieh sind die vornehmsten und notwendigsten materiellen Güter der nationalen Produktion, deren Preisstand nicht nur als Faktor für die Höhe der Arbeitslöhne und für die Konkurrenzfähigkeit einer in ihrer Entwicklung bereits von vielen Seiten bedrohten Exportindustrie beurteilt werden darf. Die Höhe der Löhne hängt mehr von der gesamten Lebenshaltung und der jeweiligen Handelskonjunktur als von dem Preisstande des Brotkorns ab. Trotzdem der Preis für Brotkorn in den letzten 8 Jahren um fast 30 % gesunken ist, sind die Löhne in derselben Zeit um 25 bis 50 % und mehr gestiegen. Die geographische und politische Lage Deutschlands erheischt für den dauernden Bestand des Reiches, dafür zu sorgen, daß ihm in Zeiten der Not Brot und Fleisch, vor allem aber Brot, ebenso wenig ausgehen wie Pulver und Blei. Statt 2 Millionen Tonnen Brotkorn führe man 2 Millionen Tonnen Kraftfuttermittel mehr ein, wie Kleie, Ölkuchen und Mais, und veranlasse die Landwirte, die unwirtschaftliche Verfütterung des Brotgetreides, das für das Vieh entbehrlich, für den Menschen aber unentbehrlich ist, endlich aufzugeben. Auch können noch mindestens 1 Million ha der Haferfläche für den Weizen- und Roggenbau gewonnen werden, wodurch eine jährliche Mehrproduktion von 1½ Millionen Tonnen Brotkorn erzielt werden würde.

Für die Weiterentwicklung der deutschen Landwirtschaft wird aber ein Faktor entscheidend sein, der fast noch mehr als die ausländische Konkurrenz die Landwirtschaft bedroht, das ist der Mangel an Arbeitskräften und das Steigen der Arbeitslöhne. Unter der Arbeiternot leidet nicht nur der Großgrundbesitz, sondern wohl in noch stärkerem Grade der bäuerliche Be-

Digitized by Google

sitz[1], der seit Jahren vielfach keine oder nur unzuverlässige Knechte und Mägde und auch diese nur für den doppelten oder dreifachen Lohn wie vor 10 und 20 Jahren erhalten kann.

Gegenüber dieser trüben Seite der Landwirtschaft ist indes eine Lichtseite hervorzuheben. Das sind die Fortschritte in technischer Hinsicht und damit die Steigerung der Roherträge. Es sei in dieser Beziehung an die Einführung des Fruchtwechsels, an die Entwicklung des landwirtschaftlichen Maschinenwesens, an die Ausdehnung des Zuckerrübenbaues von der Mitte Deutschlands nach Norden und dem Osten und zum Teil auch nach dem Süden erinnert, ferner an die Ausdehnung des Futterrüben- und Kartoffelbaues, an die Tiefkultur, an die Einführung besserer Sorten bei Getreide, den Hackfrüchten ꝛc.

Insbesondere sei die Anwendung künstlichen Düngers, wie des Kalirohsalzes sowie des Chilisalpeters hervorgehoben.

Der Gesamtverbrauch an Kalirohsalzen in der deutschen Landwirtschaft betrug[2] 1882: 40 662 Tonnen, 1890: 212 605 Tonnen, 1895: 487 451 Tonnen und 1898: 782 908 Tonnen. Auf je 10 000 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche entfielen im Deutschen Reich 1894: 1422 dz Kalirohsalze, 1898: 2166 dz; dagegen in der Provinz Sachsen 1894: 3587 dz, 1894: 4064 dz, und in Anhalt 1894: 5286 dz und 1898: 6825 dz. Der höchste Kaliverbrauch fand 1898 in dem Kreise Gardelegen mit 131 371 dz auf je 10 000 ha oder 13 dz auf 1 ha statt.

Die Einfuhr von Chilisalpeter ist von 55 000 Tonnen im Jahre 1880 auf 332 797 Tonnen im Jahre 1890 gestiegen. 1895 wuchs die Einfuhr auf 459 514 Tonnen und erreichte im Jahre 1899 den bisher höchsten Betrag von 526 944 Tonnen im Werte von 77 700 000 Mk.

Als Fortschritte der landwirtschaftlichen Kultur sind weiter zu nennen: Umschwung in der Milchwirtschaft durch die Centrifuge und die Gründung von Molkereigenossenschaften, die Verbesserung der Viehzucht durch Benutzung besseren Zuchtmaterials, rationellere Fütterung, die Züchtung nach einheitlichen Gesichtspunkten, den Erlaß von Körgesetzen und durch die Gründung von Herdbuchgesellschaften, Bullen- und Eberstationen. Auch die Moorkulturen nehmen in der landwirtschaftlichen Entwicklung eine hervorragende Stelle ein.

Ganz besonders sind es aber die landwirtschaftlichen Versuchsstationen, die landwirtschaftlichen Institute an den Universitäten, die landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen, die Unterrichtskurse und die gesamten

[1] Otto Gerlach, Die Landarbeiterfrage in den östlichen Provinzen Preußens. Zeitschrift für Socialwissenschaft. III. Bd. S. 519 ff.

[2] Verbrauch an Kalisalzen in der deutschen Landwirtschaft. Von G. Siemssen. Arbeiten der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Heft 54. Berlin 1900.

Digitized by Google

niederen landwirtschaftlichen Schulen, welche die Ergebnisse der Naturwissenschaften der landwirtschaftlichen Produktion in demselben Grade dienstbar zu machen bestrebt sind wie die technischen Anstalten der Industrie.

Im Königreich Preußen haben die Landwirtschaftsschulen seit ihrem Bestehen insgesamt ca. 4580 ausgebildete Schüler entlassen, die Aberbauschulen ca. 13 640 Schüler, die landwirtschaftlichen Winterschulen ca. 21 650 Schüler und die landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen ca. 6670 ausgebildete Schülerinnen. Welche Provinzen durch diese männlichen und weiblichen Pioniere einer fortgeschrittenen Kultur im bäuerlichen Betriebe bisher am meisten gewonnen haben, geht aus der folgenden Übersicht hervor[1].

Königreich Preußen. (Ende 1897.)

Provinzen	Landwirtschaftsschulen		Ackerbauschulen		Landwirtschaftl. Winterschulen		Landwirtschaftliche Haushaltungsschulen	
	Zahl derselben	Zahl der Schüler	Zahl derselben	Zahl der Schüler	Zahl derselben	Zahl der Schüler	Zahl derselben	Zahl der Schülerinnen
Ostpreußen . . .	2	181	3	57	7	205	1	37
Westpreußen . . .	1	169	1	7	3	73	1	12
Brandenburg . .	1	114	3	175	3	94	1	9
Pommern	2	248	—	—	3	96	1	?
Posen	1	143	—	—	2	73	1	151
Schlesien	2	277	1	55	6	322	9	377
Sachsen	—	—	1	103	8	392	2	53
Schleswig-Holstein	1	39	3	191	7	268	—	—
Hannover	1	126	6	252	21	825	2	68
Westfalen	2	308	4	70	15	648	2	168
Hessen-Nassau . .	1	62	1	11	12	245	3	142
Rheinprovinz . .	2	304	2	14	27	674	11	624
Hohenzollern. . .	—	—	1	15	1	17	1	48
Staat.	16	1971	26	950	115	3932	35	1689

Als die Perle aller Fortschritte aber ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens anzusehen. Was noch vor 15 Jahren ein Traum war, ist in so kurzer Zeit zur Wirklichkeit geworden. Die eingetragenen landwirtschaftlichen Genossenschaften sind von 3000 im Jahre 1890 auf fast 14 000 gegenwärtig angewachsen.

Die Landwirtschaft im Deutschen Reiche steht heute unter der Idee der Genossenschaft und von der weiteren Ausdehnung des Genossenschafts-

[1] Beiträge zur landwirtschaftlichen Statistik in Preußen für das Jahr 1897, I. Teil. Landwirtschaftliche Jahrbücher, herausg. von Dr. H. Thiel. XXVII. Bd. Erg.-Bd. V. Berlin 1898. S. 25 ff.

Digitized by Google

wesens wird zum großen Teil ihre Zukunft, vor allem auch die des bäuerlichen Besitzes abhängen.

Trotz aller dieser Errungenschaften befindet sich der größte Teil der Landwirtschaft erst im Anfange seiner Entwicklung. Das Problem, das hier noch zu lösen ist, besteht darin, die technischen und wirtschaftlichen Fortschritte, die bis jetzt erst in einen, vielfach auch anderweitig bevorzugten Teil der Landwirtschaft eingedrungen sind, zum Allgemeingut der gesamten Landwirtschaft zu machen. Hierzu ist aber neben der weiteren Ausdehnung des landwirtschaftlichen Schul- und Unterrichtswesens, sowie des Genossenschaftswesens, auch eine einigermaßen gesicherte Existenz im landwirtschaftlichen Berufe erforderlich.

Es giebt wichtige Belege dafür, daß die Rentabilität der Landwirtschaft mit der technischen Entwicklung bisher leider nicht Schritt gehalten hat. Freiherr von der Goltz[1] hat berechnet, daß in der Periode 1892—99 der Rückgang des Pachtzinses für die 389 im preußischen Staate neu zur Verpachtung gelangten Domänen 768 000 Mark oder 11,46 % des früheren Pachtzinses betragen hat. Nur in Hannover hat eine geringe Steigerung um fast 7 % stattgefunden, in allen übrigen Provinzen ist der Pachtzins gesunken, um 7 % in Sachsen, um 20 % in Pommern, um 24 % in Westpreußen und Brandenburg und um 27 % in Schlesien.

Nach der 1883 und 1896 ermittelten Realverschuldung des ländlichen Grundbesitzes in 42 Amtsgerichtsbezirken Preußens[2] ist in dem Zeitraum von 13 Jahren die Verschuldung des gesamten Grundbesitzes dieser Amtsgerichtsbezirke von 407 Mill. Mark Grundbuchschulden im Jahre 1883 auf 485 Mill. Mark oder von dem 24fachen Grundsteuerreinertrag auf den 29fachen gestiegen. Die Verschuldung der Güter, von 1500 und mehr Mark Grundsteuerreinertrag, ist von dem 28fachen Grundsteuerreinertrag auf den 33fachen angewachsen. Sehr stark hat die Verschuldung beim mittelbäuerlichen und noch stärker beim kleinbäuerlichen Besitz zugenommen. Die Verschuldung des mittelbäuerlichen Besitzes, von 300 bis einschließlich 1500 Mk. Grundsteuerreinertrag, ist von dem 18fachen des Grundsteuerreinertrags vom Jahr 1883 auf den 25fachen desselben im Jahr 1896 gestiegen, die des kleinbäuerlichen Besitzes, von 90 bis einschließlich 300 Mk. Grundsteuerreinertrag, sogar von dem 19fachen des Grundsteuerreinertrags

[1] Der Rückgang der landwirtschaftlichen Reinerträge. Fühling's Landwirtschaftliche Zeitung. 49. Jahrg. 1900. 5. Heft. S. 163.

[2] Die Ergebnisse der Erhebungen von 1883 befinden sich in „Landwirtschaftliche Jahrbücher" Bd. XIII Suppl. I und sind bearbeitet von August Meitzen; die Ergebnisse der Erhebungen von 1896 sind veröffentlicht in „Zeitschrift des Kgl. Preuß. Statist. Bureaus", 1898, I. und II., S. 93 ff., bearbeitet von G. Evert.

Digitized by Google

auf den 29fachen desselben. Die Verschuldung des bäuerlichen Besitzes war in den Erhebungsbezirken 1896 auf derselben Höhe angelegt, auf der der Großgrundbesitz 1883 stand, d. h. der bäuerliche Grundbesitz ist auf dem Wege, in der Verschuldung den Großgrundbesitz einzuholen, vielfach hat er ihn schon eingeholt. Die Verschuldung des mittelbäuerlichen und vor allem des kleinbäuerlichen Besitzes in den westlichen Provinzen nähert sich der Verschuldung derselben Besitzgruppe in den östlichen Provinzen. In den Erhebungsbezirken Ostpreußens stieg die Verschuldung des kleinbäuerlichen Besitzes von dem 18fachen Grundsteuerertrag im Jahr 1883 auf das 39fache desselben 1896. In Schlesien ist die Verschuldung des kleinbäuerlichen Besitzes von dem 26fachen Grundsteuerertrage auf den 34fachen angewachsen, und in Hannover ist die Verschuldung der kleinbäuerlichen Besitzungen der Erhebungsbezirke vom 13fachen auf das 23fache des Grundsteuerertrages gestiegen. Zur Beurteilung dieser Verschuldungsstatistik ist zu beachten, daß zu diesen Realschulden die Personalschulden hinzuzurechnen sind, die für den Mittel- und Kleinbesitz meistens noch drückender sind als die Realschulden.

Gelingt es, dauernd bessere Arbeiterverhältnisse für die Landwirtschaft zu schaffen, so wird die Lösung der handelspolitischen Frage verhältnismäßig nicht so schwer sein. Gelingt dies aber nicht, wie es bei der fieberhaften Entwicklung der Industrie wahrscheinlich ist, so werden die Agrarzölle um so höher zu bemessen sein, und wird es auch schwieriger sein, die Lage der Landwirtschaft allein mit Hilfe technischer nnd wirtschaftlicher Fortschritte erträglicher zu gestalten. Auch die anderen hohen Ziele der Agrarpolitik, wie die Rentengutsbildung und die Reform des Erbrechts und der Realverschuldung, werden nur dann dauernden Erfolg versprechen, wenn der landwirtschaftliche Betrieb rentabel ist.

Man gewähre der deutschen Landwirtschaft für ein weiteres Jahrzehnt, das für die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes nur eine kurze Spanne Zeit bedeutet, einen ausreichenden Zollschutz, bis die Hochflut der ausländischen Konkurrenz etwas mehr verlaufen ist, und damit die Landwirtschaft Zeit gewinnt, durch weitere Fortschritte auf dem Gebiete des Ackerbaues, der Viehzucht und der Betriebslehre die plötzlich und mit elementarer Gewalt auf sie hereindrängende Konkurrenz des Auslandes besser ertragen zu können. Dies wird auch für das Deutsche Reich in seiner Gesamtheit ein unermeßlicher Gewinn sein, da ihm durch die Steigerung der landwirtschaftlichen Roherträge selbst bei weiter wachsender Bevölkerung in den wichtigsten Nahrungsmitteln, Brot und Fleisch, dieselbe oder noch eine größere Unabhängigkeit vom Auslande als bisher gesichert bleibt.

Digitized by Google

II.

Der Imperialismus und seine voraussichtliche Wirkung auf die Handelspolitik des Vereinigten Königreichs.

Von

W. A. S. Hewins M.A.,

Professor der Nationalökonomie und Statistik im King's College,
Direktor der London School of Economics in der University of London.

Übersetzt von Dr. Louis Katzenstein, Charlottenburg.

Digitized by Google

Inhalt.

		Seite
I.	Die Imperialisten der laisser-faire-Schule	108—108
II.	Der rein politische Imperialismus: absehend von der innern, der Finanz- und Handelspolitik	108—111
III.	Der konstruktive Imperialismus	111—112
IV.	Innere Kräfte, welche unabhängig von den Staatsmännern einer Konsolidierung des Imperiums zustreben	112—113
V.	Die politischen Parteien und der Imperialismus	113—115
VI.	Die wesentlichen Züge einer konstruktiven Imperialpolitik	116—117
VII.	Die Fähigkeit der Unionisten zur Durchführung einer solchen Politik	117
VIII.	Drei verschiedene Wege zur Änderung der englischen Handelspolitik und die Stellung der Parteien dazu	117—119

Digitized by Google

Für die Engländer hat die Frage, ob es für einen großen, modernen Staat ratsam sei, die Lasten des Imperiums auf sich zu nehmen, lediglich theoretisches Interesse. Selbst wenn sie es wünschten, können sie in der Gegenwart sich nicht so gebärden, als ob die letzten vier Jahrhunderte niemals dagewesen wären. „Man kann eine Eiche", sagte Harrington vor 250 Jahren, „nicht in einen Blumentopf pflanzen; ihre Wurzeln bedürfen des Erdbodens und ihre Zweige des Himmels." Im Gegensatz zu der hie und da gehegten Annahme, daß der englische Volksstamm die Zeichen des Verfalls an sich trage, dehnt sich das britische Weltreich immer weiter aus. Es ruht auf einer zu festen Grundlage, als daß es infolge einer plötzlichen Katastrophe zusammenbrechen könnte. Selbst wenn ihm, wie den Weltreichen des Altertums, als endgültiges Geschick der Zusammenbruch bevorstände, so würde er doch erst in fernliegender Zukunft sich einstellen. Inzwischen können die Engländer sich den Pflichten, die ihnen die Gegenwart auferlegt, nicht entziehen. Aber so eng ist die Ansicht keineswegs, die sie von der Bestimmung ihres Weltreiches hegen. Allerdings sind den Fatalisten, welche in dem Abfall der nordamerikanischen Kolonien die Wirksamkeit eines allgemeinen Gesetzes sahen, andere gefolgt, die den wirklichen Interessen des Weltreichs nicht minder gefährlich sind. Ihnen erscheint die Ausdehnung des britischen Reichs als die Entwicklung eines großen Naturwunders, dem sie nur zuzuschauen und Beifall zu spenden brauchen. Im allgemeinen jedoch geben die Engländer sich mit der Erkenntnis zufrieden, daß dem Wachsen des Imperiums willkürliche Grenzen nicht gezogen werden können. Wenn sie keine Abenteurerpolitik wünschen, wollen sie doch dem englischen Unternehmungsgeist in keiner Weltgegend Schranken gesetzt sehen. Ohne Neid betrachten sie die Bestrebungen anderer Völker, doch bei dem bloßen Verdacht, daß ihre eigenen Interessen vernachlässigt werden, ergreift sie Unruhe und Unzufriedenheit. Stolz auf die Kolonien, begrüßen sie freudig jedes Ereignis, das geeignet ist, die Gefühle treuer Anhänglichkeit,

Digitized by Google

die jene für das Mutterland hegen, zu vertiefen, und immer mehr werden sie von dem Gedanken beherrscht, daß das große Endziel der englischen Politik die Konsolidierung des Weltreichs sei. Unter diesen Umständen kann es nicht ausbleiben, daß der Imperialismus einen großen und steigenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik des Vereinigten Königreichs ausüben wird.

Aus der Billigung, die der südafrikanische Krieg allgemein gefunden hat, darf man nicht schließen, daß nun über die Wege, die zur Erreichung der weiteren Ziele des Imperialismus zu beschreiten sind, auch allgemeine Übereinstimmung bestehe. Wenn wir einerseits absehen von den Überbleibseln der Manchesterschule, deren politische Ansichten durch den englischen Horizont begrenzt sind, und andererseits von den sogenannten Jingoes, welche die britische Flagge über allen unbesiedelten und vielen bewohnten Gegenden der Erde aufrichten möchten, so bleiben in der Gegenwart noch drei wichtige Gruppen von Imperialisten, die sowohl unter den Liberalen wie unter den Konservativen vertreten sind. Gerade dieser Umstand macht es schwer, für die nächsten Jahre vorauszusagen, wie sich unter dem Einfluß der soeben stattgehabten allgemeinen Wahlen die Entwicklung der imperialistischen Politik gestalten wird.

Die Imperialisten der laisser faire-Schule haben schon eine lange Geschichte. Zu den wirksamsten Ursachen, welche die Empörung der nordamerikanischen Kolonien veranlaßt haben, rechnete man die handelspolitischen Beschränkungen. Gegen die Kolonialpolitik des 18. Jahrhunderts erhob sich daher eine natürliche und im allgemeinen wohl begründete Reaktion. Die wissenschaftlichen Theorien der Nationalökonomie und der Politik vereinigten sich mit den thatsächlichen Erfahrungen, die das 19. Jahrhundert brachte, um den Widerwillen gegen jede Einmischung in die freie Entwicklung der Kolonien zu befestigen. So geschah es in Übereinstimmung mit den anerkannten Principien englischer Kolonialpolitik, wenn den Kolonien so bald wie möglich die umfassendsten Rechte der Selbstverwaltung zugestanden wurden; wenn ihnen freier Spielraum gelassen wurde, als selbständige Gemeinwesen ihre wirtschaftliche Zukunft ohne Rücksicht auf die Interessen des Mutterlandes zu gestalten, denen die von ihnen befolgte Handelspolitik häufig widersprach; wenn man sie die Kosten ihres Haushalts selbst bestreiten ließ und wenn man ihre finanzielle Lage nach derselben Methode beurteilte, die ein Geschäftsmann bei der Prüfung des Standes einer Aktiengesellschaft anwendet. Muß man nun auch im allgemeinen zugeben, daß diese Politik viel dazu beigetragen hat, das Gefühl der Anhänglichkeit, welches die Kolonien an das Mutterland fesselt, zu be-

Digitized by Google

festigen, so besteht auch darüber kein Zweifel, daß ihre schließliche Abtrennung in amtlichen und politischen Kreisen als wahrscheinlich, ja als unvermeidlich betrachtet wurde. Die etwas übertriebene Schätzung, welche man dem Princip des laisser faire auf volkswirtschaftlichem Gebiet angedeihen ließ, wurde auf die Reichspolitik übertragen. Gewiß waren die Staatsmänner dieser Schule nicht abgeneigt, bei zahlreichen Gelegenheiten ihre Zuflucht zu Heer und Flotte zu nehmen, aber die dieser Richtung eigentümliche Isolierung der Handelsinteressen und der Optimismus, mit welchem sie in dem Wachstum des internationalen Handels eine Bürgschaft des Friedens sah, haben häufig den historischen Zusammenhang zwischen der Beherrschung der Meere und der Überlegenheit Englands im Welthandel verdunkelt und haben oft zu einer Einschränkung der Ausgaben geführt, wenn die Landesinteressen ihre Vermehrung gefordert hätten.

Die Anwendung des laisser faire-Princips auf die Kolonialpolitik hat fraglos wertvolle Ergebnisse unvergänglicher Art gezeitigt, und sie hat eine Rückkehr zu dem Kolonialsystem des 18. oder des beginnenden 19. Jahrhunderts unmöglich gemacht. Erschien sie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der imperialistischen Politik als notwendig, so kann sie doch in endgültiger Weise für den britischen Imperialismus nicht maßgebend sein. Ihr ist die Erhaltung des Weltreichs zu danken, da sie eine Wiederholung jener Fehltritte, die den Verlust der nordamerikanischen Kolonien herbeigeführt haben, verhinderte. Aber sie hat weder die eigentlichen Zwecke des Kolonialsystems des 18. Jahrhunderts erreicht, noch andere entdeckt, die an ihre Stelle treten konnten. Die Erscheinung, daß die Kolonien dem Mutterlande treue Anhänglichkeit bezeigen, ist keineswegs nur in unserer Zeit hervorgetreten. Ohne die Intriguen und die korrupten Einflüsse, wodurch der ältere Pitt seines Amtes verlustig ging, hätte das Kolonialsystem, dessen typischer Vertreter er war, sich wahrscheinlich naturgemäß stetig weiter entwickelt, und wäre der Traum der imperialistischen Föderation längst verwirklicht worden. Ließen die Staatsmänner der alten Schule ihre Hauptsorge dem Interesse Großbritanniens angedeihen, so geschah das, wie Adam Smith hervorhob, doch nicht in einer Weise, welche mit dem schnellen Wachstum der Kolonien unvereinbar gewesen wäre. Die Kolonien spielten keine unwichtige Rolle in den großen Plänen der merkantilistischen Politik. Nach den Anschauungen der laisser faire-Schule bleibt es fraglich, ob sie überhaupt eine Rolle zu spielen haben. Ob ein Land dadurch, daß es vom Anfang seiner Geschichte an die Politik der „natürlichen Freiheit" befolgte, zum größtmöglichen Wohlstand gelangt, läßt sich nicht mit Sicherheit entscheiden, weil noch niemals ein derartiger Fall

Digitized by Google

vorgekommen ist. Jedoch haben die Kolonien durch die Politik, welche sie als selbständige Gemeinschaften verfolgen mußten, nicht so schnelle Fortschritte gemacht wie unter dem anderen System. Sobald die verschiedenen Koloniegruppen ihre Produktionskraft durch Föderation nnd durch die Energie und den Unternehmungsgeist ihrer Bewohner so sehr heben, daß sie an Reichtum großen souveränen Staaten vergleichbar werden, kann man ihnen keine untergeordnete Stellung in dem britischen Weltreich mehr anweisen. Jeder Fortschritt, den sie auf dieser Bahn machen, muß schließlich den Zusammenhang des Imperiums zu lockern drohen. Die Kolonien werden wichtige handelspolitische Verbindungen mit fremden Ländern eingehen. Wenn nun diese Verbindungen durch Kriege Englands, an welchen die Kolonien keinerlei Interesse haben, ernstlich gefährdet werden sollten, so wird den kolonialen Staatsmännern mit Recht die Verpflichtung auferlegt werden, nach einer Loslösung vom Mutterlande zu streben. Sonderbar ist es immerhin, daß das Gedankensystem, in welchem das Selbstinteresse als die Grundlage aller wirtschaftlichen und politischen Thätigkeit erscheint, die Erhaltung des britischen Weltreiches von gefühlsmäßigen Beweggründen abhängig sein läßt. Der Mangel politischen Ehrgeizes und die Schwäche der Kolonien sind die Bürgschaften, auf welche die laisser faire-Politik sich verläßt. Sie würde schließlich zu dem Zerfall des Weltreichs führen, das sich in eine Anzahl selbständiger Staaten englischer Nationalität auflösen würde, deren Interessen in den verschiedenen Erdteilen notwendig in Widerstreit miteinander geraten müssen.

Die Imperialisten, welche die zweite und gegenwärtig die weitaus größte Gruppe bilden, beabsichtigen keine Änderung der englischen Wirtschaftspolitik, obschon die Verwirklichung ihres Programms wirtschaftliche Folgen von großer Tragweite mit sich bringen würde. Sie geben zu, daß die handelspolitische Größe Englands durch das „glückliche Zusammentreffen verschiedener Umstände" entstanden ist, daß die politischen Rechte und die Siege der englischen Flotte ebensoviel dazu beigetragen haben wie die technischen Erfindungen, die Wirtschaftspolitik und der geschäftliche Unternehmungsgeist der Engländer. Sie bewundern die Errungenschaften der Freihändler, welche den Handel, der früher ein nationales Angriffsmittel gewesen war, zur Grundlage nationaler Macht bestimmt hatten. Sie wollen nicht zu Zuständen zurückkehren, die Handel und Verkehr zum Spielzeug der Diplomaten herabwürdigten, und sie wollen die materielle Wohlfahrt des Volkes nicht unklaren Plänen des politischen Ehrgeizes opfern. Aber der Freihandel ist für sie kein Glaubensartikel, sondern das Ergebnis praktischer Zweckmäßigkeit, dessen Erfolg auf wirtschaftlichen und

Digitized by Google

politischen Voraussetzungen beruht, die nicht überall gegeben sind. Sie halten den Freihandel für eine dem Vereinigten Königreiche angemessene Politik, aber sie sehen in ihm kein Princip von allgemeiner Gültigkeit. Für die Gegenwart wollen sie das laisser faire-Princip auf volkswirtschaftlichem Gebiete gelten lassen und den Imperialismus auf das Gebiet der Politik beschränken. Die äußere Politik soll ihrer Forderung gemäß von imperialistischen Ideen geleitet werden, während die Wirtschaftspolitik von den eigenen Interessen Englands bestimmt werden soll. Die Grundlage eines derartigen Imperialismus ist durch die Notwendigkeit gegeben, die Kolonien gegen fremde Angriffe zu schützen und die englische Regierung mit solchen Gewalten auszustatten, welche diesen Schutz gewährleisten, und welche die Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit erhalten können, welche die Engländer in allen Teilen der Welt als ihre angeborenen Rechte betrachten. Werden diese Ziele nicht erreicht, so ist der Zerfall des Weltreiches unausbleiblich; aber wenn sie auch vollständig verwirklicht werden sollten, so würde das Problem der imperialistischen Konsolidierung noch immer ungelöst bleiben. Auch dann würden noch Sicherheitsmaßregeln gegen einen Konflikt zwischen der Loyalität und den Interessen der Kolonien notwendig sein, den wir als die unausbleibliche Folge der laisser faire-Politik erkannt haben. Zweifelhaft bleibt es, ob ein rein politischer Imperialismus den Ausbruch eines solchen Konflikts hinausschieben kann; gewiß ist es, daß er ihn nicht verhüten kann. Die Schranken eines derartigen Imperialismus werden sich schon lange empfindlich geltend machen, ehe eine große Krisis in der Entwicklung des Weltreichs eingetreten ist. Wie wir im Verlauf des afrikanischen Kriegs gesehen haben, reicht dieses Ideal aus, um eine große Begeisterung für die Sache der imperialistischen Vereinigung zu erregen, aber diese Begeisterung kann sehr leicht in Mißtrauen umschlagen, wenn es sich herausstellt, daß die mutmaßlichen wirtschaftlichen Interessen des Vereinigten Königreichs regelmäßig denjenigen der Kolonien vorangehen, wie das gegenwärtig der Fall zu sein scheint. Diese Art des Imperialismus steht in keinem organischen Zusammenhang mit der inneren Politik und der Finanzpolitik des Landes. Innere Reformen können auf unbestimmte Zeit verschoben werden oder dem Zufall des Augenblicks überlassen bleiben. Jedenfalls werden die Gegner des Imperialismus die inneren Reformen und die imperialistische Politik als sich gegenseitig ausschließende Gegensätze kennzeichnen, wie das bei den letzten allgemeinen Wahlen geschehen ist, während sie sich gegenseitig bedingende Teile eines großen, die Interessen des Weltreichs umfassenden staatsmännischen Planes sein sollten. Die Unfruchtbarkeit des rein politischen

Digitized by Google

Imperialismus in den Fragen der inneren Politik kann sehr verhängnisvolle Folge haben. Während einer nationalen Krisis kann man sich darauf verlassen, daß alle Klassen der Bevölkerung vorübergehend ihre Sonderinteressen opfern und sich zur Verteidigung des Reichs zusammenschließen. Aber unter den Bedingungen moderner Kriegsbereitschaft kann im Falle eines Krieges keine patriotische Begeisterung wieder gut machen, was die Irrtümer, die Nachlässigkeit und die Verschleppungspolitik während der voraufgehenden Friedensjahre gesündigt haben. Der Ausgang eines Feldzuges wird bedingt durch die Wirksamkeit derjenigen Industrien, welche an der Ausrüstung, Organisation und dem Transport eines großen Heeres mitarbeiten. Ein großer Ausstand in dem Kohlenbergbau, eine Aussperrung in der Maschinenindustrie in einer Zeit, in der kein Kriegswölkchen droht, können bei dem Ausbruch eines Krieges die Wirksamkeit der Flotte lähmen und zu einer Niederlage führen, welche die Existenz des Reiches bedroht. Die Dauer und der Ausgang eines großen industriellen Konflikts werden von der strategischen Machtstellung der sich bekämpfenden Parteien bestimmt, und sie stehen nicht notwendig in irgend welcher Beziehung zu den Interessen des Reiches. Eine imperialistische Politik, losgelöst von der Gewerbe-, Handels- und Unterrichtspolitik, steht von vornherein in dem Zeichen des Mißerfolgs. Noch verderblicher aber können sich die Mängel, die dieser Art des Imperialismus anhaften, auf finanzpolitischem Gebiete geltend machen. Es ist fraglich, ob unser gegenwärtiges Finanzsystem all' das Lob, das ihm gespendet wird, verdient. Selbst in Zeiten ununterbrochenen Friedens und ungetrübten Wohlstandes wird es schwierig sein, diejenigen Zwecke der Staatspolitik, welche alle Parteien erstreben, ohne die Erschließung neuer Einnahmequellen zu erreichen. Doch der Friede ist gebrochen, und wenn auch die zu erwartende periodische Depression infolge besonderer und außergewöhnlicher Ursachen hinausgeschoben werden mag, so wird die Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges, in der wir uns noch befinden, doch früher oder später zu Ende gehen. Eine heftige wirtschaftliche Depression, ein Krieg, so kostspielig, daß er das Land wahrhaft auf die Probe stellt, würde die Reform unseres Finanzwesens, die ohnehin unvermeidlich zu sein scheint, nur beschleunigen. Ein rein politischer Imperialismus bietet keinerlei Sicherheit gegen die Ergreifung von Maßregeln, welche den Handel der Kolonien schädigen und sie dadurch dem Mutterlande entfremden. Er wird daher in verschiedenen Hauptfragen dem Verlangen nach imperialistischer Konsolidierung nicht gerecht. Für die Stärke und die Echtheit dieses Verlangens haben die letzten Jahre ausreichenden Beweis erbracht. Gelingt es uns nicht, uns seinem

Digitized by Google

Ziele zu nähern, so werden dieselben Kräfte, die jetzt nach Vereinigung streben, früher oder später die Auflösung des Reiches in einzelne und unabhängige Staaten herbeiführen. Versuchen wir es aber, jenes Verlangen zu erfüllen, so werden die wirtschaftlichen Fragen, die eine imperialistische Politik heraufbeschwört, neue Parteibildungen herbeiführen. Die zweite Gruppe der Imperialisten wird sich allmählich in zwei Parteien spalten, deren eine sich der oben charakterisierten laisser faire-Politik zuwenden wird, während die andere zu einer konstruktiven Politik fortschreiten wird, die auf der Solidarität imperialistischer Interessen beruht und die bedeutsame Veränderungen der inneren Politik — der Handels- und der Finanzpolitik — umfaßt. Dieser „konstruktive Imperialismus" ist bestimmt, das leitende Motiv der britischen Politik des 20. Jahrhunderts zu bilden.

Unter „konstruktivem Imperialismus" verstehe ich eine Staatspolitik, welche in planmäßiger Weise an Stelle des Vereinigten Königreichs das Imperium sich als Hauptzweck setzt, und welche insbesondere die Wirtschaftspolitik nicht wie bisher durch das Interesse der Konsumenten, sondern durch die des Imperiums bestimmen läßt. An diese imperialistischen Interessen kann man nicht den Maßstab des unmittelbaren oder zukünftigen wirtschaftlichen Gewinnes legen, ihre Bedeutung ergiebt sich vielmehr aus der Befestigung der politischen und socialen Stabilität und der Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Reichs. Wenn die Imperialisten dieser Richtung auch mit der Möglichkeit zeitweiliger wirtschaftlicher Verluste als Folgen ihrer Politik rechnen müssen, so erwarten sie doch von der Anbahnung immer engerer Handelsbeziehungen zwischen den Kolonien und dem Mutterlande schließlich eine große Steigerung des Reichtums und der Produktionskraft der Nation. Bestände innerhalb des Reichs völlige Freiheit des Handels, so würde ohne Frage seine Produktionskraft erhöht werden. Dafür sprechen die Lehren der Theorie und der historischen Erfahrung. Wir werden später die Wirkung einer solchen Politik auf die Industrie, den Handel und die Politik des Vereinigten Königreichs im besonderen behandeln. Die Konsolidierung des britischen Weltreichs ist ein neues Problem, für dessen Lösung weder in der Geschichte Englands noch in der Geschichte der anderen Länder die geeigneten Maßregeln zu finden sind. Dennoch läßt sich diese Bewegung mit der großen Bewegung nationaler Konsolidierung unter dem Regime des Merkantilismus vergleichen. Damals wollte man auf Industrie und Handel einen Staat aufbauen, in welchem die privaten und lokalen Interessen unter obrigkeitlicher Leitung die nationale Kraft und Leistungsfähigkeit fördern sollten. Wenn wir hier an Stelle des Staates das Weltreich setzen, so erhalten wir eine gute Charakterisierung

Digitized by Google

der Ziele, welche die imperialistische Politik verfolgt, und mit welcher die Mehrzahl ihrer Anhänger sich einverstanden erklären würde. Im schlimmsten Falle würde diese Politik das, was man für den Augenblick als das Interesse Englands betrachtet, während es in Wirklichkeit das Interesse einer Clique ist, ungebührlich hervorheben. Im günstigsten Falle ist sie das herrliche Traumbild eines sich entwickelnden organisierten Weltreichs, das auf der Beherrschung der Meere beruht, und welche das einzige Ideal ist, für das die Engländer ein dauerndes Interesse haben, während jede andere Möglichkeit schließlich zum Zerfall führt und die Gefahr brudermörderischer Kriege zwischen den verschiedenen Stämmen der britischen Rasse heraufbeschwört.

Die Entwicklung Englands steht zweifellos unter dem Zwange einer unvermeidlichen Notwendigkeit. Gewiß hängt die Dauer und Festigkeit des Reichs von der Einsicht und dem politischen Geschick seiner Staatsmänner ab. Aber keine Regierung könnte die zerstreuten Besitzungen der englischen Krone in ihrer jetzigen Verfassung zusammenhalten oder sie gar zu inniger Einheit verschmelzen, wenn nicht im Innern des Reichs gewaltige Kräfte thätig wären, welche nach Konsolidierung streben, und die seit langer Zeit eine Wirksamkeit, die derjenigen der Naturkräfte gleicht, entfalten. Aus der Geschichte ihres Landes schöpfen die Engländer den ermutigenden Glauben, daß die Expansion Britanniens einer Bestimmung des Fatums gemäß erfolgt. Wenn man die Blaubücher, die sich auf die Kolonien und Dependenzen beziehen, durchblättert, so kann man sich des Schlusses nicht erwehren, daß die Regierung während langer Perioden absichtlich eine Politik der Auflösung befolgt hat. Aber trotz grober Unterlassungssünden, politischer Fehler und Unfähigkeit hat sich das Weltreich weiter entwickelt. Die Bedeutung all' dieser Mißgriffe verschwindet, wenn man sie mit jener Bewegung vergleicht, die zwar mehr oder weniger unbewußt vor sich geht, die aber schließlich nur zur imperialistischen Föderation führen kann. Gerade infolge des stillen Wachstums des Imperialismus in der Vergangenheit hat die Bewegung heute eine so große Bedeutung erlangt. Die Engländer sind nicht genötigt, die Gründe und Gegengründe einer Politik abzuwägen, die noch nicht praktisch erprobt ist. Ihr Imperialismus bestand in den letzten Jahren darin, daß sie sich der Bedeutung vollbrachter Thatsachen bewußt wurden, und daß sie sich entschlossen, eine bisher unbewußt vollzogene Bewegung ihrer natürlichen Erfüllung zuzuführen. Große Ereignisse, die sich in ihren eigenen Kolonien, in den unbewohnten Gebieten des afrikanischen Kontinents, in Ägypten, Indien und China zugetragen, haben von Zeit zu Zeit ihr Interesse erregt. Aber während sie noch vor

Digitized by Google

kurzem in diesen Vorfällen nichts als eine Reihe unzusammenhängender Erscheinungen sahen, schicken sie sich jetzt an, ihnen als Teilen eines groß angelegten Planes imperialistischer Politik den ihnen gebührenden Platz zuzuweisen. Zur Zeit der mit Krüger gepflogenen Unterhandlungen war das Land noch unvorbereitet, einer großen imperialistischen Krisis zu begegnen. Jetzt betrachtet die große Mehrzahl gebildeter Engländer den südafrikanischen Krieg als eine wichtige Stufe auf dem Wege zur imperialistischen Konsolidierung. Aber nicht auf derartige Bewegungen bleibt die allgemeine Würdigung beschränkt. Selbst die rein innere Politik tritt heute zum Imperialismus in innige Beziehungen. Kein einziger Teil des imperialistischen Problems — wie die Erhaltung der Flotte, die Reorganisation des Heeres, die Förderung des imperialistischen Handelsverkehrs — kann einer Lösung näher gebracht werden, ohne daß eine große Zahl verwandter Fragen, die sowohl der imperialistischen wie der inneren Politik angehören, emportauchen. Unter der Leitung einer starken und fähigen Regierung würden zweifellos alle konstruktiven Elemente des englischen öffentlichen Lebens miteinander verschmelzen. Wir müssen daher die Stellung und die Aussichten der politischen Parteien betrachten, um zu beurteilen, welche Förderung die imperialistische Konsolidierung wahrscheinlich von ihnen zu erwarten hat.

Wären die Liberalen während der letzten fünf Jahre am Ruder gewesen (und eine geringfügige Verschiebung der Stimmen würde ihnen bei den allgemeinen Wahlen des Jahres 1895 den Sieg verliehen haben), so würde, das läßt sich mit Gewißheit behaupten, unter ihrer Verwaltung kein Krieg ausgebrochen sein. Nicht etwa deshalb, weil sie die Unterhandlungen mit Krüger besser geführt hätten als Mr. Chamberlain, sondern weil die Partei nicht einig und geschlossen genug in sich war, um einer so ernsten Frage, wie dem großen südafrikanischen Krieg, näher zu treten. Es würden zwar ungefähr dieselben Schwierigkeiten entstanden sein, aber die Liberalen würden notwendigerweise auf ein Kompromiß hingearbeitet haben, das ohne Rücksicht auf eine Lösung des südafrikanischen Problems die verschiedenen Richtungen innerhalb ihrer Partei befriedigt haben würde. Es ist möglich, daß dieses Kompromiß die trefflichen Erfolge gehabt hätte, welche nach der Überzeugung vieler Liberalen auf friedlichem Wege zu erreichen gewesen wären. Wahrscheinlicher jedoch ist es, daß ihre südafrikanische Politik zum Sturz der Regierung geführt haben würde, und daß sie die Unfähigkeit der Partei in der Behandlung großer imperialistischer Fragen offenbart hätte. Ihren Nachfolgern aber würden sie ein schwierigeres Problem hinterlassen haben, als das, welches die letzte unionistische Regierung zu lösen hatte. In der Opposition haben die Liberalen be-

Digitized by Google

merkenswert wenig ausgerichtet. Sie waren nicht imstande, irgend eine andere Politik in Bezug auf Südafrika als die von der Regierung befolgte vorzuschlagen. Ihre Kritik der Art und Weise, wie diese Politik durchgeführt wurde, war häufig berechtigt; sie würde aber wirksamer gewesen sein, wenn sie ein Programm imperialistischer Politik hinter sich gehabt hätte, das von allen oder den meisten Abteilungen der Partei angenommen gewesen wäre. In der liberalen Partei sind jedoch alle Schattierungen des Imperialismus und Antiimperialismus heute vertreten, es ist gar nicht daran zu denken, eine Übereinstimmung unter ihnen zu erzielen. Unter den Unionisten herrscht eine viel größere Einmütigkeit, aber die Annahme, daß ihre Führer einen sorgfältig durchdachten Plan für die Konsolidierung des Reichs bereit haben, ist keineswegs begründet; wäre er vorhanden, so würde er der einstimmigen Billigung seitens der Partei sicher sein. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Entwicklung der englischen Politik bei einer Krisis angelangt ist, der gegenüber die historischen Parteiunterschiede ihre Bedeutung verlieren. Unter diesen Umständen hatten die allgemeinen Wahlen notwendig etwas von einem innerlich unwahren Charakter an sich. Angeblich standen folgende Fragen bei den Wahlen zur Entscheidung: die Kriegspolitik, die Einverleibung der beiden Republiken und der Friedenszustand. Von diesen Fragen gehören die ersten beiden der Vergangenheit an, und es ist in England nicht gebräuchlich, Wahlkämpfe über Probleme der wirtschaftlichen und politischen Geschichte auszufechten. Über die Gestaltung des Friedenszustandes besteht zwischen Liberalen und Unionisten keine wesentliche Meinungsverschiedenheit. Die Ansichten gehen nur darüber auseinander, wann Transvaal und der Oranjefreistaat in den Besitz derselben Rechte gelangen sollen, die die Kapkolonie und Natal innehaben. Jedenfalls berechtigt nichts zu der Annahme, daß ein Wahlsieg der Liberalen an dem Stand dieser Frage viel geändert haben würde. Die Wahlen drehten sich in Wirklichkeit um die Persönlichkeit und den Charakter des Kolonialsekretärs. Ihr wichtigstes Ergebnis ist denn auch, daß Chamberlain, wie auch seine Stellung im Kabinet sein mag, Herr der Situation ist, und daß er seiner eigenen Partei und damit auch seinen Gegnern die von ihnen einzuschlagende Politik vorschreiben wird.

Die gegenwärtige Lage läßt sich demnach in folgender Weise kennzeichnen. Auf der einen Seite hat die laisser faire-Schule ihren herrschenden Einfluß auf die britische Reichspolitik verloren. Die Schwäche der Liberalen ist nicht durch vorübergehende und kleinliche Ursachen veranlaßt, nicht etwa durch persönliche Zwistigkeiten ihrer Führer; diese sind eher das Symptom als die Ursache des Rückgangs ihrer Partei. In der

Digitized by Google

Entwicklung des britischen Reiches haben wir ein Stadium erreicht, über das hinaus ein Fortschritt auf der Grundlage der laisser faire-Politik nicht mehr möglich ist, und in diesem Umstand ist die faktische Ursache dafür zu erkennen, daß der liberalen Partei die Aufstellung eines wirksamen Programms nicht gelingen will. Die Partei umfaßt Vertreter der verschiedensten Richtungen, Imperialisten und Socialisten, die sich längst von den historischen Überlieferungen des Liberalismus losgesagt haben, und die Überbleibsel der Manchesterschule. Eine wirkliche Übereinstimmung läßt sich unter Leuten mit so verschiedener Ansicht unmöglich erzielen. Einige der sogenannten „liberalen Imperialisten" werden ihren Imperialismus wahrscheinlich aufgeben, sobald sie einsehen, daß er eine Politik bedingt, die sich mit den liberalen Grundsätzen nicht verträgt. Die übrigen müssen aus der Partei austreten. Im politischen Sinne erscheint es als eine Unmöglichkeit, daß die verschiedenen Schattierungen der liberalen Partei sich auf ein Programm vereinigen sollten, das im wesentlichen mit der auf Gladstone und Cobden zurückgehenden Tradition nicht übereinstimmt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird ihnen daher nichts anderes übrig bleiben, als eine feindselige Stellung zu derjenigen Politik einzunehmen, die wir als „konstruktiven Imperialismus" bezeichnet haben. Dies ist um so wahrscheinlicher, als viele Mitglieder der Partei eine persönliche Antipathie gegen Mr. Chamberlain empfinden. Während für die Zukunft der Partei nichts so wichtig ist, wie eine leidenschaftslose und objektive Kritik der von Mr. Chamberlain verfolgten Politik, ist es gerade die persönliche Feindschaft gegen Mr. Chamberlain, die allein die divergierenden Richtungen der Partei zu vereinigen vermag. Die Partei der Unionisten dagegen ist auf die Politik der imperialistischen Konsolidierung eingeschworen. Sie ist gleichartiger zusammengesetzt, besser diszipliniert, und sie steht unter einer fähigeren Leitung als die Opposition. Auf den ersten Blick scheint daher nichts dagegen zu sprechen, daß sie fünf oder sechs Jahre an der Regierung bleiben, daß sie auch die nächsten allgemeinen Wahlen gewinnen, und daß sie ein groß angelegtes imperialistisches Programm zur Ausführung bringen wird. Aber kein Führer der Unionisten hat bisher die Mittel angegeben, welche der Ausführung der von ihnen gebilligten Imperialpolitik dienen sollen, und wenn die Partei auch homogener zusammengesetzt ist als die Opposition, so umfaßt sie doch Vertreter der verschiedenartigsten Ansichten, deren Gefolgschaft von dem Charakter der Maßregeln abhängt, die dem nächsten Parlament vorgelegt werden. Will man daher die Wirkung, welche der Imperialismus auf die Unionisten wahrscheinlich ausüben wird, schätzen, so muß man die Frage zu beantworten suchen, welches die wesentlichen Züge

Digitized by Google

einer konstruktiven Imperialpolitik sind und welche Beurteilung sie erfahren werden.

Eine eingehende Erörterung dieses Gegenstandes würde den Rahmen dieses Artikels weit überschreiten. Aus der Anführung eines einzigen Beispiels ist indessen leicht zu ersehen, welch' weittragende Bedeutung einer durchgeführten Imperialpolitik zukommt. Alle Parteien Englands stimmen darin überein, daß die englische Flotte als die wesentliche Voraussetzung für die Entstehung des Weltreichs gelten muß, und daß sie die wirksamste Bürgschaft für seinen Fortbestand bietet. Eine erfolgreiche Flottenpolitik beruht in erster Linie auf dem Besitz großer Mittel und auf der Bereitwilligkeit des Parlaments, für den Bau und die Ausrüstung einer ausreichenden Anzahl Kriegsschiffe der vollkommensten Art und für die Marineorganisation freigebig, aber wirtschaftlich, Geld auszugeben. Die Flottenpolitik ist im allgemeinen in England nicht der Gegenstand der Parteikämpfe, und im wesentlichen ist man sich darüber einig, daß es wünschenswert ist, alles zu bewilligen, was zur Erhaltung der englischen Seeherrschaft nötig ist. Aber das Wort „nötig" hat eine relative Bedeutung, die sich mit der Höhe des nationalen Einkommens, mit den Ausgaben für andere notwendige Staatszwecke und der Flottenstärke anderer Nationen ändert. Nun ist es aber keineswegs sicher, daß das nationale Einkommen in den nächsten Jahren ebenso hoch und so elastisch sein wird, wie in den letzten, während „die Ausgaben für andere notwendige Staatszwecke" beständig zunehmen, und die Seestärke der anderen Nationen wächst. Wenn daher wahrscheinlicherweise die Erhaltung der englischen Seeherrschaft immer größere Geldaufwendungen nötig macht, so wird es sich vor allem darum handeln, neue Einnahmequellen zu erschließen. Eine Reform des englischen Finanzwesens läßt sich aber nur im Zusammenhang mit der Handelspolitik, welche das Vereinigte Königreich den Kolonien und fremden Ländern gegenüber befolgt, durchführen. Die Flottenpolitik schließt daher eine Finanz- und Handelspolitik in sich. Aber sie umfaßt noch viel mehr. Es ist nötig, daß die höchstmögliche Leistungsfähigkeit der Hilfsgewerbe des modernen Schiffbaues gesichert und erhalten werde, und es gilt dies besonders von allen Formen der Eisen- und Stahlindustrie und von der Kohlenproduktion. Die Leistungsfähigkeit dieser Gewerbe hängt nicht nur innig zusammen mit der Finanz- und Handelspolitik des Landes, sondern sie erfordert auch offenbar eine durchgreifende Reform seines Unterrichtswesens. Besonders nötig erscheint eine Reform der technischen, liberalen und administrativen Erziehung. Außerdem muß die Organisation der staatlichen Regelung der Arbeitsbedingungen weiter ausgedehnt werden. Die Politik des konstruk-

Digitized by Google

tiven Imperialismus schließt, kurz zusammengefaßt, folgendes ein: 1. Einen angemessenen Plan imperialistischen Schutzes durch Flotte und Heer. 2. Die Bestimmung der Bedingungen, unter welchen die Kolonien in den Angelegenheiten des Reichs mitzureden haben und die Schaffung des notwendigen Mechanismus, um ihnen die Ausübung dieses Rechtes zu ermöglichen. 3. Maßregeln zur Herbeiführung der handelspolitischen Vereinigung des Vereinigten Königreichs, seiner Kolonien und Dependenzen; und als notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Zwecke: 4. Die Reorganisation des staatlichen Finanzwesens. 5. Eine Verkehrspolitik. 6. Die Unterrichtsreform. 7. Die Socialpolitik und besonders die staatliche Regelung der Arbeit.

Es wird häufig behauptet, daß die Partei der Unionisten gegenwärtig nicht die nötige Einigkeit besitzt, um diese Maßregeln wirksam durchzuführen, und daß die konservativen Errungenschaften unter einem schwachen Ministerium sich auf ein unzureichendes System der Heeresreform und einige socialpolitische Vorlagen beschränken werden. Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß ein Ministerium, welches Mr. Chamberlain zum Mitglied hat, und das über eine Majorität von 132 Stimmen verfügt, sich um die großen Fragen der Reichspolitik herumdrückt, und daß es die Konsolidierung des Reichs nur als leere Formel betrachtet. Offenbar kann das Ministerium viele Maßregeln der angeführten Art vorlegen, ohne daß es damit Grundsätze zur Anwendung bringt, die in der Gesetzgebung früherer Jahre nicht schon reichlich erprobt worden wären. Sollten auch einige unzufriedene Konservative sich von der Partei lossagen, so würde die Majorität der Regierung dadurch kaum berührt. Aber die Lage ändert sich, sobald es sich um Maßregeln handelt, welche die Finanzen, das Verkehrswesen und den Handel des Landes betreffen, um Maßregeln, welche eine Änderung der Handelspolitik bezwecken. Die Frage, welche Handelspolitik das Vereinigte Königreich befolgen wird, ist von grundlegender Bedeutung für den britischen Imperialismus. Diese Frage wird der englischen Politik eine neue Richtung geben und von ihrer Lösung hängt die Zukunft der imperialistischen Bewegung ab.

Die Änderung der englischen Handelspolitik kann auf drei verschiedenen Wegen erzwungen werden. 1. Mr. Chamberlain hat sich von allen Engländern, die im öffentlichen Leben stehen, am meisten mit den Fragen der Imperialpolitik beschäftigt, und von ihm kann man am ehesten eine Reihe von Maßregeln erwarten, welche die Politik der Reichskonsolidierung verwirklichen. Da er über eine Majorität verfügt, wie sie sobald sich nicht wieder zur Unterstützung einer Regierung zusammenfinden wird, so kann er die Lösung dieser Frage erzwingen. 2. Finanzpolitische Änderungen von

Digitized by Google

weittragender Bedeutung können nötig werden, um die Kosten des südafrikanischen Krieges zu bestreiten, oder um einen befriedigenden Plan der Reichsverteidigung durchzuführen, oder um die Ausgaben für die Durchführung von socialen Reformen zu decken, oder für die gleichzeitige Verwirklichung dieser drei Zwecke. 3. Es kann ein Druck von den Kolonien ausgeübt werden. Zwar wird Australien in der nächsten Zeit wahrscheinlich nichts unternehmen, und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage in Canada, der Resultate der neuesten allgemeinen Wahlen dort ist es kaum wahrscheinlich, daß irgend ein Druck von dieser Kolonie in der nächsten Zeit kommen wird. In Anbetracht dieser Umstände ist eine Änderung der englischen Handelspolitik sehr wahrscheinlich, aber sie wird ohne Zweifel nicht in der allernächsten Zukunft Platz greifen.

Es ist schon oben erwähnt worden, daß die meisten Engländer das Freihandelsprincip nicht mehr als einen Glaubensartikel, sondern vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit aus betrachten. Infolgedessen stehen sie einer Änderung der Handelspolitik nicht von vornherein ablehnend gegenüber, wenn sie als ein Mittel zur Erreichung eines so großen Zieles, wie das der Imperialföderation, in Betracht kommt. Man ist geneigt, die Forderung der handelspolitischen Union des Reiches als ein notwendiges Stadium in der Entwicklung der englischen Handelspolitik zu erwarten. Sobald das Reich an Stelle Englands zur Grundlage der Staatspolitik wird, müssen sich Änderungen als notwendig erweisen, welche Cobdens Schule nicht voraussehen konnte, und die mit ihren Lehrsätzen keineswegs unverträglich sind. Eine Rückkehr zur Politik des Zollschutzes für England als Teil einer nationalen Wirtschaftspolitik ist nicht im geringsten zu erwarten. Solch ein Umschwung würde zwar im Princip wichtig erscheinen, in Wirklichkeit aber würde er schwerlich tief eingreifen. Denn wenn die Politik des Imperialismus auch schließlich „Freihandel innerhalb des Reichs“ bedeuten wird, so kann dieses Ziel doch nur allmählich erreicht werden, indem man nach und nach einen großen konstruktiven Plan ausarbeitet, während dessen Ausführung die Lage und die Möglichkeiten sich beständig ändern würden. Außerdem stehen einem so reichen Lande wie England viele Wege offen, auf welchen es die Handelseinheit des Reichs ohne große Änderungen in der Politik fördern kann.

Die Stellungnahme der politischen Parteien wird jedoch nicht durch die Größe der Änderung, sondern durch den Wechsel des Princips bestimmt. Es bedarf einer äußerst sorgfältigen Untersuchung, um mit einiger Sicherheit die Wirkung, welche ein derartiger Wechsel auf die Parteigestaltung ausüben würde, in Zahlen anzugeben. Gewiß ist, daß die Mehrheit der

Digitized by Google

Liberalen eine unerbittliche Opposition machen würde, wenn und soweit die Änderung der Politik nach ihrer Meinung irgend welche Maßregeln einschlösse, welche mit den traditionellen Gesichtspunkten des Freihandels in Widerspruch stehen. Einige derselben würden sich ebenso sicher Mr. Chamberlain anschließen. Die Partei der Unionisten würde sich in zwei Teile spalten, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß der größere Teil Mr. Chamberlain folgen würde. Jedenfalls würde eine scharfe Trennung zwischen konservativen und liberalen Unionisten nicht eintreten. Wahrscheinlich würde sich auf der einen Seite eine starke Imperialistenpartei bilden, der auf der anderen Seite eine Anzahl einzelner Gruppen der alten Liberalen, der Tories und der Nationalisten gegenüberstehen würde. Die Frage, ob die Imperialisten stark genug sein würden, um ein großangelegtes Programm der Imperialpolitik auszuführen, könnte dann nur durch den Ausgang der allgemeinen Wahlen entschieden werden.

Digitized by Google

Digitized by Google

III.

Die englische Handelspolitik am Ende des neunzehnten Jahrhunderts.

Von

Karl Rathgen.

Digitized by Google

Inhalt.

		Seite
	Einleitung: Beginnende Erschütterung des reinen Freihandels in England	123
I.	Die Klagen über fremde Konkurrenz. „Made in Germany." Der Bericht „on british Trade Methods". Die Enquête über fremde Konkurrenz in den Kolonien. Das Memorandum von 1897	123
II.	Die englische Handelsstatistik. Ihre Mängel. Hauptergebnisse für die letzte Zeit	132
III.	Pädagogische Ziele der Klagen über Konkurrenz	136
IV.	Imperialistische Strömungen. Schutzzöllnerische Vorstöße. Positive Maßregeln: Prison made Goods Act. Vieheinfuhrverbote. Handelsattachés. Handelsauskunftsstelle	137
V.	Die Ausfuhrprämien auf Zucker. Westindische Kommission. Westindische Gegenseitigkeitsverträge. Die ostindischen Zuschlagszölle	141
VI.	Die „neue" Kolonialpolitik	149
VII.	Die autonomen Kolonien und der Imperialismus. Reichszollvereinspläne	151
VIII.	Der kanadische Tarif von 1897	155
IX.	Die Handelsverträge mit Belgien und Deutschland und ihre Kündigung. Deutsch-englische Handelsbeziehungen	157
X.	Canadisch-amerikanische Streitigkeiten	159
XI.	Wirkungen des canadischen Tarifs auf den Handel	160
XII.	Die anderen Kolonien. Südafrika. Die Föderation Australiens. Neu-Seeland	163
XIII.	Englische Gegenleistungen an die Kolonien	166
XIV.	Der letzte Handelskammerkongreß	167
XV.	Der brasilianisch-französische Kaffeestreit und seine Folgen	167
XVI.	Die auswärtige Politik und die offenen Märkte	168
	Anhang. Wareneinfuhr und Ausfuhr des Vereinigten Königreichs nach Klassen	170

Digitized by Google

Eine Darstellung der englischen Handelspolitik am Ende des 19. Jahrhunderts muß wiederholen, was C. J. Fuchs 1893 in seinem Beitrag zu der damaligen Untersuchung des Vereins für Socialpolitik (Bd. 57) über die Handelspolitik Englands sagte: daß sie sich seit dem Übergang zum Freihandel nicht geändert hat. Wenn aber damals Fuchs schon auf mancherlei Strömungen und Stimmungen hinwies, welche die Herrschaft der reinen Freihandelslehre zu untergraben begannen, so ist für das jetzt abgelaufene Jahrzehnt als das Bemerkenswerte und Bezeichnende hervorzuheben, daß diese Herrschaft schwer erschüttert ist. Noch ist England freihändlerisch, aber immer zahlreicher werden die Stimmen, daß der Freihandel kein „Fetisch" sei.

Bedeutsam in dem abgelaufenen Zeitraum ist also mehr der Wandel der Stimmungen und Meinungen, als wirkliche Änderungen in den äußeren Thatsachen. Aber es fehlen auch in dem äußeren Verlauf die Vorkommnisse nicht, welche den neuen Geist zeigen. Mag manches davon an sich ohne größere Bedeutung sein: in der Gesamtheit sind sie Symptome des Beginnes einer neuen Periode, denen man in dem allgemeinen Zusammenhang Aufmerksamkeit nicht versagen darf[1].

I.

Die wirtschaftliche Depression Mitte der achtziger Jahre hatte in England schon lebhafte Klagen über fremde Konkurrenz und

[1] Da auf frühere Zeiten hier nicht eingegangen werden kann, sei auf das oben angeführte Werk von C. J. Fuchs hingewiesen: „Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien in den letzten Jahrzehnten" (Schr. d. Ver. f. Soc. Bd. 57), Leipzig 1893. Die dort gegebene, bis 1892 reichende Darstellung in einigen wichtigen Richtungen weiterzuführen habe ich versucht in den Aufsätzen: „Über den Plan eines britischen Reichszollvereins" (Marburger Universitäts-Programm 1896, wieder abgedruckt in den Preußischen Jahrbüchern, Bd. 86, S. 481—523) und „Die Kündigung des englischen Handelsvertrags und ihre Gefahr für Deutschlands Zukunft" (Jahrbuch f. Gesetzgebung, Verw. u. Volksw., 1897, S. 1369—1386).

Digitized by Google

über die Handelspolitik der fremden Staaten hervorgerufen, Klagen, die während des wirtschaftlichen Aufschwungs von 1889/90 so ziemlich verstummt waren. Als nach diesem kurzen Aufschwung eine neue Periode der Depression eintrat, wurden diese Stimmen mit verdoppelter Kraft laut. Mit besonderem Nachdruck wiesen die Wortführer darauf hin, daß der britische Kaufmann und britische Waren — beides wurde nicht immer klar auseinandergehalten — zurückgedrängt würden durch fremde Konkurrenten, auch auf Märkten, auf welchen England bisher weitaus den Vorrang behauptet oder allein geherrscht habe. Mit besonderer Lebhaftigkeit, oft nicht frei von Gehässigkeit, richteten diese Klagen sich gegen Deutschland, obgleich neben diesem Belgien mindestens ebenso lästig wurde. Und daß die Hauptgefahr für die großen englischen Exportindustrien, namentlich die Eisen- und Maschinenindustrie, von seiten der amerikanischen Union drohte, wurde vielfach, wie geflissentlich, unbeachtet gelassen. Erst in den letzten Zeiten mehren sich die Stimmen gerade ernsthafter und sachverständiger Männer, welche auf diese Gefahr hinweisen. Zunächst war es aber Deutschland, an welchem die durch den wirtschaftlichen Druck hervorgerufene Verstimmung ausgelassen wurde. Die starke Entfaltung wirtschaftlicher Kraft und gewerblicher Leistungsfähigkeit durch das früher mit einer gewissen Geringschätzung angesehene Deutschland war in der That der öffentlichen Meinung in England überraschend. Hatte man ihr doch lange genug vorerzählt, daß der Erfolg der deutschen Industrie wesentlich auf unehrlichen Praktiken beruhe, indem die Deutschen englische Muster und Handelsmarken nachahmten. War solchen Anschauungen die Merchandise Marks Act von 1887 entsprungen, so war man nicht wenig verblüfft, als die in ihren Grundzügen wohlberechtigte Maßregel breiteren Kreisen offenbarte, wie umfangreich thatsächlich die deutsche Konkurrenz war, und sich in vielen Fällen geradezu zu einer Empfehlung der fremden Ware entwickelte. Die Erregung über die fremde Konkurrenz erhielt dauernde Nahrung durch die sich steigernde Ausfuhrprämienwirtschaft auf dem Zuckermarkt. Auch allgemeine politische Verstimmungen — man denke an die Zeit nach dem Jameson-Einfall — haben dazu beigetragen, den Klagen über fremde, speciell deutsche Konkurrenz Resonanz zu geben, Klagen, die dann zur Forderung einer veränderten Handelspolitik naturgemäß hinleiteten. Nicht nur die alten Vorkämpfer des Fair Trade, wie Sir Howard Vincent, ließen sich hören. Ein ganzer Chor von Stimmen erscholl in derselben Melodie in allen Tonarten. Die großen englischen Zeitungen und Zeitschriften waren voll von Artikeln, die mehr oder minder alarmistisch gehalten, die fremde, namentlich die deutsche Konkurrenzfähigkeit in hellstem Lichte erscheinen ließen, um das englische Volk

Digitized by Google

aufzurütteln und den gleichen Zweck verfolgten Bücher, wie das vielgenannte „Made in Germany“ von Williams, oder das immerhin wissenschaftlichere Werk des Handelsattachés bei der britischen Botschaft in Berlin, William Gastrell, Our Trade in the World in Relation to Foreign Competition 1885—1895 (London 1897).

Auch andere diplomatische und Konsulatsbeamte äußerten sich in amtlichen Berichten über die wachsende Gefährdung der Stellung Englands im Welthandel. Nachdem Gastrell schon sich auf eine Anzahl solcher Äußerungen berufen hatte, wurde im englischen Handelsamt im Oktober 1898 eine ganze Sammlung von Auszügen größeren oder geringeren Umfangs (im ganzen 171) aus 1896—98 erstatteten Berichten zusammengestellt und veröffentlicht (On british Trade Methods, Parl. Paper C. 9078), „um zu zeigen, wie allgemein unter den diplomatischen und konsularischen Vertretern des Staates der Eindruck ist, daß die Methoden britischer Kaufleute bei Bekämpfung fremder Konkurrenz verbesserungsfähig seien“. Aus dem vorangestellten Memorandum sei, bei der amtlichen Natur des Schriftstückes, das Wesentlichste mitgeteilt.

Allgemein sei die Meinung, daß britische Kaufleute sich mehr den Forderungen ihrer Kunden anpassen müßten, um sich auf den vorhandenen Märkten zu behaupten, und daß sie jede Gelegenheit benutzen müßten, auf neuen Märkten Fuß zu fassen. Nur so könne das Vereinigte Königreich seine bisher thatsächlich unbestrittene Handelssuprematie aufrecht erhalten. Die wichtigsten Gründe für die Beeinträchtigung des britischen Handels seien:

1. Die Abneigung des britischen Kaufmanns, geringere Qualitäten zu liefern, sich mit einem anfänglichen kleinen Auftrag zu begnügen, die Wünsche der Kunden zu studieren, das metrische System anzunehmen, leichtere Kreditbedingungen zu gewähren.
2. Mangel an britischen Handlungsreisenden, deren Sprachunkenntnis, und das Bestreben, statt reisen zu lassen, Kataloge in englischer Sprache zu versenden.
3. Ungeeignete Art zu packen.
4. Verteuerung der Waren durch hohe Frachten britischer Dampfschiffahrtslinien.
5. Häufigkeit der Arbeitseinstellungen in England, welche die Lieferung unsicher machen.
6. Der bessere technische und Sprachunterricht in Deutschland und das System, junge Deutsche über die ganze Welt zu schicken, um

Digitized by Google

Sprachen, Geschäftsgewohnheiten u. s. w. anderer Länder kennen zu lernen.

Diese sechs Punkte werden dann in dem Bericht eingehender erläutert, wobei freilich immer fraglich bleibt, inwieweit den einzelnen Beschwerden allgemeine Bedeutung zukommt [1].

Dieser Zusammenstellung des Handelsamtes war eine andere ungleich eingehendere Veröffentlichung vorangegangen, die sich auf die fremde Konkurrenz auf denjenigen Märkten bezog, welche das englische Volk als die ihm von Rechtswegen zukommenden ansieht, den Märkten der britischen Kolonien und Besitzungen. Zu den ersten wichtigen Maßregeln, die nach Bildung des gegenwärtigen konservativ-unionistischen Kabinets der neue Kolonialminister Jos. Chamberlain ergriff, gehörte eine Rundfrage an die Kolonialregierungen (28. November 1895), die bezweckte, festzustellen, in welchem Umfange thatsächlich die angebliche Verdrängung britischer Waren durch fremde stattgefunden habe. Den neuen Geist, der im Kolonialamte eingezogen war, zeigte gleich der erste Satz des Rundschreibens: „Ich bin durchdrungen davon, wie äußerst wichtig es ist, einen möglichst großen Anteil an dem gesamten Handel des Vereinigten Königreichs und der Kolonien für britische Produzenten und Fabrikanten zu sichern, mögen sie in den Kolonien oder in dem Vereinigten Königreich wohnen." Es sollten für die Jahre 1884, 1889 und 1894 alle wichtigeren Einfuhrartikel der Kolonien aufgezählt werden, von welchen mindesten 5 % aus fremden Ländern kämen, und es sollten die Gründe dafür genau angegeben werden, warum die fremde Ware der britischen vorgezogen werde.

Das Rundschreiben wurde an die Regierungen von 31 Kolonien und an die von Indien versandt. Die Antworten, mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse, ein Folioband von 600 Seiten, sind im Sommer 1897 veröffentlicht (Trade of the British Empire and Foreign Competition. C. 8449). Die einzelnen Antworten sind begreiflicherweise sehr ungleich an Wert, von sehr ungeschickten bis zu höchst lehrreichen und eingehenden, unter denen nicht nur, wie in dem Berichte, die aus Südaustralien und Victoria, sondern auch die aus Singapore und Hongkong besonders hervorgehoben zu werden verdienen.

---

[1] Wer deutsche Konsularberichte der 80er Jahre im Gedächtnis hat, wird manchem alten Bekannten wiederbegegnen. Damals hielten, als Antwort auf Rundfragen des auswärtigen Amts, die deutschen Konsuln ihren Landsleuten in einer Anzahl dieser Punkte (Packung, Kataloge, genaue Ausführung von Aufträgen ꝛc.) die Methoden englischer Geschäftsleute als Muster vor.

Digitized by Google

Das allgemeine zahlenmäßige Ergebnis ist:

	1884	1889	1894
Wert der wichtigeren Waren, in denen fremde Konkurrenz stattfindet (1000 £)	58,063	56,490	49,912
Davon aus fremden Ländern . . .	14,926	15,717	15,913
Das sind Prozent	25,71	27,82	31,88

Merkwürdigerweise ergeben die Zahlen der Gesamteinfuhr ganz ähnliche Verhältnisse, denn es war

	1884	1889	1894
der Wert der ganzen Einfuhr (1000 £)[1]	138,026	152,287	139,804
Davon aus fremden Ländern	35,634	37,357	44,040
Das sind Prozent	25,79	24,57	31,50

Ehe man aus solchen Zahlen Schlüsse zieht, ist freilich die Frage berechtigt, inwieweit die statistischen Angaben Vertrauen verdienen. Aus fast allen Einzelberichten ergiebt sich aber, stärker als aus dem Gesamtbericht, daß die Angaben über den Ursprung der eingeführten Waren in den meisten Fällen wertlos sind. Man hat auch nicht den Trost, daß die Irrtümer der Ursprungsangaben sich in gleicher Weise wiederholen, so daß die Verschiebungen in den Zahlen immerhin die Tendenz der Entwicklung anzeigten. Der Generalbericht sagt merkwürdigerweise gar nichts darüber, aber die Einzelberichte heben mehrfach selbst hervor, daß die scheinbare Zunahme der Einfuhr aus fremden Ländern sich zum Teil dadurch erklärt, daß Waren jetzt direkt aus den Ursprungsländern kommen, die früher über England importiert wurden. Ja, das Bestreben, den Ursprung der Einfuhren genauer festzustellen (wie das durch die Merchandise Marks Act erleichtert ist), macht gerade, je erfolgreicher es ist, den Vergleich älterer und neuerer Zahlen um so unzulässiger. Mit den Ursprungszahlen ist also wenig anzufangen, auch wenn man noch gar nicht in so feine Fragen eingehen will, wie die: ob in England aus fremdem Seidenstoff angefertigte

[1] Vergleichsweise sei noch folgende Zusammenstellung mitgeteilt:

Es war	im Durchschnitt der Jahre 1883/85	1888/90	1893/95
der Wert der Einfuhr in britische Besitzungen (1000 £)	137 933	146 728	142 020
davon aus dem Verein. Königreich	62 692	61 126	56 510
aus den brit. Besitzungen .	39 083	47 619	42 833
aus fremden Ländern . . .	36 158	37 983	42 677

Digitized by Google

Kravatten nun als englischer oder als fremder Import anzusehen sind (S. 362)? So liegt der Wert der Enquête mehr in den Einzelbetrachtungen und den Schätzungen über die Verschiebungen bei der Einfuhr, wobei dann notwendig vieles subjektiv gefärbt erscheint, ja direkte Widersprüche nicht ausbleiben. So wird aus Gambia berichtet, die große Zahl französischer Firmen leite den Handel in französische Kanäle, während wir daneben erfahren, daß die französische Einfuhr eher ab- als zunehme. Wo verschiedene sich widersprechende Berichte im Original vorgelegt sind (wie aus Singapore), statt eine täuschende Übereinstimmung herauszudestillieren, zeigt sich das Subjektive der aus persönlichen Einzelerfahrungen entstandenen Anschauungen über Zunahme fremder Konkurrenz besonders deutlich.

Im ganzen hätte stärker als geschehen unterschieden werden müssen zwischen Waren, in denen wirkliche Konkurrenz stattfindet, und Waren, die England nicht, oder nicht genügend, oder wenigstens nicht in diesen Specialitäten produziert.

Doch werden unter den allgemeinen Gründen, welche die Verdrängung englischer Waren bewirken, die natürlichen Vorzüge bei der Produktion genannt, ferner die geographische Nähe, die persönlichen Faktoren (wie Nationalität der Kaufleute). Unter den besonderen Gründen wird die Merchandise Marks Act hervorgehoben, welche auf die wahren Ursprungsländer vieler Waren aufmerksam gemacht, auch durch Veranlassung direkten Bezugs die Gewinne am Transithandel vermindert habe. Dann kommen die bekannten Klagen, daß britische Fabrikanten der geringen Kaufkraft der Kunden nicht genügend Rechnung trügen durch Lieferung geringwertiger Waren, daß die Waren nicht gefällig genug aufgemacht, überhaupt dem Geschmack der Kunden nicht genügend angepaßt, nicht zweckmäßig verpackt seien. Die englischen Kaufleute seien nicht genügend anpassungsfähig, die Frachten aus England zu hoch u. s. w. In Ostasien spielt der fallende Silberwert mit, wenigstens bei der Konkurrenz der Japaner.

Bemerkenswert ist, daß die früher so verbreitete, auch in den oben angeführten Konsularberichten wiederkehrende Behauptung unehrlicher Praktiken, als Grund der Verdrängung englischer Waren, in diesen Berichten nicht wiederkehrt, und der Generalbericht betont „the competition wich British goods have to face is on the whole a fair one".

Nach dieser Aufzählung von Gründen und dem lauten Geschrei über fremde Konkurrenz ist dann freilich überraschend zu sehen, daß von irgend einer allgemeinen Tendenz zur Verdrängung englischer Waren gar keine Rede sein kann, ja überhaupt von keiner klaren allgemeinen Tendenz. Vielfach entspricht die Zunahme des fremden Imports nur der Zunahme der

Digitized by Google

Gesamteinfuhr, während der britische Import gleichfalls wächst oder wenigstens nicht abnimmt. Eine Anzahl von Fällen wird berichtet, in welchen britische Waren sich gegen scharfe Konkurrenz nicht nur behauptet haben, sondern auch neuerdings wieder vorgedrungen sind. Wenn aus Singapore berichtet wird, daß Unterjacken deutschen Ursprungs vom Markt vertrieben wurden, weil seit 1889 Nottingham ausgezeichnete Nachahmungen der billigen deutschen Ware schicke, so ist das gegenüber den Klagen über Nachahmung durch die deutschen Fabrikanten nicht ohne Humor und nur eins von den vielen Beispielen, wie in solchen Dingen gern mit zweierlei Maß gemessen wird.

Die kaufmännischen Berichterstatter in Singapore bestreiten den Rückgang des britischen Handels rundweg und erklären, die Berechtigung der Klagen über mangelnde Rührigkeit der englischen Industrie für „a thing of the past". Und aus Mauritius wird geradezu ein starker Rückgang der Einfuhr aus fremden Ländern berichtet.

Bemerkenswert scheint mir auch, daß für die Erzeugnisse der Textilindustrie nicht annähernd so von zunehmender fremder Einfuhr die Rede ist, als für die der Metallindustrie. Dabei ist doch wohl unzweifelhaft, daß in England selbst die Klagen der Spinner und Weber viel lauter waren, als die der Eisengießer und Maschinenfabrikanten. Der Grund liegt wohl darin, daß der Verbrauch an Metallerzeugnissen in der ganzen Welt zunimmt, also Platz für ausländische Konkurrenz schafft, während die Erzeugnisse der Textilindustrie in zunehmendem Maße in den bisherigen fremden Einfuhrländern selbst hergestellt werden, und so der Markt für die ausführenden Länder eingeengt wird. Ein Blick in die Details der englischen Handelsstatistik zeigt denn auch, daß die Ausfuhr von Erzeugnissen der englischen Textilindustrie nach den Kolonien sich ganz anders hält und bei dem Aufschwung der letzten Jahre sich ganz anders erholt hat, als die nach fremden Ländern[1].

Die allgemeinen Ergebnisse der Enquête über fremde Konkurrenz in den Kolonien werden sehr vorsichtig in folgender Weise zusammengefaßt:

„1. In den besten Qualitäten und in der Befähigung, die bestmögliche Ware auf den Markt zu bringen, wenn sie gebraucht wird, steht der britische Fabrikant (d. h. regelmäßig der aus dem Vereinigten Königreich) noch an der Spitze."

[1] Eine Ausnahme davon macht natürlich die Ausfuhr von Baumwollgarn nach Indien.

Digitized by Google

„2. Davon bestehen einige Ausnahmen zu Gunsten der Vereinigten Staaten in Bezug auf Maschinen und Werkzeuge gewisser Form."

„3. Ein großer Teil des allgemeinen Markts der Kolonien ist nicht ein Markt für die besten Qualitäten. In dem Maße, wie billige und gefällige Nachahmungen solcher Waren auf den Markt gebracht werden können, wird der Handel den Produzenten solcher Nachahmungen zufallen. Das ist der Punkt, wo der fremde Fabrikant eindringt."

„4. Eine gewisse Gefahr besteht, daß da, wo der Handel fremden Konkurrenten in den obenerwähnten billigen Waren zufällt, auch ein gewisser Teil des Handels mit besseren Qualitäten mit abgelenkt werden kann."

Für die Beantwortung der Frage, welcher Konkurrenz der englische Fabrikant auf den Kolonialmärkten begegnet, wäre wichtig gewesen, den Umfang der durch die Produzenten in den Kolonien selbst gemachten Konkurrenz festzustellen. Davon ist in dem ganzen Band keine Rede. Um auch sonst koloniale Empfindlichkeiten zu schonen, da doch die ganze Untersuchung im Interesse des englischen Absatzes in den Kolonien angestellt ist, enthielt das Chamberlainsche Rundschreiben auch eine Frage danach, welche Produkte der Kolonie mit Vorteil in die übrigen Teile des britischen Reichs ausgeführt werden könnten. Doch war gleich hinzugefügt, dieser Punkt solle später eingehender behandelt werden. Er spielt denn auch in den Berichten keine weitere Rolle. Dagegen erregte die Ausführung einer anderen mit der Rundfrage verbundenen Maßregel ziemliches Aufsehen. Der Kolonialminister forderte auf, Muster der fremden konkurrierenden Waren einzusenden. Diese Muster sind dann in England ausgestellt und haben sehr verschiedentliche Beurteilung gefunden, von den abfälligsten Bemerkungen über diesen „rubbish", den herzustellen gar nicht lohne, bis zu sehr ernsten Bedenken über die Gefahr solcher Konkurrenz.

Die Frage nach der Konkurrenz im auswärtigen Handel ist außerdem ganz allgemein und mit besonderer Rücksicht auf Deutschland, Frankreich und die Vereinigten Staaten in einem amtlichen Memorandum behandelt, das vom 16. Januar 1897 datiert, von Sir Courtenay Boyle im Auftrage des Handelsamtes aufgesetzt ist. Es kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Zunahme der Bevölkerung in Deutschland und den Vereinigten Staaten ist neuerdings größer gewesen als im Vereinigten Königreich, und der ungestörte Frieden hat in diesen Ländern die Gewerbekraft sehr rasch erstarken lassen.

Digitized by Google

2. Der Strom der Bevölkerung nach den Städten hat das Bestreben, für diese Gewerbekraft Absatz zu verschaffen, verstärkt.
3. England übertrifft noch an Gewerbekraft für die Ausfuhr beide Länder so sehr, daß bisher ihre Fortschritte den englischen Handel nicht ernstlich beeinträchtigt haben. Aber da jene Länder von einem niedrigeren Ausgangspunkt kommen, machen sie augenblicklich raschere Fortschritte.
4. Bleibt Frieden, werden Deutschland und die Vereinigten Staaten, und in gewissem Maße auch Frankreich, verhältnismäßig noch raschere Fortschritte machen.
5. Ihre Konkurrenz mit England wird auf neutralen und selbst auf englischen Märkten immer ernster werden, wenn man nicht sehr rührig ist. Jedes Jahr wird ihr Kapital, ihre Geschicklichkeit und ihre Bevölkerung vermehren.
6. Es ist deshalb nötiger als je, daß der Exportindustrie Aufmerksamkeit geschenkt werde. Es ist ein Irrtum, wenn man die Zunahme des Wohlstandes in fremden Ländern als ungünstig ansieht. Auf die Dauer sind die reicheren Völker die wertvolleren. Aber über den Wechsel der Dinge muß man sich klar werden, und man darf kaum erwarten, daß der frühere unzweifelhafte Vorrang Englands behauptet werden kann, jedenfalls nicht ohne große Anstrengungen und sorgfältige und energische Verbesserung der Methode.
7. Die Frage, wie das am besten erreicht werden kann, geht sowohl Konsumenten wie Produzenten, Arbeit wie Kapital an. Die zunehmende Leistungsfähigkeit fremder Arbeit muß zu einer internationalen Ausgleichung der Umstände führen, unter denen die Arbeit geleistet wird. Jeder Schritt, der zur Verpflanzung von Gewerbekraft aus England in ein konkurrierendes Land führt, muß diese Tendenz beschleunigen, von welcher ein Vorteil für die englische Arbeiterklasse nicht leicht zu erkennen ist.
8. Zur Lösung der Frage, wie die englische Konkurrenzfähigkeit am besten gesteigert werden kann, vermag der Staat nur in begrenztem Umfange beizutragen. Die Handelsstellung des Vereinigten Königreichs ist durch den unermüdlichen Fleiß und die Thatkraft des Gewerbestandes erreicht und muß dadurch erhalten werden. Kunden aufzusuchen, Waren zu beschaffen, die der Konsument kauft, neue Märkte zu nutzen, neue Methoden auszubreiten, gehört zur Sphäre des Individuums. Der Staat kann nur Ermunterung und Hilfe gewähren.

Digitized by Google

8. Was der Staat kann, ist, die Beschaffung von Information zu erleichtern, und mit der Erfüllung dieser Pflicht ist man in England etwas in Rückstand geblieben.

Diesen vorsichtigen Sätzen wird man sich in der That im wesentlichen anschließen können, wenn sie auch als zu optimistisch mehrfach angegriffen worden sind[1].

II.

Eine eingehendere Prüfung der Zahlen der englischen Handelsstatistik zeigt, daß der Lärm, der über die fremde Konkurrenz und den Rückgang des englischen Handels geschlagen worden ist, ganz greulich übertrieben war. Vorübergehende oder vereinzelte Erscheinungen sind als bleibende oder allgemeine dargestellt worden. Bei dem unfertigen Zustand, in welchem die Zahlen der englischen Handelsstatistik dem Publikum mitgeteilt werden, ist solcher Mißbrauch besonders leicht. Die „defective british trade methods" zeigen sich auch in der Bearbeitung der Handelsstatistik. Eine einigermaßen übersichtliche Zusammenfassung der Waren in Gruppen erfolgt nur für die vorläufigen monatlichen Berichte[2]. Die endgültige Handelsstatistik, die alljährlich in einem dicken Folioband von jetzt gut 1000 Seiten veröffentlicht wird[3], ebenso wie der etwa 100 Seiten lange Auszug daraus im „Statistical Abstract", begnügen sich damit, die einzelnen Waren alphabetisch herzuzählen (z. B. hintereinander „Bimstein, Borsten, Butter"). Ist so schon jede Übersicht so gut wie unmöglich gemacht, so wird die Beurteilung der ganzen Handelsbewegung dadurch äußerst erschwert, daß nur Summen der Werte existieren, keine Summen der Mengen, da für zahlreiche Waren die Mengen nicht festgestellt, für die anderen alle möglichen Mengeneinheiten (Zahl, Gewicht, Maß, Länge) angegeben werden, so daß eine Addierung nicht möglich ist. Die ausschließliche Benutzung der Wertzahlen für die Gesamtbewegung des Handels läßt naturgemäß dessen Schwankungen viel heftiger erscheinen, als sie wirklich sind, da in den guten Jahren zugleich mit den Mengen die Werte steigen, in den schlechten Jahren fallen. So schätzt der „Economist" in den komplizierten Berechnungen,

[1] Vergl. z. B. den die Übertreibungen gleichfalls zurückweisenden Aufsatz von John B. C. Kershaw, „The Future of British Trade". Fortnightly Review 1897. N. S. vol. 62. pag. 732 ff. Der Verfasser verficht den Gedanken des Reichszollvereins.

[2] Siehe den Anhang. Auch sie ist dürftig genug.

[3] Annual Statement of the Trade of the United Kingdom with Foreign Countries and British Possessions.

Digitized by Google

die er alljährlich darüber anstellt, daß z. B. von 1898 auf 1899 von der scheinbaren Zunahme der Ausfuhr um 10 Prozent nur 3 Prozent durch die wirkliche Vermehrung, 7 Prozent durch die Preiserhöhung erklärt wird. Da Metalle und Kohlen, die Hauptartikel der englischen Ausfuhr sind, sehr stark im Werte schwanken, giebt die ausschließliche Benutzung der Wertzahlen ein ganz besonders schiefes Bild der wirklichen Bewegung. Endlich ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Angaben über Ursprungsland der eingeführten, Bestimmungsland der ausgeführten Waren sich meist nur beziehen auf das Land, wo resp. wohin die Ware *verschifft* ist, so daß z. B. die Schweiz für die englische Handelsstatistik gar nicht vorhanden ist, und daß der Verkehr mit der Ländergruppe Deutschland, Österreich, Belgien und Holland, oder der mit Canada und den Vereinigten Staaten, nur ganz ungenau gesondert ist. Daraus ergiebt sich, daß Schlußfolgerungen aus diesen Zahlen nur mit äußerster Vorsicht oder gar nicht gemacht werden können[1]. Die in England üblichen Betrachtungen über fremde Konkurrenz haben von all' diesen Bedenken kaum Notiz genommen. Und so erscheint es nötig, diese selbstverständlichen Dinge doch immer wieder zu betonen.

Wenn im Rahmen dieses Aufsatzes eine eingehende Würdigung der englischen Handelsbewegung ausgeschlossen ist, so sei doch auf ein paar *für die Beurteilung wichtige Thatsachen* hingewiesen. Was das Verhältnis des *Verkehrs mit den Kolonien und fremden Ländern* betrifft, so kam 1895—99 von dem Wert des Gesamthandels auf den Verkehr mit britischen Besitzungen dem Wert nach ein wenig über ein Viertel, und seit den fünfziger Jahren hat sich das Verhältnis kaum verschoben. In ungünstigen Zeiten nahm der Anteil der Kolonien etwas zu, in günstigen Jahren etwas ab[2]. Mit anderen Worten: der Verkehr mit den Kolonien schwankte nicht ganz so stark, als der mit fremden Ländern. Von der Ausfuhr britischer Produkte, denn um diese dreht sich ja wesentlich die Diskussion, ging nach britischen Besitzungen:

1895	31 %
1896	35 %
1897	35 %
1898	36 %
1899	33 %

[1] Einen ganz scharfsinnigen Versuch, die Größe des englisch-deutschen Verkehrs festzustellen, hat Dr. P. *Arndt* gemacht in dem Schriftchen: „Die Handelsbeziehungen Deutschlands zu England ꝛc." (Volksw. Zeitfragen 167/8). 1899.

[2] Vergl. die Zusammenstellungen von Lord *Farrer* in Contempor. Review, Dezember 1898.

Digitized by Google

Daß davon der Anteil von Hongkong und die Hauptmasse des Anteils der Straits Settlements eigentlich zu der Ausfuhr nach fremden Ländern, daß dagegen Ägypten thatsächlich zu den Besitzungen gehört, sei nebenher bemerkt. Vergleicht man das Jahr des Tiefstands 1895 mit dem guten Jahr 1899, so wuchs die Ausfuhr nach britischen Besitzungen von 70 auf 87½ Millionen. Der Zuwachs verteilte sich auf alle Besitzungen, nur Westindien nahm ab. Im Vergleich mit 1896 ist aber auch nach Südafrika die Ausfuhr stetig zurückgegangen (von 13,8 auf 11,4 Mill. Pfd.).

Die Ausfuhr nach fremden Ländern wuchs von 156 auf 177 Mill. Pfd. Aber diese Zunahme verteilte sich sehr ungleichmäßig. Die Ausfuhr nach Rußland wuchs um 9 Mill., die nach Deutschland, Belgien und Holland um 10 Mill., die nach West- und Südeuropa um 5⅜ Mill. Auf Europa allein kam also eine Zunahme von fast 25 Mill. Außerhalb Europas findet sich eine wesentliche Zunahme, abgesehen von Ägypten (mit 1,7 Mill.), nur für Ostasien (China, Japan, Siam, Java) mit 5½ Mill., wozu eigentlich noch 1,4 Mill. Zunahme für Straits und Hongkong kommen. Eine Zunahme findet sich auch bei der Ausfuhr nach dem tropischen Afrika. Nach dem alten englischen Handelsgebiet der Levante aber ist sie stabil, nach Amerika großenteils rückgängig, nach den Vereinigten Staaten allein um fast 10 Mill. Pfd.

Von der Gesamtzunahme der Einfuhr um gut 38 Millionen sind übrigens, wie nicht außer acht zu lassen, 9,2 Millionen abzusetzen, weil die Ausfuhrzahlen von 1899 zum ersten Male neue Schiffe in diesem Werte mitumfassen [1].

Im ganzen ist bei Betrachtung längerer Zeiträume nicht zu verkennen, daß die früher gewaltige Zunahme der englischen Ausfuhr seit den siebziger Jahren nicht in gleicher Weise sich fortgesetzt hat und allmählich zu einem gewissen Stillstand gekommen ist. Daß das zum Teil nur Schein ist, weil das allgemeine Sinken des Preisniveaus nicht genügend beachtet ist, ergiebt sich aus dem oben Gesagten und ist neuerdings namentlich von Sir Robert Giffen nachdrücklich betont [2]. Er hat auch hervorgehoben, daß bei sinkenden Preisen der ausländischen Rohstoffe stabile Exportwerte keine Stabilität der Ausfuhr bedeuten. Er hat vor allem auch auf die Verschiebungen innerhalb der Ausfuhr aufmerksam gemacht.

---

[1] Von dieser Summe kommen auf die britischen Besitzungen nur ca. 365 000 £. Von dem Rest 4 Mill. allein auf Ostasien.

[2] S. dessen Aufsatz: „The Excess of Imports“ im Journ. R. Statist. Society, 1899, pag. 1 ff.

Digitized by Google

Stellen wir die neun wichtigsten Posten der englischen Ausfuhrstatistik (d. h. diejenigen, deren Wert in einem der angegebenen Jahre mindestens 5 Mill. Pfd. betragen hat) zusammen, so ergiebt sich folgendes Bild:

	1885 Mill. £	1890 Mill. £	1895 Mill. £	1899 Mill. £
Baumwollfabrikate	55,1	62,1	54,5	59,5
Eisen und Stahl	21,7	31,6	19,7	28,1
Wollfabrikate	18,8	20,4	19,7	14,8
Kohlen	10,0	17,8	14,6	21,7
Baumwollgarn	11,9	12,3	9,3	8,1
Maschinen (einschl. Dampf-)	11,1	16,4	15,1	18,7
Leinenwaren	4,96	5,7	5,4	5,1
Wollengarn	4,4	4,1	5,4	4,8
Kleidungsstücke	4,2	5,0	4,5	4,6
Zusammen	142,2	173,4	148,2	165,4
Das sind von der ganzen Ausfuhr	67 %	66 %	65½ %	63 %[1]

Die großen Hauptartikel bilden also einen abnehmenden Teil der ganzen Ausfuhr. Es zeigt sich eine sinkende Tendenz bei der Textilindustrie, eine stark steigende bei der Ausfuhr von Kohlen und Maschinen.

Im allgemeinen kann man sagen: Ein Druck auf die Exportindustrie ist vor allem da vorhanden, wo Konkurrenz am leichtesten entsteht, wo der Großbetrieb am einfachsten sich ausbildet. Bei einer Reihe einfacher Produkte und Massenfabrikate schwindet die alte Suprematie Englands. In der Textilindustrie ist das vor allem sichtbar. Nimmt die Ausfuhr von Garnen und Stoffen ab wegen Entstehens heimischer Industrien in den Absatzländern, so wächst dafür die Ausfuhr von Maschinen. Daher das wachsende Interesse an der Metall- und Maschinenindustrie, die bei der Ausfuhr immer mehr in den Vordergrund tritt. Sucht man aus der Ausfuhrstatistik von 1899 alle hierhergehörigen Posten zusammen, so ergiebt sich eine Summe von mindesten 72⅛ Mill. Pfd., gleich 27⅛ Prozent der Ausfuhr.

Ist derart in den letzten Jahren die Kohlen-, Metall- und Maschinenindustrie in den Vordergrund des Interesses getreten, so begreift sich die

[1] Für 1899 kommen dazu noch Schiffe mit 9,2 Mill. Pfd. Zieht man diese Zahl von der Hauptsumme der Ausfuhr ab, so ergiebt sich für obige neun Artikel ein Anteil von 64,8 %.

Digitized by Google

ernste Sorge, die mit ganz andrer Schwere, als das „Made in Germany", die Engländer ergreift wegen des plötzlichen Vordringens der amerikanischen Konkurrenz auf diesem Gebiete. Auch dem großen Publikum hat die Lieferung der Atbarabrücke durch ein amerikanisches Werk in einer Frist, auf welche englische Werke sich nicht einließen, zu denken gegeben, und jede Bestellung von Lokomotiven, Eisenbahnwagen oder Schienen, die aus dem britischen Reiche nach den Vereinigten Staaten geht, wird mit ängstlicher Sorge registriert[1] und die Voraussagen von Stanley Jevons über den zu erwartenden Rückgang von Englands Handelssuprematie finden erneute Beachtung.

In der That: Englands Außenhandel hat nicht so zugenommen, wie der anderer Länder. Englands Vorsprung ist geringer geworden, und man muß sich mit dem Gedanken abfinden, daß die Tage der unbestrittenen gewerblichen Suprematie vorbei sind. „Wir können nicht in alle Ewigkeit Baumwolle für die ganze Welt spinnen." Daß diese Erkenntnis etwas spät kommt und schmerzlich empfunden wird, ist begreiflich. Wenn Gastrell seufzt „the good old days are gone" und dann doch von „undue and unnecessary encroachment" spricht, so hat er damit weitverbreiteten Gefühlen Ausdruck gegeben. Selbst in dem stolzen Hinweis auf die ungeheure Suprematie der englischen Schiffahrt, von der Giffen den Jahresertrag auf 70—80 Millionen Pfd. berechnet, mischen sich Sorgen wegen der zunehmenden Zahl der Ausländer unter der Besatzung, wegen des Aufstrebens der deutschen Flotte, wegen der amerikanischen Pläne.

III.

Die Klagen über Rückgang und Stagnation der englischen Ausfuhr, maßlos übertrieben wie sie waren, sind angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre stiller geworden.

Aber verstummt ist der ganze Lärm nicht, und wenn der jetzt zu erwartende wirtschaftliche Rückschlag kommt, wird er, wie ich glaube, stärker als je werden. Es wäre unrecht, den Grund dafür nur in der Mißgunst gegenüber neu aufstrebenden Konkurrenten zu suchen, in jenem bekannten insularen, mißbilligenden Staunen des naiven Briten, des heute vielberufenen „Man in the street", darüber, daß Menschen so gegen ihre eigenen Interessen handeln können, andere als englische Waren zu kaufen.

[1] Über „American Engineering Competition" brachten die „Times" im Frühjahr 1900 eine Reihe überaus interessanter Berichte.

Digitized by Google

Die Wortführer, die den Schrecken vor dem „Made in Germany“ so eifrig kultivieren, verfolgen damit ausgesprochen pädagogische Zwecke. Wie man in Frankreich Bücher veröffentlicht über den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands und über die Superiorität der Angelsachsen, so hat man in den letzten Jahren in England von der Gefahr der deutschen Konkurrenz schier endlos gesprochen und geschrieben, um das englische Volk aufzurütteln, um die Gründung von technischen und von Handelsschulen zu fördern und überhaupt die Jugend für den Konkurrenzkampf besser auszurüsten. Und in einem so thatkräftigen und zähen Volke, wie Engländer und Schotten sind, wird ein Erfolg dieser Agitation nicht ausbleiben.

So waschechte Freihändler wie Sir Will. Harcourt haben sich an dieser „pädagogischen“ Agitation beteiligt (vgl. seine Rede im Rathaus von Dundee 2. Dezember 1897), die den britischen Fabrikanten und Kaufmann veranlassen soll — um ein Wort Professor Marshalls zu gebrauchen — to put more mind into exports.

So hat man die Errichtung von Handelsschulen gefordert, mit der wunderlichen Begründung, daß die Fortschritte Deutschlands seiner Überlegenheit in „commercial education“ zuzuschreiben seien [1]. Seit dem Ende der achtziger Jahre haben die großen Handelskammern (so London, Liverpool, Bristol, schon früher Edinburgh) Handelsschulkurse eingerichtet. Das ist freilich alles, wie in England in diesen Dingen üblich, zusammenhangs- und systemlos. Die in England regelmäßig vorgebrachten Klagen über die mangelhafte Vorbildung der jungen Kaufleute wird der gebildete Deutsche nicht mit dem Fehlen von Handelsschulen, sondern mit dem elenden Zustand der englischen Mittelschulbildung in Zusammenhang bringen und mit dem Überwuchern des Sports, über das ja auch von Lord Rosebery, von Bryce und Anderen neuerdings geklagt worden ist.

IV.

Die Aufregung über die fremde Konkurrenz hat aber noch tiefer liegende Gründe und die Agitation hat weiterreichende Ziele,

[1] In Deutschland braucht man nicht hervorzuheben, daß diese Meinung aus falschen Vorstellungen über die technischen und die Realschulen entstanden ist. Erst in neuester Zeit sucht man in Deutschland die englischen Vorstellungen wahr zu machen. Mit Recht hat der englische Konsul in Stettin im Gegensatz dazu auf die deutsche allgemeine und Mittelschulbildung hingewiesen. (Angeführt von Sir A. Rollitt auf dem letzten Kongreß der Handelskammern. Proceedings S. 70.)

Digitized by Google

als jene pädagogischen. Und das scheint mir das für den gegenwärtigen Augenblick Bemerkenswerteste zu sein. Für den korrekten Manchesterstandpunkt war ja aller Weisheit Schluß: „to buy in the cheapest and to sell in the dearest market.“ Das hat auch heute noch seine Anhänger, und die Abgeordneten aus Manchester auf dem letzten Handelskammerkongreß haben sich nachdrücklich dazu bekannt. Aber mehr und mehr regen sich diejenigen, welche davon nicht befriedigt sind, regt sich ein Gesamtstaatsgefühl, welches Unbehagen empfindet, daß dieser Grundsatz zur Verminderung der Handelsumsätze innerhalb des britischen Reichs führen könne, und so entsteht die Forderung, von jenem Satze abzugehen, wenn dadurch der Zusammenhalt der Glieder des Reichs gefördert werden könne. Die allgemeine imperialistische Strömung macht sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete geltend. Von hier aus ist eine weitergehende Änderung der britischen Handelspolitik denkbar. Rückkehr zum Schutzzoll, um den inneren englischen Markt zu schützen, fordert niemand, der ernst zu nehmen wäre. Selbst vom Standpunkt der durch auswärtige Konkurrenz schwer bedrängten Landwirtschaft aus nicht mehr. Der Bericht der R. Commission on Agriculture 1897 fordert keine schutzzöllnerischen Maßnahmen. Und der Rat der Landwirtschaftskammern hat am 6. März 1900 einen Antrag J. Lowthers mit 23 gegen 8 Stimmen abgelehnt, der dagegen Protest erhob, daß der einheimische Ackerbau mit schweren Steuern belegt sei, während von den fremden Konkurrenten keine Abgabe erhoben werde.

Die Reichspolitik dagegen ist der Boden, auf dem principielle Wandlungen der englischen Handelspolitik erwachsen können. Hier ist den Symptomen nachzugehen.

Allerdings, die von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Vorstöße der Fair Traders, wie Sir Howard Vincent, J. Lowther und Anderer, Parlamentsbeschlüsse in ihrem Sinne herbeizuführen, sind bisher nicht nur dann abgelehnt oder alsbald zurückgezogen, wenn sie einen allgemein schutzzöllnerischen Charakter trugen. Es ist nicht anders gewesen bei den Anträgen, zu Gunsten von kolonialen Produkten die Zölle zu differenzieren, z. B. auf Thee oder auf Wein (bei Gelegenheit der Erhöhung des Weinzolles 1899)[1]. Solche Versuche haben nur zu Erklärungen geführt, wie der des Handelsministers Ritchie in der Unterhaussitzung vom 16. Februar

[1] Von dieser Maßregel wird übrigens behauptet, daß sie gegen Frankreich gerichtet sei, als Antwort auf die Schädigung des englischen Handels in Madagaskar. Ein eigentlicher Beweis für diese Behauptung läßt sich wohl nicht erbringen.

Digitized by Google

1899, daß „protection not within the range of practical politics“ sei. Nicht anders ging es mit einem Antrag im Oberhaus (Februar 1899), daß nur ein britischer Unterthan Führer eines britischen Schiffs sein dürfe.

Soweit ist man einstweilen nicht. Aber es ist doch in einer ganzen Reihe von kleineren Maßregeln ein Abweichen von dem Geiste zu bemerken, der bis 1895 die Haltung der englischen Regierung in Angelegenheiten des auswärtigen Handels bestimmte.

So war unter den Klagen über die fremde Konkurrenz eine, der man 1897 nachgab, über die Einfuhr von Gegenständen, die in ausländischen Gefängnissen hergestellt würden. Ob diese ausländische Gefängnisarbeit den freien Arbeitern in England, die Bürsten, Matten und dergl. herstellen, wirklich bemerkenswerte Konkurrenz mache, wurde nicht recht festgestellt. Aber jedenfalls verbot die Prison-made Goods Act die Einfuhr solcher Waren. Von der Ausführung des Gesetzes[1] hat man nachher nicht viel gehört. Wie sollte auch bei der Einfuhr solcher Waren in England festgestellt werden, wer sie angefertigt hat.

Die aus veterinärpolizeilichen Gründen erfolgenden Beschränkungen der Einfuhr von lebendem Vieh (Schlachtung unmittelbar nach der Landung) haben in den neunziger Jahren immer weitergehende Anwendung gefunden. Principiell liegt die Sache nicht anders als früher[2]. Der Schutz des englischen Viehstandes gegen „free trade in disease“ ist nach wie vor der einzige ostensibele Grund. Wie weit schutzzöllnerische Hintergedanken mitspielen, mag dahingestellt sein. Übrigens wünscht man in den Kreisen der englischen Viehzüchter, daß die betreffenden Verbote nicht mehr, wie bisher, auf dem Wege der Verordnung (auf Grund der gesetzlichen Ermächtigung), die jeder neue Vorsitzende des Landwirtschaftsamtes aufheben könne, sondern durch direkte allgemeine Gesetzesvorschrift erfolgen möge. Daß man in Canada Erleichterungen zu Gunsten der canadischen Viehausfuhr wünscht, braucht kaum bemerkt zu werden.

Neu aber sind positive Maßregeln zur Pflege des Außenhandels über die herkömmliche Berichterstattung durch die Konsuln hinaus[3]. Man hat deren Thätigkeit zunächst zu ergänzen gesucht durch Anstellung von Han-

[1] Lord Farrer nannte es in seiner Ansprache in der Jahresversammlung des Cobden Clubs am 30. November 1897 „one of the worst bits of truckling to the worst of trade union prejudices that they had ever experienced“.

[2] Vergl. Fuchs, a. a. O. S. 84 ff.

[3] Die Klage, daß die Konsuln nicht thätig genug seien „to push trade“, waren schon in den 80er Jahren unter englischen Kaufleuten im Auslande verbreitet.

Digitized by Google

delsattachés in Berlin (zugleich für Skandinavien und Holland), Paris (zugleich für Belgien und die Schweiz), Wien (zugleich für Italien) und Madrid (zugleich für Portugal). Man hat 1898 in das südamerikanische Handelsgebiet einen Specialberichterstatter geschickt. Dann hat man kürzlich versuchsweise auf zwei Jahre Handelsagenten den diplomatischen Vertretungen in Rußland, der Schweiz, den Vereinigten Staaten und Centralamerika beigegeben, deren Aufgabe sein soll „zu beobachten und zu berichten über Handel, Industrie und Produkte besonderer Gegenden und Anfragen über Handelsanlegenheiten zu beantworten". Für solche Auskünfte ist ein eingehender Gebührentarif aufgestellt.

Noch weiter vom Herkömmlichen entfernt sich die Errichtung einer Handelsauskunftsstelle im Handelsamt. Im Juli 1897 berief der Präsident des Handelsamts einen Ausschuß von Beamten und Vertretern der Handelsinteressen, um zu beraten 1. über die beste Art, schnell und sorgfältig Informationen über Handelssachen zu sammeln und zu verbreiten, und 2. über die Sammlung von Mustern, namentlich von fremden, mit britischen Erzeugnissen konkurrierenden Waren. Der Ausschuß empfahl die Errichtung eines Amtes im Handelsministerium, welches eine Centralstelle für die Sammlung aller Art von Nachrichten, betreffend den Handel, werden und soweit möglich Auskünfte in Handelssachen geben sollte. Daraufhin ist am 23. Oktober 1899 eine Handelsauskunftsstelle unter dem Namen „the Intelligence Branch of the Commercial Department of the Board of Trade" eröffnet worden. Die für das Publikum bestimmten allgemeinen Nachrichten werden im Board of Trade Journal veröffentlicht, das seit Anfang 1900 wöchentlich erscheint (zu dem billigen Preise von 1 d.)[1]. Die Sammlung und Verwertung von Warenmustern soll demnächst folgen[2].

Daß das prunkvolle „Imperial Institute", als dessen eine Hauptaufgabe gedacht war, daß es eine Handelsauskunftsstelle, wenigstens für die Gebiete innerhalb des britischen Reichs, sein sollte, im wesentlichen ein Mißerfolg ist (einen großen Teil seiner Räume hat es neuerdings der Londoner Universität überlassen), sei nebenher erwähnt.

---

[1] Seit dem März 1900 giebt übrigens das Handelsamt auch eine neue Monatspublikation heraus mit der monatlichen Statistik des auswärtigen Handels von acht fremden Hauptländern, von Indien und von Canada.

[2] Vergl. über die neue Auskunftsstelle auch die „Schriften des Ausschusses für die Errichtung einer Reichshandelsstelle", herausgeg. von W. Wendlandt, Nr. 4 (Berlin 1900), S. 30—34.

Digitized by Google

V.

Eine alte Streitfrage in der englischen Handelspolitik ist die, welche Stellung das Vereinigte Königreich zu den Ausfuhrprämien für Zucker einnehmen solle. Die verschiedenen Ansichten stehen sich noch heute ebenso gegenüber, wie sie Fuchs (a. a. O. S. 80) geschildert hat. Auf der einen Seite stehen diejenigen, welche im Interesse der englischen Zuckerraffinerien und der Rohrzuckerproduzenten in englischen Kolonien, namentlich in Westindien, die Prämien bekämpft zu sehen wünschen durch Einführung eines Ausgleichszolles oder durch ein auf Grund internationaler Übereinkunft einzuführendes Verbot der Einfuhr von Prämienzucker. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, welche sich des billigen Zuckerpreises für die englischen Konsumenten und die zuckerverbrauchende Jam-Biscuit- ꝛc. Industrie freuen, wie er durch die Prämienwirtschaft herbeigeführt wurde. Praktisch auf demselben Standpunkt stehen diejenigen, welche die Zuckerprämien allerdings für schädlich halten, aber Kampfmaßregeln Englands verwerfen.

Auf die Freihandelslehre berufen sich alle: die einen indem sie in den Prämien eine Störung der natürlichen Konkurrenzbedingungen erblicken, die beseitigt werden müsse, die andern indem sie jede positive zollpolitische Maßregel verwerfen und erklären: „that it is the giving of the bounties and not the receiving of them which violates Free Trade principles[1].“

Wie die Argumente, so sind auch die Vorkämpfer die gleichen geblieben, auf Seite der Zuckerinteressenten Sir Nevile Lubbock nnd George Martineau[2], auf der Seite der Gegner die radikalen Freihändler. Nur einer ist diesen untreu geworden und hat seinen ablehnenden Standpunkt verlassen: Joseph Chamberlain. Und gerade der Abfall dieses Einen von der reinen Lehre ist wichtig, des Mannes, der seit 1895 die Interessen der Kolonien zu vertreten übernommen hatte in einer Weise, wie vor ihm kein Kolonialminister.

---

[1] W. H. Holland M.P., Vertreter der Handelskammer von Manchester auf dem letzten Handelskammerkongreß. Dafür mußte er sich von einem Parlamentskollegen, Sir Thomas Sutherland, sagen lassen, daß, wer sich an so unrecht erworbenem Gewinne freue, eben nicht besser sei als ein Hehler. Diese kleine Probe möge zeigen, wie heftig die Gegensätze bei dieser Gelegenheit auf einander platzten.

[2] Vergl. dessen Aufsatz im Journ. R. Statist. Society 1899, pag. 296 ff.: „The statistical aspect of the Sugar Question“ und die Debatte darüber.

Digitized by Google

Nachdem 1889 die englische Regierung ihren eigenen Gesetzentwurf hatte fallen lassen, der die Bestimmungen des Vertrags von 1888 verwirklichen sollte, war die Diskussion ruhiger geworden. Aber das erneute Sinken der Zuckerpreise seit 1893 und die Erhöhung der Ausfuhrprämien in den wichtigsten Rübenzuckerländern 1896/97 verstärkte die Klagen in den Kolonien. Insbesondere in Westindien wurde die wirtschaftliche Lage immer schwieriger. Eine königliche Kommission, bestehend aus Sir Henry Norman, Sir Edw. Grey und Sir David Barbour, wurde 1897 mit der Aufgabe betraut, die Lage Westindiens zu prüfen und darüber, sowie über die Mittel zur Abhilfe zu berichten. Dieser Bericht, Anfang Oktober 1897 erschienen, entwarf ein düsteres Bild von den westindischen Zuständen. War die Lage in den einzelnen Kolonien auch sehr verschieden: die Hauptsache war doch der niedrige Preis des Zuckers, der so lange das weitaus wichtigste Produkt der Inseln gewesen war. Angesichts der so sehr gestiegenen Zuckerproduktion der ganzen Welt waren auch die Kommissare der Meinung, daß die Aufhebung der Prämien den alten Wohlstand nicht wieder herstellen würde. Aber sie würde ermöglichen, den jetzigen Zuckerbau am Leben zu erhalten. Die Regierung solle die Beseitigung der Prämien selbst um den Preis „einiger Opfer" erstreben. Aber nur einer der Kommissare, Sir Henry Norman, fand den Mut, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und die Einführung von Ausgleichszöllen zu empfehlen. Seine beiden Kollegen sprachen sich dagegen aus, den englischen Konsumenten ein Opfer von vielleicht 2 Millionen Pfund aufzulegen. Der Gedanke liegt nahe, daß man billiger wegkommt, wenn man auf die 250 000 Tonnen westindischer Zuckerproduktion eine Produktionsprämie legt — etwa von einem Pfund für die Tonne. Dieser Vorschlag wurde aber von der Kommission einstimmig abgelehnt.

Die sonstigen Vorschläge der Kommission, wie den westindischen Kolonien geholfen werden sollte, hier zu erörtern, würde zu weit führen und kann um so eher unterbleiben, als ein großer Teil unter dem Druck wichtiger Ereignisse bisher unausgeführt geblieben ist. Bemerkenswert sind sie aber insofern, als der neue Geist der Kolonialverwaltung und die Abkehr von dem Grundsatz des laissez faire aus ihnen spricht[1].

[1] Die Hauptvorschläge sind: Schaffung eines (farbigen) grundbesitzenden Kleinbauernstandes, Entwicklung mannigfaltigerer Landwirtschaftszweige, Verbesserung des Verkehrs mit dem Weltmarkt und der Inseln untereinander, Förderung des Obstabsatzes in England und den Verein. Staaten, Errichtung genossenschaftlicher Zuckerfabriken, direkte Geldunterstützung einiger Kolonien.

Digitized by Google

Der Streit um die Einführung von Ausgleichszöllen war in England natürlich aufs neue angefacht. Neben den grundsätzlich Ablehnenden scheinen mir dabei diejenigen häufiger geworden zu sein, die die Bekämpfung der Prämien nicht mehr grundsätzlich, sondern mit der Motivierung ablehnen, daß die Wirkung von Ausgleichszöllen gar nicht vorauszusehen sei[1]. Den Befürwortern des Kampfes ist natürlich zu Hilfe gekommen die Einführung von Ausgleichszöllen in den Vereinigten Staaten. Dadurch ist auch der Absatz westindischen Zuckers wieder erleichtert, von dem drei Viertel jetzt nach den Vereinigten Staaten gehen. Aber diese Abhängigkeit vom amerikanischen Markt ruft schwere Bedenken für die Zukunft hervor. Wie ein Alp lastet auf den Westindiern die Sorge, daß in einigen Jahren ihnen diese einzige Thür verschlossen werde, wenn amerikanisches Kapital und amerikanische Intelligenz die Zuckerproduktion von Cuba und Puertorico erst wieder genügend hochgebracht haben würden. So wenden sich die Blicke doch wieder hilfesuchend nach dem britischen Reiche. Daß in diesem von Canada aus zuerst eine hilfreiche Hand ausgestreckt ist durch die Ermäßigung des Zolls auf westindischen Zucker um 25 % (jetzt 33⅓ %) seit dem 1. August 1898, und zwar ohne jede Gegenleistung, wird weiterhin zu besprechen sein. Inzwischen sucht man den amerikanischen Markt zu sichern und weitere Vorteile gegenüber dem Rübenzucker zu erlangen durch den Abschluß von vier *Gegenseitigkeitsverträgen*, der im Sommer 1899 zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und andrerseits Britisch-Guyana, Jamaica, Trinidad und Barbados erfolgte[2]. Danach sollte gegen

[1] Die Furcht vor der Verteuerung des Zuckers, wenn die Prämien beseitigt würden, suchen die Anhänger der Ausgleichszölle meist zu beschwichtigen mit der Behauptung, daß Zucker nicht teurer werden würde. Auf den Einwand, was dann die ganze Sache den westindischen Pflanzern nützen würde, wird dann geantwortet: nicht höhere Preise, sondern Sicherheit gegen immer neue Beunruhigung verlange man. Dann würde der Kredit der Westindier sich heben, Kapital und Unternehmungslust sich der dortigen Zuckerindustrie zuwenden und ihr ermöglichen, veraltete Methoden der Zuckergewinnung zu verlassen. So z. B. auch Lord *Selborne*, Unterstaatssekretär der Kolonien (jetzt Marineminister) in einer Rede im März 1899. — Daß wenigstens für eine Anzahl von Kolonien nicht nur die Prämien als Grund der Notlage angesehen werden dürfen, dafür unter vielen Zeugnissen das des Verwaltungsberichts des Kolonialsekretärs von Barbados für das letzte Jahr: „alte Maschinen, alte Methoden, hoffnungslose Verschuldung, übermäßige Bevölkerung im Kampf mit jeder Art modernen Fortschritts, mit allen Hilfsmitteln des Kapitals und der Unterstützung der Prämien."

[2] Einen fünften Vertrag schlossen die Bermudas ab, die Zollermäßigung für ihre Gemüse erhielten.

Digitized by Google

gewisse Zollherabsetzungen in diesen Kolonien der Zucker zu einem um ein Achtel ermäßigten Zoll in den Vereinigten Staaten zugelassen werden, was einen Vorteil von 17—18 sh. für die Tonne bedeutet. Diese Verträge sind aber bisher nicht ins Leben getreten. In Trinidad ist der Vertrag verworfen, für die anderen Kolonien ist die Ratifikation verschoben.

Im Mutterlande hatte man sich inzwischen an dem neuen Versuch beteiligt, durch internationale Vereinbarung die Prämien zu beseitigen. Nachdem aber die Brüsseler Konferenz von 1898 ohne einen Erfolg zu erzielen sich vertagte, nahmen die Zuckerinteressenten ihre Agitation in England wieder auf. Ihr Antrag, der den Abschluß eines internationalen Vertrages zum Zwecke des Ausschlusses von Prämienzucker aus den vertragschließenden Ländern befürwortete, wurde von den Associated Chambers of Commerce im Herbst 1899 mit 51 gegen 29 Stimmen, im März 1900 mit 42 gegen 25 Stimmen abgelehnt, auf dem Handelskammerkongreß im Juni 1900 dagegen „mit großer Mehrheit" angenommen, nachdem Manchester vergeblich versucht hatte die Angelegenheit für eine intern englische zu erklären, über welche die kolonialen Handelskammern nicht mit abstimmen sollten.

Inzwischen ist in einem anderen Teile des britischen Reiches eine wichtige Entscheidung gefallen: durch Gesetz vom 20. März 1899 wurde nach rascher Behandlung im Gesetzgebenden Rat die Regierung Britisch-Ostindiens ermächtigt, auf Waren, welche im Ursprungsland Ausfuhrprämien erhalten haben, Zuschlagszölle zu legen. Auf Grund dessen wurden dann Zollsätze für Prämienzucker nach amerikanischem Vorbild eingeführt, z. B. für deutschen Zucker in Broten (deutsche Prämie 3,55 Mk. für den Doppelcentner) 1 R. 6 A. pro Cwt., was am 15. Dezember 1899 übrigens auf 1 R. 4 A. 7 P. herabgesetzt worden ist. Damit waren plötzlich die viel umstrittenen Ausgleichszölle von der Regierung in einem Gebiete eingeführt, wo sie der Zustimmung des Parlaments nicht bedurfte. Das kam um so überraschender, als noch im Mai 1898 der Gesetzgebende Rat in Indien sich gegen Ausgleichszölle ausgesprochen hatte. Schon im November 1898 tauchten Notizen in der Presse auf, daß die Einfuhr von Prämienzucker in alarmierender Weise zunehme und die indische Zuckerproduktion ernstlich in ihrer Existenz bedrohe. Zur Begründung der Maßregel wurde auf folgende Zahlen hingewiesen:

Digitized by Google

	Mit Zuckerrohr bebaute Fläche 1000 acres	Zuckereinfuhr 1000 cwts			
		im ganzen	davon aus Deutschland[1]	aus Österreich	aus Mauritius
1893/94	2897	2128	189	12	1362
1894/95	2765	2490	275	7	1753
1895/96	2931	2731	718	5	1572
1896/97	2652	2861	759	116	1669
1897/98	2678	4609	1203	946	1778

Diese Zahlen sollten zeigen, daß der Prämienzucker die indische Landwirtschaft sowie die Staatseinnahmen bedrohe. Die öffentliche Meinung in England wurde damit beschwichtigt, der englische Markt werde gar nicht berührt. Höchstens werde durch die Ausschließung des Prämienzuckers aus Indien der Zucker noch billiger. Auch würde, da es sich thatsächlich nur um raffinierten Zucker handle, der Verbrauch der großen Masse der Bevölkerung Indiens nicht verteuert. Denn diese verzehren nichtraffinierten einheimischen Zucker. Die Abgabe treffe nur die Wohlhabenden. Dagegen behaupteten Gegner der Maßregel, sie sei nur im Interesse der Raffineure, nicht der Bauern, getroffen, sowie im Interesse der Zuckerpflanzer in Mauritius. Diese hatten in der That noch in den achtziger Jahren erklärt, daß sie an der Zuckerprämienfrage kein Interesse hätten, da ihnen der durch das stetige Sinken des Silberpreises geschützte indische Markt sicher sei. Inzwischen hatte die Rupie einen so gut wie stabilen Goldwert erhalten und um dieselbe Zeit hatte das neue Sinken der Zuckerpreise und das Eindringen des Rübenzuckers in das mauritianische Absatzgebiet begonnen. So war man dort ernsthaft alarmiert und wandte sich um Hilfe an die starke

[1] Die deutsche Statistik ergiebt ganz abweichende Zahlen. Danach sind nach Britisch-Indien ausgeführt in den Kalenderjahren:

	Kandis u. Zucker in Broten	anderer Zucker
1893	81 408 dz	— dz
1894	47 993 dz	660 dz
1895	88 827 dz	3050 dz
1896	67 029 dz	— dz
1897	188 958 dz	753 dz
1898	79 023 dz	1847 dz
1899	8 676 dz	2123 dz

Ein Teil des in Indien aus Deutschland eingeführten Zuckers wird aus dem Hamburger Freihafen oder über dritte Länder gekommen sein — falls die indischen Zahlen richtig sind.

Digitized by Google

Hand des neuen Kolonialministers. In der That erweckt die veröffentlichte Korrespondenz betreffend die Einführung der Zuckerausgleichszölle in Indien den Eindruck, als ob auch hier wieder die treibende Kraft Herr Chamberlain gewesen wäre, der die Bitten der mauritianischen Pflanzer um Ausgleichszölle dem Staatssekretär für Indien so dringend empfahl, daß dieser den Vizekönig drängte, möglichst rasch nach amerikanischem Muster vorzugehen[1]. In der That war Eile nötig, wenn man die gute Gelegenheit der hohen Einfuhrzahlen von 1897/98 ausnützen wollte. Mindestens der Regierung mußte doch schon bekannt sein, daß schon die Zahlen für 1898/99, vor der Einführung der Zölle, die Einfuhr von 1897/98 als eine vorübergehende Erscheinung erkennen ließen. War aus Deutschland 1897/98 für 12 788 000 R. Zucker in Indien eingeführt, so waren es 1898/99 nur noch für 4 348 000 R., ein Drittel! (Aus Mauritius dagegen für 18 557 000 R., gegen 15 660 000 im Jahre 1897/98.) Die offizielle Argumentation stellt den ganzen Zusammenhang der Zahlen doch wohl auf den Kopf. Nicht die wachsende Zuckereinfuhr hat eine Verminderung der mit Zucker bebauten Fläche veranlaßt, sondern die furchtbare Dürre von 1896 hat einen Rückgang des Zuckerbaus zur Folge gehabt[2]. Ging doch die ganze unter Kultur befindliche Fläche überhaupt erheblich zurück. Die Verminderung der inländischen Zuckerproduktion hat dann einen vorübergehenden stärkeren Import von Prämienzucker ermöglicht. Daß unter dem Einfluß des Ausgleichszolles die Einfuhr von Rübenzucker stark abgenommen hat, ist natürlich.

Daß die Zuckereinfuhr neben der inländischen Produktion, die auf $2^1/_2$ Millionen Tonnen geschätzt wird, ernstlich in Betracht komme, ist von den Gegnern der Maßregel ebenso bestritten, wie die Behauptung, daß die Zustimmung in Indien allgemein sei[3].

---

[1] Vergl. den „Economist" vom 13. Mai 1899 und die Rede Macleans in der Unterhaussitzung vom 15. Juni 1899. Daß der indische Staatssekretär, Lord Geo. Hamilton, bestreitet, von Herrn Chamberlain getrieben zu sein, ist selbstverständlich.

[2] Der Zuckerrohrbau hängt vielfach ab von der Möglichkeit der Bewässerung. — Den Zusammenhang mit der Dürre macht auch die Thatsache wahrscheinlich, daß im Punjab die mit Rohr bestellte Fläche nicht abnahm und daß dies erklärt wird mit „the rapid opening-up of canals" in einem Artikel der „Times" (9. März 1899), der lebhaft für die Ausgleichszölle eintritt.

[3] Man hat noch auf andere Weise die Zuckerzölle mit der deutschen Konkurrenz in Verbindung zu bringen versucht: Die Produktion von künstlichem Indigo in Deutschland dränge den Indigobau in Indien zurück und die geschädigten Indigobauern sollten in der Zuckerkultur Ersatz finden.

Digitized by Google

Einerlei aber, welche Bedeutung die Einführung von Ausgleichszöllen für Indien hat: das Bemerkenswerteste dabei ist, daß eine englische Regierung diesen Schritt gethan hat. Bei den radikalen Freihändlern hat sie damit große Aufregung hervorgerufen, und das ganz begreiflicherweise. Die „Times" (W. ed. 31./3. 1899) hat diesen erklärt, es handle sich nicht nur um die alte Streitfrage: Freihandel oder Schutzzoll. Vielmehr um die neue und höchst verwickelte, inwieweit es zweckmäßig für Großbritannien sei, seine volkswirtschaftlichen Ansichten entfernten Besitzungen aufzudrängen. Man muß anerkennen, daß Indien gegenüber dies in der That ein neuer Standpunkt ist.

Man erinnere sich nur der bisherigen Zollpolitik in Bezug auf Baumwollwaren. Auf Verlangen des Unterhauses resp. der englischen Interessenten waren von 1877—82 gegen den Widerspruch des Legislative Council die indischen Baumwollzölle aufgehoben. Als 1893 die allgemeine Verzollung der Einfuhr wieder eingeführt wurde, blieben die Baumwollfabrikate frei. Und als auch diese 1894 der Zollpflicht unterworfen wurden, geschah das nur unter gleichzeitiger Einführung einer Accise auf die inländische Fabrikation von Baumwollwaren. Das geschah nicht aus Rücksicht auf die Indier, sondern rein der englischen Fabrikanten wegen. Wenn jetzt die Vertreter von Manchester gegen die Ausgleichszölle auftreten, so wird ihnen nicht ohne Hohn entgegengehalten, damals sei ja auch eine Ausgleichsabgabe eingeführt worden, um der Freihandelslehre entsprechend die natürlichen Konkurrenzbedingungen zu erhalten. Damals habe das Parlament auf das Drängen der Herren aus Manchester und zu ihrem Vorteil das Princip der Ausgleichsabgaben gutgeheißen[1].

Als es am 15. Juni 1899 im englischen Unterhause zu grundsätzlicher Aussprache über die indischen Ausgleichszölle kam, stellte sich die Regierung entschieden auf den Standpunkt, daß ihre Einführung der Indier wegen erfolgt sei. Chamberlain erklärte, die Opposition richte sich thatsächlich gegen die Interessen Indiens. Es sei zu befürchten, daß an manchen Stellen der Wunsch bestehe, das alte Handelssystem wieder zu beleben, unter welchem die Interessen der Kolonien den Interessen britischer Konsumenten und Produzenten untergeordnet worden seien. Gegenüber den entschiedenen Freihändlern konnte man keinen bittereren Hohn aussprechen. Die ganze Verhandlung war höchst bemerkenswert. Die Opposition stellte sich auf den principiellen Standpunkt und, während der Staatssekretär für

[1] Vergl. z. B. die Verhandlungen auf dem letzten Handelskammerkongreß und verschiedene Artikel der „Times" aus dem März 1899.

Digitized by Google

Indien im wesentlichen die Zweckmäßigkeit der Maßregel verteidigte, ging Chamberlain als eigentlicher Vertreter der neuen Politik auf die Grundfragen ein. Ausfuhrprämien seien die schlimmste Form der Protektion, weil sie Handel und Gewerbe anderer Länder angreifen. Ausgleichszölle gegen Prämien bedeuteten keine Verletzung der Freihandelslehre, die durch Annotatoren, Kommentatoren und falsche Propheten verdorben sei. Der Antrag, die Königin um Aufhebung des indischen Zollgesetzes zu bitten, wurde „amid cheers" mit 293 gegen 152 Stimmen verworfen. Die Bedeutung dieser Abstimmung für die zukünftige Stellungnahme gegenüber den Zuckerprämien ergiebt sich daraus, daß Chamberlain erklärt hatte, er hoffe, daß damit eine endgültige Entscheidung über das Princip der Einführung von Ausgleichszöllen getroffen werde, während Sir H. Campbell-Bannermann, der Führer der Opposition, darauf erwidert hatte, daß die Absicht der Regierung, Ausgleichszölle auch in England einzuführen, klar geworden sei. Man gewinnt in der That den Eindruck, daß die Einführung in Indien ein Fühler der britischen Regierung gewesen ist. Und dadurch würde sie erst Bedeutung erlangen. Denn der Preisdruck, den die Prämien auf den Weltmarkt üben und der der eigentliche Anlaß zu allen Klagen ist, wird durch die Ausgleichszölle in Indien nicht gemildert. Da die Mehrheit der Regierung gefolgt ist, war die weitere Verfolgung des eingeschlagenen Weges wahrscheinlich. Auch in diesem Falle hat der Krieg weitere Maßregeln, wenn sie wirklich beabsichtigt waren, aufgeschoben. Von dem neuen Parlament kann man erst recht annehmen, daß es der Regierung folgen wird, wenn diese entschieden gegen die Prämienwirtschaft vorgeht.

Die Bedeutung, welche das für die Zucker produzierenden Länder und insbesondere für Deutschland haben würde, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Ausgleichszölle in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, den beiden größten Zuckermärkten, würden die Masse der Ausfuhrprämien in die amerikanischen und die englischen Staatskassen leiten und damit das ganze Prämienwesen vollends sinnlos machen. Das für Deutschland dringend zu ersehnende Ziel der gänzlichen Beseitigung der Prämien würde erreicht werden. Und ob Herr Chamberlain dieses selbe Ziel auf geraden oder krummen Wegen erreicht, kann uns gleichgültig sein. Bis dahin ist aber die Erhebung der Ausgleichszölle in Indien nichts sehr Erfreuliches für uns [1].

[1] Wie sie in Indien wirken, ist wohl kaum schon zu erkennen. Der „Economist" (4. August 1900) teilt aus dem amtlichen Bericht über den indischen Außenhandel

Digitized by Google

VI.

In der Art, wie die Haltung der britischen Regierung gegenüber den Zuckerprämien sich geändert hat, zeigt sich der ganze Wandel, der sich in dem Geist der englischen Handelspolitik vollzieht. Der Wandel kommt aus dem Verhältnis zu den Kolonien.

Lange herrschte gegenüber den Kolonien der Geist des Gehenlassens. Eine „policy of drift“ hat man die englische Kolonialpolitik mit Recht genannt. Wie englische Politiker in raschem Wechsel das Staatssekretariat für die Kolonien übernahmen, nur um einen Sitz im Kabinett zu haben, nicht weil sie ein besonderes Verständnis für die Verwaltung der Kolonien besessen hätten, so gab es auch keine stetige, zielbewußte, positive Kolonialpolitik. Mit dem herrschenden Geist der Manchesterschule hätte eine solche ja auch zu sehr in Widerspruch gestanden. Und die Schwierigkeiten und Reibungen, die jeder Kolonialbesitz mit sich bringt, nahm man so schwer, daß man geradezu den Augenblick herbeisehnte, in welchem man die Kolonien sich selbst überlassen könne und von jeder Verantwortung frei wäre. Nicht bloß erwartete man, daß die großen Siedlungskolonien die erlangte Autonomie zu allmählicher völliger Loslösung benutzen würden. Auch für das Verhältnis zu den Kronkolonien ist bezeichnend jene neuerdings oft angeführte Resolution eines Unterhausausschusses vom Jahre 1865, betreffend die Westküste von Afrika. Dadurch wurde nicht nur für unzweckmäßig erklärt, weitere Gebiete zu erwerben und die britische Regierungs- und Schutzgewalt auszudehnen, sondern als das Ziel der britischen Politik aufgestellt, den Eingeborenen mehr und mehr die Regierungsgewalt zu übergeben und sich selbst aus allen oder den meisten westafrikanischen Kolonien zurückzuziehen.

Das hat sich nicht nur als unthunlich erwiesen. Gerade in Afrika hat man ja in neuerer Zeit, etwa seit dem Aschantikriege von 1873, die britische Herrschaft über immer weitere Strecken ausgedehnt. Dabei handelt es sich zum Teil nur um Grenzabsteckungen, Sicherung von Gebiet für die Zukunft — pegging out claims for posterity, wie Jos. Chamberlain am 18. September 1898 im konservativen Klub in Manchester sagte. Aber seit einer der bedeutendsten Staatsmänner des modernen Englands das Kolonialministerium übernommen hat, nicht zur Aushilfe und vorübergehend, sondern um dauernd dort zu wirken, ist auch die Richtung auf positive

1899/1900 mit, daß die Wirkung auf die Einfuhr schwer abzuschätzen sei und noch schwerer, ob die Abgabe den Raffinerien Vorteil verschafft habe.

Digitized by Google

Thätigkeit in Downing Street eingekehrt. Als Programm der „neuen Politik" hat Chamberlain alsbald nach seinem Amtsantritt aufgestellt, daß die Domänen (estates), welche das Schicksal dem englischen Volke verliehen habe, entwickelt werden müßten. Es ist gegen alle Tradition der vergangenen Jahrzehnte, wenn der englische Staat nun mit positiver Thätigkeit und finanziellem Aufwand dieses Programm zu verwirklichen und manche Kolonien zu unterstützen begonnen hat. So wurden erhebliche Staatsmittel für den Bau einer Eisenbahn nach Uganda bewilligt, die bald ihr Ziel erreicht haben wird[1], sowie für die Unterstützung einiger notleidender westindischer Kolonien (zum Zwecke des Wegebaus und von Bauernansiedelung). Im Sommer 1899 ist die Einrichtung eines Kolonial-Darlehen-Fonds genehmigt, aus welchem den kleineren Kolonien Darlehen für produktive Anlagen gemacht werden. In derselben Weise, wie für kommunale Körperschaften in England, wird hier für die Kolonien der billige Kredit des englischen Staates nutzbar gemacht[2].

Auch Maßregeln, wie die oben (S. 126) besprochene Umfrage über fremde Konkurrenz in den Kolonien oder die Einsetzung einer Kommission zur Förderung des Studiums der Tropenkrankheiten[3] sind ein Abfall von der bisherigen Tradition. Wenn schon immer Subventionen für regelmäßige Postschiffahrt gegeben sind, so geht es doch über das Herkömmliche hinaus und entspricht der neuen Entwicklungspolitik, wenn eine subventionierte Dampferlinie vom 16. Januar 1901 an ins Leben tritt, die eigens dem Obstexport Westindiens nach Großbritannien dienen soll[4].

Mit der thatkräftigeren Politik hängt auch zusammen, daß die als merkwürdiger Anachronismus wieder aufgetauchten privilegierten Compagnien zur Verwaltung überseeischer Besitzungen wieder verschwinden. Diese

[1] Die im Frühjahr 1900 bewilligten 1 930 000 £ bringen die Gesamtsumme auf fast 5 Millionen Pfd. Übrigens stammt der Entschluß, die Eisenbahn zu bauen, schon von dem vorigen Ministerium.

[2] Es wurden für zwölf Kolonien zusammen 3 351 820 £ bewilligt.

[3] Vergl. die bemerkenswerte Rede Chamberlains am 10. Mai 1899 über die Errichtung der Londoner Schule der tropischen Medizin.

[4] Die Schiffe werden von Jamaica nach Southampton fahren, sollen anfangs 3000, später 5000 Tonnen groß sein, 15 Knoten laufen und besonders für den Obsttransport, namentlich den von Bananen, eingerichtet sein. Auch sind den Unternehmern (Elder, Dempster & Co.) noch besondere Leistungen für die Hebung der Obstkultur in Jamaica auferlegt. Die Subvention wird jährlich 30 000 £, später 40 000 £ betragen. — Wegen Errichtung weiterer, von der königl. Kommission für Westindien empfohlener Linien (nach Canada und zwischen den einzelnen Inseln) wird, soviel ich weiß, noch verhandelt.

Digitized by Google

Form der Koloniengründung hatte sich in den achtziger Jahren als Notbehelf aufgedrängt, als man bei der Aufteilung Afrikas die Hand auf große Gebiete legen wollte, ohne doch bereit zu sein, für ihre Erschließung etwas zu thun. Jetzt, da der englische Staat zu positiver Kolonialpolitik wieder übergegangen ist, kann man eine Zwischeninstanz entbehren, die viel Unbequemlichkeiten im Gefolge hatte. So ist zuerst der Besitz der Ostafrikanischen, 1899 der der Niger-Gesellschaft in direkte Staatsverwaltung übergegangen, und wenn erst in Südafrika wieder geordnete Zustände herrschen, muß früher oder später der Augenblick kommen, wo auch die Südafrikanische Gesellschaft die Regierungsgewalt und die damit verbundenen Lasten an den Staat abgiebt.

VII.

Wenn in England von den Kolonien schlechtweg die Rede ist, so denkt man zunächst und vor allem an die großen, in gemäßigtem Klima liegenden *Gebiete mit weißer ackerbauender Bevölkerung und autonomer Verfassung*. Von diesen galt ja besonders jene Theorie von der naturnotwendigen Loslösung vom Mutterstamme. Und bekanntlich sah man in solcher Auflösung des Reiches nicht einmal etwas besonders Bedauerliches. Lag die Bedeutung der Kolonien nur darin, daß sie Märkte für den Absatz britischer Fabrikate waren, so war man sicher diesen Zustand zu erhalten, da ja der heimische Freihandel mit siegreicher Kraft in der ganzen Welt zur Geltung kommen mußte. Es ist ebenso bekannt, daß die Dinge gerade den umgekehrten Gang genommen haben. Die Kolonien haben das leichte politische Band, das sie mit dem Mutterlande verknüpfte, nicht zerrissen. Sie sind heute im Gegenteil loyaler als je, und wenn das vor einigen Jahren in Deutschland noch gern bezweifelt wurde, so haben es die Ereignisse des letzten Jahres wohl auch denen klar gemacht, welche nur die in England vor dreißig Jahren herrschenden Ansichten kannten.

Dagegen ist der freie Verkehr Englands mit den autonomen Kolonien nicht ungestört geblieben. Seit den siebziger Jahren sind Canada und die meisten australischen Kolonien zum Schutzzoll übergegangen, zur Verteidigung heimischer Produktionsinteressen gegen fremde Konkurrenz, *auch* wenn sie vom Mutterlande ausgeht. Selbst die Kolonie, welche die Fahne des Freihandels allein hochhielt, Neu-Süd-Wales, ging 1892 zum Schutzzoll über, der allerdings schon 1895 dem Freihandel wieder Platz machte. In Südafrika dagegen bestehen wohl hohe Zölle, doch kann man von einem eigentlichen bewußten Schutzsystem nicht reden.

Digitized by Google

Als nun, von einem kleinen Häuflein rühriger Männer ausgehend, jene Strömung, die man heute Imperialismus nennt, sich in immer breiteren Kreisen und mit immer wachsender Kraft verbreitete, bis in unseren Tagen ein hervorragender Politiker erklären konnte: „we are all Imperialists now“ [1], da mußte diese neue Bewegung, wie alle anderen, so auch die Beziehungen des Handels zwischen Mutterland und Tochterstaaten ergreifen. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf den Imperialismus als solchen näher einzugehen. Neben den Zusammenhängen rein menschlicher und geistiger Natur, neben den politischen Fragen, wie ein einheitlicher Wille des Reichs (Verfassung, Rechtsleben), neben den militärischen Fragen, wie eine wirksamere Verteidigung des Reichs hergestellt werden könnte, mußten die wirtschaftlichen Beziehungen immer mehr die Beachtung auf sich ziehen und zwar in doppelter Richtung: als Mittel, um jene anderen Zwecke zu fördern, und an und für sich.

In jener Hinsicht handelt es sich einerseits um die engere Verbindung durch beschleunigten, verbilligten und ganz in britischem Machtbereich sich bewegenden Verkehr [2], andererseits um die Beschaffung der Geldmittel für gemeinschaftliche Zwecke. Wenn man sich erinnert, wie eng immer die handels- und zollpolitischen Maßregeln mit dem Zustand der Finanzen des Vereinigten Königreichs zusammengehangen haben, zur Zeit der Peelschen Reformen wie bei Abschluß des französischen Handelsvertrags 1860, so wird die Bedeutung dieses Punktes klar genug [3].

Darüber hinaus aber ist den entschlossenen Imperialisten die Förderung der Handelsbeziehungen innerhalb des Reichs Selbstzweck. Der Weg dazu ist freilich nicht klar, so wenig wie in den Verfassungsfragen. Wenn Manchen der Übergang der autonomen Kolonien zum Freihandel als der beste Weg erscheinen will, so ist das erstens praktisch gegenstandslos, da die Kolonien das doch nicht thun, und zweitens ist den Zielen der entschlossenen Imperialisten damit nicht gedient, da sie eben engere Handelsbeziehungen zwischen den Teilen des Reichs als mit dem Auslande wünschen. Und alle diejenigen, welche auf die wachsende Konkurrenz der fremden Staaten hinweisen, thun das gerade, weil sie die zukunftsreichen Märkte der Kolonien mit ihrem relativ (d. h. pro Kopf)

[1] Lord Rosebery am 5. Mai 1899 im City of London Liberal Club.

[2] Transpazifisches Kabel, Kabelverstaatlichung; Schnelldampferlinien; Überlandverbindung durch Britisch-Amerika, durch Afrika vom Kap nach Cairo; Imperial Penny Postage (seit Weihnachten 1898).

[3] In dem Beitrag des Herrn Hewins ist deutlich darauf hingewiesen.

Digitized by Google

großen Verbrauch von Fabrikaten der englischen Industrie sichern wollen. Und umgekehrt möchten die Ackerbauprodukte ausführenden Canadier auf dem großen Markte des Vereinigten Königreichs nicht der ungebrochenen Konkurrenz der Vereinigten Staaten, Argentiniens u. s. w. begegnen.

So käme man denn zur gegenseitigen Begünstigung, und „reciprocal trade“ ist in der That eine Forderung, der man immer häufiger begegnet. Nun ist eine Begünstigung der englischen Einfuhr in die Kolonien wohl denkbar und leicht durchführbar. Aber wie soll England die Kolonien begünstigen? Differentielle Zollbehandlung ist nur bei der geringen Zahl zollpflichtiger Waren möglich. Wirksame Begünstigung würde also voraussetzen, daß England Zölle auf die Einfuhr aus fremden Ländern legt, entweder allgemein (wie nach dem Hofmeyrschen Vorschlag von 1897) oder auf eine bestimmte Zahl von Waren, bei denen die Begünstigung den Produzenten in den Kolonien wesentliche Vorteile verschaffen würde. Ob man sich diese Zölle nun hoch oder niedrig denkt, jedenfalls würde ihre Einführung nicht nur einen vollständigen Umsturz der bisherigen Handelspolitik bedeuten, sondern auch die Gefahr einer Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen oder der gewerblichen Produktion, da die Kolonien eben fast nur an Zöllen auf die Masseneinfuhr von Lebensmitteln (Korn, Fleisch, Butter, Käse) und gewerblichen Rohstoffen Interesse haben würden. So ist begreiflich, wenn von englischer Seite, und zwar von keinem geringeren als Chamberlain selbst, der Gedanke ausgesprochen ist, daß man in England zur Einführung solcher Zölle sich nur dann entschließen könne, wenn ein sehr großer Vorteil dem gegenüberstünde: die Zollfreiheit für britische Produkte in den Kolonien. Das wäre mit anderen Worten ein Zollverein mit freiem Handel innerhalb des Reichs, mit Zöllen nach außen, die jeder Teil selbständig auflegen würde. Für einen solchen Zollverein mit, wenn auch niedrigen, Zöllen auf Lebensmittel und Rohstoffe wäre nun nicht bloß die öffentliche Meinung in England, vor allem die der Arbeiterschaft, zu gewinnen. Die Kolonien ihrerseits müßten ihre bisher geschützte einheimische Industrie der Konkurrenz der englischen preisgeben. Und sie würden, da ihre Einnahmen zu einem sehr großen Teil aus Zöllen fließen, in große Finanzschwierigkeiten kommen. Denn von der jetzt zollpflichtigen Einfuhr würde der große Teil, der aus dem britischen Reiche kommt, zollfrei werden und dann den zollpflichtig bleibenden Teil aus fremden Ländern noch weiter zurückdrängen[1].

[1] Eingehender sind all diese Pläne in meinen oben angeführten Aufsätzen besprochen.

Digitized by Google

Chamberlain hat, natürlich nicht in amtlicher Eigenschaft, den Gedanken des Reichszollvereins zuerst auf dem Handelskammerkongreß von 1896 zur Diskussion gestellt. Daß er damit auf lebhaften Widerspruch stieß, ist begreiflich[1]. Doch hat er die Erörterung des Planes nicht sogleich aufgegeben. Bei der Konferenz mit den Premierministern der Kolonien im Juni und Juli 1897 ist der Vorschlag aufs neue zur Sprache gekommen. Der veröffentlichte Text der Ansprache Chamberlains enthält nur einen sehr vorsichtigen Hinweis auf die „lehrreiche und interessante Geschichte" des deutschen Zollvereins. Eine so weitgehende Zolleinigung zu erreichen, würde eine äußerst schwierige und verwickelte Aufgabe sein. Er wolle nicht selbst Vorschläge machen, sondern die Ansichten der Minister der Kolonien hören. Auf einer Konferenz der australischen Premiers sei der Vorschlag gemacht, eine Untersuchungskommission einzusetzen, um festzustellen, in welcher Weise engere Handelsbeziehungen im Reiche hergestellt werden könnten. Wenn die Minister der anderen Kolonien diesen Wunsch teilten, so würde die englische Regierung sich gern an der Untersuchung beteiligen und die nötigen Vorkehrungen dazu treffen.

In den Konferenzen selbst, über die Berichte nicht veröffentlicht sind, scheint Chamberlain aber weiter gegangen zu sein. In dem Hauptorgan der canadischen Regierungspartei, dem „Globe" von Toronto, wurde im November 1897 erzählt, daß Chamberlain bei der Konferenz thatsächlich seinen bekannten Vorschlag den Ministern gemacht habe, daß Sir W. Laurier, der canadische Premier, ihn aber aus Rücksicht auf die canadische Industrie und die canadischen Finanzen für undurchführbar erklärt habe. Chamberlain hätte dagegen von der Einführung von Unterschiedszöllen in England ohne vollen Freihandel mit den Kolonien gesagt, daß er einen solchen Vorschlag nicht mit der Feuerzange anrühren würde.

Wie dem auch sei: die Premierminister sind nicht einmal auf die Einsetzung einer Untersuchungskommission eingegangen. Sie versprachen nur, mit ihren Kollegen darüber zu beraten, ob eine Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen Mutterland und Kolonien durch eine Begünstigung

[1] Doch war dieser Widerspruch nicht so allgemein, wie das öfter in Deutschland behauptet ist. Die großen Zeitschriften haben eine Anzahl zustimmender Aufsätze gebracht, z. B. von John B. C. Kershaw, „The Future of British Trade", in Fortnightly Review 1897, Bd. 62; H. Birchenough, „Englands Opportunity", in Nineteenth Century 1897, Juliheft; C. R. Faraday, „Some Economic Aspects of the Imperial Idea", in Fortnightly Review 1898, Bd. 64 („customs union the ideal of all Imperialists").

Digitized by Google

der Produkte des Vereinigten Königreichs seitens der Kolonien mit Sicherheit herbeigeführt werden könnte.

Jedenfalls war der Zollvereinsplan für den Augenblick abgethan[1], wenn sein Urheber auch noch am 18. Januar 1898 erklärte (auf einem Diner der Liverpooler Handelskammer), er halte den Reichszollverein für gar nicht so absurd, wie einige Nationalökonomen gemeint hätten. In der Unterhaussitzung vom 3. April 1900 hat er sich aber nachdrücklicher von dem Plane losgesagt, den er gar nicht selbst vorgeschlagen, sondern als einen möglichen Vorschlag erörtert habe.

VIII.

Liegen Zollbegünstigungen der Kolonien in Großbritannien noch nicht im Bereich der augenblicklich praktischen Politik, so steht es anders mit Begünstigungen Englands in den Kolonien. Canada, die älteste und volkreichste der Siedlungskolonien, ist hier in einer Weise vorangegangen, die in England selbst die größte Begeisterung hervorgerufen hat, umsomehr als hier der erste offene Schritt geschah, nachdem die Diskussion über die engeren Handelsbeziehungen sich ganz festgerannt hatte, da man in England von den Kolonien, in den Kolonien von England den ersten Schritt und greifbare Vorschläge forderte.

In Canada war die konservative schutzzöllnerische Partei lange am Ruder gewesen, die mit besonderer Energie, wenn auch ohne Erfolg, gegenseitige Begünstigung von England gefordert hatte. Als die Wahlen von 1896 den freihändlerischen Liberalen die Mehrheit verschafften und ihr Führer Wilfrid Laurier an die Spitze des neuen Ministeriums trat, erschien als eine der ersten Aufgaben eine Umgestaltung des Zolltarifs. Nun hatten die Liberalen schon 1892 gefordert, daß die Zölle auf britische Produkte in Canada ermäßigt werden sollten, weil die Produkte Canadas in England frei eingingen. Was damals wie ein politischer Fechterstreich aussah, wurde nun doch in dem Tarif, der dem canadischen Parlament am 23. April 1897 vorgelegt wurde, zur Wirklichkeit. Der neue Tarif brachte erhebliche Ermäßigungen, namentlich für Rohstoffe und Halbfabrikate (Eisen, Stahl, Kohlen, Mais, Öl), setzte dagegen die Zölle für Fabrikate herauf. Dann

[1] In einer Rede in der Freihandelshalle zu Manchester am 1. November 1897 verspottete Lord Rosebery den Gedanken als einen „Leichnam", um ihn dann doch sehr ernstlich zu bekämpfen als undurchführbar. An bemerkenswerteren gegnerischen Stimmen sei noch erwähnt Sir Geo. Baden-Powell, „The Financial Relations of the Empire", Proceedings R. Colon. Institute 1896/97, Bd. 28, S. 306 ff.

Digitized by Google

aber enthielt er die Bestimmung, daß die Zollsätze bis zum 30. Juni 1898 um ein Achtel, von da an um ein Viertel zu Gunsten aller der Länder ermäßigt werden sollten, welche canadische Produkte frei zulassen. Die Ermäßigung um ein Viertel bedeutete, daß diese Gunstzölle, trotz der Erhöhung der Normalsätze, niedriger waren als die Sätze des vorher gültigen Tarifs von 1894/95.

Die Bedingung, um die Ermäßigung zu erhalten, erinnert auf der einen Seite an Reciprocitätsklauseln in den Tarifen anderer Länder, auf der anderen Seite klang sie überaus freihändlerisch. Thatsächlich trifft beides nicht zu. Sie war so formuliert, um die Begünstigung nur dem Vereinigten Königreich (daneben dem freihändlerischen Neusüdwales) zukommen zu lassen. Immerhin hätte jedes andere Land, das zum Freihandel übergegangen wäre, die Begünstigung auch beanspruchen können. Der englische Kolonialminister[1] wies alsbald auf die Schwierigkeiten hin, die daraus entstehen könnten (Ansprache auf der Kolonialkonferenz von 1897). Schon Anfang April 1898 kündigte im canadischen Unterhaus der Finanzminister Fielding an, daß jene Gegenseitigkeitsklausel beseitigt und dafür ausdrücklich als begünstigt das Vereinigte Königreich, Britisch-Indien, Neusüdwales und solche britische Kolonien, welche Canada entsprechend günstig behandeln, und außerdem Britisch-Westindien erklärt würden, obgleich letzteres diese Bedingung nicht erfüllen könne[2]. Zugleich wurde, um Westindien einen besonderen Vorteil zu gewähren, für Zucker, der bisher mit Tabak und Spirituosen von der Begünstigung ausgenommen war, die Differenzierung gewährt, indem gleichzeitig der Normalsatz für Rohzucker von 50 auf 65½ Cents, für raffinierten Zucker von 1 Doll. auf 1,25 Doll. für den Centner erhöht wurde. Zucker, der ganz aus Rohzucker aus irgend einer britischen Besitzung hergestellt ist, wird gleichfalls begünstigt.

Der letzte Schritt in dieser Richtung ist die Erhöhung der Begünstigung von 25 auf 33⅓ Prozent, die am 23. März 1900 in der Budgetrede des Finanzministers angekündigt[3], am 1. Juli in Kraft getreten ist.

---

[1] Inwieweit er bei dem ganzen Hergang die treibende Kraft gewesen ist, entzieht sich bisher der Kenntnis. Jedenfalls ist die canadische Maßregel erfolgt in Einvernehmen mit ihm.

[2] Diese Änderung scheint merkwürdigerweise in Deutschland bei den zahlreichen Erörterungen der canadischen Tarifpolitik ganz übersehen zu sein.

[3] Was aus dem der Kolonie Trinidad gleichzeitig gemachten Vorschlag geworden ist, alle Produkte gegenseitig frei zuzulassen, außer Tabak und Spirituosen, ist mir unbekannt.

Digitized by Google

IX.

Ehe diese ganze Politik ins Leben treten und wirksam werden konnte, waren aber gewisse Hindernisse zu überwinden. Das ganze Princip differentieller Zollbehandlung war bis vor kurzem den maßgebenden Stellen in England als unzulässig erschienen. War sie doch den australischen Kolonien sogar durch ihre Verfassung verboten. Erst 1895, als Folge der Kolonialkonferenz zu Ottawa im Jahre 1894, wurde ihnen Begünstigung anderer englischer Kolonien gestattet[1]. Zollbegünstigung des Mutterlandes in den Kolonien fand aber ein rechtliches Hindernis in den mit Belgien und mit dem deutschen Zollverein 1862 und 1865 abgeschlossenen Handelsverträgen, welche bestimmten, daß Erzeugnisse dieser Länder in den britischen Kolonien und Besitzungen keinen höheren oder anderen Eingangsabgaben unterliegen sollten, als die gleichartigen Erzeugnisse des Vereinigten Königreichs. Seit dem ersten Aufkommen der Bestrebungen nach engeren Handelsbeziehungen im britischen Reiche war naturgemäß die Aufhebung dieses Hindernisses, die Beseitigung dieser Bestimmungen und eventuell die Kündigung der Handelsverträge gefordert worden, zuerst von Canada aus. Die Forderung wurde immer lauter erhoben mit dem Wachsen des imperialistischen Gedankens, aber die englische Regierung verhielt sich lange ablehnend. Nicht bloß der Kolonialsekretär im letzten radikalen Ministerium. Auch nach dem Wechsel des Kabinetts erklärte Lord Salisbury im Februar 1896, daß er die sonst so wertvollen Verträge nicht kündigen könne. Aber daneben wurde von Mitgliedern der neuen Regierung ausgesprochen, daß die Verträge gekündigt werden würden, wenn die Kolonien das einmütig verlangten. Der neue canadische Tarif machte eine Entscheidung nötig. Denn allseitig mußte doch, wenn auch widerstrebend, anerkannt werden, daß die beabsichtigte Begünstigung Englands in Canada ohne weiteres Deutschland und Belgien und damit, kraft der Klausel der meistbegünstigten Nation, einer ganzen Reihe anderer Staaten zu gute komme.

Auf der Kolonialkonferenz von 1897 forderte Chamberlain die Premiers ausdrücklich auf, sich darüber auszusprechen, ob sie nach Erwägung aller möglichen Folgen die Kündigung der Verträge wünschten. Der Beschluß der Premiers ging dahin, daß sie „einstimmig und ernstlich" die baldige Kündigung aller Verträge empfahlen, welche engere Handels-

[1] Daraufhin wurden mehrere Gegenseitigkeitsverträge zwischen englischen Kolonien abgeschlossen, aber nicht ratifiziert. Diese der Reichseinheit gefährliche Politik ist dann nicht weiter fortgesetzt.

Digitized by Google

beziehungen zwischen Großbritannien und seinen Kolonien hinderten (hamper). Daraufhin wurden am 30. Juli 1897 die Verträge gekündigt[1] und liefen am 30. Juli 1898 ab.

Der canadische Zollabschlag konnte bis dahin nicht auf England beschränkt werden, weshalb auch die Ermäßigung von 12½ auf 25 Prozent vom 1. Juli auf den 1. August 1898 verschoben wurde.

Seit dem 30. Juli 1898 besteht zwischen England und Deutschland ein provisorischer Zustand. Es ist bekannt, daß zwischen beiden Ländern über den Abschluß eines neuen Vertrags verhandelt wird. England hatte sich bei der Kündigung dazu bereit erklärt, da man ja nur den Artikel 7 los werden und die Kolonien überhaupt nicht binden wollte[2]. Deutscherseits ist man offenbar nicht geneigt, vertragsmäßig anzuerkennen, daß man die ein Drittel Jahrhundert genossene Gleichstellung mit England in dessen Kolonien ohne weiteres aufgeben kann. Man hat es in Deutschland hingenommen, daß Frankreich zur Zollbegünstigung des Mutterlandes in den Kolonien zurückgekehrt ist. Am Verkehr mit den englischen Kolonien bestehen aber sehr viel größere Interessen. Von den autonomen Kolonien muß man es freilich hinnehmen. Aber eine differentielle Behandlung in den direkt abhängigen Kronkolonien und Besitzungen kann man sich nicht ohne weiteres gefallen lassen.

Daß man in Deutschland auf der anderen Seite zurückscheut, extreme Maßregeln zu ergreifen, mit dem britischen Reich in einen Zollkrieg zu treten, ist nur zu begreiflich. Bei dem Umfang der gegenseitigen Beziehungen würden zahlreiche deutsche Interessen leiden. Und die Gefahr einer stärkeren Absperrung des britischen Reichs nach außen würde dadurch nur verstärkt werden.

So hat die deutsche Regierung sich vom Reichstag von Jahr zu Jahr ermächtigen lassen, Großbritannien und seine Besitzungen auf dem Fuße der Meistbegünstigung zu behandeln. Davon ist Canada selbstverständlich ausgeschlossen[3].

---

[1] Die ganze subtile Frage, ob ein britischer Reichszollverein angesichts der Verträge möglich gewesen wäre, ist damit gegenstandslos geworden.

[2] Seit etwa 1880 werden in die Handelsverträge, die England abgeschlossen hat, die Kolonien nur einbezogen, soweit sie es wünschen.

[3] Seit Ende 1899 auch Barbados, nachdem dies in seinem Zolltarif vom 26. Juni 1899 an gewissen Ermäßigungen, welche den Verein. Staaten und Großbritannien und seinen Besitzungen eingeräumt sind, nur solche Staaten teilnehmen läßt, welchen vertragsmäßig das Meistbegünstigungsrecht gegenüber dem Verein. Königreich zukommt.

Digitized by Google

X.

Wenn man in Canada seit langer Zeit für die Aufhebung der Bestimmungen des deutschen und des belgischen Handelsvertrages agitierte, welche eine Begünstigung des Mutterlandes hinderten, so bestand doch an sich keine besondere Handelsfeindseligkeit gegen diese Länder. Der Verkehr mit ihnen war vergleichsweise unbedeutend, wenn er auch gegen frühere Zeiten zugenommen hatte. Die Differenzierung der Einfuhrzölle war dagegen unmittelbar gerichtet gegen den großen unbequemen Nachbar im Süden, aus dem die Hälfte der canadischen Einfuhren stammte.

Die zahlreichen Reibungen, die sich aus der Nachbarschaft Canadas und der Vereinigten Staaten naturgemäß ergeben, haben mit dem Mac Kinley-Tarif von 1890 eine immer größere Schärfe angenommen. Die Erschwerung der canadischen Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten hatte direkt die Strömung gefördert, die handelspolitischen Anschluß an England erstrebte. Die alte Hinneigung zur großen Republik ist dadurch allmählich erstickt worden. Das amerikanische Liebeswerben um Reciprocität findet in Canada heute keinen Anklang mehr. Zu dem alten Streit wegen des Robbenfangs im Behringsmeer ist durch die Golderentdeckungen in Klondyke ein neuer Zwist über den Verlauf der Grenze zwischen Alaska und dem canadischen Gebiet getreten. Die handelspolitische Erbitterung hat sogar die höchst sonderbare Folge gehabt, daß die canadischen Provinzen auf eigene Faust Verkehrsbeschränkungen eingeführt haben. Daß in Britisch-Columbien Anfang 1899 ein Gesetz in Kraft getreten ist, das Ausländern verbietet, Bergwerkseigentum zu erwerben, hat in der Union böses Blut gemacht. Noch merkwürdiger sind die Vorgänge in Ontario. Seitdem die Wälder südlich von den großen Seen sich mehr und mehr lichten, werden die ungeheuren Holzvorräte Canadas wichtig für die Industrie der Vereinigten Staaten, für die Sägemühlen Michigans, für die amerikanischen Holzstoffabriken. Der MacKinley-Tarif hatte auf gesägtes Holz (2 Doll. per 1000 Fuß) und auf Holzstoff einen Schutzzoll gelegt. Darauf antwortete Canada mit einem Ausfuhrzoll auf unverarbeitetes Nutzholz (von 1 Doll. per 1000 Fuß). Da man in Michigan das canadische Holz brauchte, so kam man überein, daß der Zoll auf bearbeitetes Nutzholz in der Union auf die Hälfte herabgesetzt werden sollte, wofür Canada seinen Ausfuhrzoll aufhob. Als aber die erste Wahl MacKinleys zum Präsidenten erneute Verstärkung des Schutzzolles zur Folge hatte, wurde der alte amerikanische Einfuhrzoll wieder hergestellt und gleich bestimmt, daß bei Auflegung eines canadischen Ausfuhrzolles die Einfuhrzölle auf gesägtes Holz

Digitized by Google

und auf Holzstoff um den gleichen Betrag sich erhöhen würden. Inzwischen hatten aber die Sägemüller in Michigan den Holzbestand von großen Flächen Kronlands in Ontario gekauft und nun fuhr die Provinzialregierung von Ontario dazwischen (1898) und verbot Holz von Kronländereien außerhalb der Provinz zu bearbeiten. Die Regierung von Quebec ihrerseits erhebt vom Schlagen von Holz für die Holzstofffabriken eine erhebliche Abgabe, von der der größte Teil zurückvergütet wird, wenn das Holz in der Provinz verarbeitet wird. Die Regierung des Dominion, welche den freien Verkehr im eigenen Gebiet bedroht sieht, hat vergeblich protestiert. Und in Canada ist eine starke Strömung, welche den wichtigen Rohstoff ganz zur Verarbeitung im eigenen Lande zurückbehalten, ihn den Amerikanern abschneiden möchte.

Der Versuch, der 1898 gemacht wurde, durch eine englisch-amerikanische Kommission alle diese Streitpunkte beizulegen, ist gänzlich gescheitert. Die Kommissare sind im Februar 1899 unverrichteter Dinge auseinandergegangen und die handelspolitische Verbitterung ist in Canada größer als vorher.

XI.

Eine endgültige Meinung schon jetzt darüber zu äußern, wie die Begünstigung Englands im canadischen Zolltarif gewirkt hat, ist wohl kaum möglich. Die Ziffern der englischen Einfuhr haben in der Zeit seit Inkrafttreten der Begünstigung zugenommen, nachdem sie bis 1896/97 abgenommen hatten. Ebenso hat die Ausfuhr nach dem Vereinigten Königreich sich stark vermehrt. Aber diese Zunahme ist erfolgt in einer Zeit allgemein aufsteigender Konjunktur, in welcher der canadische Außenhandel eine Höhe erreicht hat, wie nie zuvor. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten in das Dominion ist sogar noch viel stärker gewachsen als die aus England[1]. In einer ganzen Reihe wichtiger Waren konkurriert England mit den Vereinigten Staaten teils überhaupt nicht, teils nur in geringem Umfange. Dahin gehören Rohstoffe, wie Rohtabak, Mais, Petro-

[1] Alles in 1000 £.

	Einfuhr aus			
	Groß-britannien	den Verein. Staaten		Englische Ausfuhr nach Kanada
1895/96	6777	12 036	1895	5 285
1896/97	6043	12 668	1896	5 352
1897/98	6678	16 172	1897	5 172
1898/99	7412	18 601	1898	5 838
1899/1900	8958	20 800	1899	6 970

Digitized by Google

leum, Leinsaat und anderes. (Über die Hälfte der canadischen Einfuhr aus den Vereinigten Staaten ist zollfrei.) Bei der Ähnlichkeit des Wirtschaftslebens in Canada und der angrenzenden Reihe von Unionsstaaten ist naturgemäß die amerikanische Industrie besser in der Lage, den canadischen Bedarf zu versorgen, als die englische, z. B. an landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, Wagen u. s. w. Es wird auch behauptet, die englischen Fabrikanten hätten bisher um den Geschmack und den Bedarf der Canadier sich wenig gekümmert. Überhaupt muß aber der Vorteil der benachbarten Lage sich geltend machen, wo die Amerikaner zu billigen Preisen konkurrieren können, wie neuerdings in Eisen und Stahl. Wie der Wettkampf zwischen Engländern und Amerikanern auf dem canadischen Markte sich gestaltet, wird sich ganz erst zeigen, wenn die gegenwärtige Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten vorbeigegangen ist und die amerikanische Industrie, weniger durch den inländischen Markt in Anspruch genommen, den Absatz im Auslande zu forcieren suchen wird.

Besonderes Interesse hat für uns die Frage, wie sich der Handel zwischen Canada und Deutschland entwickelt hat unter dem Einfluß der beiderseitigen Differenzierung. Die allgemeinen Zahlen haben sich nach der deutschen Statistik folgendermaßen gestaltet:

	Einfuhr aus Canada in 1000 Mk.	Ausfuhr nach Canada in 1000 Mk.
1895	2078	16 324
1896	2954	15 302
1897	4177	16 757
1898	5882	23 910
1899	4249	23 731

Vergleichen wir für die letzten Jahre die wichtigsten Posten, so finden wir, daß mit einem Teil der Veränderungen die Zollpolitik gar nichts zu thun haben kann. So wenn bei der Einfuhr Asbest und Nickelmetalle stark ab-, Eisenerze zugenommen haben. Im ganzen ist die Einfuhr zollfreier Waren von 1898 auf 1899 von 1,4 auf 2,7 Millionen Mark gewachsen. Dagegen sind die zollpflichtigen Waren von 4,5 auf 1,5 Millionen Mark gesunken. Die Einfuhr von Getreide, die nicht unbeträchtlich war, ist fast verschwunden. An Weizen, Roggen, Hafer, Buchweizen und Mais wurden 1898 29 440 t im Werte von 3 248 000 Mk. eingeführt, 1899 nur noch 667 t im Werte von 82 000 Mk. Wenn das vorausgesehen werden konnte, so ist um so überraschender, daß die Differenzierung der Waren deutschen Ursprungs die Ausfuhr aus Deutschland nach Canada

Digitized by Google

dem Gesamtwerte nach unverändert gelassen hat. Verminderung der Ausfuhr bei manchen Waren steht Vermehrung bei anderen gegenüber. Doch ist nicht außer acht zu lassen, daß die Preise von 1899 höher waren als die von 1898. Der wichtigste deutsche Ausfuhrartikel im Verkehr mit Canada ist Rohzucker. 1894—96 waren davon durchschnittlich 13 373 t ausgeführt. Dagegen waren es

1897	21 747 t	im Werte von	3 860 000 Mk.
1898	45 749 t	" "	8 340 000 "
1899	40 095 t	" "	7 939 000 "

Von der großen Zunahme des Jahres 1898 ist also 1899 nur ein kleiner Teil verloren gegangen und die Ausfuhr von 1899 ist noch weitaus größer, als die irgend eines Jahres vor 1898 [1].

Im Verkehr zwischen Deutschland und Canada ist also eine wesentliche Wirkung der canadischen Unterschiedszölle bisher nicht zu bemerken gewesen, wohl aber eine solche der deutschen Vergeltungsmaßregeln.

Ob dieser überraschende Erfolg in Canada Eindruck machen wird, ist wohl zu bezweifeln. Für den Augenblick hat die canadische Regierung das Glück gehabt, daß ihre neue Politik mit dem großen „boom" zusammentraf. Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte nach Deutschland ist ja ganz unbedeutend neben der Ausfuhr nach England, wo sie gewaltige Fortschritte gemacht hat, Fortschritte, die in den Verein. Staaten einige Besorgnis hervorgerufen haben. Die canadische Regierung hat eine systematische Thätigkeit entfaltet, das britische Publikum mit canadischen Produkten zu versehen, sie hat die canadischen Farmer belehrt, sie hat den Transport von Butter, Käse, Eiern, Obst, Fleisch in Kühlräumen auf alle Weise gefördert, durch Prämien an Molkereien, durch Subvention entsprechend eingerichteter

---

[1] Wie viel Zucker außerdem aus dem Hamburger Freihafen nach Canada gegangen ist, läßt sich nicht sagen. Nach der canadischen Statistik ist Rohzucker eingeführt im Werte von

	überhaupt	davon aus Deutschland
1897/98	4 668 000 Doll.	1 776 000 Doll.
1898/99	5 233 000 Doll.	2 699 000 Doll.

Nach der Hamburger Statistik ist von dort Rohzucker nach Britisch-Nordamerika ausgeführt:

1898	37 385 t	im Werte von	7 259 200 Mk.
1899	46 995 t	" "	10 067 600 Mk.

Digitized by Google

Dampfschiffe[1]. Der Erfolg ist ganz erheblich gewesen. In England wurde aus Canada eingeführt für folgende Werte (in 1000 Pfd.):

	Frisches Rindfleisch	Butter	Käse	Eier	Äpfel, frische
1895	16	153	2336	157	278
1899	178	1114	3014	235	471
1899 } aus allen Ländern {	7345	17214	5503	5044	1186

Im ganzen ging von der canadischen Ausfuhr bis zum Anfang der neunziger Jahre etwa die Hälfte nach Großbritannien, in der letzten Zeit waren es fast zwei Drittel.

Der große Aufschwung macht es auch begreiflich, daß die neue Handelspolitik der canadischen Regierung bei den Neuwahlen vom Herbst 1900 nicht stärkere Anfechtung erfahren hat Die Konservativen haben Laurier heftig angegriffen, weil er die englische Ausfuhr begünstigt habe, ohne eine Begünstigung canadischer Produkte in England zu erlangen. Nach Zeitungsberichten zu urteilen, haben sie aber schon während des Wahlfeldzugs diesen Punkt mehr in den Hintergrund treten lassen. Die Wahlen vom 7. November 1900 haben dem Ministerium Laurier eine neue große Mehrheit gebracht. Wie in England, so ist auch in Canada die „neue Politik" von der Mehrheit der Wähler bestätigt, so daß in dieser Hinsicht kein Hindernis besteht, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen.

XII.

Die große Frage ist nun die: wird das canadische Beispiel auch in anderen Kolonien befolgt und eine Zollbegünstigung der anderen Teile des Reichs, vor allem des Mutterlandes, eingeführt werden, also eine Begünstigung, die über die thatsächlich vorhandene[2] noch hinausgeht?

---

[1] Vergl. die Berichte des amerikan. Konsuls in Liverpool hierüber, ausgegeben Washington 29. August 1900. — Es mag auch an die erfolgreiche Vorführung im Kälteraum konservierter canadischer Produkte aus dem Jahre 1899 auf der Pariser Weltausstellung erinnert werden.

[2] Ein sehr hübsches Beispiel für diese findet sich in dem Blaubuch, betr. die fremde Konkurrenz in den Kolonien, S. 577, wo aus Indien berichtet wird, am 8. Jan. 1891 sei angeordnet „that for public purposes only English Metal should be purchased in consequence of the inferiority of continental iron and steel". Die Begünstigung des nationalen Produkts, aus der man in England anderen Völkern so gern einen Vorwurf macht, sucht man verschämt mit dem Mäntelchen angeblicher Qualitätsunterschiede zu drapieren.

Digitized by Google

Ehe die britische Regierung damit in den Kronkolonien und Indien vorgeht, muß sie ganz des Rückhalts an der öffentlichen Meinung sicher sein. Sie wird, wenn überhaupt, in dieser Richtung voraussichtlich erst vorgehen, wenn dem Beispiel Canadas die anderen autonomen Kolonien gefolgt sind. Nun sind die australische und die südafrikanische Gruppe augenblicklich in einem solchen Übergangszustande, daß sich mit Bestimmtheit über deren Handelspolitik in nächster Zeit nichts sagen läßt.

Vor dem Ausbruch des Krieges in Südafrika ist dort Einiges vor sich gegangen, was immerhin beachtenswert ist. Dem südafrikanischen Zollverein, der die Kapkolonie, Basutoland, Betschuanaland und den Oranjefreistaat umfaßte, trat am 3. Januar 1899 nach langem Zögern die Kolonie Natal bei. Und für Rhodesia setzte Herr C. Rhodes durch, was er lange betrieben hatte, die Aufnahme einer Bestimmung in den Freibrief, d. h. die Verfassung des Gebietes, daß die Zölle, die in Rhodesia von britischen Waren erhoben werden, nie höher als die zur Zeit im südafrikanischen Zollverein bestehenden sein sollen. Das war 1895 von dem liberalen Ministerium abgelehnt, das eine solche Bestimmung nur für alle Waren, nicht bloß für solche britischen Ursprungs einführen wollte. Im Jahre 1898 nahm Rhodes den Plan wieder auf. Durch Verordnung vom 25. November 1898 wurde die gewünschte Bestimmung erlassen. Sie bedeutet nicht nur die Vorbereitung für den Eintritt Rhodesias in den Zollverein[1]. Sie bedeutet auch, daß die Kolonie, im Gegensatz zu anderen Kolonien, das Recht nicht hat, sich durch hohe Zölle gegen andere Teile des britischen Reichs abzuschließen. (Die Zölle des südafrikanischen Zollvereins betragen durchschnittlich etwa neun Prozent des Werts der Waren.) Die neue Bestimmung bedeutet vor allem auch, wenn Rhodesia in den Zollverein eintreten sollte, wie erstrebt wird, daß für den Zollverein selbst eine obere Grenze der Zölle auf britische — im Gegensatz zu ausländischen — Waren festgelegt wird. Damit hat Herr Rhodes sein Ziel erreicht, daß „der Handel mit dem neuen Territorium thatsächlich für immer Großbritannien gesichert ist".

In Australien, wo seit 1895, als Neusüdwales zum Freihandel zurückkehrte, wesentliche Änderungen handelspolitischer Natur nicht stattgefunden haben, wird durch die Vereinigung des ganzen australischen Kontinents und Tasmaniens zu einem Bundesstaat eine Neuordnung aller handelspolitischen Verhältnisse nötig. Der neue Bund wird ein Handels-

[1] Im Juni 1899 beschloß der gesetzgebende Rat von Rhodesia die zollfreie Zulassung von Produkten der Kapkolonie.

Digitized by Google

gebiet bilden unter Wegfall aller Zollschranken zwischen den einzelnen Staaten. Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern gehen auf den Bund über, der davon zunächst drei Viertel den Staaten zurückgiebt, ein Viertel zur Bestreitung der Bundesausgaben behalten darf. Binnen zwei Jahren aber soll ein neuer einheitlicher Zolltarif für das ganze Bundesgebiet ins Leben treten. So wird unter den Aufgaben des neuen Bundesparlaments eine der ersten und wichtigsten die Entscheidung über die Gestaltung des neuen Tarifes in schutzzöllnerischer oder freihändlerischer Richtung sein. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, kann niemand mit Bestimmtheit voraussagen. Im allgemeinen erwartet man wohl, daß weder der Freihandel von Neusüdwales noch der Hochschutzzoll von Victoria sich durchsetzen wird, sondern ein gemäßigter Schutzzoll, der zugleich erhebliche Einnahmen liefert und so die Ausgaben für die Bundesregierung[1] und den Ausfall deckt, der durch die Befreiung des Verkehrs zwischen den Staaten entstehen wird.

Daran knüpft sich aber die weitere Frage: wird in diesem Tarif eine Begünstigung Englands nach canadischem Muster Platz finden? Daß man das in England hofft, hat auf dem Handelskammerkongreß im letzten Juni der Präsident des Handelsamtes, Herr Ritchie (jetzt Minister des Inneren) ganz offen ausgesprochen. In den Kreisen der australischen Politiker ist auch Stimmung dafür. Denn die Premierminister der Kolonien haben schon im März 1898 auf einer Konferenz zu Melbourne eine Resolution gefaßt, daß der vom Bundesparlament aufzustellende Zolltarif Erzeugnisse des Vereinigten Königreichs begünstigen solle. Das war offenbar die Ausführung des auf der Kolonialkonferenz von 1897 gegebenen Versprechens (s. S. 154). Daß eine solche Begünstigung wirklich erfolgen wird, scheint nicht unwahrscheinlich. Aber Widerspruch wird sie unzweifelhaft auch finden. Auf dem Handelskammerkongreß wurde von Vertretern von Brisbane und von Sydney dem Handelsminister entgegengehalten, seine Hoffnung werde schwerlich in Erfüllung gehen. Die dafür angeführten Gründe sind nicht ohne Gewicht. Die Sache liegt umgekehrt wie in Canada. Die australischen Kolonien beziehen die Masse ihrer Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich, so daß Großbritannien seine Ausfuhr gar nicht erheblich auf Kosten anderer Länder weiter ausdehnen kann. Dagegen verkaufen die Kolonien einen sehr erheblichen Teil ihrer Produkte ans Ausland, so daß Vergeltungsmaßregeln anderer Länder sie schwer treffen würden. Agitiert

[1] Über deren Höhe auch Niemand eine klare Vorstellung hat. Die Schätzungen schwanken zwischen 150 000 und 500 000 £.

Digitized by Google

wird in Australien auch für eine Begünstigung der britischen Flagge (Vorbehalt der Küstenfahrt nach amerikanischem Muster).

In Neu-Seeland, das außerhalb des neuen Bundes bleibt, hat der leitende Staatsmann, Seddon, sich wiederholt für Gunstzölle auf die englische Einfuhr ausgesprochen und bei der letzten Budgetberatung (August 1900) deren Einführung und Reciprocitätsabkommen mit Canada und den Vereinigten Staaten empfohlen.

XIII.

Die canadische Politik, um das System der einseitigen Begünstigung kurz so zu kennzeichnen, hat zwei sehr verschiedene Arten von Gegnern, die reinen Freihändler und die ausgesprochenen Protektionisten. Jene, vor allem in England und in Neusüdwales zu Hause, sind nicht zu gewinnen. Etwas anders liegt es mit den Schutzzöllnern in den Kolonien. Sie bekämpfen die canadische Politik, weil sie nicht auf Gegenseitigkeit beruhe, weil in England keine Zollbegünstigung für die Produkte der Kolonien bestehe. Es ist begreiflich, daß die Anhänger der neuen Politik in England, welche die Einführung entsprechender Zölle auf fremde Produkte in England für unmöglich halten, auf den Gedanken gekommen sind, man könnte den Kolonien als Gegenleistung sonstige Vergünstigungen gewähren. Meist ist es bei diesem allgemeinen Gedanken geblieben. Die positiven Vorschläge, soweit sie mir zu Gesicht gekommen sind, beziehen sich alle auf Erleichterungen für den öffentlichen Kredit der Kolonien. So ist der Gedanke aufgetaucht, den Kredit des Mutterlandes, seinen niedrigen Zinsfuß den Kolonien zukommen zu lassen. Wenn das für Kronkolonien in mäßigem Umfange schon geschehen ist (s. S. 150), so ist etwas derartiges für die autonomen Kolonien schwer denkbar, da das Einsetzen des Kredits des Mutterlandes eine Prüfung des Verwendungszweckes und eine Kontrolle der Verwendung voraussetzt. Damit würde man aber bei den Kolonisten, die eifersüchtig über ihrer Selbständigkeit wachen, auf heftigen Widerstand stoßen. Leichter ausführbar sind Vorschläge, die weniger weit gehen. So könnten die Stempelsteuern auf koloniale Wertpapiere geringer bemessen werden, als auf ausländische, und so der Markt für koloniale Wertpapiere erleichtert werden[1]. Dieselbe Wirkung erhofft man von der Zulassung kolonialer Wertpapiere für Trust-Fonds, als mündelsicher, wie wir etwa übersetzen könnten. Die Colonial Stock Act von 1900 hat

[1] Gegen die Erhöhung der Stempelsteuern im Frühjahr 1899 haben die Kolonien lebhaft protestiert.

Digitized by Google

diesem dringenden Wunsch der Kolonien Verwirklichung gebracht. Eine Anzahl canadischer und neuseeländischer Anleihen sind daraufhin den Bedingungen des Gesetzes entsprechend als mündelsicher anerkannt[1].

XIV.

Im allgemeinen kehren aber alle Diskussionen auf das engere Gebiet der Handelspolitik zurück. Einen Mittelpunkt haben diese Erörterungen auf dem alle vier Jahre zusammengetretenen Kongreß der Handelskammern des Reichs gefunden. Auch auf dem neuesten Kongreß vom 26.—29. Juni 1900 ist die Frage der Handelseinigung des Reichs ein Hauptpunkt der Diskussion gewesen, wie 1892 und 1896. Aber die Verhandlung von 1900 war farbloser, als im Jahre 1896, als Chamberlain den Gedanken des Reichszollvereins in die Diskussion warf und Pläne solcher Art eingehend erörtert wurden. Bei der gegenwärtigen guten Konjunktur machte sich diesmal das Interesse an der Handelseinigung weniger geltend, wie der Vertreter von Brisbane richtig hervorhob. So glitt man, wie 1892, alsbald in das Fahrwasser einer allgemeinen Erörterung über Freihandel und Schutzzoll. Neue Argumente sind 1900 nicht zu Tage gekommen. Und wenn auf der einen Seite ein langjähriger Vorkämpfer der Föderation, Parkin, als Vertreter von Toronto die nationalpolitischen Gesichtspunkte hervorkehrte, die Abhängigkeit der Lebensmittelversorgung Englands von fremden Ländern, das Ziel der Autarkie des Reichs hervorhob, so war das fast ebenso oft gehört, wie die Einwendungen der nüchternen Geschäftsleute von Manchester. Die Resolution, auf die man sich einigte, war womöglich noch farbloser, als die früherer Kongresse: daß die Regierung aufgefordert werden solle, eine königliche Kommission zu ernennen, bestehend aus Vertretern Großbritanniens, seiner Kolonien und Indiens, um zu erwägen, wie die Handelsbeziehungen zwischen den verschiedenen Teilen des Reichs vermehrt und gestärkt werden könnten. Lord Salisbury hat übrigens abgelehnt, auf diesen Wunsch einzugehen.

XV.

Auf dem letzten Handelskammerkongreß ist ein Punkt zur Sprache gekommen, der gezeigt hat, wie gefährlich es für die Kolonien werden kann, wenn die Meistbegünstigung des Mutterlandes sich nicht auf die Kolonien mit erstreckt. Es handelt sich um die Rückwirkung des brasilianisch-fran-

[1] Über die juristisch und finanzpolitisch nicht ganz einfache Sachlage vergl. die Aufsätze im „Economist“ 1900, S. 737, 875, 915.

Digitized by Google

zösischen Zollstreites auf den Handel der englischen Kolonien. Als Brasilien Frankreich mit Kampfzöllen bedrohte, wenn es seinen hohen Kaffeezoll nicht ermäßigte, wurde in Frankreich im Februar 1900 zur Antwort eine bedeutende Erhöhung der Sätze des Maximaltarifs auf Kaffee, Thee und gewisse Gewürze beschlossen. Frankreich und Brasilien haben sich dann vertragen. Aber die englischen Kolonien, die mit Ausnahme von Canada kein Recht auf Meistbegünstigung in Frankreich und seinen Kolonien haben, sehen sich nun durch sehr hohe Zölle bedroht, was namentlich in Indien und Ceylon schwer empfunden wird. Daß man unter die Zölle, die Brasilien treffen sollten, Thee und Gewürze aufgenommen hat, ist so auffallend, daß man darin eine Vergeltung für die indischen Zuschlagszölle auf Prämienzucker hat sehen wollen [1].

XVI.

Je schärfer die internationale Konkurrenz in der Welt wird, um so wichtiger ist für einen exportierenden Staat, wie Großbritannien, daß er sich Märkte offenhält. Man müßte die politische Lage eigentlich aller außereuropäischen Staaten und ihr Verhältnis zu England, alle Machtverschiebungen in überseeischen Gebieten darstellen, um das ganz klarzulegen.

Es sei wenigstens auf die Hauptpunkte [2] hingewiesen: so auf die Rivalität mit Rußland vom Mittelmeer bis zum Pamir und Hindukusch, in der Türkei, in Persien, in Afghanistan. Weiter auf den Gegensatz zu Frankreich am Nordrande des Mittelmeers. In Ägypten hat sich England immer fester gesetzt und seine Stellung in den letzten Jahren durch die Wiedereroberung des Sudans ebenso gestärkt, wie durch die Abwehr des französischen Versuchs, in die englische Interessensphäre am oberen Nil einzudringen. Dafür hat es in Tunesien 1896 die unbegrenzte Meistbegünstigung um den Preis einiger temporärer Zollbegünstigungen aufgeben müssen. Der Aufschwung des tunesischen Außenhandels kommt der Schutzmacht Frankreich zu Gute. Am anderen Ende Afrikas geht Madagaskar durch Erklärung zur französischen Kolonie dem englischen Handel verloren. Wie stark wirtschaftliche Interessen Englands bei dem Ursprung der gegenwärtigen Wirren in Südafrika mitspielen, ist bekannt. Das tropische Afrika

[1] So der „Economist" vom 19. Mai 1900, S. 705.

[2] Auf Einzelnes, wie die Neuregelung der Handelsbeziehungen zu Japan oder die Verhandlungen über den Nicaraguakanal einzugehen, ist an dieser Stelle unmöglich.

Digitized by Google

ist fertig aufgeteilt, gegen Englands Wunsch und Interessen, denen das Offenhalten dieser weiten Gebiete besser entsprochen hätte. Ebenso sind in der Südsee die letzten selbständigen Gebiete verschwunden, namentlich infolge des Samoaabkommens. Ob in China die den englischen (übrigens auch den deutschen) Interessen am besten dienende Politik der „offenen Thür" sich wird aufrecht erhalten lassen, und nicht vielmehr der Politik der Interessensphären wird weichen müssen, mag im Augenblick dahingestellt bleiben. Ansätze zu letzterer sind ja schon vorhanden und selbst englische Stimmen sind dafür laut geworden.

Der Gesamteindruck dieser ganzen Entwicklung ist jedenfalls der einer wachsenden Sonderung der wirtschaftlichen Herrschaftsgebiete, eine Entwicklung, welche die Einigungstendenzen im britischen Reiche kräftigen muß.

Auch die Vorgänge in Südafrika müssen diese unzweifelhaft verstärken. Das erregte Nationalgefühl im ganzen Reiche, die Beteiligung der Kolonien am Kriege und das gemeinsam vergossene Blut haben auf das Gemeinschaftsgefühl im Reich nicht minder gewirkt, als das Bewußtsein, sich durch den Krieg bei allen europäischen Völkern verhaßt gemacht zu haben. Bei einem Volke von der Energie der Engländer wird der Krieg aber noch eine weitere Wirkung haben. Die Mißerfolge, die mancherlei Schäden, die aufgedeckt sind, haben die Bedeutung einer gewaltigen Aufrüttelung. Wie die Furcht vor der fremden Konkurrenz, so werden die Erfahrungen des letzten Jahres von den besten Köpfen Englands benutzt, um dem englischen Volke klar zu machen, daß große Reformen und große Anstrengungen nötig sind. Dann aber werde, wie Lord Rosebery in einer Rede in Chatham am 23. Januar 1900 sagte, England „unendlich mächtiger, unendlich stärker, unendlich furchtbarer sein, als jemals früher"! Wenn es richtig ist, mit Herrn Chamberlain von einer „Wiedergeburt des Reiches" zu sprechen[1], dann kann man nicht daran zweifeln, daß der wirtschaftliche Wettkampf durch England heftiger geführt werden wird, als je[2]. Jene weichliche oder greisenhafte Denkweise, die allen Kampf aus der Welt herausorganisieren möchte, hat im englischen Volke keinen Boden. Um so wichtiger wird es für Deutschland, daß es in seiner Konkurrenzfähigkeit nicht durch eigene wirtschaftspolitische Fehler gelähmt werde.

---

[1] In der glänzenden Rede vom 24. Oktober 1900 bei seiner Aufnahme in die „Fishmongers Company".

[2] Vergl. auch die Rede Roseberys als Lord Rector der Universität in Glasgow am 16. Nov. 1900 über „Reichsprobleme".

Digitized by Google

Anhang.

Waren-Einfuhr und Ausfuhr des Vereinigten Königreichs nach Klaſſen. Nach den vorläufigen monatlichen Überſichten. (Für 1885, 1890 und 1895 entnommen dem Memorandum on the comparative statistics, Jan. 1897, vgl. S. 130, für 1899 und 1900 den Beilagen zum Economist.)

A. Imports into the United Kingdom.

	1885 1000 £	1890 1000 £	1895 1000 £	1899 1000 £	1899, erſte 11 Mon.	1900, erſte 11 Mon.
I. Animals living, for food . .	8 735	11 216	8 966	9 515	8 862	8 882
II. *A.* Articles of food and drink, duty free	124 039	136 422	140 126	169 150	154 842	162 483
B. Articles of food and drink, dutiable	25 067	26 217	25 098	26 375	24 117	25 002
Tobacco dutiable	3 901	3 543	3 338	5 616	5 136	4 390
III. Metals	16 287	23 711	18 645	28 264	25 821	30 206
IV. Chemicals, dyestuffs, and tanning substances	8 798	8 190	6 558	5 769	5 364	5 150
V. Oils	6 788	6 992	8 111	9 689	8 834	10 190
VI. Raw materials for textile manufactures	70 219	85 239	70 773	65 684	59 038	68 028
VII. Raw materials for sundry industries and manufactures	38 809	41 626	44 115	56 667	52 312	60 931
VIII. Manufactured articles . . .	53 418	63 218	75 625	91 293	84 481	85 776
IX. Miscellaneous articles . . .	14 344	14 008	14 355	15 915	14 468	15 171
Parcel Post	—	503	978	1 139	1 064	1 067
Grand total	370 404	420 886	416 688	485 076	444 339	477 276

Digitized by Google

B. Exports of British and Irish Produce and Manufacture.

	1885 1000 £	1890 1000 £	1895 1000 £	1899 1000 £	1899, erste 11 Mon.	1900, erste 11 Mon.
I. Animals, living	513	862	791	1 005	924	844
II. Articles of food and drink	9 958	11 259	11 051	12 569	11 548	12 423
III. Raw materials	13 381	21 541	18 334	26 582	24 004	38 569
IV. Articles manufactured and partly manufactured:						
A. Yarns and textile fabrics	101 879	112 447	101 424	99 455	91 194	93 601
B. Metals and articles manufactured therefrom (except machinery)	31 711	45 223	28 907	40 312	36 812	42 335
C. Machinery and mill work	11 087	16 411	15 215	19 651	18 058	18 028
D. New ships	—	—	—	9 195	8 563	7 751
E. Apparel and articles of personal use	10 340	11 286	9 320	9 555	8 841	9 475
F. Chemicals and chemical and medicinal preparations	6 978	8 966	8 295	8 856	8 199	8 550
G. All other articles manufactured or partly manufactured	27 197	34 535	31 493	35 017	32 246	33 607
H. Parcel Post	—	1 001	1 338	2 467	2 233	2 657
Total of articles manufactured and partly manufactured	189 192	229 869	195 993	215 313[a] 224 508[b]	197 583[a] 206 146[b]	208 253[a] 216 004[b]
Grand total	213 045	263 531	226 169	264 669	242 622	267 839

a) Summe der Fabrikate ohne, b) mit neuen Schiffen.

Digitized by Google

Digitized by Google

IV.

Die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen.

Von

Carl Ballod.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Einleitung . . . . . 175—183

Gesamtübersicht des amerikanischen Handels S. 176. — Handelsumsatz Amerikas mit Deutschland S. 177, 178. — Die Ausfuhr Deutschlands ist, seit 1890 stationär geblieben, während die Einfuhr aus Amerika sich verdoppelt hat S. 180. — Zunahme des amerikanischen Maschinenexportes S. 171. — Tendenz der amerikanischen Handelspolitik: Forcierung des Fabrikatexportes bei gleichzeitiger Zurückdrängung des Importes S. 183.

Die Konkurrenzbedingungen in der Eisenindustrie . . . . . 184—199

Scheinbar am meisten von der Natur begünstigt die amerikanischen Südstaaten, insbesondere Alabama S. 184. — Hauptproduktionsgebiet jedoch Pennsylvanien S. 185. — Reichste Eisenerzlager an den Oberen Seen, insbesondere Mesabi S. 186. — Frachtkosten für Eisenerz S. 187, 188. — Produktionskosten von Roheisen S. 188, 189. — Die Höhe der deutschen Frachtentarife für Eisen und Kohle im Vergleich zu den Tarifen anderer Länder wirkt ungünstig für die Konkurrenz S. 190, 191. — Ermäßigung der Tarife bezw. Kanalbauten dringend erwünscht S. 191. — Weiter von Bedeutung möglichste Konzentration der Betriebe, insbesondere Vereinigung von Hüttenwerken mit Stahl- und Walzwerken S. 193. — Die Frage nach der Höhe der Arbeitslöhne S. 194. — Dieselben in Amerika höher, auch die Arbeitseinheit kommt in Deutschland nicht teurer S. 195, 196. — Export aus Amerika möglich dadurch, daß ins Ausland um 20–60% billiger verkauft wird S. 197. Hochgang der Grundrente in Amerika S. 198. — Natürliche Bedingungen in Deutschland im allgemeinen nicht ungünstiger S. 199.

Die landwirtschaftliche Konkurrenz . . . . . 200—205

Ausdehnung der Farmländereien und der bestellten Fläche S. 200, 201. — Produktionskosten für Weizen S. 202, 203; für Mais S. 204; Getreidefrachten S. 205.

Die Zukunft des deutsch-amerikanischen Handelsumsatzes, die Eventualität des Zollkrieges, Rußland oder Amerika . . . . . 206—219

Der Zuckerexport nach Amerika unter allen Umständen prekär S. 207, 208. Desgleichen der Export an Textilwaren S. 209. — Zunahme des Exportes bloß bei der chemischen, Porzellan- und Cementindustrie zu erwarten S. 209. — Rußland kann Amerika mit Vorteil ersetzen bei fast allen landwirtschaftlichen Produkten und bei Petroleum S. 211. — Schwierig liegt die Frage beim Kupfer und bei der Baumwolle S. 214. — Die Reederei S. 216.

Digitized by Google

Die vorliegende Arbeit wurde zu vorgerückter Stunde als Korreferat übernommen; es können daher nur die wesentlichsten Momente des Warenaustausches, der landwirtschaftlichen und industriellen Konkurrenz Deutschlands mit den Vereinigten Staaten kurz berührt werden. Der verfügbare Raum und die Kürze der Zeit verbot ein Eingehen auf die juristischen Streitfragen, insbesondere die Frage nach der Tragweite der Meistbegünstigungsklausel; auf ein Eingehen auf die Geschichte der Tarif- und Handelspolitik konnte um so eher verzichtet werden, als ja in den Arbeiten von Mr. Fisk diese Frage bereits behandelt ist.

In Bezug auf die Entwicklungstendenzen, denen die nordamerikanische Volkswirtschaft zustrebt, sind gerade in der letzten Zeit lebhafte Kontroversen laut geworden. Während man auf der einen Seite hingewiesen hat auf die starken Abschließungs- bezw. Hochschutzzolltendenzen, die gerade im letzten Decennium in der Union zur Herrschaft gelangt sind, auf die imperialistischen Gelüste, bezw. die Entwicklungstendenzen zur Weltmacht, die bereits gegenwärtig, nach der Annexion Kubas, Portorikos und der Philippinen soweit gediehen seien, daß die Union ein Maß von wirtschaftlicher Unabhängigkeit gewinne, wie kein anderer Staat — dem gegenüber ist behauptet worden, es sei ein Irrtum, daß die amerikanische Volkswirtschaft leicht für sich bestehen könne, wichtige Rohstoffe und Genußmittel, als Nickel, Jute, Kautschuk, Thee und Kaffee fehlten, seit 1860 schlössen sich die Vereinigten Staaten durch Zölle scheinbar von der Welt ab, in Wahrheit aber hätten sie fortwährend mehr gekauft. In Übereinstimmung mit der letzteren Auffassung wird denn auch weiter behauptet, es sei nicht so schlimm mit den bevorstehenden Krisen und Handelskriegen, nicht ein Zeitalter des Neo-Merkantilismus, sondern ein solches des Neo-Smithianismus sei im Anzuge. Werfen wir nun zur Prüfung dieser einander entgegenstehenden Behauptungen einen Blick auf die amerikanische Handelsstatistik, so sehen wir das folgende Bild: Es betrug die Ein- bezw. Ausfuhr in Millionen Dollars (gemeint sind in der amerikanischen Statistik Fiskaljahre, die mit dem 30. Juni des betreffenden Jahres endigen):

Digitized by Google

Jahre	Warenausfuhr (exkl. Edelmetall)	Wareneinfuhr (exkl. Edelmetall)	Jahre	Warenausfuhr (exkl. Edelmetall)	Wareneinfuhr (exkl. Edelmetall)
1844	105,7	102,6	1886	679,5	635,4
1850	144,4	173,5	1887	716,2	692,3
1855	218,9	257,8	1888	695,9	723,9
1860	336,6	353,7	1889	742,4	745,1
1865	166,0	238,7	1890	857,8	789,3
1870	392,8	435,9	1891	884,5	844,9
1875	513,4	533,0	1892	1030,3	827,4
1876	540,4	460,7	1893	847,6	866,4
1877	602,5	451,3	1894	892,1	655,0
1878	694,8	437,0	1895	807,5	731,9
1879	710,4	445,8	1896	882,6	779,7
1880	835,6	667,9	1897	1050,9	764,7
1881	902,4	642,6	1898	1231,5	616,0
1882	750,5	724,6	1899	1227,0	697,1
1883	823,8	723,2	1900	1394,4	849,7
1884	740,5	667,7			
1885	742,2	577,5			

Sehen wir also genauer zu, so gewahren wir, daß allerdings bis 1891/92 davon die Rede sein kann, die Vereinigten Staaten hätten immer mehr gekauft; die Schutzzollära, die mit dem Mc Kinley-Tarif 1891 inauguriert wurde, hat jedoch einen rapiden Umschwung bewirkt: die Amerikaner haben zwar immer *mehr verkauft*, jedoch sowohl absolut als relativ *weniger gekauft*. Besonders ausgeprägt erscheint das enorme Übergewicht des Exportes über den Import seit 1896/97.

Betrachten wir gar den Warenaustausch mit Europa, so wird das Mißverhältnis ein noch eklatanteres. Nach Europa sind 1897/98 und 1898/99 ausgeführt für 962,2 und 925,2 Mill. Dollars Waren, eingeführt jedoch nur für 305,9 und 353,8 Mill. Dollars[1]. Dagegen ist freilich der

[1] Für die früheren Jahre seit 1890 betrug der Handelsumsatz mit Europa in Mill. Dollars

	Ausfuhr	Einfuhr		Ausfuhr	Einfuhr
1890	677,3	450,0	1894	686,9	295,0
1891	697,6	459,3	1895	620,9	383,6
1892	841,1	391,6	1896	663,2	418,6
1893	652,0	458,4	1897	804,2	430,2

Digitized by Google

amerikanische Handelsumsatz mit Indien-Ostasien und Südamerika passiv: aus Asien betrug die Einfuhr 1897/98 und 1898/99 92,6 bezw. 107,0 Mill. Dollars, die Ausfuhr 44,6 und 48,1; nach Südamerika Ausfuhr 33,0 und 35,0, Einfuhr 92,1 und 86,6 Mill. Dollars.

Man kann also sagen, daß die Amerikaner mit ihrer Hochschutzpolitik allerdings in den letzten Jahren bedeutende Erfolge erzielt haben. Gewiß kann bemerkt werden, daß Amerika bis Dato noch sehr stark verschuldet ist, insbesondere an England, zum Teil aber auch an Deutschland. Es scheint aber doch, daß in den letzten Jahren die Handelsbilanz eine derart günstige war, daß durchaus nicht der ganze Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von den Schuldzinsen absorbiert wurde, sondern ein rapides Zurückfließen von Kapitalien, bezw. auch ein Ansammeln von Edelmetall stattfand. Bis 1894/95 und 1895/96 überwog die Edelmetallausfuhr, die ja für Amerika um so leichter zu ertragen war, als es selbst mit zu den bedeutendsten Edelmetallproduzenten der Erde gehört. 1894/95 wurden noch exportiert für 113,3, importiert für 44,7 Mill. Dollars Edelmetall; 1895/96 betrug der Export 172,9, der Import 62,3 Mill. 1896/97 betrug jedoch bereits der Mehrimport 12,3; 1897/98 80,8; 1898/99 25,8 Mill. Dollars und in den ersten 8 Monaten 1900 wurde für 34 Mill. Dollars mehr Edelmetall importiert. Das alles ist denn doch ein Zeichen, daß nicht nur der Wille besteht, die Schulden abzustoßen, um sodann womöglich aus einem Schuldner- ein Gläubigerstaat zu werden, sondern daß auch ganz gewaltige Erfolge erzielt worden sind und vielleicht noch bedeutendere in Aussicht stehen, sofern die anderen Staaten nicht auf ihrer Hut sind.

Was speciell den Warenaustausch der Union mit Deutschland anlangt, so betrug der Wert desselben nach der amerikanischen Statistik in Mill. Dollars:

Jahr	Ausfuhr	Einfuhr	Jahr	Ausfuhr	Einfuhr
1890	85,5	98,8	1896	97,9	94,2
1891	92,8.	97,3	1897	125,2	111,2
1892	105,5	82,9	1898	155,0	69,7
1893	83,6	96,2	1899	155,8	84,2
1894	92,3	69,4	1900	187,3	97,3
1895	92,0	81,0			

Nach der deutschen Statistik betrug Ausfuhr nach Amerika und Einfuhr in Mill. Mark[1]:

[1] Gemeint sind in der amerikanischen Statistik wiederum Fiskaljahre (endigend 30. Juni), in der deutschen Kalenderjahre.

Digitized by Google

Jahr	Ausfuhr	Einfuhr	Jahr	Ausfuhr	Einfuhr
1890	416,7	405,0	1896	383,7	584,4
1891	357,8	456,5	1897	397,5	658,0
1892	346,7	612,0	1898	334,6	877,2
1893	354,3	458,1	1899	377,6	907,2
1894	271,1	532,9	1900	ca. 410	ca. 900
1895	368,7	511,7			

Man sieht also, daß das Verhältnis sich für Deutschland stetig ungünstiger gestaltet: die Ausfuhr ist so ziemlich stationär geblieben, dagegen ist die Einfuhr ganz enorm angeschwollen. Freilich ist das Endresultat des Handelsverkehrs mit Amerika nicht ganz so ungünstig, wie es auf den ersten Blick bei einer Betrachtung der deutschen Statistik erscheint. Bekanntlich findet die Verschiffung der ein- und ausgeführten Güter zu einem weit überwiegenden Teil auf deutschen Schiffen statt. Die Amerikaner selbst sind in den letzten Jahren erst mit ca. 9 % an der Reederei, die den Verkehr mit dem Auslande aufrecht erhielt, beteiligt gewesen. Wenn nun demnach auch die wahre Endbilanz des Warenumsatzes und Verkehrs den Ziffern der amerikanischen Statistik näher liegt als denen der deutschen, so zeigen doch schon die amerikanischen Ziffern in den letzten Jahren ein ganz bedeutendes Überwiegen der Ausfuhr Dazu kommt noch, daß wenigstens für einige Waren der Ausfuhrwert nach der amerikanischen Statistik zu niedrig angesetzt zu sein scheint.

Es betrug die Ausfuhr aus Amerika nach der amerikanischen Statistik:

	Baumwolle		Weizen		Mais	
	Mill. Pfd.	Mill. Dollars	Mill. Bushels	Mill. Doll.	Mill. Bush.	Mill. Doll.
1895	3 788	210,1	139,4	104,3	174,1	68,9
1896	3 850	230,4	148,2	145,7	208,7	74,2
1897	3 103	230,9	79,5	59,9	176,9	54,1
1898	2 335	190,0	60,6	39,7	100,0	37,8
1899	3 517	204,9	76,1	43,8	27,7	14,6
	16 593	1066,3	503,8	393,4	687,4	249,6

Dagegen betrug nach der deutschen Statistik die Einfuhr an diesen Gütern aus Amerika:

	Baumwolle		Weizen		Mais	
	Mill. kg	Mill. Mk.	Mill. kg	Mill. Mk.	Mill. kg	Mill. Mk.
1895	231	169,8	193,6	22,3	181,8	16,2
1896	197	159,8	266,8	34,2	554,0	38,8
1897	225,3	171,2	207,2	31,7	976,0	63,4
1898	285,9	188,7	528,0	84,0	1 231,2	97,3
1899	258,5	174,5	710,3	93,8	1 246,0	103,5
	1197,7	864,0	1905,9	266,0	4189,0	319,2

Digitized by Google

Es sind in den Jahren 1895/99 aus Amerika ausgeführt im ganzen 16593 Mill. Pfund Rohbaumwolle im Werte von 1066,3 Mill. Dollars gleich 7527 Mill. kg im Werte von 4478 Mill. Mk., bezw. 59,5 Mk. per 100 kg. Dagegen betrug nach der deutschen Statistik 1895/99 die Einfuhr an Rohbaumwolle aus Amerika 1197,7 Mill. kg im Werte von 864 Mill. Mk., bezw. 72,1 Mk. per 100 kg. Es ist nun keinesfalls möglich, daß an Handelsgewinn, Fracht, Versicherung und Spesen 12,6 Mk. per 100 kg kamen; Fracht und Versicherung können kaum über 2,5—3 Mk. per 100 kg ausgemacht haben. Die Unregelmäßigkeit, daß in der amerikanischen Statistik Fiskaljahre, in der deutschen Kalenderjahre gemeint sind, macht keinen großen Unterschied aus, indem gerade in dem Anfangsjahr 1894/95 und Endjahr 1898/99 die Preise für Baumwolle ziemlich die gleichen sind. Besser stimmen schon die Weizen- und Maispreise. Es wurden 1895/99 ausgeführt 503,8 Mill. Bushel Weizen, was den Bushel zu 27 kg gerechnet, ca. 13603 Mill. kg ausmacht; der Wert betrug 393,4 Mill. Dollars = 1653 Mill. Mark; per Ton betrug also der Ausfuhrwert ca. 121,5 Mk. Nach der deutschen Statistik betrug der Durchschnittswert per Ton ca. 139,5 Mk., die Differenz also 18 Mk. Bei Mais repräsentierten die 687,4 Mill. Bushels ca. 18560 Mill. kg im Werte von 1048,4 Mill. Mk. bezw. per Ton ca. 57,8 Mk. Nach der deutschen Statistik betrug der Wert des eingeführten Maises ca. 76,2 Mk. per Ton; die Differenz ist also hier ähnlich wie beim Weizen (18,4 Mk. per Ton). Nun dürfte auch diese Differenz von 18, bezw. 18,4 Mk. nicht ganz von den Frachtkosten absorbiert worden sein. Dieselben betrugen von New York nach Rotterdam 1895 ca. 11,12 Mk. per Ton, 1896: 10,72; 1897: 12,85; 1898: 14,40[1] (1900 ist freilich die Fracht bis 23 Mk. per Ton und mehr angestiegen). Im allgemeinen wird man daher wohl sagen können, daß die Ausfuhrwerte nach der amerikanischen Statistik etwas zu niedrig (etwa um 5—10 %) angegeben sein dürften, während bei den Einfuhrangaben die angegebenen Zahlen ziemlich genau den europäischen Grenzwert plus Fracht und Spesen ausdrücken.

[1] Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Art. Getreidehandel. In dem Statistical Abstract of the United States, Washington 1900, werden freilich ganz phantastische Frachtraten angegeben. Dieselben sollen von Chicago bis Hamburg oder Rotterdam betragen haben 1895/99 0,50—0,52 Dollar per 100 Pfund Getreide. Da nun die Eisenbahnfracht von Chicago bis New York gleichzeitig zu 11—12 Cents per Bushel = ca. 20 Cents per 100 Pfund angegeben wird (die Kanalfracht war noch um die Hälfte niedriger), so müßte die Fracht von New York ca. 30—32 Cents per 100 Pfund = 6,6—7,0 Dollars per Ton von 2240 Pfund betragen haben (27,7—29,4 Mk.)!

Digitized by Google

Halten wir uns an die Zahlen der deutschen Statistik, so sehen wir, daß seit 1893/95 bis 1897/99 die Ausfuhrwerte so ziemlich stationär bleiben, während die Einfuhr sich bei allen amerikanischen Produkten nahezu verdoppelt. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Ausfuhrgegenstände ergiebt das folgende Bild. Es wurden ausgeführt in Millionen Mark:

	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Textilwaren und Kleider . . .	112,2	77,1	133,6	103,2	99,2	79,1	84,9
Leder, Lederwaren, Handschuhe .	20,9	16,3	25,9	16,1	18,9	19,1	23,4
Papier- und Pappwaren . . .	9,0	6,0	9,5	9,3	7,3	5,4	6,4
Bücher, Karten, Musikalien, Farbendrucke	19,5	13,7	14,5	16,3	14,8	13,1	14,2
Chemische Produkte	22,4	25,7	31,2	30,0	35,2	40,6	41,1
Cement und Porzellan	9,0	8,6	14,1	22,8	20,6	18,8	21,2
Spielzeug aller Art	6,7	6,3	9,6	11,1	10,5	9,4	10,4
Eisenbahnachsen, Gußwaren und Maschinen	9,2	3,0	4,8	4,5	5,7	4,7	6,7
Tafel- u. Spiegelglas, Instrumente	7,4	4,5	6,6	4,9	4,6	5,3	3,8
Bernstein, Celluloidwaren, künstliche Blumen, Schmuckfedern, feine Bürstenbinderwaren . .	3,6	—	7,1	18,0	10,2	7,2	7,1
Sa. wichtigste Industrieprodukte	219,9	161,2	256,9	236,2	227,0	202,7	219,2
Nahrungs- u. Genußmittel (Zucker, Weine ꝛc.)	42,3	35,5	24,1	75,7	78,9	50,2	45,1
Durchfuhrwaren, bezw. Rohstoffe (Kautschuck, Reis, Häute und Felle)	12,1	16,3	16,4	10,1	20,4	26,0	39,7

Gestiegen sind also bei der Ausfuhr bloß die chemischen Produkte, Spielwaren, Cement und Porzellan, sonst ist überall Stagnation, bezw. sogar Rückgang zu verzeichnen. Zu beachten ist namentlich das Ansteigen von Durchfuhrwaren bei der Ausfuhr, welche korrekterweise von der Gesamtausfuhr abzuziehen wären, wodurch also diese eine noch ungünstigere Verschiebung erfährt.

Betrachten wir nun die wichtigsten Produkte der Einfuhr aus der Union, so betrug dieselbe in Millionen Mark:

	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899
Nahrungs- und Genußmittel, Futterstoffe	172,7	162,1	135,0	176,1	261,1	425,2	404,5
Rohstoffe (Baumwolle, Holz, Kupfer ꝛc.)	159,7	191,1	239,5	234,5	268,6	298,7	321,4
Petroleum und Schmieröl . .	50,4	48,7	62,3	60,2	50,2	66,3	74,7
Terpentinharz, -Balsam, -Oel, Stearinsäure	10,5	10,4	12,4	15,7	19,2	20,7	24,9
Eisen- und Eisenwaren, Maschinen, Fahrräder	—	2,7	4,2	6,5	13,7	21,1	30,0

Digitized by Google

Abgesehen also von dem enormen Anwachsen der Nahrungsmitteleinfuhr, das man ja als ein Zeichen der ansteigenden Lebenshaltung auffassen könnte, sehen wir auch recht bedrohliche Symptome: ein Anschwellen der Einfuhr von Produkten, die sonst die eigensten Ausfuhrobjekte Deutschlands ausmachten: Eisen und Maschinen. Für 1900 ist, soweit wir die bisherigen Ziffern übersehen können, dieses Anschwellen der Maschineneinfuhr noch stärker gewesen. Bei der Stagnation, bezw. dem Rückgange der Ausfuhr an eigentlichen Manufakturwaren erhebt sich da allerdings die Frage, womit Deutschland denn in Zukunft die enorme Einfuhr an Nahrungsmitteln und Rohstoffen bezahlen soll, wenn es sogar anfängt, Maschinen in starkem Maße einzuführen. Es ist zwar bemerkt worden, daß amerikanische Maschinen bei der Einfuhr in Deutschland einen weit geringeren Zoll zu bezahlen haben als deutsche Maschinen in Amerika; amerikanische Maschinen zahlen zum Teil als grobe Gußwaren nur einen Zoll von 3 Mk. per Doppelcentner, während deutsche Maschinen in Amerika zum Teil bis zu 50 % vom Werte und noch höher belastet sind. Immerhin ist das Ansteigen der Eisen- und Maschineneinfuhr ein Zeichen, das eine genauere Prüfung der beiderseitigen Produktionsbedingungen für diese Artikel durchaus erfordert.

Überhaupt zeigt Amerika in den letzten Jahren eine außerordentlich rapide Entwicklung der Industrie, zugleich eine Entwicklung zum Exportindustriestaat bei gleichzeitig hochbleibendem Export von Agrarprodukten. Noch um 1890 glaubte niemand, daß Amerika werde in absehbarer Zeit Eisen so billig produzieren können, daß es mit England auf dem Weltmarkt werde in Wettbewerb treten können; heute ist die amerikanische Konkurrenz eine Thatsache. Noch 1889 überwog ganz beträchtlich die Maschineneinfuhr, indem für 44,5 Millionen Dollars Maschinen ein-, und für 23,5 Millionen ausgeführt wurden. 1899 wurden jedoch bereits für 105,7 Millionen Dollars Maschinen ausgeführt und nur für 15,8 Millionen eingeführt. Nicht minder rapide ist die Entwicklung der amerikanischen Textilindustrie, insbesondere der Baumwollenindustrie. 1880 gab es erst 11 Millionen Feinspindeln und 250000 mechanische Webstühle, 1890 war diese Zahl auf 14,188 Mill. Feinspindeln und 324000 Webstühlen angewachsen, 1900 betrug die Zahl der Feinspindeln 21,057 Mill., die Zahl der Webstühle 490000[1]. 1880 wurden erst 953 Mill. englische Pfund Baumwolle verarbeitet, 1890 1163 Mill., 1899 aber bereits 2062,7 Millionen. In Verbindung damit ist die Ausfuhr an Baumwollengeweben von 4,0 Mill. Dollars im Jahre 1875 auf 11,8 Millionen im Jahre

[1] The Economist 1900, S. 1108.

Digitized by Google

1885 und auf 23,5 Mill. im Jahre 1898/99 gestiegen. Da nun 1898/99 die Gesamteinfuhr an Baumwolle und Baumwollenstoffen nur noch 37 Mill. Dollars betrug, darunter an Stoffen allein ca. 30 Mill. Dollars, so ist ersichtlich, wie bald bei gleich stark fortschreitender Tendenz in Amerika bereits der Export an Baumwollwaren dem Import die Wagschale halten wird. Ein starkes Überwiegen zeigt nur der Import an Wollenzeugen und Seide; da dürfte Amerika so bald nicht dazu gelangen, auf dritten Märkten als Konkurrent aufzutreten, bislang ist der Export an diesen Produkten winzig oder gar nicht vorhanden. Ein Zurückdrängen des Importes, bezw. eine zunehmende Beherrschung des inneren Marktes scheint jedoch den Amerikanern, dank der Hochschutzzölle, denen gegenüber das Ausland bisher noch so gut wie gar keine Repressalien ergriffen hat, doch zu gelingen. Wie rapide sich die Seidenindustrie entwickelt, zeigt die Thatsache, daß es 1890 718000 Seidenspindeln gab, 1900 bereits 1426000; gleicherweise war die Anzahl der Seidenwebstühle von 20800 auf 48200 gestiegen[1]. 1899/1900 betrug die Einfuhr an Seidenfabrikaten 30,9, an Rohseide 55,3 Millionen Dollars, sodaß man wohl annehmen kann, daß mindestens $^2/_3$ des Bedarfes an Seidenfabrikaten bereits im eigenen Lande produziert wurden. Ausschlaggebend für die Entwicklung der Seidenindustrie dürfte natürlich der hohe Schutzzoll von circa 52 % vom Werte gewesen sein.

Alles in allem genommen ist die Entwicklungstendenz der amerikanischen Volkswirtschaft unverkennbar auf ein Zurückdrängen des Fabrikatimportes gerichtet, bei gleichzeitiger Forcierung der Konkurrenz in Industrieartikeln auf dritten Märkten, sowie der Steigerung des Nahrungsmittelexportes nach Europa. Die Fortdauer dieses Zustandes müßte Amerika sehr bald zum Rückempfang der ihm von Europa geliehenen Fonds führen. Womit dann die Europäer später, nachdem der Bezug von Schuldzinsen aufgehört, die eingeführten Nahrungsmittel bezahlen sollen, wäre noch die Frage. Natürlich würden die Dinge weniger bedenklich liegen, wenn sich die Amerikaner zu einer Ermäßigung der Schutzzölle, insbesondere der Textilwarenzölle verstehen würden. Alsdann wäre namentlich in Bezug auf Wollenwaren und seidene, sowie halbseidene Stoffe, in deren Fabrikation Deutschland einen hohen Rang einnimmt, eine Steigerung des Exportes möglich. In Bezug auf Baumwollenwaren, Eisen und Maschinen hätte man sich jedoch unter allen Umständen, auch bei Ermäßigung der Schutzzölle, vorsichtigerweise bei Zeiten auf einen langsamen und allmählichen Abbau einzurichten. Für die Produktion von Baumwollenwaren besitzen

[1] The Economist, 1900, S. 1108.

Digitized by Google

ja die Amerikaner selbst die günstigsten Bedingungen: billige Baumwolle als Produkt des eigenen Landes, billige Kohle zum Betrieb der Maschinen und endlich nicht zu teure Maschinen. Unter der Herrschaft des Hochschutzzolles sind freilich die Maschinen für die Textilindustrie teurer als in Westeuropa, dafür ist jedoch Kohle und Baumwolle billiger, und die höheren Löhne der amerikanischen Arbeiter werden zum guten Teil durch die höheren Leistungen wett gemacht. In Bezug auf die Wolleindustrie, für die die Amerikaner den Rohstoff zum Teil einführen müssen, oder gar für Seide, wo an eine Produktion des Rohstoffes in Amerika selbst bei den teuren Arbeitskräften auf absehbare Zeit gar nicht zu denken ist, liegen die Dinge für Europa natürlich günstiger: hier muß, namentlich bei Specialitäten, die viel Handarbeit erfordern, die billigere Arbeitskraft den Ausschlag geben, wenigstens für die Konkurrenz auf dritten Märkten.

Im wesentlichen wird es jedenfalls für die europäische, bezw. deutsche Industrie einerseits und die amerikanische andererseits, wenigstens was die Produktion und den Absatz von Massenartikeln anlangt, auf die Konkurrenz auf dritten Märkten ankommen, indem selbst recht mäßige Schutzzölle auf die Dauer nur einen direkten Austausch von Specialitäten zulassen werden. Um so wichtiger ist es daher, die Konkurrenzbedingungen auf dritten Märkten zu studieren und was damit zusammenhängt, die Produktionskosten, namentlich für Massenartikel in einem jeden Lande zu eruieren zu suchen. Der schärfste Konkurrenzkampf wird sich in der Zukunft jedenfalls um die Produkte der Eisen- und Maschinenindustrie abspielen. Was die Textilindustrie anlangt, so liegen auch in den Tropenländern die Bedingungen für deren Entwicklung durchaus nicht so ungünstig, namentlich, was die Verarbeitung der Baumwolle anlangt. Da besitzen die Tropenländer den billigen Rohstoff und zumeist auch, wenigstens was Asien und Afrika anlangt, billige Arbeiter. Der Mangel an Kohle wird zu einem guten Teil durch das Vorhandensein herrlicher Wasserkräfte ersetzt. Bloß die Maschinen müssen importiert werden. Eine irgend erhebliche Entwicklung der Eisen- und Maschinenindustrie ist jedoch für die Tropenländer so gut wie ausgeschlossen. Erstens besitzen gewaltige Gebiete, fast ganz Südamerika und das tropische Afrika, so gut wie keine brauchbare Kohle und wenig brauchbares Eisenerz. Sodann aber erfordert die Beschäftigung in den Bergwerken und in der Eisenindustrie starke mechanische Kraftanstrengungen, die im heißen tropischen Klima, insbesondere in den feuchtheißen Gebieten doppelt beschwerlich fallen. Es ist wohl völlig ausgeschlossen, daß die Bewohner heißer Gebiete jemals werden mit denen der gemäßigten Zone in Bezug auf mechanische Kraftanstrengung konkurrieren können. Die Beschäftigung in der Textilindustrie

Digitized by Google

erfordert dagegen keine starke physische Kraftaufwendung, daher die Erfolge dieser Industrie in Ostindien. (Das leichte Rosten von Eisenteilen an den Maschinen, über das in den Tropen geklagt wird, ist in dem zum Teil recht trockenen Klima Ostindiens nicht so bedenklich.)

Die Konkurrenzbedingungen in der Eisenindustrie.

Es ist also wesentlich, die Höhe der Produktionskosten von Eisen in Europa, bezw. Deutschland und Amerika zu ermitteln. Gerade bei Eisen liegen ja die Dinge viel komplizierter als bei einer jeden anderen Industrie: es kommt nicht nur auf die Arbeitskosten und mechanischen Hilfsmittel in verschiedenen Ländern, sondern in der Hauptsache auf die Reichhaltigkeit der Kohlen- und Eisenerzlagerstätten, auf deren Entfernung von einander und von den Absatzplätzen an. Die reichsten Lagerstätten können bei zu großer Entfernung wertlos, arme Lager und dünne Kohlenplätze bei günstiger Lage wertvoll sein. Man muß nun sagen, daß in Bezug auf Reichhaltigkeit und Mächtigkeit der Kohlen- und der Erzlager Amerika von der Natur sehr günstig bedacht ist. Nicht dasselbe läßt sich sagen von den Entfernungen, auf denen Eisenerz der Kohle, oder umgekehrt, Kohle den Erzen zugeführt werden muß. Diese sind in Amerika zum Teil weit beträchtlicher als in England oder Deutschland.

Am günstigsten liegen — scheinbar, die Dinge für die Eisenproduktion in den nordamerikanischen Südstaaten. Insbesondere scheint Alabama außerordentlich bevorzugt. Daselbst liegen in dem Hauptproduktionsgebiet Erze und Kohlen übereinander. Zu unterst, in 200 m Tiefe ein mächtiges Flötz von Eisenerz, darüber Kohle und dazwischen Kalkstein, der als Zuschlag, der leichteren Schmelzbarkeit der Erze wegen, in den Hochofen gethan wird. Allein neben dieser Gunst der Verhältnisse giebt es auch verschiedene Mißstände. Zunächst ist das Eisenerz nicht sehr reichhaltig, enthält im Mittel kaum über 37—40 % Eisen. Dazu ist es stark kieselhaltig, wodurch die Schmelzbarkeit beeinträchtigt wird. Auch pflegt der Eisengehalt starken Schwankungen unterworfen zu sein. Endlich enthält das südliche Erz Phosphor, und zwar etwa 0,2 % im Mittel, wodurch es für den billigeren „sauren" Bessemerprozeß bei der Umwandlung in Stahl untauglich wird, man muß zum teuereren „basischen", bezw. Thomasprozeß greifen. Nun enthalten zwar auch deutsche Erze, insbesondere die Lothringer Minette, Phosphor. Allein sie enthalten davon nicht 0,2, sondern 1—2 %. Das ist sehr wichtig: bei der Verarbeitung so stark

Digitized by Google

phosphorhaltiger Erze wird der basische Prozeß durch die dabei abfallende „Thomasschlacke", die gemahlen ein wertvolles Düngemittel für die Landwirtschaft darstellt, billiger als der saure. Bei 1—2 % Phosphorgehalt erreicht der Wert der abfallenden Thomasschlacke allein 5—10 Mk. per Ton Eisen. Weiter wirkt für die Eisenproduktion in Alabama ungünstig der Umstand, daß die örtliche Kohle stark schwefelhaltig ist; der Schwefelgehalt selbst im Coaks 0,8—1,6 % beträgt. Dadurch aber wird ein weiterer, ziemlich kostspieliger Prozeß zur Verringerung, bezw. Unschädlichmachung des Schwefels in dem erzeugten Roheisen notwendig. Alle diese Umstände mögen es bewirkt haben, daß trotz der angeblich niedrigen Produktionskosten (nur etwa 27 Mk. per Ton Roheisen) die Eisenerzeugung in Pennsylvanien, namentlich um Pittsburg, wo man vorzügliche Kohle und Coaks hat, jedoch die Erze um hohen Preis aus der Ferne beziehen muß, einen größeren Aufschwung genommen hat, als in Alabama. Daselbst betrug die Produktion an Roheisen 1899 1 Mill. Tons, in Pennsylvanien dagegen 7 Mill. Tons. Wenn man übrigens die Kosten der Erzförderung in Alabama als sehr niedrig bezeichnet, indem sie nur 80 Cents = 336 Pfennig per Ton betragen sollen, so ist das nicht richtig, im Saargebiet kommt die Förderung von Eisenerz sogar noch etwas billiger. Allerdings wird behauptet, daß man mit Hilfe von Luftbohrmaschinen und Dynamit Erz bereits zu 50 Cents per Ton = 210 Pfennig gewinnen könne. Auch das wäre nur wenig billiger als im Saargebiet; es erklärt sich zum Teil daraus, daß die Negerarbeiter in Alabama durchaus nicht billiger, sondern teurer sind als Arbeiter in Europa, speziell Deutschland, indem die Neger $1^1/_4$—$1^1/_2$ Dollars = 5,25—6,30 Mk. Tagelohn erhalten[1]. Die Kohle kommt allerdings in Alabama sehr billig zu stehen, indem für 1 Ton Kohle bloß 60 Cents = 252 Pfennig loco Grube, für ein Ton Coaks 155—160 Cents = 651—672 Pfennig gerechnet werden[2]. Ein Arbeiter soll im Durchschnitt 1898 täglich 2,58 Tons Kohle gefördert haben[3], während in Deutschland kaum ein Ton per Arbeitstag gefördert wird. Es dürfte dies mit der Mächtigkeit der Flötze einerseits, der ausgedehnteren Anwendung von Maschinen andererseits, der niedrige Preis auch mit der Geringfügigkeit der Grundrente zusammenhängen.

Jedenfalls ist jedoch die für die nächste Zukunft, die nächsten Jahrzehnte etwa, bedrohlichere Konkurrenz von Pennsylvanien zu erwarten. Daselbst giebt es namentlich im Bezirk von Connelsville vorzügliche Kohle in

[1] Stahl und Eisen, 1897, S. 437.

[2] Ebenda.

[3] Nachrichten aus Handel und Industrie, 1900, Nr. 158.

Digitized by Google

mächtigen Flötzen, die sich leicht vorcoakt und einen geringen Schwefelgehalt besitzt. Ein Ton Kohle hat man im Mittel zu etwas weniger als 4 Mk. erhalten, ein Ton Coaks soll nur auf 1,5 Dollars = 6,3 Mk. kommen. Doch ist in den letzten zwei Jahren der Preis per Ton Coaks bis auf 2,5—3 Dollars hinaufgegangen. In Pennsylvanien wie in Alabama soll die Förderung von bituminöser Kohle ziemlich leicht sein, indem mächtige Lager vorhanden sind, so daß zum Teil Bohrmaschinen in Anwendung gebracht werden können. Bereits um 1890 sollen in Pennsylvanien im Durchschnitt ca. 590—600 Tons bituminöser Kohle pro Arbeiter und Jahr gefördert worden sein. An Anthracit sind freilich nicht mehr als ca. 350 Tons pro Arbeiter und Jahr gefördert worden.

In diesem reichen Kohlenrevier nun ist der bedeutendste Eisenproduktionsbezirk der Erde entstanden. Es gab Erze allerdings auch in der Nähe, allein dieselben waren nicht besonders rein und reichhaltig. Einen eigentlich großartigen Aufschwung nahm die Eisenindustrie erst, als man anfing, Erze aus dem Gebiet der oberen Seen zuzuführen. Allerdings ist die Entfernung eine recht bedeutende: von der reichsten, in den letzten Jahren vielgenannten Erzgrube Mesabi sind es bis Duluth (Hafen am oberen See) 130 km; von da muß das Erz bis zum Hafen Cleveland am Eriesee auf den Seen und dem Kanal ca. 1200 km weit zu Wasser angeführt werden. Von Cleveland bis Pittsburg, dem Mittelpunkt der Eisenproduktion, sind es weitere 210 km per Eisenbahn. Das Erz muß also unterwegs zweimal umgeladen werden und hat eine Strecke von ca. 1540 km zurückzulegen. Allein auf der Eisenbahn sind 340 km zurückzulegen, das ist etwa die Entfernung von Lothringen bis Westfalen, welche für die Kosten der deutschen Eisenproduktion in Betracht kommt. Die Lagerungsverhältnisse der Mesabigruben sind freilich die denkbar günstigsten: die Mächtigkeit der Erze beträgt ca. 25 m; sie sind von einer etwa eben so mächtigen Kiesschicht überlagert. Dieselbe wird mittelst mächtiger Dampfschaufelapparate abgegraben, wie denn auch die Gewinnung der Erze selbst mittelst der Dampfschaufel geschieht. Mit dem größten Dampfbagger, einer Maschine von 190 Pferdestärken und 90 Tons Gewicht könne man in 10stündiger Arbeitsschicht 200 Doppelwagen zu je 25 Tons abbauen und verladen, d. h. wenn die Mächtigkeit der Kiesschicht der der Erzschicht gleichkommt, so können außer dem Kies im Mittel täglich ca. 2500 Tons Erz gefördert werden. Zur Bedienung der Maschine gehören freilich ca. 70 Mann, auch kann dieselbe in größerer Tiefe nicht arbeiten. Die Gestehungskosten sollen bei diesem Baggersystem nicht höher als ca. 10 Cents (42 Pfennig) per Ton kommen. Dazu komme dann die Grubenpacht im Betrage von

Digitized by Google

5—50, im Mittel 25 Cents per Ton (1,05 Mk.). Die Mesabierze enthalten im Mittel ca. 60 % metallisches Eisen ohne oder nur mit einer ganz geringen Phosphorbeimengung, sind jedenfalls durchweg für den sauren Prozeß geeignet[1]. Die Mesabigruben enthalten in den bisher aufgeschlossenen Teilen ca. 300 Mill. Tons Erz, wahrscheinlich noch ebensoviel in den bisher unaufgeschlossenen[2].

In Bezug auf die Höhe der Frachtkosten liegen nun bereits die Dinge nicht so günstig. Es wird zwar in Deutschland seitens der Eisenindustriellen viel über die Höhe der deutschen Frachtraten geklagt, allein die Fracht von den Mesabigruben bis Duluth ist durchaus nicht billig. Es werden dafür 80 Cents = 3,36 per Ton gerechnet, also ca. 2,6 Pfennig per Tonnenkilometer. 1899 ist freilich die Duluther Eisenbahn von der Federal Steel Co. erworben worden, die dann sich selbst billigere Frachtkosten anrechnen kann. Die Beförderungskosten auf den Seen sollen allerdings außerordentlich billig sein. Es sind für die Erzbeförderung eigene Schiffe, sog. Walfischrückenschiffe konstruiert worden, die bis 6000 Tons Ladung aufnehmen, in einer Stunde beladen und in 12—14 Stunden entladen werden können. Ein Schiff soll denn auch in einer Saison (Mai bis Dezember) bis 40 Reisen machen können. Die Fracht kommt denn auf diese Art nur auf ca. 50—80 Cents für die ganze Strecke (210—336 Pfennig), also ca. 0,22 Pfennig per Tonnenkilometer. Die weiteren Transportkosten von den unteren Häfen (den Häfen am Eriesee) bis Pittsburg betragen freilich weitere 105 Cents, gleichviel auf welcher Linie (441 Pfennig, bezw. 2,1 Pfennig per Tonnenkilometer). Die Eisenbahnfracht kommt also nur um ein Geringes billiger als die Fracht auf deutschen Eisenbahnlinien. Man sieht, die amerikanischen Eisenbahnen verstehen es sehr gut, sich ein Privatmonopol zu sichern. Die Gesamtkosten der Erze bis zu den Häfen am Eriesee werden für 1896/97 in Dollars folgendermaßen angegeben (Stahl und Eisen, 1897, S. 952):

	Erzgruben				
	Mesabi	Vermillion	Gogebic	Marquette	Menominee
Gewinnung	0,25—0,60	0,60—1,20	0,60—0,90	0,75—1,50	0,50—1,00
Abgaben .	0,05—0,50	0,20—0,50	0,20—0,50	0,20—0,50	0,20—0,50
Transport.	1,60	1,60—1,80	1,32	1,02	1,02
Kommission	0,10—0,15	0,10—0,15	0,10—0,15	0,10—0,15	0,10—0,15
Summa	2,00—2,75	2,50—3,65	2,22—2,87	2,07—3,17	1,82—2,67

[1] Vgl. die Darstellung in der Zeitschrift Stahl u. Eisen, 1897, S. 950 ff.
[2] Stahl und Eisen, 1896, S. 10.

Digitized by Google

Unter Hinzufügung der weiteren Eisenbahnfracht von 1,05 Dollars bis Pittsburg kamen also die Erze daselbst auf ca. 3—4,2 und mehr Dollars = 12,8—17,6 Mark. Um den Preis werden in Deutschland gleich reichhaltige schwedische oder spanische Erze an die Rheinhäfen ebenfalls angeliefert. Freilich hat sich Carnegie von den hohen Frachtraten der Eisenbahngesellschaften durch Ankauf eigner Linien unabhängig gemacht. Er hofft, die Erze zu einem Selbstkostenpreis von 25 Cents per Tonne von den Eriehäfen bis Pittsburg fahren zu können, wodurch sich die Gesamtkosten für Mesabierze auf etwa 2,5 Dollars per Ton (10,5 Mk.) loco Pittsburg ermäßigen würden. In gleicher Weise befindet sich die Federal-Steel-Compagnie, die allein ca. 2 Mill. Tons Roheisen und $1^1/_2$ Mill. Tons Coaks produzierte[1], im Besitze eigner Linien. Man wird also damit rechnen müssen, daß unter günstigsten Umständen Eisenerze von ca. 60 % Eisengehalt für 10,5—12 Mk. loco Pittsburg geliefert werden. In den beiden letzten Jahren, 1899 und 1900, sind allerdings die Preise ganz beträchtlich höher gewesen, und es ist dann auch der Preis für Roheisen von 11 auf 23 Dollars per Ton gestiegen. Unter günstigsten Umständen werden freilich die Produktionskosten für die Carnegie-Steel-Compagnie zu nur 7,25 Dollars per Ton Roheisen berechnet[2]. Die Einzelposten berechnen sich dabei folgendermaßen:

1,6 Tons Erze à 2,5 Dollars	= 4 Dollars
1 Ton Coaks	= 1,5 „
Kalkstein	= 0,5 „
Löhne	= 0,75 „
Generalunkosten	= 0,50 „
	Sa. = 7,25 Dollars = 30,45 Mk.

Könnten die Amerikaner ständig für längere Zeit zu diesem Preis produzieren, so wäre das ein Moment, welches die Konkurrenzfähigkeit für die deutschen Eisenwerke sehr stark erschwerte. 1897 betrug nämlich der Wert der 6,88 Mill. Tons in Deutschland produzierten Roheisens 350,1 Mill. Mk. = 50,9 Mk. per Ton; 1898 werden für 7,312 Mill. Tons 378,7 Mill. Mk. gerechnet, gleich 51,8 Mk. per Ton. Die mittleren Kosten für amerikanisches Roheisen werden indessen für die gleichen Jahre nach der amerikanischen Statistik nicht zu 30,45 und nicht zu 27 Mk. (um welchen Preis in Alabama produziert werden soll), sondern

[1] Report of the Industrial Commission, Washington 1900, S. 985.
[2] Stahl und Eisen, 1897, S. 950 ff.

Digitized by Google

zu ca. 9,8—9,9 Dollars = 41,5 Mk. angegeben (1897 wurden produziert 9,65 Mill. Tons im Werte von 95,1; 1898 11,7 Millionen Tons im Werte von 116,5 Mill. Dollars). Die Preisunterschiede betrügen daher nicht 20, sondern ca. 10 Mk. zu Gunsten Amerikas. Nun muß jedoch berücksichtigt werden, daß die amerikanischen Eisenwerke ja nicht die günstige Verkehrslage für den Absatz ins Ausland haben, wie die rheinisch-westfälischen. Die Entfernung von Pittsburg bis New York auf der Eisenbahn beträgt 690 km, nach Philadelphia 565, nach Baltimore 520, nach Chicago 850 km. Die Frachtkosten für Roheisen betragen per Ton[1]

Von Pittsburg nach	New York	2,10 Dollars	für	Knüppel	2,40
„ „ „	Philadelphia	1,70 „	„	„	2,00
„ „ „	Baltimore	1,50 „	„	„	1,80

In den Südstaaten beträgt die Fracht für Roheisen bis an die Häfen 2,5—3 Dollars, ist also noch höher. Bei besonderen Abmachungen soll freilich Roheisen zu 1 Dollar per Ton an die Häfen gefahren sein[2]. Fertige Fabrikate zahlen indessen von Pittsburg nach New York 3,36 Dollars = 14,1 Mk. per Ton.

Ganz so schlimm steht es also mit der Konkurrenzfähigkeit doch nicht. Es fragt sich, wie dieselbe erhöht, wie Bedingungen geschaffen werden könnten, die die Differenzen zwischen deutschen und amerikanischen Roheisenpreisen noch mehr herabdrücken. Bekanntlich wird von den deutschen Eisenindustriellen ständig über die Höhe der deutschen Eisenbahntarife, insbesondere für Kohlen und Erze geklagt. Es ist oft darauf hingewiesen worden, daß eine Unmenge von Frachtwagen (mitunter über 80 000 im Jahre) die von Westfalen nach dem Saargebiet mit Coaks fahren, die in den dortigen Eisenwerken gebraucht werden, leer zurücklaufen müssen, anstatt, wie es rationell wäre, lothringische Minette als Rückladung einzunehmen und dadurch die Einfuhr an ausländischem Erz herabzudrücken. Von den 7 Millionen Tons Eisenerz, die in Lothringen 1899 gefördert wurden, gingen nur 0,7 Mill. Tons nach Rheinland-Westfalen (Stahl und Eisen, 1900, S. 811 ff.), während 3,74 Mill. in Lothringen selbst verhüttet wurden. Die Transportkosten für Erz betragen auf der ca. 350 km langen Strecke ca. 8 Mk. per Ton, sodaß dieselben bei einem Preise von 3—4 Mk. in Lothringen, in Westfalen kaum unter 11—12 Mk. per Ton geliefert werden können, was für diese armen Erze, die im Durchschnitt

[1] Stahl und Eisen, 1897, S. 950 ff.
[2] Ebenda.

Digitized by Google

kaum über 34—38 % Eisen enthalten, viel zu hoch ist. Da ist es eben erklärlich, daß Deutschland 1899 ca. 4,165 Mill. Tons ausländische Erze eingeführt hat, trotzdem dieselben auf 70,1 Mill. Mark, ca. 16,86 Mk. per Ton kamen, gleichzeitig 3,119 Mill. Tons Eisenerz aus Lothringen nach Frankreich und Belgien gingen, deren Wert nur 10,6 Mill. Mark, gleich 3,4 Mk. per Ton betrug. Die teuren schwedischen und spanischen Erze sind eben bei ihrem höheren Eisengehalt von ca. 60 % in Westfalen billiger gekommen, als die lothringische Minette. Man muß außerdem berücksichtigen, daß bei der Verhüttung von armen Erzen auch der Coaksverbrauch per Ton produzierten Roheisens sich höher stellt, als bei reichen Erzen. Im Durchschnitt rechnet man, daß ein Ton Coaks zum Erblasen von einem Ton Roheisen nötig, bei reichen Erzen unter sonst günstigen Umständen sinkt das nötige Quantum Coaks auf 880—900, unter ungünstigen steigt es auf 1100—1200 kg. Und doch wäre es gerade in Deutschland auch im Interesse der Landwirtschaft außerordentlich wichtig, wenn mehr die phosphorreiche lothringische Minette in den Hochöfen verarbeitet würde, weil man dann mehr und billigere Thomasschlacke erhalten könnte. Die deutschen Kohlen- und Rohstofftarife sind auf dem europäischen Festlande die höchsten. Es betrugen pro Tonnenkilometer. in Pfennig[1]:

	Kohlentarife	Eisenerztarif
Rußland . . .	0,98—2,18	1,0
Österreich . . .	1,45—2,60	—
Ungarn	1,2 —2,20	—
Frankreich . . .	1,33—1,86	—
Belgien	—	1,1
Schweden . . .	—	1,3
Amerika . . .	0,7	—
Deutschland . .	ca. 2,2	ca. 2,2

Können also Frankreich und Belgien zu einem um 1/3 bis 1/2 niedrigeren Tarif befördern als Deutschland, so dürfte doch die Gefahr in Bezug auf den Ertragausfall bezw. Unrentabilität der Beförderung nicht so sehr groß sein. Würden in Deutschland-Preußen die Eisenerz- und Kohlentarife bis zu den französischen und belgischen Sätzen ermäßigt werden, so wäre das ein großer Segen für die Eisenindustrie. Es muß ja berücksichtigt werden, daß bei einer so starken Frachtermäßigung der Verkehr namentlich zwischen Rheinland-Westfalen und Lothringen ganz enorm anwachsen würde, und

[1] Stahl und Eisen, 1900, Nr. 1.

Digitized by Google

somit der infolge der Ermäßigung entstandene Ausfall, zu einem Teil wenigstens, durch die Zunahme der Frachten wieder eingebracht würde. Es wird nun allerdings behauptet, der Frachtverkehr habe im Ruhrkohlenbezirk so riesige Dimensionen angenommen, daß er von den Eisenbahnen gar nicht mehr bewältigt werden könne, daß Neubauten auch wegen Platzmangel unmöglich seien. Ist dies richtig, so müßten also Kanäle gebaut werden, vor allem der Dortmund-Rhein-Kanal. Näher auf diese Frage einzugehen, ist hier nicht der Ort. Übrigens ist selbst von den wärmsten Befürwortern des Kanalbaues, den rheinisch-westfälischen Industriellen, auf die technische Möglichkeit einer starken Steigerung in der Beförderung von Massengütern auf den Eisenbahnen hingewiesen worden. So wird ausgeführt, daß in Amerika die Kohlen- und Eisenerztransportwagen 55 Tons statt 10—15 in Deutschland fassen können, dabei ein Eigengewicht von nur 13 Tons besitzen. Eine Lokomotive von 106 Tons Gewicht ziehe einen Zug von 2800 Tons, darunter 2000 Tons Nutzlast mit einer Geschwindigkeit von 16 km in der Stunde, wobei die Zugkosten bloß 6,32 Mk. pro Stunde betragen = 0,02 Pfennig per Tonnenkilometer[1]! 22000 derartiger Güterwagen von je 55 Tons fassen in Amerika ca. 1,1 Mill. Tons, während alle 300000 preußischen nur 3,3 Mill. Tons fassen. Die amerikanischen 55 Tons-Wagen sind trichterförmig gebaut, wodurch die Entladung außerordentlich erleichtert, durch ein bloßes Öffnen der Klappen bewirkt wird. Der Abgeordnete Macco hat ebenfalls unlängst gegenüber der Behauptung der preußischen Eisenbahnverwaltung, man sei in Westfalen an die Grenze der Vergrößerungsmöglichkeit der Transporte gelangt, ausgeführt, daß ein preußischer Durchschnittszug von 76 Achsen oder 38 Wagen à 15 Tons allerdings 304 m Geleislänge erfordere, ein amerikanischer von der gleichen Ladefähigkeit (13 Wagen à 45 Tons) jedoch nur 143 m[1]. In den großen amerikanischen Wagen käme pro Ton Nutzlast nur 350 kg Tara, in den preußischen dagegen 533 kg. Allerdings müßte man zur Beförderung derartig schwerer Wagen eigene Schleppbahnen bezw. ein besonderes Doppelgeleis mit schwereren Schienen (etwa 40—50 kg pro laufenden Meter anstatt der meist noch üblichen 33 kg) ausschließlich für Güter- und langsame gemischte Züge bauen.

Freilich kann man ja nun bei der Frage nach der Ermäßigung der

---

[1] Stahl und Eisen, 1900, S. 7 ff.
[2] Ebenda, 1900, S. 785.

Digitized by Google

Frachtkosten für die billigen Massengüter geltend machen, daß dadurch doch, selbst bei Zunahme der Frachten, ein bedeutender Ausfall im Reinertrage der Staatsbahnen entstehen könnte, der durch neue Steuern gedeckt werden müßte. Dieser Einwand ist natürlich nicht ohne weiteres abzuweisen. Es fragt sich eben nur, ob die Erlangung, bezw. Bewahrung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte nicht doch zu gewissen Opfern zwingt. Wird der Kanal gebaut, so müßte jedenfalls dafür gesorgt werden, daß die Abgaben je nach dem Wert der Güter stark differenziert werden. Es wäre ganz unberechtigt und irrationell, wenn fertige Endprodukte der Eisenindustrie zu demselben billigen Tarif ins Innere des Reiches befördert werden würden, wie die Kohle oder Steine und Erze. Man brauchte ja schließlich zur Erzielung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte nur den Erztarif zwischen Lothringen und Westfalen bedeutend herabzusetzen. Würde Erz zu 1 Pfennig per Tonnenkilometer befördert, bezw. wäre in Westfalen Minette zu etwa 6—7 Mk. per Ton erhältlich, so würde ein großer Teil der Einfuhr fremder Erze überflüssig, man hätte keinen Frachtenausfall, sondern eine Zunahme, wenn anstatt 0,7 vielleicht 3—4 Mill. Tons befördert würden; gleichzeitig wäre bewirkt, daß das zur Produktion von 1 Ton Roheisen erforderliche Erz in Westfalen nicht teurer käme, wie in Pennsylvanien, selbst bei Anrechnung der Selbstkosten der großen amerikanischen Eisenwerke. Ein Unterschied bliebe dann für die Eisenproduktion allenfalls noch im Preise der Coaks bestehen. Allein genau um denselben Preis wie in Pennsylvanien braucht man in Westfalen gar nicht zu produzieren; die günstigere Verkehrslage gestattet einen mindestens um 5—6 Mk. per Ton höheren Preis für Roheisen und dennoch genau die gleiche Konkurrenzfähigkeit.

Eine weitere Frage für die Konkurrenzmöglichkeit liegt in der Konzentration der Produktion. Es macht für die Produktionskosten einen großen Unterschied aus, ob Hütten-, Stahl- und Walzwerke getrennt voneinander bestehen oder vereinigt sind. Man muß es den Amerikanern lassen, daß sie in dieser Beziehung, dank ihrer Energie, gewaltige Erfolge erzielt haben. Allein vier große Unternehmungen, die Carnegie-Steel-Co., die Federal, National- und American-Steel-Co. haben im Jahre 1900 ca. 8 Mill. Tons Stahl hergestellt! Freilich besitzt jede dieser Gesellschaften mehrere Hütten- und Stahlwerke. Es ist auch durchaus nicht notwendig und übrigens technisch nicht einmal gut durchführbar, in einem einzigen Werk 1 oder gar 2 Mill. Tons Eisen zu produzieren. Werke von 100 000—200 000 Tons Jahresproduktion werden in Bezug auf

Digitized by Google

Verbilligung der Produktionskosten dasselbe, wenn nicht noch mehr leisten, sofern bloß Roheisen, Stahl bezw. Flußeisen in einem Werke erzeugt werden und zugleich eine Walzwerksanlage vorhanden ist. In solchem Falle braucht man nämlich das aus dem Hochofen gekommene Roheisen nicht erkalten zu lassen, sondern kann es sofort noch flüssig in einen Converter oder Martinofen schaffen, wo es in Stahl umgewandelt wird, um es dann weiter noch in rotglühendem Zustande in dem Walzwerk zu verarbeiten.

Man spart dabei an Brennmaterial, an Arbeits- und Frachtkosten. Zur Zeit scheint man in Deutschland von einem solchen Ideal der Vereinigung von Hütten-, Stahl- und Walzwerken noch recht entfernt zu sein, wurden doch z. B. 1897 nicht weniger als 6,55 Mill. Tons Roheisen auf Eisenbahnen befördert! (Die gesamte Eigenproduktion an Roheisen betrug 6,88 Millionen Tons.) Dabei läßt sich nicht einmal sagen, daß die Kosten für die Anlagen bezw. Konzentration der Betriebe so außerordentlich hoch wären, gegenüber dem heutigen faktischen Wert der Werke. Neuere Angaben über die Anlagekosten vollständiger Eisenwerke sind leider in der Litteratur für Deutschland nicht aufzutreiben. Für Norwegen, wo doch die Anlagekosten infolge des Importes von Maschinen und Material höher werden müssen, veranschlagt Vogt die Kosten eines vollständigen Eisenwerkes zur Produktion von 40 000 Tons Stahl jährlich, also einer mittelgroßen Anlage, auf 2,5—3 Millionen Kronen (2,8—3,4 Millionen Mark), und zwar Hochofenanlage 1 Million Kronen, Martinanlage 150 000, Walzwerk, Wasserkraft, Gebäude, Grund und Boden circa 1,5 Millionen[1]. Für die gesamte deutsche Jahresproduktion von ca. 8 Mill. Tons würde also selbst der Neubau solcher vollständigen Eisenwerke nur auf etwa 600 Mill. Mark kommen. Dagegen wurde bereits vor einigen Jahren der Wert der deutschen Eisenwerke zu ca. 1500 Mill. Mark geschätzt. Thatsächlich braucht es aber doch keine Neuanlagen, sondern nur Umbauten bezw. Vervollständigung der vorhandenen. Bei größeren Anlagen kommen die Kosten billiger, und es kann gleichzeitig an Arbeitskraft gespart werden. Ingenieur Schrödter rechnet z. B. für ein Hüttenwerk von 250 Tons Tagesproduktion eine Belegschaft von 180 Mann[2]. Bei einer mittleren Betriebsdauer von 45,8 Wochen im Jahre (wie sie die 253 deutschen Hochöfen 1898 hatten) käme man alsdann auf eine Jahresproduktion von 80 000 Tons bezw. 444 Tons pro

[1] Stahl und Eisen, 1900, S. 1204.
[2] Ebenda, 1900, S. 7.

Digitized by Google

Arbeiter, während 1898 thatsächlich nur $\frac{7\,312\,800}{30\,778} = 237$ Tons pro Arbeiter produziert wurden.

Weiter erhebt sich die Frage: Involviert nicht die Höhe der deutschen Arbeitslöhne bezw. der Preis der Arbeitsleistung ein Zurückdrängen der Konkurrenzfähigkeit gegenüber andern Ländern? Bekannt ist die ausgesprochene Gegnerschaft der rheinisch-westfälischen Industriellen gegen jede Erweiterung der Arbeiterschutzgesetzgebung und Ausdehnung der Arbeiterversicherung. Dieser Standpunkt wird damit zu motivieren gesucht, daß bereits die gegenwärtige Schutzgesetzgebung und Arbeiterversicherung eine schwere Belastung der deutschen Industrie gegenüber anderen Ländern bedeute. Es kommt nun zur Beurteilung der Frage zunächst natürlich auf die Höhe der Gesamtlöhne inkl. Versicherungslast an. Da ist denn behauptet worden, die Löhne in Amerika seien in letzter Zeit bedeutend herabgegangen. In den Verhandlungen der British Iron Trade Conference hat Sir Alfred Hickmann unwidersprochen ausgeführt, das englische Parlamentsmitglied Sam Wood habe bei einem Besuch amerikanischer Bergwerke als Lohn der Bergarbeiter für eine elfstündige Arbeitsschicht 3—4 Schilling festgestellt (citiert in Stahl und Eisen, 1897, S. 950). Das wäre allerdings nicht viel, — vergessen ist bloß, zu sagen, wo denn diese Kohlenwerke lagen, was für Arbeiter gemeint sind, welches die Leistungen waren. Was wir sonst thatsächlich wissen, weist auf viel höhere Entlohnung. Nach den Aussagen des Vorsitzenden der American Steel and Wire Co., Gates, bekamen 1168 Bergarbeiter derselben im Oktober 1898, also vor dem Hochgang der Eisen- und Kohlenpreise, 53 208 Dollars Monatslohn gleich 45,5 Dollars pro Mann oder ca. 191 Mark bezw. bei 25 Arbeitstagen 7,6 Mark Tagelohn! August 1899, nach der Preissteigerung, wurden jedoch 1276 Bergarbeitern 74 879 Dollars Lohn bezahlt[1] bezw. 58,6 Dollars oder 246 Mark, also circa 9,5—10 Mark pro Arbeitstag. 8548 gelernte Arbeiter (skilled labourers) bekamen August 1899 651 349 Dollars Lohn bezw. 76 Dollars = 320 Mark, 9879 gewöhnliche (common) Arbeiter 503 615 Dollars = 50,9 Dollars pro Mann oder 214 Mark. In gleicher Weise berichtet die Labour Gazette (1900, S. 292), der Jahreslohn für gelernte Arbeiter habe 1899 betragen bei den großen Trusts-Gesellschaften 146,8 Pfund Sterling = ca. 3000 Mark, für ungelernte Arbeiter freilich nur 73,1 Pfund = 1490 Mark, für den Durchschnitt aller Angestellten 107,9 Pfund = 2 200 Mark, während sie allerdings bei den Gesellschaften vor der Fusion

[1] Report of the Industrial Commission, Washington 1900, S. 990.

Digitized by Google

entsprechend 129,3, 61,2, 95,8 Pfund betrugen (2630, 1250 und 1960 Mk.). Doch sind ja auch die letzteren Löhne beträchtlich höher als die deutschen Durchschnittslöhne. Es betrug in Deutschland nach der Statistik der Unfallversicherung für die Knappschafts-Berufsgenossenschaft 1888 der Durchschnittslohn 780 Mk. pro Jahresarbeiter (357 600 Arbeiter, angerechneter Jahreslohn 278,1 Mill. Mark); 1898 war derselbe freilich auf 1004 Mk. gestiegen (495 100 Arbeiter 497,0 Mill. Lohn). Nun decken sich zwar die angerechneten Löhne nicht genau mit den faktisch gezahlten, immerhin dürften die Differenzen gering sein. Bei der rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerksgenossenschaft sind allerdings 1898 für 118 200 Arbeiter 137,8 Mk. Lohn gerechnet bezw. 1166 Mk. Jahreslohn.

Immerhin sind es nicht die Löhne an sich, die die Konkurrenz erschweren könnten. Es könnte sich nur um die höheren Leistungen amerikanischer Arbeiter handeln. Wenn jedoch z. B. in der „Berg- und hüttenmännischen Ztg.", 1900, S. 29 (auch Stahl und Eisen, 1900, S. 344) ausgeführt ist, die hohen Löhne erschwerten die Konkurrenz, und zum Belege angegeben wird, die Förderungskosten betrügen in Amerika 6,0, in England 8,1 und in Deutschland 9,2 Franks per Ton (die entsprechende Jahresleistung pro Arbeiter 450, 297 und 271 Tons), so muß bemerkt werden, daß hier anscheinend eine Verwechselung zwischen Lohn und Gesamtpreis loco Grube vorliegt. 1898 haben 357 700 deutsche Kohlenarbeiter 96,3 Mill. Tons Kohle gefördert; rechnen wir den Gesamtlohn derselben entsprechend dem Durchschnittslohn der Knappschafts-Berufsgenossenschaft auf 360 Mill. Mark, so kommen wir auf 3,8 Mk. = 4,7 Francs Arbeitslohn pro Ton geförderter Steinkohle; die übrigen 4,5 Francs bezw. 3,6 Mk. wurden von Grundrente und sonstigen Generalunkosten absorbiert. Es ist zu bemerken, daß die Grundrente in den deutschen Kohlenwerken pro Ton Kohle in den letzten 10 Jahren sehr stark angestiegen sein muß. Nach der amtlichen Statistik ist der Preis der Kohle loco Grube von 1886/88 bis 1898 allerdings nur um 42 % (von 5,2 auf 7,4 Mk. per Ton) gestiegen; der Lohn hat gleichzeitig um ca. 23 % zugenommen. Jedenfalls aber dürfte auch nach der amtlichen Statistik die Differenz zwischen gezahltem Lohn und Wert der Kohle loco Grube von 2,1 auf 3,6 Mk., also um ca. 70 % gewachsen sein. Nach den vom Reichsamt des Innern vorgenommenen Produktionserhebungen betrug freilich bereits der Wert der im Jahre 1897 geförderten Kohle (90,4 Mill. Tons 732,7 Mill. Mark) ca. 8,1 Mk. per Ton; danach dürfte der Arbeitslohn kaum über 47 % vom Wert der Kohle an den Gruben ausgemacht haben. (Wie hoch die sonstigen Unkosten der Förderung waren, läßt sich

Digitized by Google

leider nicht feststellen.) Daß der wirkliche Wert der Kohle ein etwas höherer ist, als in den alljährlich veröffentlichten summarischen Berichten der amtlichen Montanstatistik angegeben wird, geht auch aus dem Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk in Dortmund für 1899 hervor. Danach betrug der Wert im Dortmunder Bezirk in Mark per Ton:

	1887	1890	1896	1897	1898
Gesamtflammkohle .	5,72	12,36	8,67	9,21	9,66
Fettkohle	5,63	10,72	8,25	8,85	9,08
Magere Kohle . . .	4,88	11,00	7,61	8,32	8,59
Gaskohle	7,10	13,47	10,17	11,17	11,46
Gießereicoaks . . .	8,67	22,00	14,23	15,96	16,25
Hochofencoaks . . .	7,83	19,78	12,02	13,87	14,00

Was nun Amerika anlangt, so sind daselbst allerdings die gesamten Gestehungskosten bedeutend niedriger als in Deutschland, die Kosten der Arbeit pro Ton scheinen jedoch nicht sehr stark unterschieden zu sein. Nach dem Bulletin of the Department of labour (1897, S. 162) wurden in Pennsylvanien 1895 produziert:

51,2 Mill. Tons Anthracit von 143 610 Arbeitern resp. 357 Tons pro Arbeiter
46,26 = = bituminöser Kohle von 84 004 = = 545 = = =

Der Arbeitslohn betrug 1894/96 im Mittel nur einmal (August 1895) einige Cents unter 2 Dollar (8,40 Mk.) pro Tag. Danach kann, wenn man 240—250 Arbeitstage annimmt, der durchschnittliche Arbeitslohn auch für bituminöse Kohle kaum viel unter $3^1/_2$ Mk. per Ton betragen haben. Die Gesamtproduktion an bituminöser Kohle in Pennsylvanien wird für 1895 nach der amerikanischen Statistik auf 135,0 short tons, gleich ca. 121 Mill. long tons, der Wert auf 115,7 Mill. Dollars = 486 Mill. Mark angegeben resp. ca. 4 Mk. per Ton. 1896/98 sind im Mittel gefördert 150,6 Mill. short tons = ca. 135 Mill. long tons bituminöser Kohle im Werte von 122,4 Mill. Dollars = 514 Mill. Mark resp. 3,8 Mk. pro Ton. Jedenfalls scheint in Amerika die Grundrente in den Kohlenwerken außerordentlich gering zu sein, was sich aus der ungeheuren Ausdehnung der amerikanischen Kohlenfelder unschwer erklärt. Wenn also in Deutschland Kohle bedeutend teurer ist als in Amerika, so resultiert das wohl fast lediglich aus der viel höheren Grundrente, nicht der teureren Arbeit. Die Arbeitskosten pro Ton sind nahezu die gleichen; allerdings aber fördert der amerikanische Arbeiter im Mittel nahezu doppelt so viel und erhält auch einen entsprechend höheren Lohn. In dem Report of the Industrial Commission wird immerfort auf die höheren Löhne

Digitized by Google

Amerikas hingewiesen. So erklärt der Vorsitzende der American Steel and Wire Co., daß man in Amerika um 60—85 % höhere Löhne zahle als in Europa, die Arbeit aber um so viel produktiver sei, daß pro Arbeitseinheit dasselbe herauskomme (l. c. S. 1014).

Interessant ist die Frage, wie der Eisenexport aus Amerika zu stande kommt. Da begegnen wir seitens der Sachverständigen der großen Gesellschaften Behauptungen, die sich einander direkt widersprechen. Der bereits genannte Gates behauptet (l. c. S. 1015), die einheimischen Preise seien um 50—60 %, ja um 70 % höher als die Exportpreise, der Zollschutz sei durchaus notwendig. Der Präsident der American Steel Hopp Co., Guthril, erklärt (l. c. S. 956), daß man nur exportieren könne, wenn man ins Ausland um 20 % billiger verkaufe; die großen Werke exportierten häufig mit Verlust, lediglich aus Patriotismus, um Geld ins Land zu bringen. Derselbe Guthril behauptet aber wenige Seiten weiter, die Amerikaner hätten um so viel billigeren Rohstoff, namentlich billigere Kohle, daß sie mit Leichtigkeit Deutschland, England oder Belgien auf ihren eigensten Märkten unterbieten könnten und dabei selbst noch Profit machen würden. Diese Art Widersprüche dürfte sich wohl so erklären, daß die amerikanischen Eisenindustriellen als praktische Leute für das Inland eine Beibehaltung der hohen Schutzzölle wünschen; daß sie ins Ausland aus Patriotismus mit Verlust exportieren werden, ist gerade bei den praktischen Yankees, bei denen man sonst wenig sentimentale Regungen verspürt, allerdings kaum wahrscheinlich, es sei denn ausnahmsweise, wenn es gilt, durch Abschieben der überproduzierten Ware ins Ausland die Inlandpreise hoch zu halten. Gewiß aber wird man zugeben können, daß auch dauernd ins Ausland mit einem bedeutend geringeren Gewinn exportiert werden kann, als der Gewinn für die ans Ausland abgegebenen Produkte beträgt. Es kommt natürlich auch immer darauf an, wie man rechnet, bezw. was man unter Gewinn versteht. Versteht man darunter den Überschuß über die Arbeitslöhne plus sonstige faktische Unkosten, so wird sich sicher kein Unternehmer jemals bereit finden, bedeutende Mengen ohne Gewinn zu exportieren — von vorübergehender Notlage natürlich abgesehen. Dagegen läßt die Grundrente und Dividende Differenzen im Preise zu. Bekanntlich hat die günstige Konjunktur der letzten zwei Jahre in Amerika, 1899 und 1900, zu einem ganz enormen Hochgehen der Grundrente geführt. Während die Löhne sich um 15—40 % erhöhten, wuchs die Grundrente um mehrere Hundert Prozent. Für Eisenerze wurden an den oberen Häfen (Duluth) anstatt 1,5—2 5,5 Dollars pro Ton (23 Mark!) verlangt, also ein Reinprofit von mindestens 4 Dollars per Ton erzielt. Da nun gleichzeitig die Preise für

Digitized by Google

Connelsviller Coaks von 1,5 auf 2,5—3 Dollars gestiegen waren, so kam die Produktion von 1 Ton Roheisen in Pittsburg bereits auf 17 Dollars (88,4 Mark) zu stehen. Die großen Gesellschaften, die die Eisenerzgruben und zum Teil auch die besten Kohlengruben monopolisiert haben, konnten naturgemäß beim Verkauf ins Ausland nicht die ganze, so ungeheuer hochgeschraubte Grundrente einziehen; sie mußten rechnerisch „mit Verlust" verkaufen, haben aber thatsächlich dabei noch schöne Gewinne erzielen können. Für die Art und Weise, wie bei Fusionen vorgegangen und wie das Kapital erhöht wird, bietet ein Beispiel die Federal Steel-Co. Dieselbe entstand September 1898 aus einer Vereinigung der Minnesota Erzgrubengesellschaft, der Duluther Eisenbahn, der Minnesota-Dampfergesellschaft, der Illinois Steel Co., der Lorain Co., der Elgin, Joliet und Eastern Railroad Co. Der Buchwert sämtlicher Liegenschaften dieser Gesellschaften betrug 45 Millionen Dollars, Kassa 10 Millionen. Nun wurden sofort 31 Millionen als Zuwachs (Ansteigen der Grundrente) gerechnet und den alten Eigentümern für 100 Mill. Dollars Vorzugsaktien ausgereicht, alsdann das Aktienkapital um weitere 100 Millionen Dollars erhöht, d. h. verwässert. Auf diese Art und Weise mußten denn anstatt des faktischen Wertes von 55 Millionen 200 Millionen verzinst werden, wodurch gleichzeitig dem gegen die Trusts eingenommenen amerikanischen Publikum der Beweis geliefert werden konnte, daß die Dividende der Gesellschaft pro Aktie ja gar keine übermäßig hohe sei.

Man kann also wohl sagen, daß die durch die große Konzentration und technische Vervollkommnung der Betriebe in Amerika geschaffenen Vorteile zum großen Teil wieder durch die Verwässerung der Kapitalien und das Hochgehen der Grundrente ausgeglichen werden. Die Konkurrenz auf dritten Märkten zwischen Europa und Amerika dürfte in der Hauptsache eine Frage der Konzentration bezw. auch der technischen Vervollkommnung der Betriebe, sowie eine Frage des Anwachsens der Grundrente sein. Ein Land mit niedriger Grundrente steht entschieden günstiger da als ein solches mit hoher Grundrente. Großen Gesellschaften wird es indessen selbst bei sehr hochgetriebener Grundrente immer noch eher möglich sein, zu exportieren.

Neben der Frage nach der Grundrente spielen natürlich eine große Rolle der Arbeitslohn und die Frachtentarife. Was den Arbeitslohn anlangt, so ist es nicht anzunehmen, daß die bereits recht mächtigen amerikanischen Arbeiterverbände sich eine bedeutende Herabsetzung der Löhne gefallen lassen werden. Grade die Arbeiter der Eisenindustrie müssen gut genährt und kräftig sein, sonst sind sie nicht leistungsfähig. In Bezug auf einen etwaigen

Digitized by Google

Lohndruck droht jedenfalls keine Gefahr von England und Amerika. Der einzige Staat, der hier Deutschland Konkurrenz bereiten könnte, wäre Belgien. Allein Belgien leidet doch zum Teil an elementarer Unselbständigkeit, indem es die Eisenerze einführen muß. Auch beträgt ja die belgische Eisenproduktion kaum über 1 Mill. Tons, etwa 12 % der deutschen.

Wichtiger ist für die deutsche Eisenindustrie die Frage nach der Reduktion der Transportkosten, sei es nun durch Herabsetzung der Eisenbahntarife, sei es mit Hilfe von Kanalbauten. Insbesondere kämen in Betracht die Moselkanalisierung und der Bau der Strecke Rhein-Dortmund. Gegen die Herabsetzung der Eisenbahntarife kann man nun freilich, abgesehen von fiskalischen Gründen, den Ausfall der Eisenbahneinnahmen, geltend machen, daß möglicherweise dadurch nur erreicht würde, daß die Differenz in den Transportkosten sofort in einer Erhöhung der Grundrente zum Vorschein käme, also für den Konsumenten nichts erreicht, dem Staate lediglich geschadet wäre. Eine Garantie für die Ermäßigung der Produktionskosten und Steigerung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte könnte erst gegeben werden, wenn man die wichtigsten Eisenerz- und Kohlenvorkommen verstaatlichte, wie das z. B. auch für Rußland Mendelejeff dringend fordert. Es ist jedoch ganz unwahrscheinlich, daß in Deutschland in nächster Zukunft in dieser Richtung vorgegangen wird. Auch kann man ja den Einwand erheben, daß bei einer Verstaatlichung der Kohlenwerke möglicherweise keine Ermäßigung der Produktionskosten herauskommen würde, indem man die Überschüsse, grade wie gegenwärtig bei den Eisenbahnen, lediglich für fiskalische Zwecke verwenden würde. Jedenfalls aber wird der Kanalbau, der ja jetzt in ziemlich sicherer Aussicht zu stehen scheint, eine Herabsetzung auch der Eisenbahntarife erzwingen und damit für die Eisenwerke die Konkurrenzbedingungen verbessern.

Jedenfalls liegen die natürlichen Bedingungen für die Entwicklung der Eisenindustrie in Deutschland keineswegs ungünstiger als in Amerika; die Reichhaltigkeit der Eisenerze an den Oberen Seen wird durch die große Entfernung derselben von den Kohlenlagern ausgeglichen. Mit den Alabamaerzen kann aber die lothringische Minette, die ja auch z. B. bei Amanweiler in drei recht mächtigen, hart bei einander liegenden Flötzen von zusammen 6,4 m Mächtigkeit in 152—164 m Tiefe vorkommt[1], vollauf konkurrieren, zumal da der Gesamtvorrat nach der geringsten Schätzung 3 Milliarden Tons beträgt und die Grundrente in Lothringen vorläufig noch eine ganz geringe Rolle spielt. Und der Kohlenvorrat im Ruhrkohlenbecken ist neuer-

[1] Stahl und Eisen, 1898, S. 4.

Digitized by Google

dings bis zu 700 m Tiefe auf 11 Milliarden Tons, der gesamte abbauwürdige Vorrat bis 1500 m Tiefe auf 73 Milliarden Tons geschätzt[1], was für absehbare Zeit ausreichend erscheint, zumal in größerer Tiefe noch weitere 54 Milliarden Tons Kohle liegen sollen und das ganze Becken noch lange nicht in seiner vollen Ausdehnung erschlossen ist (die gegenwärtige Ausdehnung der bekannten Kohlenvorkommen beträgt 2900 qkm). Wenn die Apallachenkohlenfelder dagegen sich auf ca. 1000 km erstrecken und ca. 600 Milliarden Tons Kohle enthalten sollen, so ist doch deren Entfernung von der See eine größere als die des Ruhrkohlenbeckens.

Die landwirtschaftliche Konkurrenz.

Die gewaltige Ausdehnung der Vereinigten Staaten bei relativ dünner Bevölkerung läßt zunächst die landwirtschaftliche Konkurrenz recht bedrohlich erscheinen. Bei näherer Betrachtung wird man freilich finden, daß auch, wenn man von Alaschka absieht, von den 7 834 000 qkm der eigentlichen Union kaum über die Hälfte landwirtschaftlich nutzbar sind, ein großer Teil dagegen, und zwar fast alles Land westlich des 100. Längengrades von Greenwich, abgesehen von begrenzten Landstrichen, als zu trocken oder zu gebirgig bezeichnet werden muß. Man wird den landwirtschaftlichen Wert der Union durchaus nicht, entsprechend der Gesamtfläche, zum 14—15fachen von dem des Deutschen Reiches ansetzen dürfen, sondern höchstens zum 7—8fachen, auch wenn man berücksichtigt, daß ein Teil des amerikanischen Trockengebiets, nach Urteilen von Sachverständigen 74—100 Millionen Acres, bewässerbar und anbaufähig sind[2]. Von den 1170 Millionen Acres (472 Mill. Hektar) der sich 1890 in Privatbesitz befindlichen Ländereien gab es eigentliches Farmland nur 632 Mill. Acres (252,8 Mill. Hektar), das sich bis Juni 1898 um weitere 84 Mill. Acres vergrößert haben soll[3]. Thatsächlich dürfte man mit den 716 Mill. Acres Farmland nicht mehr weit von der Grenze stehen, bis zu der ohne künstliche Bewässerung Landbau getrieben werden kann. Von den 632 Mill. Acres Farmland waren 1890 allerdings erst 357 Mill. Acres = 142 Mill. Hektar improved land, landwirtschaftlich benutzt. Die eigentliche Ackerfläche war gar noch bedeutend geringer. Auch 1897—1899 gab es erst bestellte Fläche:

---

[1] Ebenda, 1900, S. 229.
[2] The Journal of Political Economy, 1900, p. 524.
[3] Mulhall in North American Review, 1899, p. 540.

Digitized by Google

	Mill. Acres	Mill. Hektar	Ernte Mill. Bushels	Mill. Tons
Mais . . .	80	32	1 900	52
Weizen . .	44	17,6	565	15,3
Roggen . .	1,6	0,6	27	0,7
Hafer . . .	26	10,4	700	11,2
Gerste . . .	2,7	1,1	60	1,3
Buchweizen .	0,7	0,2	13	0,2
Kartoffeln .	2,5	1,0	192	5,0
Baumwolle .	30	12	5 270 Mill. Pfund	2,4

Die gesamte mit Getreide, Baumwolle und Kartoffeln bestellte Fläche erreichte also 75 Mill. Hektar, die Getreideernte allein ca. 80,7 Mill. Tons bezw. nach Abzug der Aussaat wohl ca. 75 Mill. Tons resp. nahezu 1000 kg pro Kopf der Bevölkerung. Von diesem Quantum wird etwa $^1/_{10}$ ausgeführt, das übrige im Lande verzehrt oder verfüttert. Im Verhältnis zu Deutschland, wo nach der amtlichen Statistik für den inneren Konsum 1896/99 im Durchschnitt an den vier Hauptgetreidearten ca. 420 kg auf den Kopf kamen (dazu ca. 30 kg Mais), muß also gesagt werden, daß der Pro-Kopf-Konsum an Getreide nahezu doppelt so hoch ist. In Deutschland werden ca. 14 Mill. Hektar mit Getreide, weitere 3,1 mit Kartoffeln und ca. 0,5 mit Zuckerrüben bestellt; man kann also sagen, daß die bestellte Fläche in Amerika, unter Hinzurechnung der Baumwolle, mehr als viermal so groß ist. Nehmen wir nun die überhaupt anbaufähige Fläche der Union zum Achtfachen von der des Deutschen Reiches an, so ergiebt sich, daß etwa eine Verdoppelung der heutigen Ackerfläche noch möglich ist. Freilich aber dürften die besten Ländereien bereits heute unter dem Pfluge stehen; für die noch urbar zu machenden Flächen wird man mehr Mühe aufwenden müssen, aber geringere Ernten einheimsen. Wenn also behauptet worden ist, daß die Union mit Leichtigkeit 500 Millionen Menschen ernähren könnte, so dürfte bei der heutigen Lebenshaltung und den heutigen Mittelernten thatsächlich nur an eine Verdoppelung der Bevölkerung von 1900 gedacht werden können, die sehr leicht in einem Menschenalter eintreten könnte. Die Bedingungen für die Ansiedelung wurden bereits Anfang der 80 er Jahre, wie Prof. Sering konstatiert hat, immer schwieriger; das brauchbare Regierungsland ging zu Ende. Mit diesem rapiden Zu-Ende-Gehen des günstig gelegenen Regierungslandes dürfte wohl die amerikanische Schutzzollpolitik seit 1890 sowie das Anwachsen der Industrie, die jetzige Weltpolitik, im engsten Zusammenhange stehen. Früher bot das freie Regierungsland der anwachsenden Bevölkerung großenteils Unterkunft; in den letzten zwei Jahrzehnten hat sich das stark geändert. Von 1870 bis 1880 ist die Zahl der industriellen Arbeiter von 2 053 966 auf 2 732 595 ge-

Digitized by Google

stiegen, also nur in gleichem Maße mit der Bevölkerung fortgeschritten, von 1880 bis 1890 jedoch hat die industrielle Entwicklung die landwirtschaftliche weit überholt: die Zahl der Industriearbeiter vermehrte sich um genau 2 Millionen = ca. 74 %, die Bevölkerung nur um 25 %. Seit 1890 aber ist die industrielle Entwicklung noch viel rapider gewesen. Indem nun das brauchbare Regierungsland zu Ende ging, mußte man für die anwachsenden, Beschäftigung suchenden Bevölkerungsmassen, die leicht zu einem gefährlichen Element auswachsen konnten, auf irgend eine Weise Unterkunft schaffen. An eine zwangsweise Enteignung der unbebauten Latifundien und des Besitzes der Eisenbahnen, die für eine beträchtliche Zeit noch ausgereicht hätten, um die Bevölkerung mit Land zu versorgen, wollte man nicht heran, also mußte man zur Hochschutz- und Weltpolitik greifen, mußte auch die Einwanderung zu beschränken suchen.

So wie die Dinge in der Landwirtschaft liegen, scheint es allerdings zunächst, als ob bei der auch in den Prairiestaaten enorm gesteigerten Grundrente, den hohen Steuern und dem hohen Arbeitslohn für Europa keine gefährliche Konkurrenz erwachsen könnte. Sie wäre thatsächlich auch nicht gefährlich, wenn Westeuropa in Bezug auf die Versorgung mit Brotgetreide auf Rußland und Amerika allein angewiesen wäre. Für Weizen, das Hauptexportgetreide, betrugen die Produktionskosten in den 90er Jahren nach offiziellen Angaben im Statistical Report (März 1894) im Durchschnitt 3 sh. 10 d., in Dacota 2 sh. 8 d. pro Bushel[1]; das macht, wenn man das Hektolitergewicht zu 77 kg ansetzt, 145,8 resp. 102 Mk. per Ton. Zu ähnlichen, wenn nicht zu höheren Werten für 1883—1887 gelangt Prof. Sering in seinem umfangreichen, grundlegenden Werk über die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas[2]. Thatsächlich sind jedoch die Getreidepreise, insbesondere auch die Weizenpreise, seit 1893/94 auf dem Weltmarkte bezw. in London im Durchschnitt weit niedriger gewesen als 145,8 Mk. per Ton plus Fracht und Spesen. Näher betrachtet ergeben sich freilich die hohen Produktionskosten zu einem sehr großen Teil aus der bereits in den Prairiestaaten sehr hoch geschraubten Grundrente und den üblichen hohen Arbeitslöhnen. Wurde doch selbst in den mittleren Prairiestaaten Illinois, Ohio, Jowa, nach Sering, Grund und Boden zu 40—100 Dollars per Acre und höher bewertet[3] = 420—1 050 Mk. per Hektar! Das sind Preise, die zum Teil

[1] Das Getreide im Weltverkehr. Ausgabe des k. k. Ackerbauministeriums, Wien 1900, Teil III, S. 103.

[2] So rechnet z. B. Sering (l. c. S. 455) für Dacota auf den Großfarmen 73—88 Cents per Bushel = 103—136 Mk. per Ton Produktionskosten.

[3] Sering, l. c. S. 455.

Digitized by Google

die Güterpreise im ostelbischen Deutschland überschreiten. Selbst für Minnesota und Dacota, die Hauptweizenstaaten, werden Landpreise von 25 Dollars und mehr per Acre angegeben (262,5 Mk. per Hektar). Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Zinsfuß in Amerika höher ist, selbst für sichere Werte 5 % übersteigt, müßte die Grundrente in Amerika im Weizengebiet nicht niedriger sein als in Ostdeutschland. Allerdings ist ja der Boden fruchtbarer; derselbe ist meist vorzüglicher, tiefgründiger Lehm. Dafür sind aber auch die Arbeitslöhne höher. Der Preisdruck, der seit 1893 von Argentinien ausging, hat jedoch die amerikanischen Farmer gezwungen, um überhaupt zu Baargeld zu gelangen, die in der Theorie so hochangesetzte Grundrente zu reduzieren und auch die Arbeitskosten sich niedriger anzurechnen. Abstrahiert man aber von der Grundrente, rechnet bloß die thatsächlichen Arbeitskosten plus Steuern und Spesen, so dürfte man allerdings zu weit geringeren Werten gelangen als 146 Mk. per Ton an Produktionskosten. Wenn z. B. behauptet worden ist, daß manche amerikanische Farmen, so die sog. Bonanza-Farmen, Gestehungskosten von 35 Cents pro Bushel, die Farmen in Kalifornien gar nur solche von 22 Cents haben[1] = 54,4 resp. 33,4 Mk. per Ton, so ist nicht angegeben, jedenfalls nicht wahrscheinlich, daß die Grundrente darin mit inbegriffen ist. Die bloßen Arbeitskosten werden allerdings auch im Report of the Commissioner of labour für 1899 sehr niedrig angegeben. Unter Benutzung der üblichen Gangpflüge, der Breitsäemaschine, Eggen und Walzen für die Bodenbearbeitung, der kombinierten Mäh-Dreschmaschine (26 Pferde!) haben sich die Arbeitskosten unter Zugrundelegung einer 1895/96 mit Weizen bestellten Fläche von 1000 Acres inkl. Abfuhr zum Getreidespeicher auf bloß 1,97 Dollars pro Acre gestellt[2]. Produziert sind 20 Bushels pro Acre resp. nach Abzug der Aussaat ca. 18, so daß pro Bushel nur etwa 11 Cents (= 16,7 Mk. per Ton) Arbeitskosten entfallen. Allerdings sind dabei nur die üblichen Arbeitslöhne (1,5 Dollars pro Tag für Pflügen und Abfuhr, 2,5—4,5 Dollars beim Ernten), sowie die Kosten der Pferdearbeit (0,5 Dollars pro Pferdetag) gerechnet, nicht aber Amortisation, Reparaturen, Verzinsung des Maschinen- und Gerätekapitals, auch keine Generalunkosten, Steuern ꝛc., welche Posten zusammengenommen kaum weniger Aufwand verursacht haben dürften als Arbeitslohn und Pferdeunkosten. Sodann aber beträgt die Durchschnittsernte in Amerika für Weizen nicht 20, sondern

[1] l. c. S. 103.

[2] Thirteenth Annual Report of the Commissioner of labour; Hand and machine labour, Voll. II, Washington 1899, p. 472.

Digitized by Google

bloß etwa 13 Bushel, sodaß nach Abzug der Aussaat nur etwa 11 Bushel übrig blieben, auf die die Arbeitskosten zu verteilen wären. Dabei würden denn bereits ca. 18 Cents Arbeitskosten pro Bushel resultieren resp. circa 28 Mk. per Ton. Unter Anwendung eines Dampfpfluges, sowie einer Lokomotive zum Fortbewegen der Mäh-Dreschmaschine ermäßigte sich der Arbeitslohn plus Pferdeunkosten auf 1,12 Dollars pro Acre (ebenda). Es wird jedoch nicht angegeben, wie hoch die Auslagen für Feuerung gewesen sind. Die Leistungen des Dampfpfluges werden sehr hoch angegeben, zu ca. 40 Acres (= 16 ha) pro Tag, was beim Zwei-Lokomobilensystem und Flachpflügen (auf 15 cm) allenfalls zutreffen dürfte. Die Leistungen der Dampf-Mäh-Dreschmaschine werden zu ca. 67 Acres (26,6 ha) angenommen. Jedenfalls dürften kaum unter 150—200 kg Kohle pro Hektar verbraucht worden sein, wobei denn die Kosten, je nach dem Preis derselben, sich sehr verschieden stellen können, im Minimum wohl schwerlich unter $^1/_3$—$^1/_2$ Dollar. Immerhin dürfte es danach wahrscheinlich sein, daß die Produktionskosten, sofern man darunter alle Kosten exkl. Grundrente versteht, allerdings bei vorwiegender Maschinenarbeit möglicherweise auf 30—35 Cents pro Bushel (ca. 48—54 Mk. per Ton) herabgedrückt werden können. Alsdann aber könnte schon bei einem Getreidepreis von 70—80 Mk. per Ton im Produktionsgebiet lohnende Ausfuhr möglich sein, allerdings nur bei ganz niedriger Grundrente (10—20 Mk. per Hektar). Auch ist zu beachten, daß die angenommenen niedrigeren Produktionskosten nur für extensiven Betrieb gelten, bei dem nicht gedüngt wird, das Stroh auf dem Felde verbleibt und untergepflügt wird. Die Möglichkeit der extensiven Wirtschaft geht jedoch in Nordamerika rasch zu Ende. Wie sich aber die Produktionskosten bei regelrechter Fruchtwechselwirtschaft stellen würden, darüber giebt es aus dem Hauptweizengebiet Amerikas keine sicheren Angaben.

Ein sehr wesentliches Moment für die Möglichkeit der Ausfuhr war das Heruntergehen der Frachtsätze. Dieselben sind von 1868 bis 1888 für die Strecke Chicago-New York von 42 auf 14½ Cents pro Bushel heruntergegangen und betrugen 1896/99 im Mittel nur 12 Cents auf den Eisenbahnen, 6 Cents auf der Seen- und Kanalroute. Da nun gleichzeitig die Seefracht von New York nach Liverpool von ca. 30—35 auf etwa 6—8 Mk. per Ton gefallen ist, so stellte sich die ganze Fracht Chicago-Liverpool anstatt 100 Mk. auf ca. 15—25 Mk. Das eigentliche Hauptausfuhrgebiet für Weizen ist ja aber nicht die Umgebung von Chicago, sondern Dacota, Minnesota, Nebraska, Kansas, die 1898 ca. 275, 1899 ca. 195 Mill. Bushels, also ca. 40,5 resp. 36 % der Gesamtweizenernte

Digitized by Google

der Union (die 1898 ca. 675, 1899 547 Mill. Bushels betrug), produzierten. Diese Staaten besaßen 1890 auf einer Fläche von 1 164000 qkm, die allerdings bereits zu etwa $^1/_8$—$^1/_4$ innerhalb der Trockenzone liegt erst ca. 4,3 Mill. Bewohner, und auch wenn wir deren jetzige Bevölkerung zu 6 Mill. annehmen, so könnte sie doch kaum $^1/_6$ ihrer Weizenernte selbst konsumieren (6 Bushels auf den Einwohner gerechnet kommen wir nur zu 26 resp. 36 Mill. Bushels Konsum). Über die gegenwärtige Höhe der Frachtsätze westlich Chicago oder Duluth fehlen leider in der Litteratur und in der amtlichen Statistik genauere Angaben. Indessen dürfte, selbst wenn wir die Eisenbahnfracht westlich Chicago und Duluth nur ebenso hoch annehmen wie auf der Strecke Chicago—New York, auf der die Eisenbahnfracht unter der Konkurrenz der Wasserstraßen auf ca. 1,3, ja 1,1 Pf. per Tonnenkilometer herabgedrückt worden ist, doch die Fracht vom Produktionsort in den genannten Staaten bis Chicago oder Duluth kaum unter 6—12 Mk. per Ton betragen, die Gesamtfracht bis England also ca. 21—37 Mk. per Ton. Wiedenfeld meint, daß die Verbilligung der Landbeförderung in der letzten Zeit fast in ihrem ganzen Betrage den amerikanischen Farmern zu gute gekommen sei[1], fügt jedoch hinzu, daß zuverlässige Aufzeichnungen über die Preisbewegung im Innern der Union fehlten, um diese aus allgemeinen Grundsätzen der internationalen Getreidepreisbildung gewonnene Behauptung zahlenmäßig zu belegen. Thatsächlich ist bereits 1895/99 die Differenz zwischen dem Weizenpreis in den sechs amerikanischen Hauptweizenstaaten und dem Weltmarktpreis recht gering gewesen, indem derselbe (nach dem Journal of the Royal Stat. Soc. 1900, S. 650) 20 sh. per Quarter, in Nebrasca loco Farm 17 sh. 6 d. = 94 resp. 83 Mk. per Ton betragen hat. Man könnte nun andererseits bemerken, daß es der von Argentinien ausgehende Preisdruck gewesen ist, der zu einer Herabsetzung der Frachtraten zwang, weil anderenfalls nicht genügend produziert worden wäre, um die Eisenbahnen mit Frachtgut zu versorgen. Jedenfalls ist die Ausfuhr stetig gestiegen; dieselbe betrug im Dezennium 1871/80 im Durchschnitt 66,7 Mill. Bushel, 1881/90 83,3 Mill., 1891/99 102,4, wobei sich gleichzeitig die Mehlausfuhr von 3,96 auf 9,61 und 15,36 Mill. Barrels hob. Rechnet man, daß zu einem Barrel Mehl ca. 5 Bushel Weizen nötig waren, so betrug die Gesamtausfuhr in Bushels in den entsprechenden Dezennien 86,6. 131,3, 179,2 Mill. Bushels bez. 2,33, 3,75 und 4,84 Mill. Tons Weizen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Weststaaten steigende Weizenmengen nach

[1] Archiv für Eisenbahnwesen, 1901, S. 122.

Digitized by Google

den Oststaaten ausführen mußten. Die Getreide einführenden Oststaaten hatten bereits 1890 eine Bevölkerung von ca. 18,8 Mill., die sich bis 1900 um weitere 5 Mill. vermehrt haben dürfte; dabei betrug 1899 die Eigenproduktion nur 40 Mill. Bushels, während der Bedarf sicher auf 120—140 Mill. gestiegen war. Für die nächste Zukunft ist ja nun in den Weststaaten noch eine beträchtliche Erweiterung bezw. Verdoppelung des Weizenareals zu erwarten und auch kaum anzunehmen, daß der Preisdruck so bald nachlassen wird; letzteres dürfte kaum früher als in 20—30 Jahren eintreten.

Noch stärker auf ein bestimmtes Gebiet aus klimatischen Gründen konzentriert als der Weizenbau ist der Maisbau. Die Staaten Ohio, Indiana, Illinois, Iowa, Missouri, Kansas, Nebraska, die zusammen etwas über 1 Mill. qkm umfassen mit (1890) 17 Mill. Bevölkerung, produzierten 1898 ca. 1132, 1899 1354 Mill. Bushels Mais, bez. 60 und 64 % der Gesamternte der Union an Mais (1,9 resp. 2,1 Milliarden Bushels). Der Durchschnittspreis für Mais ist ja nun um etwa 40% niedriger als bei Weizen, dafür jedoch die Ernten mehr als doppelt so hoch (eine Mittelernte ergiebt ca. 25—27 Bushels pro Acre). In Bezug auf die Produktionskosten giebt der mehrerwähnte Report of the Com. of labour bei vorwiegender Maschinenarbeit an Arbeitslohn und Pferdeunkosten einmal 6,6, ein anderes Mal 3,3 Dollars pro Acre an bei einer Ernte von 40 Bushels, die aber nicht als Durchschnittsernte bezeichnet werden kann, vielmehr eine solche um 50% übertrifft. Bei Annahme einer Nettoernte von 26 Bushels würden allein die Arbeitskosten ohne die Unkosten für das Gerätekapital ca. 26 resp. 13 Cents pro Bushel, gleich 40 resp. 20 Mk. per Ton betragen. Der Verkaufspreis hat 1895/99 aber in den Prärienstaaten kaum über 34 Mk. loco Bahnstation betragen[1], sodaß es, unter Berücksichtigung von Grundrente, Steuern, Generalunkosten, recht fraglich erscheint, ob die amerikanischen Farmer beim Maisbau ihre Rechnung gefunden haben, bezw. ob sie nicht an Grundrente stark eingebüßt haben.

Zu bemerken ist noch, daß die amerikanische Weizenstatistik starke Unbegreiflichkeiten enthält. Es stellt sich nämlich heraus, daß seit 1880 zwar die Gesamternte und der Export gewachsen ist, der innere Konsum jedoch stationär geblieben, trotzdem die Bevölkerung um volle 50 % zugenommen hat. Es betrug nämlich im Durchschnitt in Millionen Bushels:

---

[1] Nach dem Journal of the Royal Statistical Soc. 1900, S. 650, ca. 7 sh. 2 d bis 6 sh. 4 d. per Quarter.

Digitized by Google

	Ernte	Ausfuhr	Eigenkonsum
1881/85	464	140	324
1886/90	444	113,2	324
1891/95	477	166,6	310
1896/1900	547	221	336

Nun muß man noch berücksichtigen, daß mindestens 80—90 Mill. Bushels an Aussaat zu rechnen sind, sodaß 1896/1900 nur ca. 240 bis 250 Mill. für den eigentlichen Konsum übrig geblieben sein müßten. Der mittlere Weizenkonsum wird aber in Amerika zu ca. 6 Bushels pro Kopf gerechnet; es müßten also, selbst wenn man von den Südstaaten ganz absieht, in denen namentlich die farbige Bevölkerung zum Teil von Mais lebt, mindestens 360—400 Mill. Bushels für die Ernährung notwendig gewesen sein. Danach dürften also die Angaben der amerikanischen Statistik um 120—160 Mill. Bushels zu niedrig sein, bezw. die Statistik Fehler von ca. 20 % in minus aufweisen.

Die Zukunft des deutsch-amerikanischen Handelsumsatzes. Die Eventualität des Zollkrieges. Rußland oder Amerika?

Die Entwicklung des deutsch-amerikanischen Handels in den letzten 3—4 Jahren, bezw. seit 1896/97 ist für Deutschland keineswegs eine günstige, und es scheint, als ob sich die Dinge hinfort noch weiter zu Ungunsten Deutschlands verschieben werden, der Import weiter wachsen wird bei ziemlich gleichbleibendem Export. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß wichtige deutsche Exportartikel, insbesondere der Zuckerexport, bereits in den nächsten Jahren ernstlich in Gefahr kommen werden. Amerika hat bis jetzt die Hauptmasse des nötigen Zuckers importiert und es ist auch nicht sehr wahrscheinlich, daß daselbst der Anbau der Zuckerrübe einen besonders starken Aufschwung nehmen wird wegen der Kostspieligkeit der Arbeitskräfte. Nach den Aussagen des Zuckergroßhändlers Post sollen 1899 in Amerika selbst erst ca. 122000 Tons Rübenzucker produziert worden sein, darunter in Kalifornien 54000 Tons, in Utah 28000; die Gesamtproduktion an Rohrzucker in Louisiana wird zu 220000 Tons angenommen [1]. Weitaus die Hauptmasse des konsumierten Rohzuckers wurde eingeführt, und zwar 1898/99 3980 Mill. Pfund englisch im Werte von 94,9 Mill. Dollars, 1899/1900

[1] Report of the Industrial Commission, Washington 1900, p. 164.

Digitized by Google

4018 Mill. Pfund, Wert 100,2 Mill. Dollars. Von diesem eingeführten Zucker gingen 462, resp. 504,7 Mill. Pfund zollfrei ein (aus den Sandwichinseln)[1]. Es ist nun sehr richtig, daß weitaus die Hauptmasse des eingeführten Zuckers bereits Rohrzucker bezw. Tropenzucker war, aus Westindien, Ostindien, Südamerika. An Rübenzucker sind eingeführt 1898/99 aus Deutschland 766,8, 1899/1900 561 Mill. Pfund, aus dem übrigen Europa 96 resp. 121 Mill. Pfund. Besonders gefährlich für die europäische Rübenzuckerausfuhr dürfte die Insel Cuba werden. Zwar ist das staatsrechtliche Verhältnis derselben zu der Union noch nicht geordnet, aber es ist sehr wahrscheinlich, daß die Amerikaner Cuba einen Vorzugstarif einräumen werden, gerade wie sie es bei Porto-Rico bereits gemacht haben. Nun sind die zerstörten Zuckerfabriken und verwüsteten Felder auf Cuba allerdings noch lange nicht in Stand gesetzt, dennoch aber betrug bereits 1898/99 die Zuckerausfuhr nach der Union 663, 1899/1900 705 Mill. Pfund. Für 1900/01 dürften bereits 1000 Mill. Pfund erreicht werden, welches Quantum einer weiteren, raschen Steigerung fähig ist. Wurden doch bereits 1894/95 auf Cuba über 1 Mill. Tons Zucker produziert. Bei vollständig modern eingerichteten Zuckerfabriken, wie sie Cuba bereits vor den letzten Wirren besaß, sind die Produktionskosten für Rohrzucker durchaus nicht höher, sondern niedriger als bei Rübenzucker; Zuckerrohr enthält weniger Salze und sonstige schädliche, den Fabrikationsprozeß verteuernde Bestandteile, gewöhnlich auch einen etwas höheren Zuckergehalt (16—18, ja 20 % gegen 15—18 % bei den besten Rüben). Und der Rohstoff, das Rohr, kann namentlich in Gebieten mit niedriger Grundrente entschieden billiger produziert werden als die Rübe. Auf gutem Boden rechnet man schon bei primitiver Kultur wenigstens 50—60, ja 75 Tons Rohr per Hektar, während die Rübe selbst bei Hochkultur selten über 35—40 Tons Wurzeln liefert. Nach den Versuchen von Dr. Dafert in São Paulo ist es jedoch möglich, durch starke Düngung (20 000 kg Stallmist per ha) den Rohrertrag auf 130, ja 180 Tons zu steigern, die ca. 20 resp. 30 Tons an krystallisierbarem Zucker enthielten[2], das Vier- bis Fünffache des Ertrages der besten deutschen Rübenfelder! Die Arbeitskosten für Zuckerrohr veranschlagt der Report of the Com. of labour bei 20 Tons Rohrertrag per Acre (50 per Hektar) auf nur 16,4 Dollars per Acre bezw. 3,4 Mk. per Ton Rohr; allerdings ist nur ein Tagelohn von 65 Cents (273 Pfennig) ge-

[1] Berichte über Handel und Industrie, Bd. II, Heft 8, S. 272. 273.

[2] Relatorio Annual do Instituto Agronomico de S. Paulo. Vol. VII u. VIII. S. Paulo, 1896.

[3] A. a. O. S. 461.

Digitized by Google

rechnet. Danach dürfte anzunehmen sein, daß Zuckerrohr inkl. Grundrente wohl zu 10 Mk. per Ton geliefert werden könnte, während die Rüben in Deutschland selbst in den ungünstigsten Jahren kaum unter 16—18 Mk. per Ton berechnet worden sind. Bei dem nötigen Aufwande von Kapital und Intelligenz auf Cuba, dessen ausgedehnte fruchtbare Ebenen Maschinenanwendung zulassen, dürfte wohl nicht nur die Union mit Rohrzucker versorgt werden können, sondern es könnte der Rohrzucker selbst auf europäischen Märkten, z. B. in England, mit dem Rübenzucker in scharfen Wettbewerb treten.

Jedenfalls hat man sich auf einen baldigen Abbau der Rübenzuckerausfuhr nach Amerika einzurichten, vorausgesetzt, daß die Amerikaner dem Rübenzucker nicht besondere Vergünstigungen gewähren, woran nicht zu denken ist.

Es bleibt eine Betrachtung der übrigen Ausfuhrgegenstände. Die Eisen- und Maschinenausfuhr ist so gut wie zu Ende, es wird an diesen Gütern mehr eingeführt. Die Mehreinfuhr könnte allerdings durch eine Erhöhung des Maschinentarifs auf die Höhe des entsprechenden amerikanischen Tarifs sehr stark beschnitten werden.

Eine günstige Entwicklung zeigt nur die Ausfuhr an Produkten der chemischen Industrie, Zement und Porzellan. Dieselbe ist in den letzten 7 Jahren stetig gestiegen von 31,4 auf 62,3 Mill. Mk., 1893/95 betrug dieselbe im Mittel 37, 1897/99 ca. 59,2 Mill. Mk.

Bedenklich dagegen scheint es mit der Textilwarenausfuhr zu stehen. Dieselbe hielt sich stationär oder geht sogar etwas zurück. 1893/96 wurden ausgeführt an Leinen-, Seiden-, Baumwollen-, Wollenzeugen und Wirkwaren inkl. Kleider im Mittel für 111,8 Mill., 1897/98 für 94,5 Mill. Besser hält sich die Ausfuhr von Spielwaren, Leder und Lederwaren. An Spielwaren wurden ausgeführt 1893/96 im Durchschnitt für 8,4, 1896/99 im Durchschnitt für 10,1 Mill., an Leder und Lederwaren wurden 1893/96 ausgeführt für 22,3, 1896/99 für 20,5 Mill. Mk. Gut gehalten hat sich auch die Ausfuhr an Büchern, Karten, Musikalien, die ca. 6 Mill. Mk. beträgt. Auch Farbendruckbilder, Kupferstiche ꝛc. halten sich sehr gut, mit 8—9 Mill., haben aber freilich auch keine Zunahme erfahren.

Jedenfalls ist nicht zu erwarten, daß bei dem bestehenden amerikanischen Tarif die deutsche Gesamt-Ausfuhr in Zukunft wachsen könnte; eher ist noch wahrscheinlich, daß der Gesamtwert durch ein Zurückgehen der Zuckerausfuhr stark sinken wird. Die Zunahme der Ausfuhr chemischer Produkte, Porzellanwaren und Zement ist nicht im stande, dafür Ersatz zu bieten, zudem auch die Textilwarenausfuhr schwerlich steigen dürfte. Angesichts

Digitized by Google

nun der enormen Zunahme der Einfuhr amerikanischer Produkte ergiebt sich für Deutschland die Notwendigkeit, auf günstigere Behandlung, namentlich von Textilwaren, Spielzeug und Lederwaren zu drängen, auf welchem Gebiet Deutschland Specialitäten liefern kann, für deren Konkurrenzfähigkeit auf dem amerikanischen Markte die billigeren Arbeitskräfte in Deutschland den Ausschlag geben würden, sofern diese Waren nicht durch einen zu rigorosen Tarif und chikanöse Behandlung seitens der amerikanischen Zollbehörden geschädigt werden.

So wie die Dinge liegen, ist freilich kaum anzunehmen, daß sich die Amerikaner gutwillig zu einer günstigeren Behandlung deutscher Waren verstehen werden. Der Hinweis, daß die amerikanischen Zölle auf Industrieprodukte ganz beträchtlich höher sind als die deutschen, und daß wenigstens eine teilweise Parität erwünscht wäre, imponiert Amerika weiter nicht. Man gefällt sich einfach in der Position des wirtschaftlich Stärkeren und mag nicht gern etwas von Zugeständnissen wissen. Auch Mr. Fisk betont ja ausdrücklich, daß die bedeutend höheren Zölle Amerikas durchaus keine Verletzung der Meistbegünstigung involvierten, seien doch auch die französischen Zölle auf deutsche Produkte trotz Meistbegünstigung höher als die deutschen. Es ist dabei nur vergessen, daß die Ausfuhr nach und die Einfuhr von Frankreich nahezu balanzieren, bezw. die Einfuhr aus Frankreich nur wenig höher ist als die Ausfuhr dahin (1893/96 Ausfuhr 199, Einfuhr 230; 1896/99 Ausfuhr 211, Einfuhr 275 Mill. Mk.). Dagegen ist es für Deutschland eine sehr ernste Frage, womit es in der Zukunft den immer stärker anschwellenden Einfuhrüberschuß aus Amerika bezahlen soll. Es wäre ein zu billiger Trost, wenn man darauf verweisen wollte, daß ja Deutschland im Handelsverkehr mit anderen Ländern die entsprechenden Gewinne machen kann, um damit seine Zahlungsverpflichtungen Amerika gegenüber zu decken. Vorläufig werden ja gewiß der Zinsbezug, Handels- und Reedereigewinne die Differenz zum Teil decken, auf wie lange, ist freilich die Frage. Bei dem enormen Anschwellen der Einfuhr kann sehr bald der Zeitpunkt eintreten, wo der Zinsbezug aus Amerika zu Ende ist, und die Verschuldung Deutschlands an Amerika beginnt. Man kann es gewiß den Amerikanern nicht verdenken, daß sie ihre Schulden abzustoßen bestrebt sind; vom deutschen Standpunkt aber kommt es darauf an, wenn es nicht möglich sein sollte, die bisherige Position zu wahren, so doch einer drohenden Verschuldung an Amerika vorzubeugen. Da bleibt denn als ultima ratio, wenn alle Verhandlungen nicht verfangen, allerdings nur der Zollkrieg.

Gewiß ist der Zollkrieg ein äußerst zweischneidiges Ding, zu dem man nur alleräußersten Falles schreiten sollte. Dennoch ist es sicher angezeigt,

Digitized by Google

bei Zeiten die Eventualität eines solchen zu erörtern, sich zu fragen, wie die Dinge schlimmsten Falles liegen könnten, ob ev. für den Handelsverkehr mit Amerika ein Ersatz gefunden werden kann.

Es ist des öfteren ausgeführt worden, daß Amerika Deutschland gegenüber in einer günstigeren Lage sei, weil es die Rohstoffe besäße, es ist andererseits mitunter schon die Frage aufgeworfen worden, ob es für Deutschland nicht geraten ware, eine größere Annäherung an Rußland zu zu suchen. Die Entwicklung der russischen Industrie sei für Deutschland noch lange nicht gefährlich, Rußland könnte für Deutschlands Industrieprodukte einen wertvolleren Absatzmarkt bieten als Amerika und dabei Deutschland mit Lebensmitteln und Rohstoffen versorgen, die es sonst aus Amerika bezieht. Da gilt es denn genauer zu betrachten, für welche amerikanischen Stoffe Rußland Ersatz bieten könnte, bezw. wie die Chancen der deutschen Ausfuhr nach Rußland stehen, für welche Produkte Amerika Rußland gegenüber ein natürliches wirtschaftliches Uebergewicht besitzt.

Gehen wir zunächst ein auf die Nahrungsmitteleinfuhr, so ist kein Zweifel, daß in dieser Beziehung Rußland Amerika vollständig ersetzen, sogar mit Vorteil für Deutschland ersetzen könnte, sobald Rußland ein Vorzugstarif eingeräumt wird. Der russische Weizen ist, wenn er gleich gut gereinigt wird, von besserer Qualität; vor allem ist er schon an sich um ca. $^1/_8$—$^1/_4$ proteinreicher (20 % gegen 14—15 %) als selbst der amerikanische Hartweizen, seine Einfuhr ist für Deutschland um so mehr angezeigt, eine je größere Ausdehnung in Deutschland der Anbau der englischen Weizenspielarten gewinnt, die zwar hohe Erträge liefern, jedoch proteinarm sind, und beim Vermahlen eines sehr starken Zusatzes von proteinreichem Weizen bedürfen. Die Einfuhr von amerikanischem Mais kann weiter mit Vorteil ersetzt werden durch die Einfuhr russischer, insbesondere südrussischer Futtergerste, die ebenfalls recht proteinreich ist. Mais ist, allein für sich verfüttert, durchaus kein ideales Viehfutter, insbesondre Schweinefutter, wohl aber ist es die Gerste. Mais enthält gewöhnlich in 100 Teilen 8 Teile verdaulichen Protein auf 68 stickstofffreie Extraktstoffe und 4 Teile Fett. Das Nährstoffverhältnis ist zu weit, 1 : 8,5, und der hohe Fettgehalt bietet bei Viehfütterung durchaus keinen Vorteil, es wird vielmehr darüber geklagt, daß mit Mais gefütterte Schweine ein zu weiches, schwammiges Fleisch besitzen. Gerste, insbesondere die proteinreiche südrussische Gerste ist dagegen grade zur Erzeugung hoher Fleischqualitäten außerordentlich geeignet. Rußland führte 1896/98 im Mittel 1,513 Mill. Tons Gerste aus, davon 558 000 Tons nach Deutschland. Es ist somit klar, daß Rußland, was die Quantität anlangt, leicht den Gerstenexport soweit steigern könnte, daß

Digitized by Google

derselbe die amerikanische Maiseinfuhr, die ca. 1,5—1,6 Mill. Tons betragen hat, ersetzen könnte. In Bezug auf den Weizen ist freilich zu bemerken, daß Rußland 1896/98 überhaupt 3,335 Mill. Tons ausgeführt hat, Deutschland aber nur eine gesamte Mehreinfuhr von 1,301 Mill. Tons besaß. Rußland wäre somit doch unter allen Umständen genötigt gewesen, für mindestens 2 Mill. Tons Weizen andere Märkte zu suchen. Beim Roggen ist zu bemerken, daß Deutschland 1896/98 ca. 56 %, 670 000 Tons von der 1 199000 betragenden gesamten russischen Roggenausfuhr aufgenommen hat. Im ganzen hat aber Deutschland 842 000 Tons Roggen eingeführt, es hätte also 70 % der russischen Roggenausfuhr aufnehmen können. Günstiger liegen noch die Dinge bei Kleie und Ölkuchen; die gesamte russische Ausfuhr betrug da je 327 000 Tons, die gesamte deutsche Einfuhr 600 000 bezw. 287 000 (aus Rußland 290 000, resp. 142 000 Tons). Hafer hat Rußland ausgeführt 729 000 Tons, Deutschland eingeführt 466 000 Tons (darunter 348 000 Tons aus Rußland). Man kann also sagen: Deutschland konnte aufnehmen: 40 % der russischen Weizen-, 65—70 % der russischen Hafer- und Roggenausfuhr und die gesamte russische Ausfuhr an Gerste, Mais (die 439 000 Tons betrug), Kleie, Ölkuchen (russische Ausfuhr an diesen Stoffen 2,6 Mill. Tons; deutsche Gesamteinfuhr 3 173 000 Tons, darunter allerdings 320 000 Tons Gerste aus Österreich, die fast durchweg als Braugerste in Betracht gekommen sein dürfte). Jedenfalls ist diese hohe Aufnahmefähigkeit Deutschlands für Getreide ein Moment, das bei der Einräumung eines Vorzugstarifes sehr schwer wiegen dürfte, und für die man durchaus berechtigt wäre, entsprechende Gegenleistungen zu verlangen. Dazu tritt aber noch die Schmalz- und Fleischeinfuhr, deren Einfuhr aus Amerika in den letzten 3 Jahren 1896/99 den Wert von 100 Mill. Mk. (ca 40 000 Tons Fleisch und 125 000 Tons Schmalz) erreicht hat und die mit Vorteil für die deutsche Landwirtschaft durch die Einfuhr von einer weiteren Million Tons an Futtermitteln ersetzt werden könnte, die Rußland eventuell bei einer teilweisen Ersetzung des Weizenbaues durch Gerste (die ja aus Gründen der Schonung des Ackerbodens angezeigt wäre), ebenfalls leicht zu liefern im stande wäre. Im ganzen hätte Deutschland auf seiner Seite beim Abschluß eines Vorzugstarifes mit Rußland gegen Amerika eine Nahrungsmitteleinfuhr von ca. 400 Mill. Mark in die Wagschale zu werfen, die bisher aus der Union kam.

Es fragt sich natürlich, was Rußland dafür bieten könnte, bieten wollte. Hier muß zunächst hervorgehoben werden die Höhe des russischen Tarifes auf Textilwaren, Kleider, Lederwaren, die mit 100—200 % nahe-

Digitized by Google

zu prohibitiv wirkt. Die Ausfuhr nach Amerika an diesen Stoffen, wo der Zoll etwa 45—50% vom Wert beträgt, hat immerhin 1896/99 ca. 120 Mill. Mk. betragen, nach Rußland, selbst unter Hinzurechnung von Garn, kaum über 20 Mill. Mk. Das ist ein enormer Unterschied; es fragt sich indessen sehr, ob Rußland geneigt sein wird, seine Textil-Zölle auf etwa die Hälfte des heutigen Betrages herabzusetzen, wodurch erst die Parität mit Amerika erreicht wäre. Auch an Papier und Papierwaren sind nach Amerika ausgeführt 1896/99 für ca. 6,5 Millionen; nach Rußland für Bruchteile einer Million. Grund: der russische Papierzoll von 100—200 %. Eine große Bedeutung hat man dem Umstand beigelegt, daß die deutsche Ausfuhr nach Rußland ganz enorm gewachsen sei, nach Amerika nicht. Das ist natürlich richtig, wenngleich bemerkt werden muß, daß der Hauptteil, etwa die Hälfte der gesamten deutschen Ausfuhr nach Rußland in den letzten Jahren aus Eisen, Eisenwaren und Maschinen bestanden hat, welche durch die enorme Gründungsthätigkeit in den letzten Jahren, die eine Folge des Hochschutzes war, veranlaßt worden ist. 1900 hat sich indessen bereits ein sehr beträchtliches Abflauen dieser Ausfuhr bemerkbar gemacht: nach den vorläufigen Ergebnissen der deutschen Handelsstatistik betrug 1900 die gesamte Maschinenausfuhr (inkl. Lokomobilen und Lokomotiven) ca. 45 000 Tons gegenüber 58 600 Tons im Jahre 1899. Ganz enorm ist aber der Rückgang bei Eisen und Eisenwaren: an Eck- und Winkeleisen, Roheisen, schmiedbaren Eisen, Schienen sind 1899 ausgeführt 137 877 Tons, 1900 dagegen nur noch 56 340. An groben Eisenwaren sind 1899 ausgeführt 27 094 Tons, 1900 ca. 19 270; an Platten und Blechen 1899 30 214 Tons, 1900: 16 061. Einigermaßen gehalten hat sich die Ausfuhr an feinen und groben Eisenwaren (ca. 6100 Tons gegenüber 6700 im Jahre 1899). Da nun in Rußland der Maschinenzoll etwa 30—40 % vom Werte beträgt, so ist allerdings zu erwarten, daß sich die Maschinenausfuhr halten wird, die Eisenausfuhr dürfte jedoch weiter zurückgehen, weil durch den enormen Zollschutz von ca. 100 % in Rußland so viel neue Eisenwerke gegründet worden sind, und die Eisenproduktion so sehr gesteigert ist, daß sehr viele dieser Werke um den Absatz in Verlegenheit sind und Exportprämien verlangen, um einen Teil ihrer Produktion ins Ausland abschieben zu können. Was Deutschland ev. hier fordern könnte, wäre eine Herabsetzung des Eisenzolles auf etwa 1/3, d. h. den relativen Betrag des heutigen russischen Maschinenzolles. Eine solche Herabsetzung würde ja übrigens sehr im Interesse der russischen Landwirtschaft und der russischen Maschinenindustrie liegen, die durch die zu hohen Eisenzölle zum Teil lahm gelegt worden ist.

Digitized by Google

Einen vollständigen Ersatz bieten kann Rußland Deutschland für Petroleum und Schmieröl, bei denen auch die amerikanische Einfuhr einen sehr beträchtlichen Posten ausmacht, ca. 60—70 Mill. Mk. Hier muß weiter bemerkt werden, daß die weitere Verbreitung der elektrischen Beleuchtung und die Zunahme der Calciumcarbidproduktion wohl zu einem Rückgange des Petroleumbedarfs führen dürfte.

Bedeutend schwieriger liegen natürlich die Dinge bei 2 großen Rohstoffposten: Kupfer und Baumwolle. An Kupfer hat Amerika im Jahre 1899 262 Mill. Kilogramm produziert, etwa $^2/_3$ der Weltproduktion. Deutschland hat es nur auf 23,4 Mill. Kilogramm gebracht und mußte 1896/99 ca. 66 Mill. Kilogramm Rohkupfer mehr einführen (Wert ca. 75 Mill. Mk.). Auch die 1899 eingetretene Preissteigerung von 1 Mk. auf etwa 1,45—1,50 Mk. per Kilogramm Rohkupfer scheint keinen merklichen Einfluß auf die Produktion ausgeübt zu haben, vielleicht übrigens deshalb, weil gleichzeitig der Preis für alle Montanprodukte, insbesondere die Kohle, die man ja zur Verhüttung der Erze braucht, bedeutend gestiegen ist. Kupfer braucht nun unbedingt die deutsche elektrische Industrie, und der Verbrauch dürfte in den nächsten Jahren eher steigen als zurückgehen. Nun haben freilich auch Spanien und Portugal 1899 ca. 53,7 Mill. Kilogramm geliefert, Japan 29, Chile 25, Australien 20,7 [1], und sicher ist der deutsche, spanische und japanische Kupferbergbau steigerungsfähig. Auch Rußland besitzt namentlich im Ural und in der westsibirischen Steppe bei Ekibastuß bedeutende Kupfererzlager, die bei höheren Preisen mit Vorteil abgebaut werden könnten. Wenn daher auch ein Ersatz für Kupfer möglich ist, so wäre doch eine weitere starke Preissteigerung desselben besonders für die deutsche elektrische Industrie durchaus unerwünscht.

Ähnlich liegen die Dinge bei der Baumwolle. Da kann die amerikanische Einfuhr zwar durch die Einfuhr aus anderen Ländern ersetzt werden, aber schwerlich zum Vorteil für die deutsche Baumwollindustrie. Amerika hat Deutschland 1897/1900 ca. $^3/_4$—$^4/_5$ seines Bedarfes an Rohbaumwolle geliefert (ca. 256 von der Gesamteinfuhr von 326 Mill. Kilogramm). Für die Baumwolle besitzt Amerika heute nahezu ebenso das Monopol wie für Kupfer, ein Monopol, welches freilich viel leichter gebrochen werden kann, indem die Ausdehnung des für den Baumwollebau geeigneten Bodens auf der Erde praktisch nahezu unbegrenzt ist. Die Vereinigten Staaten haben 1897 ca. 2038 Mill. Kilogramm Baumwolle produziert, 1893 und 1899 jedoch je etwa 2600 Mill. Kilogramm auf einer Anbaufläche von ca.

[1] Berichte über Handel und Industrie, Bd. I, Berlin 1900, S. 793.

Digitized by Google

10 Mill. Hektar. Ostindien hat es auf einer Anbaufläche von ca. 6 Mill. Hektar nur zu ca. 500 Mill. Kilogramm gebracht, Ägypten auf 560 000 Hektar zu 300 Mill. Kilogramm. Nun ist es Rußland zwar gelungen, durch einen Baumwollezoll von 40 Mk per 100 Kilogramm, der nahezu 50 % vom Werte der eingeführten Baumwolle ausmacht, einen sehr starken Baumwollenbau in Centralasien im Laufe von nur 10 Jahren hervorzurufen, der bereits 1/3 des russischen Gesamtbedarfes, der ganz analog dem deutschen ca. 300 Mill. Kilogramm jährlich beträgt, deckt. In Deutschland würde freilich Niemand raten, einen so hohen Differenzialzoll auf amerikanische Baumwolle zu legen. Auch wenn für die ausgeführten Textilstoffe Rückvergütung eintritt, so müßte doch eine derartige Verteuerung des Rohstoffes zu einer ganz enormen Einschränkung des inneren Konsums führen und daher sehr gegen das Interesse der Industrie verstoßen. Jedenfalls könnte auch für die Eventualität des Zollkrieges nur mit einem ganz mäßigen Zoll auf amerikanische Rohbaumwolle gerechnet werden, der höchstens 10—15 % vom Werte betragen dürfte. Dagegen dürfte es durchaus angezeigt sein, durch staatliche Maßregeln den Baumwollebau in den deutschen Kolonien zu forcieren zu suchen, schon um der Eventualität eines kolossalen Geldabflusses nach Amerika, dem kein Aequivalent gegenüberstehen würde, zu begegnen. Einen Betrag von 200—250 Mill. Mk. Deutschland selbst zu erhalten zu suchen, müßte doch des „Schweißes der Edlen" wert sein. Man könnte da zunächst an eine geringe Exportprämie denken von vielleicht 10 Mk. per Doppelzentner für eine gewisse Frist, wie es z. B. Konsul Wohlsen bereits 1891 vorgeschlagen hat. Prof. Wohltmann, einer der hervorragendsten Kenner der deutschen Kolonien, empfiehlt z. B. den Baumwollebau in Togo, das ja bereits eine relativ ziemlich dichte Bevölkerung hat (2 1/2 Mill. auf 78000 qkm), wo man also die nötigen Arbeitskräfte heranziehen könnte [1]. Wesentlicher freilich als eine Exportprämie wäre eine geeignete Landpolitik, vor allem Verkauf von geeigneten Staatsländereien auf Ziel in kleineren Parzellen, dazu Krediterleichterung zum Anschaffen von Maschinen, Errichten von Gebäuden ꝛc. Bis jetzt hat man es ja leider nicht einmal zu einer größeren Versuchspflanzung gebracht. Und grade das wäre von nöten: größere staatliche Versuchspflanzungen verbunden mit einer landwirtschaftlichen Schule, in der junge Leute aus Deutschland in 2—3 Jahren mit allen Eigentümlichkeiten des tropischen Landbaues bekannt gemacht und in den Stand gesetzt würden, die Rentabilität der einzelnen Kulturen zu beurteilen. Von den großen Spekulanten-

[1] Der Tropenpflanzer, 1900, S. 276.

Digitized by Google

Gesellschaften, die in Kamerun kürzlich Landstriche im Umfange europäischer Königreiche erlangt haben, kann man nicht erwarten, daß sie etwas für die wissenschaftliche Erforschung der Eventualitäten des tropischen Landbaues thun. Würden junge Leute von 18—25 Jahren in den Stand gesetzt, auf staatliche Kosten oder eine ganz billige Pension derartige tropische landwirtschaftliche Anstalten zu besuchen, würde ihnen dann nach Absolvierung des Kursus Staatsland in Parzellen von etwa 100—500 Hektar, die zur Anlage einer Pflanzung, die von einem Centralpunkte aus bewirtschaftet werden soll, völlig ausreichen, billig auf Ziel verkauft, würden die nötigen Maschinen, Pflüge und Sämereien kreditiert werden, sodaß dieselben nur Betriebskapital zur Auslage des Arbeitslohnes für die Schwarzen zu haben brauchten, womöglich mit 10—20000 Mk. Kapital anfangen könnten, so würden sich sicher Anwärter genug finden, die in den Kolonien Pflanzer werden wollten. Gegenwärtig muß ja der Einzelne, der hinausgeht, um Pflanzungen in bisher unbenutzten Gebieten anzulegen, stets bitteres Lehrgeld zahlen, das ihm öfters die Lust und Möglichkeit zum Weiterarbeiten benimmt. Unrentabel dürfte die Baumwollekultur in den afrikanischen Kolonien durchaus nicht sein, wenn man klimatisch und in Bezug auf die Bodenverhältnisse günstig gelegene Ländereien aussucht. In Afrika ist ja der Arbeitslohn ganz beträchtlich niedriger als in Amerika. In Amerika zahlt man selbst in den Südstaaten $2^1/_2$—4 Mark Tagelohn, in Ostafrika 40—50 Pfennig und auch in Westafrika kaum viel über 1 Mk. Nach dem XIII. Report of the Comm. of labour kostete die Bearbeitung von 1 Acre Baumwolleland bei Versuchen unter Zuhilfenahme von Maschinen 9,42 Dollars = ca. 39,6 Mk., das indessen bei einem Tagelohn von 1 Dollar. Wenn man nun die Mittelernte pro Acre auf 100 Kilogramm rechnet an gereinigter Baumwolle und ebensoviel an Saat rechnet, so dürfte die Einnahme immerhin ca. 70 Mk. betragen haben. Bei Anwendung von Handarbeit und 50 Cents (210 Pf.) Tagelohn kommt 1 Acre auf 9,23 Dollars = 39 Mk. All' das eröffnet denn doch die Aussicht, daß der Baumwollebau in der Heimat der Neger mindestens ebenso rentieren müßte wie in Nordamerika.

Es ist behauptet worden, die deutsche Rhederei würde bei einem eventuellen Zollkrieg mit Amerika sehr leiden. Hier hat man zu trennen zwischen der Frachtbeförderung einerseits, der Post- und Passagierbeförderung andererseits. Für die Frachtbeförderung macht es keinen Unterschied aus, ob die deutschen Schiffe die Nahrungsmittel und Rohstoffe aus Nordamerika oder aus den Schwarzemeerhäfen, Südamerika und Ostindien holen. Oder vielmehr würde auf die Frachtschiffahrt eine Ausschaltung Nordamerikas

Digitized by Google

eher günstig einwirken, indem die Entfernungen nach den anderen Nahrungs- und Rohstoffgebieten größer sind, man also noch mehr Schiffe brauchte. Die Beförderung von Passagieren und Postsendungen nach Amerika seitens deutscher Schiffahrtsgesellschaften können die Amerikaner freilich durch hohe Tonnengebühr, Übertragen der Post an englische, französische ꝛc. Schiffe ruinieren. Freilich würden dabei die Amerikaner selbst zunächst unter einer starken Verlangsamung, insbesondere der Postbeförderung, leiden, aber auch den deutschen Rhedern bliebe möglicherweise nichts übrig, als gerade ihre schnellsten Schiffe zum Teil unter amerikanischer oder englischer Flagge laufen zu lassen, bezw. dieselben wenigstens nominell nach Amerika oder England zu verkaufen, was gewiß nur unter verschiedenen Unzuträglichkeiten und vielleicht großen Verlusten geschehen könnte. Zu entbehren für den amerikanischen Verkehr wären die vorhandenen deutschen Schiffe freilich nicht, sie würden mindestens zum Teil an amerikanische Firmen verkauft werden, oder an Firmen solcher Staaten, die am Zollkrieg nicht beteiligt sind. Die allgemeine Wirkung für Deutschland wäre allerdings eine gewisse Beeinträchtigung der Zahlungsbilanz, die indessen wegen des Aufkommens anderer Linien keine allzu hohe zu sein brauchte. Aber auch ohne Zollkrieg wird Deutschland in der Zukunft diesem Verlust kaum entgehen können, indem ja die Amerikaner alles aufbieten wollen, um ihre eigenen Rhedereien zu fördern, zum Teil unter Gewährung ungeheurer Prämien. (Vergl. die Arbeit von Fisk über die Handelspolitik der Ver. Staaten, Schriften des Ver. f. Socialpol., Bd. 90, S. 48 ff.)

Bekanntlich ist unlängst in Deutschland an leitender Stelle eine Erhöhung der deutschen Getreidezölle in Aussicht genommen. Die russische offiziöse und nicht offiziöse Presse hat dem gegenüber eine schroff ablehnende Haltung eingenommen, auf die Wahrscheinlichkeit eines Zollkrieges hingewiesen, die „Nowoje Wremja" hat sogar ein Bündnis mit Amerika zum Zweck der Getreidepreiserhöhung vorgeschlagen. Ein solches Bündnis wäre freilich, wenn es diesen Zweck erfüllte, ganz nach dem Geschmacke der deutschen agrarischen Kreise. Es ist jedoch so gut wie ausgeschlossen, daß Rußland und Amerika für länger als 1—2 Jahre den Getreidepreis diktieren könnten, weil man später einfach in Argentinien und Kleinasien die Produktion ganz enorm steigern könnte[1]. In Rußland herrscht im allge-

[1] Die zuweilen aufgetauchten Hinweise, daß Rußland auch in Bezug auf die Maschineneinfuhr Deutschland gar nicht brauche, sondern Maschinen aus Amerika beziehen könnte, sind freilich zu naiv, um ernst genommen zu werden. Womit sollte denn Rußland amerikanische Maschinen bezahlen? Amerika produziert ja dieselben Rohstoffe wie Rußland.

Digitized by Google

meinen die Ansicht, daß eine jede deutscherseits erfolgte Getreidezollerhöhung vom Auslande getragen werden müßte, daher die schroffe Opposition gegen derartige Bestrebungen. Ein derartiger Effekt, Überwälzung des Zolles auf das Ausland, wäre heute freilich ganz gegen den Wunsch derjenigen Kreise in Deutschland, die die Zollerhöhung verlangen; es besteht im Gegenteil der Wunsch, daß der Zoll vom Inlande getragen werde, eine entsprechende Erhöhung der Getreidepreise herbeiführen soll. Auf dieser zweiten Anschauung basiert ja übrigens die Opposition der Linken in Deutschland selbst gegen die Getreidezollerhöhung. Während man nun einerseits bei einem Vertrage mit Rußland gegen Amerika geltend machen könnte, daß für Rußland eine gewisse Zollerhöhung seitens Deutschlands noch nicht schlimm wäre, daß es nur darauf ankommt, daß eine Differenz in der Zollbehandlung russischen und amerikanischen Getreides stattfindet, kann man andererseits behaupten, eine jede Zollsteigerung würde den Konsum einschränken und damit die Preise senken. Von Seiten der Vertreter landwirtschaftlicher Interessen ist stets die Meinung vertreten worden, daß eine Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte eine Steigerung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung bedeute, dieselbe sofort mehr Textilwaren, Zucker 2c. kaufen, somit eine günstige industrielle Konjunktur schaffen würde. Welche von diesen zwei Eventualitäten bei einer Getreidezollerhöhung eintreten würde: lang andauernde Senkung des Nahrungsmittelkonsums und der Preise, oder aber Ausgleich infolge der Steigerung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung, läßt sich a priori mit Sicherheit nicht sagen. In der Hauptsache dürfte dies wohl von der wirtschaftlichen Konjunktur im Moment der Zollerhöhung abhängen. Ist nämlich gerade eine wirtschaftliche Hochflut vorhanden, so würde eine mäßige Zollerhöhung ziemlich leicht ertragen werden und die allmählich eintretende Steigerung der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung würde später dauernd günstig auf die Industrie einwirken. Trifft dagegen die Zollerhöhung mit einer wirtschaftlichen Depression zusammen, so ist, wenigstens zunächst, eine Herabsetzung des Konsums unausbleiblich.

Jedenfalls müßte man bei einer Revision der Verträge, bezw. bei Abschluß von neuen Handelsverträgen auch mit Amerika besondere Verhandlungen anknüpfen, um wenigstens einen gewissen Ausgleich in den Maschinen-, Textil- und sonstigen Manufakturwarenzöllen zu erzielen. Die Frage, wie weit heute noch der Meistbegünstigungsvertrag zwischen der Union und Preußen von 1828 gilt, ist juristisch strittig; die Amerikaner haben selbst Deutschland wiederholt die Handhabe geboten, durch eine Auslegung der Zollfragen in ihrem Sinne die Tragweite dieser Klausel zu erschüttern. Logisch aber war es bereits widersinnig, wenn man 1892/94 mit den europäischen Staaten erst nach langwierigen Verhandlungen und zum

Digitized by Google

Teil unter schweren gegenseitigen Opfern und Zugeständnissen zu Handelsverträgen gelangte, daraufhin jedoch alle diese Zugeständnisse den Amerikanern ohne weiteres, ohne die geringsten Gegenleistungen von deren Seite, auf Grundlage der Meistbegünstigungsklausel, in den Schoß warf. Es war dies um so widersinniger, als die Amerikaner unmittelbar vorher durch den Mc. Kinleytarif eine enorme Erhöhung der Zölle vorgenommen hatten. Freilich war damals für diese differenzielle Behandlung der Amerikaner ein gewisser Grund darin gegeben, daß ja die Ausfuhr nach Amerika mit der Einfuhr nahezu balancierte, man sich durch loyale Behandlung einen guten Abnehmer für den industriellen Export erhalten wollte. Man konnte damals noch unmöglich die spätere Entwicklung des deutsch-amerikanischen Handelsumsatzes, die Stagnation der deutschen Ausfuhr bei gleichzeitigem Hochgehen der Einfuhr, vorausahnen. Heute aber hat Deutschland allen Grund, in dieser Frage sehr behutsam vorzugehen.

Um nun zum Schluß zu kommen: man hat nicht die Eventualität eines Zollkrieges mit Amerika zu suchen, braucht sie aber auch nicht übermäßig zu fürchten — jedenfalls muß man sich auf einen allmählichen Abbau bezw. ein Zurückgehen des Handelsumsatzes mit Amerika einrichten. Wünschenswert wäre es gewiß, wenn zwischen Deutschland einerseits, Amerika und Rußland andererseits ein modus vivendi gefunden werden könnte, der keine zu schroffen wirtschaftlichen Verschiebungen zur Folge hätte.

Tabelle I.

	Deutsche Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten in Millionen Mark							
	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900[1]
A. Industrieerzeugnisse.								
Alkaloide	1,4	1,2	1,2	1,4	0,9	0,9	0,7	0,5
Pottasche	—	0,5	0,7	0,5	0,4	0,6	0,7	1,4
Alizarin	1,8	2,0	2,4	2,0	2,8	2,6	2,7	2,1
Anilin u. a. Theerfarbstoffe	9,1	10,0	12,9	10,7	14,8	15,4	16,3	17,0
Anilinöl, Anilinsalze . .	1,0	2,0	1,9	2,3	2,7	4,4	3,1	3,7
Chinin, Chininsalze, Chlorkali	6,6	7,8	7,8	8,7	8,6	10,0	10,5	11,8
Indigo	—	—	0,1	0,0	0,1	1,8	1,7	2,7
Kali, Abraumsalze . . .	2,5	2,2	4,1	4,4	4,9	5,9	6,4	8,5
Sa. chemischer Produkte	22,4	25,7	31,2	30,0	35,2	40,6	41,1	47,7

[1] Für 1900 unter Benutzung der Quantitätsangaben dieses Jahres, aber der Preise des Jahres 1899 vorläufig berechnete Angaben, die im Durchschnitt wegen der Preissteigerung etwas zu niedrig sein dürften.

Digitized by Google

	Deutsche Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten in Millionen Mark							
	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
Bernstein, Celluloidwaren	1,4	0,8	1,0	2,0	0,9	1,0	0,6	1,3
Borsten u. Borstensurrogate	1,6	2,0	2,2	2,0	6,3	2,9	4,4	3,5
Bücher, Karten, Musikalien	8,3	5,7	6,0	7,0	6,2	5,6	5,4	6,2
Farbendruckbilder, Kupferstiche	11,2	8,0	8,5	9,3	8,6	7,5	8,8	9,6
Bürstenbinderwaren, feine	2,2	—	1,4	1,3	0,3	0,5	0,8	1,0
Cement	3,9	4,4	6,3	6,9	6,6	7,3	8,5	7,5
Eisenbahnachsen ꝛc., Gußwaren aus Eisen	8,1	2,6	4,4	4,1	4,5	3,8	4,8	3,6
Tafel- u. Spiegelglas, Uhrgläser, Brillen ꝛc.	4,9	0,8	1,7	1,5	1,5	2,2	1,9	2,0
Instrumente, astronomische, optische, musikalische	2,5	3,7	4,9	3,4	3,1	3,1	1,9	?
	44,1	28,0	36,4	37,5	35,0	33,9	37,1	—
Blumen aus Webe- und Wirkwaren	—	1,8	2,7	11,8	4,6	3,8	3,9	?
Kleider	4,8	2,6	3,9	5,3	3,6	3,0	3,3	1,7
Leder	4,1	2,8	4,7	2,5	3,4	3,0	4,3	28,0
Lederwaren, Handschuhe	16,8	13,5	21,2	13,6	15,5	16,1	19,1	
Leinwand, l. Tisch-, Bettzeug	11,5	2,4	4,7	4,6	4,3	3,8	4,5	2,5
			37,2	35,8	31,4	29,7	35,1	
Maschinen	1,1	0,4	0,4	0,4	1,2	0,9	1,9	?
Papier, Bunt-, Gold-, Silber-	7,2	4,9	8,2	7,9	5,8	4,1	5,0	6,4
Papier- und Pappwaren	1,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,3	1,4	1,7
Porzellan	5,1	4,2	7,8	15,9	14,0	11,5	12,7	16,0
Schmuckfedern, zugerichtete	—	—	2,0	2,9	4,4	1,9	1,8	1,2
	52,4	33,7	57,9	64,3	58,3	49,4	57,9	—
Halbseidene Waren	46,7	27,5	42,3	34,5	29,2	28,6	31,6	28,0
Seidenwaren	1.8	0,5	0,7	0,6	1,8	1,1	1,4	1,7
Wollenwaren	19,2	14,8	34,7	25,5	22,5	11,6	9,8	11,0
Baumwollenwaren	28,2	29,3	47,3	32,7	37,8	31,0	34,3	43,0
Sa. Textilwaren	95,9	72,1	125,0	93,3	91,3	72,3	77,1	83,7
Spielzeug aller Art	6,7	6,3	9,6	11,1	10,5	9,4	10,4	12,0
B. Nahrungs- und Genußmittel.								
Bier	0,8	0,8	1,0	0,9	0,8	0,6	0,8	0,8
Hopfen	3,1	1,2	2,0	1,7	2,4	1,4	1,2	1,8
Mühlenfabrikate	—	0,6	0,0	0,0	4,0	4,1	2,5	2,5
Wein	5,8	4,2	4,8	4,5	4,4	3,9	4,2	4,5
Zucker	32,6	26,7	16,3	68,6	67,3	40,2	36,6	63,0
Sa.	42,3	33,5	24,1	75,7	78,9	50,2	45,1	72,6

Digitized by Google

	Deutsche Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten in Millionen Mark							
	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
C. Durchfuhrwaren, bezw. Rohstoffe.								
Kautschuck und Guttapercha	2,5	1,8	2,6	2,3	3,9	5,8	17,0	12,0
Reis	—	—	0,0	0,0	3,7	4,0	1,8	1,0
Haare von Hasen, Kaninchen ꝛc.	4,5	14,5	13,8	7,8	12,8	16,2	20,9	21,0
Häute und Felle	5,1							
Sa.	12,1	16,3	16,4	10,1	20,4	26,0	39,7	34,0

Tabelle II.

	Deutsche Einfuhr aus den Vereinigten Staaten in Millionen Mark							
	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
A. Nahrungs- und Genußmittel, Futterstoffe.								
Butter	—	0,4	0,5	1,3	1,6	0,5	0,5	—
Fische, frische	—	0,0	0,4	0,7	0,8	0,6	0,6	0,6
Fleisch	6,2	11,4	12,6	10,7	21,5	39,7	28,6	16,0
Schmalz	54,3	57,6	49,0	41,7	51,0	79,8	78,8	60,0
Buchweizen und Gerste	0,7	0,3	0,4	6,0	15,0	6,1	6,7	7,2
Hafer	5,1	0,9	0,2	4,6	9,3	26,0	10,7	6,5
Mais	26,0	24,3	16,2	38,8	53,4	97,3	103,5	93,0
Roggen	2,1	0,5	0,3	5,9	13,9	28,6	8,5	2,4
Weizen	40,9	34,3	22,3	34,2	31,7	84,0	93,8	60,0
Grassaat, Thimotheesaat	0,7	—	0,6	0,8	0,5	0,5	1,2	1,0
Kleesaat, ꝛc. Saat	4,3	4,8	2,4	0,9	1,9	4,2	7,5	6,3
Kleie, Malzkeime	0,8	0,4	0,1	0,6	5,3	4,3	7,4	3,2
Leinsaat	1,2	—	0,1	0,4	0,4	1,0	1,7	3,8
Ölkuchen	12,5	9,1	9,0	9,4	18,2	22,7	21,9	21,5
Mühlenfabrikate und Mehl	1,0	0,6	0,9	1,1	1,2	1,9	2,6	2,0
Obst und Beeren	2,1	2,0	3,3	3,3	9,3	8,2	7,9	15,0
Baumwollensamenöl	6,3	7,5	6,2	3,7	4,2	6,7	10,7	10,0
Tabakblätter	8,5	7,9	8,4	8,6	7,8	7,9	8,3	8,2
Pferde	—	0,1	2,1	3,4	4,1	5,2	3,6	1,8
Sa.	172,7	162,1	135,0	176,1	261,1	425,2	404,5	318,5
B. Rohstoffe für die deutsche Industrie.								
Baumwolle	130,7	133,4	169,8	159,8	171,2	188,7	174,5	173,0
Baumwollabfälle	1,7	1,1	1,8	1,8	2,5	2,3	2,3	5,4
Blei	—	1,5	1,2	2,4	2,9	4,6	5,6	8,0
Därme, Blasen, Magen	4,3	10,7	10,2	3,7	5,8	5,9	10,0	11,0
Zum Übertrag	136,7	146,7	183,0	167,7	182,4	201,5	192,4	197,4

Digitized by Google

	Deutsche Einfuhr aus den Vereinigten Staaten in Millionen Mark							
	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
Übertrag	136,7	146,7	183,0	167,7	182,4	201,5	192,4	197,4
Häute und Felle . . .	7,4	8,5	9,5	8,6	8,3	8,4	6,3	7,0
Holz	4,3	6,1	7,7	8,5	15,6	22,7	25,6	25,1
Kupfer	4,2	20,5	28,8	41,4	50,9	56,7	71,1	100,0
Nickel	—	—	0,0	0,2	0,3	0,6	1,0	1,2
Phosphorsaurer Kalk . .	7,1	9,3	10,5	8,1	11,1	8,8	14,8	9,2
Sa.	159,7	191,1	239,5	234,5	268,6	298,7	321,4	339,9
C. Industrieprodukte.								
Bücher, Karten, Musikalien	—	0,3	0,5	0,6	0,7	0,6	0,7	0,8
Eisen- und Eisenwaren . .	—	1,3	0,9	1,5	3,0	4,5	8,0	6,5
Fahrräder und Fahrradteile	—	—	—	—	2,2	2,8	1,1	0,8
Maschinen	0,8	1,4	3,3	5,0	8,5	13,8	20,9	22,0
Möbel und Möbelteile . .	—	0,3	0,3	0,4	0,5	0,9	1,0	1,0
Tischlerarbeiten . . .	—	0,8	0,8	1,2	1,5	1,6	1,8	1,8
Farbendruckbilder, Kupferstiche	—	0,4	0,3	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6
Leder und Lederwaren . .	—	0,2	0,3	0,6	1,2	1,3	1,7	1,3
Petroleum und Schmieröl	50,4	48,7	62,3	60,2	50,2	66,3	74,7	73,0
Stearin- und Palmitinsäure	—	1,0	1,2	1,4	2,4	2,8	3,3	2,5
Terpentinharz, -Balsam .	6,0	4,7	5,3	7,3	8,5	7,9	7,8	9,1
Terpentinöl, anderes Harzöl	4,5	4,7	5,9	7,0	8,3	11,0	13,8	16,0
Sa.	61,6	63,8	81,1	85,8	87,7	114,1	134,8	135,4

Tabelle III.

Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten in Millionen Dollars.

	Produkte der					
	Landwirtschaft	Bergbau	Forsten	Manufakturen	Prozent	Summa
1860	256,5	1,0	10,3	40,3	12,7	316,2
1870	361,2	5,0	14,9	68,3	15,0	455,2
1880	685,9	5,8	17,3	102,8	12,5	823,9
1881/85	593,6	11,3	20 3	133,3	20,2	774,6
1886/90	534,1	17,1	24,5	138,6	17,8	725,6
1891	642,7	22,0	28,7	168,9	19,3	872,3
1892	798,3	20,7	27,9	159,5	15,7	1015,7
1893	615,4	20,0	28,1	158,0	19,0	831,1
1894	628,3	20,4	28,0	183,7	21,1	869,2
1895	553,2	18,5	28,6	183,6	23,1	793,4
1896	569,8	20,0	33,7	228,6	26,5	863,2
1897	683,4	20,8	40,5	277,3	26,8	1032,0
1898	853,7	19,4	37,9	290,7	24,0	1210,3
1899	784,9	28,8	42,1	338,6	28,1	1203,9
1900	835,9	38,9	52,3	432,3	31,5	1370,4

Digitized by Google

Schriften des Vereins für Socialpolitik.

Band 1—91. gr. 8°. 1873—1901.

Inhalt:

I. Zur Reform des Actiengesellschaftswesens. Drei Gutachten, abgegeben v. H. Wiener, Goldschmidt, Behrend. 1873. (V, 90 S.) 2 M.

II. Ueber Fabrikgesetzgebung, Schiedsgerichte und Einigungsämter. Gutachten, abgegeben v. Jacobi, Bitzer, Gensel, L. F. Ludwig-Wolf, Tiedemann, v. Helldorf, R. Härtel, E. Websky, J. Schnitze, J. F. H. Dannenberg, Nenmann. 1873. (VI, 200 S.) 4 M.

III. Die Personalbesteuerung. Gutachten, abgegeben v. E. Nasse, A. Held, J. Gensel, Graf von Wintzingerode, Const. Rössler. 1873. (V, 94 S.) 2 M.

IV. Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik am 12. und 13. October 1873. Auf Grund der stenograph. Niederschrift. 1874. (III, 200 S.) 4 M.

V. Ueber Alters- und Invalidencassen für Arbeiter. Gutachten, abgegeben v. F. Kalle, Zillmer, F. L. Ludwig-Wolf, J. Hilstrop, G. Behm, M. Hirsch. 1874. (III, 196 S.) 4 M.

VI. Ueber Betheiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn. Gutachten, abgegeben v. E. von Plener, Max Weigert, J. Neumann, J. Wertheim. 1874. (III, 47 S.) 1 M. 20 Pf.

VII. Ueber Bestrafung des Arbeitsvertragsbruches. Gutachten, abgegeben v. F. Knauer, C. Roscher, G. Schmoller, F. W. Brandes, L. Brentano, Max Hirsch. 1874. (VI, 237 S.) 4 M. 80 Pf.

VIII. Die progressive Einkommensteuer im Staats- u. Gemeindehaushalt. Gutachten über Personalbesteuerung, abgegeben von Fr. J. Neumann. 1874. (VIII, 238 S.) 4 M. 80 Pf.

IX. Verhandlungen der zweiten Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 11. und 12. October 1874. Auf Grund der stenograph. Niederschrift. 1875. (V, 160 S.) 3 M. 60 Pf.

X. Die Reform des Lehrlingswesens. Sechzehn Gutachten und Berichte. 1875. (VII, 234 S.) 4 M. 80 Pf.

XI. Verhandlungen der dritten Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 10., 11. und 12. October 1875. 1875. (V, 228 S.) 4 M. 80 Pf.

XII. Die Communalsteuerfrage. Zehn Gutachten und Berichte. 1877. (IX, 302 S.) 6 M. 60 Pf.

XIII. Das Verfahren bei Enquêten über soziale Verhältnisse. Gutachten v. G. Embden, G. Cohn, W. Stieda, J. M. Ludlow. 1877. (V, 64 S.) 1 M. 60 Pf.

XIV. Verhandlungen der fünften Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik am 8., 9. und 10. October 1877. 1878. (VII, 268 S.) 6 M.

XV. Das gewerbliche Fortbildungswesen. Sieben Gutachten und Berichte, veröffentlicht vom Verein für Socialpolitik. 1879. (III, 160 S.) 3 M. 60 Pf.

XVI. Verhandlungen der sechsten Generalversammlung des Vereins über die Zolltarifvorlagen am 21. und 22. April 1879 in Frankfurt a. M. 1879. (147 S.) 3 M. 20 Pf.

XVII. Gewerkvereine und Unternehmerverbände in Frankreich. Von W. Lexis. 1879. (VIII, 280 S.) 6 M.

XVIII. Die amerikanischen Gewerkvereine. Von H. W. Farnam. 1879. (V, 39 S.) 1 M. 20 Pf.

XIX. Die Haftpflichtfrage. Gutachten und Berichte. 1880. (XV, 154 S.) 4 M. 20 Pf.

XX. Das Erbrecht und die Grundeigenthumsvertheilung im Deutschen Reiche. Ein socialwirthschaftl. Beitrag zur Kritik und Reform des deutschen Erbrechts. Von A. von Miaskowski. I. Abtheilung. Die Vertheilung des landwirthschaftlich benutzten Grundeigenthums und das gemeine Erbrecht. 1882. (V, 311 S.) 7 M.

XXI. Verhandlungen der am 9. und 10. October 1882 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins. 1882. (191 S.) 4 M.

XXII. Bäuerliche Zustände in Deutschland. Berichte, veröffentlicht vom Verein für Socialpolitik. Erster Band. 1883. (X, 320 S.) 7 M.

XXIII. Bäuerliche Zustände in Deutschland. Zweiter Band. 1883. (VIII, 344 S.) 7 M.

XXIV. Bäuerliche Zustände in Deutschland. Dritter (Schluss-)Band. 1883. (VIII, 381 S.) 8 M.

XXV. Das Erbrecht und die Grundeigenthumsvertheilung im Deutschen Reiche. Von A. von Miaskowski. Zweite (Schluss-) Abtheilung. Das Familienfideicommiss, das landwirthschaftliche Erbgut und das Anerbenrecht. 1884. (VI, 476 S.) 10 M.

XXVI. Die Arbeiterversicherung in Frankreich. Von M. v. d. Osten. 1884. (VIII, 177 S.) 4 M.

XXVII. Agrarische Zustände in Frankreich und England. Nach den neuesten Enquêten dargestellt v. F. Frhrn. von Reitzenstein und E. Nasse. 1884. (X, 222 S.) 4 M. 80 Pf.

XXVIII. Verhandlungen der Generalversammlung von 1884 (Massregeln zur Erhaltung des bäuerl. Grundbesitzes; Einwirkung der Organisation unserer höheren und mittleren Schulen auf Leben und Erwerbsthätigkeit der Nation). 1884. (155 S.) 3 M. 40 Pf.

XXIX. Agrarische Zustände in Italien. Dargestellt von K. Th. Eheberg. 1886. (IX, 158 S.) 3 M. 60 Pf.

XXX. Die Wohnungsnoth der ärmeren Klassen in deutschen Grossstädten und Vorschläge zu deren Abhilfe. Erster Band. 1886. (XXI, 199 S. mit einem Plane.) 5 M.

XXXI. Die Wohnungsnoth der ärmeren Klassen etc. Zweiter (Schluss-)Band. Mit 8 Steintafeln. (VIII, 388 S.) 1886. 9 M. 60 Pf.

XXXII. Zur inneren Kolonisation in Deutschland. Erfahrungen und Vorschläge. 1886. (V, 229 S.) 5 M. 40 Pf.

XXXIII. Verhandlungen der Generalversammlung von 1886 über die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Klassen in Grossstädten und über innere Kolonisation. 1887. (V, 139 S.) 3 M.

XXXIV. Die Vorbildung zum höheren Verwaltungsdienst in den deutschen Staaten, Oesterreich und Frankreich. 1887. (VI, 203 S.) 4 M. 40 Pf.

XXXV. Der Wucher auf dem Lande. 1887. (XII, 354 S.) 7 M. 60 Pf.

XXXVI. Der Einfluss des Zwischenhandels auf die Preise auf Grund der Preisentwicklung im Aachner Kleinhandel. Von R. van der Borght. 1888. (XII, 267 S. m. Tab.) 6 M. 40 Pf.

XXXVII. Untersuchungen über den Einfluss der distributiven Gewerbe auf die Preise. 1888. (V, 200 S. m. 6 graph. Tafeln.) 5 M. 20 Pf.

XXXVIII. Verhandlungen der Generalversammlung von 1888. 1889. (V, 264 S.) 5 M. 40 Pf.

XXXIX. Die deutsche Hausindustrie. 1. Band: Litteratur, heutige Zustände und Entstehung der deutschen Hausindustrie. Von W. Stieda. 1889. (VII, 158 S.) 3 M. 60 Pf.

XL. Die deutsche Hausindustrie. 2. Band: Das nördl. Thüringen. 1889. (XII, 137 S.) 3 M. 20 Pf.

XLI. Die deutsche Hausindustrie. 3. Band: Aus der Hausindustrie im südwestlichen Deutschland. 1889. (V, 124 S.) 3 M.

XLII. Die deutsche Hausindustrie. 4. Band: Die Hausindustrie in Berlin, Osnabrück, im Fichtelgebirge und Schlesien. 1890. (X, 161 S.) 4 M.

Digitized by Google

XLIII. Die Landgemeinde in den östlichen Provinzen Preußens und die Versuche, eine Landgemeindeordnung zu schaffen. Von F. Keil. 1890. (XVIII, 217 u. 110 S.) 7 M. 20 Pf.

XLIV. Berichte über die Zustände und die Reform des ländlichen Gemeindewesens in Preußen. 1890. (XVI, 327 S.) 7 M. 20 Pf.

XLV. Arbeitseinstellungen und Fortbildung des Arbeitsvertrags. Berichte von E. Anerbach, W. Lotz und F. Zahn, hrsg. u. eingeleitet von L. Brentano. 1890. (VIII, 470 S.) 11 M.

XLVI. Arbeiter-Ausschüsse in der deutschen Industrie. Gutachten, Berichte, Statuten, hrsg. im Anftrage d. Vereins f. Socialpolitik von Dr. M. Sering. 1890. (VI, 176 S.) 3 M. 80 Pf.

XLVII. Verhandlungen der 1890 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins. 1890. (V, 288 S.) 5 M. 60 Pf.

XLVIII. Die deutsche Hausindustrie. 5. Band: Die Hausindustrie in der Stadt Leipzig und ihrer Umgebung. Von A. Lehr. 1891. (V, 130 S.) Preis 2 M. 80 Pf.

XLIX. Die Handelspolitik der wichtigeren Kulturstaaten in den letzten Jahrzehnten. Erster Band. (XI, 645 S.) 1891. Preis 13 M.

L. — Dasselbe. Zweiter Band: Die Ideen der deutschen Handelspolitik 1860 bis 1891. Von W. Lotz. 1892. (VIII, 210 S.) 4 M. 60 Pf.

LI. — Dasselbe. Dritter Band: Die Handelspolitik der Balkanstaaten Rumänien, Serbien und Bulgarien, Spaniens und Frankreichs in den letzten Jahrzehnten. 1892. (VIII, 208 S.) Preis 4 M. 60 Pf.

LII. Auswanderung und Auswanderungspolitik in Deutschland. Berichte über die Entwicklung und den gegenwärtigen Zustand des Auswanderungswesens in den Einzelstaaten und im Reich. Herausg. von E. v. Philippovich. 1892. (XXXIII, 477 S.) Preis 11 M.

LIII. Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland. Erster Band: Die Verhältnisse der Landarbeiter in Nordwestdeutschland. 1892. (XXIV, 455 S.) Preis 10 M.

LIV. — Dasselbe. Zweiter Band: Die Verhältnisse der Landarbeiter in Hohenzollern, im Reg.-Bez. Wiesbaden, in Thüringen, Bayern, im Grossherzogtum Hessen, Reg.-Bez. Kassel, Königreich Sachsen, in den Provinzen Schleswig-Holstein, Sachsen und Hannover südlicher Teil, in den Herzogtümern Braunschweig und Anhalt, in der Rheinprovinz und im Fürstentum Birkenfeld. 1892. (VI, 766 S.) Preis 16 Mark.

LV. — Dasselbe. Dritter Band: Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland. Von Max Weber. 1892. (VIII, 891 S.) 18 M.

LVI. Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland. Von M. Sering. 1893. (X, 330 S.) 7 M.

LVII. Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien in den letzten Jahrzehnten. Von C. F. Fuchs. 1893. (X, 358 S.) 7 M. 20 Pf.

LVIII. Verhandlungen der Generalversammlung von 1893 über die ländliche Arbeiterfrage und über die Bodenbesitzverteilung und die Sicherung des Kleingrundbesitzes. 1893. (III, 226 S.) Preis 5 M. 40 Pf.

LIX. Die englischen Landarbeiter in den letzten 100 Jahren und die Einhegungen. Von W. Hasbach. Mit e. Anhange über die ländlichen socialen Verhältnisse in Dänemark und Schweden. 1894. (XII, 411 S.) Preis 9 M.

LX. Über wirtschaftliche Kartelle in Deutschland und im Auslande. Fünfzehn Schilderungen nebst einer Anzahl Statuten und Beilagen. 1894. (XI, 256 u. 326* S.) Preis 12 M.

LXI. Verhandlungen der am 28. und 29. Septbr. 1894 in Wien abgehaltenen Generalversammlung des Vereins. 1895. (V, 542 S.) 11 M.

LXII. Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Grossindustrie. I. Band. Königreich Preussen. I. Teil. 1895. (XVIII, 459 S. Preis 10 M.

LXIII. — Dasselbe. II. Band. Königreich Sachsen: I. Teil. 1895. (VI, 448 S.) Preis 9 M.

LXIV. — Dasselbe. III. Band. Süddeutschland. I. Teil. 1895. (VII, 572 S.) Preis 12 M.

LXV. — Dasselbe. IV. Band. Königreich Preussen. II. Teil. 1895. (XIV, 562 S.) Preis 12 M.

LXVI. — Dasselbe. V. Band. Königreich Sachsen. II. Teil. 1896. (XIV, 624 S.) Preis 13 M.

LXVII. — Dasselbe. VI. Band. Königreich Sachsen. III. Teil. 1897. (XI, 705 S.) Preis 16 M.

LXVIII. — Dasselbe. VII. Band. Königreich Preussen. III. Teil. 1896. (XII, 603 S.) Preis 12 M. 60 Pf.

LXIX. — Dasselbe. VIII. Band. Süddeutschland. II. Teil. 1897. (XI, 550 S.) Preis 12 M.

LXX. — Dasselbe. IX. Band. Verschiedene Staaten. 1897. XIV, 734 S. Preis 16 M. 60 Pf.

LXXI. Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Österreich mit besonderer Rücksicht auf seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Grossindustrie. 1896. (XXIX, 690 S.) Preis 16 M.

LXXII. Englische Auswanderung u. Auswanderungspolitik im 19. Jahrh. Von K. Rathgen. — Einwanderung u. Einwanderungsgesetzgebung in Nordamerika u. Brasilien. Von R. Mayo-Smith u. R. A. Heyl. 1896. (XI, 302 S.) Preis 6 M. 80 Pf.

LXXIII. Der Personalkredit des ländlichen Kleingrundbesitzes in Deutschland. I. Band. Süddeutschland. 1896. (XX, 414 S.) Preis 9 M.

LXXIV. — Dasselbe. II. Band. Mittel- und Norddeutschland. 1896. (VI, 456 S.) Preis 11 M.

LXXV. Der Personalkredit des ländlichen Kleingrundbesitzes in Österreich. 1898. (XV, 394 S.) Preis 8 M. 80 Pf.

LXXVI. Verhandlungen der vom 23. bis 25. September 1897 in Köln abgehaltenen Generalversammlung. 1898. (V, 456 S.) Preis 10 M.

LXXVII. Untersuchungen über die Lage des Hausiergewerbes in Deutschland. I. Band. 1898. (XX, 520 S.) Preis 11 M.

LXXVIII. — Dasselbe. II. Band. Westerwälder Hausierer und Landgänger. Von J. Plenge. 1898. (X, 264 S.) 5 M. 60 Pf.

LXXIX. — Dasselbe. III. Band. 1899. (IX, 303 S.) 6 M. 80 Pf.

LXXX. — Dasselbe. IV. Band. 1899. (XV, 461 S.) 10 M. 20 Pf.

LXXXI. — Dasselbe. V. Band. Mit Register über Bd. 77—81. 1899. (XII, 353 S.) 8 M.

LXXXII. Untersuchungen über die Lage des Hausiergewerbes in Oesterreich. 1899. (LXXI, 339 S.) 9 M. 60 Pf.

LXXXIII. Untersuchungen über die Lage des Hausiergewerbes in Schweden, Italien, Grossbritannien und der Schweiz. 1899. (VIII, 223 S.) 5 M.

LXXXIV. Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Oesterreich. 1. Bd. Süddeutschland und Schlesien. 1899. (XX, 506 S.) 11 M. 60 Pf.

LXXXV. — Dasselbe. 2. Bd. Die Hausindustrie der Frauen in Berlin. 1899. (LX, 616 S.) 15 M. 60 Pf.

LXXXVI. — Dasselbe 3. Bd. Mittel- und Westdeutschland. Oesterreich. 1899. (VII, 550 S.) 12 M. 40 Pf.

LXXXVII. — Dasselbe. 4. Bd. Gesetzgebung. Statistik u. Uebersichten. 1899. (VIII, 277 S.) 7 M.

LXXXVIII. Verhandlungen der 1899 in Breslau abgehaltenen Generalversammlung (über Hausindustrie, Hausiergewerbe, Entwicklungstendenzen im modernen Kleinhandel). 1900. (V, 310 S.) 7 M.

LXXXIX. Eisenbahntarife und Wasserfrachten. Herausgegeben von W. Lotz. 1900. (XLIII, 498 S.) Preis 12 M.

XC. XCI. Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands. 1. und 2. Band. 1900. 1901. (XI, 336 und VIII, 222 S.) 12 M. 40 Pf.

Digitized by Google

Digitized by Google

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

LXXXXI.

Beiträge zur neuesten Handelspolitik Deutschlands.

Zweiter Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1901.

Digitized by Google

Digitized by Google